



Landtag von Baden-Württemberg

25. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 9. Februar 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr

Mittagspause: 12:34 bis 14:00 Uhr

Schluss: 20:11 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1261	b) Einzelplan 05: Justizministerium	
1. Aktuelle Debatte – Polizeireform – Chancen und Gefahren – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	1261	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1105	1292
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	1261	Abg. Bernd Hitzler CDU	1292
Abg. Thomas Blenke CDU	1263, 1276	Abg. Wilhelm Halder GRÜNE	1293
Abg. Petra Häffner GRÜNE	1265	Abg. Andreas Stoch SPD	1294
Abg. Nikolaos Sakellariou SPD	1267	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	1296
Minister Reinhold Gall.	1270	Minister Rainer Stickelberger	1298
2. Aktuelle Debatte – Projektförderungspflicht für S 21 auf dem Prüfstand – Volkswillen verhindern oder Volkswillen beachten? – beantragt von der Fraktion der CDU	1277	Beschluss	1301
Abg. Peter Hauk CDU	1277, 1285	c) Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	1279, 1286	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1108	1301
Abg. Claus Schmiedel SPD	1280, 1287, 1288	Abg. Paul Locherer CDU	1301, 1312
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1281, 1288	Abg. Martin Hahn GRÜNE	1304, 1313
Minister Winfried Hermann	1282	Abg. Alfred Winkler SPD	1305, 1314
Abg. Thomas Blenke CDU (Kurzintervention)	1288	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1307
3. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)		Minister Alexander Bonde	1309
a) Einzelplan 01: Landtag		Beschluss	1314
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1101	1289	d) Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	
Abg. Joachim Kößler CDU	1289	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1109	1315
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	1290	Abg. Wilfried Klenk CDU	1315
Abg. Hans-Martin Haller SPD	1291	Abg. Manfred Lucha GRÜNE	1318, 1328
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	1291	Abg. Rainer Hinderer SPD	1320, 1328
Beschluss	1292	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1321
		Ministerin Katrin Altpeter	1323
		Abg. Tanja Gönner CDU	1327
		Beschluss	1329

e) **Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1110	1330
Abg. Ulrich Lusche CDU	1331, 1345
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	1333, 1346
Abg. Johannes Stober SPD	1335
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	1338, 1347
Minister Franz Untersteller	1340
Beschluss	1347

f) **Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur**

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1113	1348
--	------

Abg. Nicole Razavi CDU	1349
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	1351
Abg. Hans-Martin Haller SPD	1354
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	1356
Minister Winfried Hermann	1358
Abg. Tanja Gönner CDU	1365
Abg. Wolfgang Drexler SPD	1366
Beschluss	1368

Nächste Sitzung	1370
-----------------------	------

Protokoll

über die 25. Sitzung vom 9. Februar 2012

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 25. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg und darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Krankgemeldet ist Frau Abg. Schneidewind-Hartnagel.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich ab 17:30 Uhr Herr Minister Stickleberger.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Krebs und Herr Minister Friedrich.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Polizeireform – Chancen und Gefahren – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich wie immer an dieser Stelle und mit dem ernstesten Bemühen, Sie nach und nach daran zu gewöhnen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er wird nicht müde!)

auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort erhält Herr Professor Dr. Goll für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können an gestern anknüpfen. Gestern bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums war auch schon von der Polizeireform die Rede, von einem wichtigen Vorhaben für das Land, das natürlich in den kommenden Wochen und Monaten die Diskussion gerade im Bereich der Innenpolitik des Landes durchaus beherrschen wird. Wir stehen am Anfang. Ich darf, wie gesagt, an das anknüpfen, was gestern gesagt wurde, und am Anfang bewusst darauf hinweisen: Die Polizei bei uns im Land – das wird niemand bestreiten – arbeitet hervorragend. Die ausgezeichneten Erfolge dieses Landes im Bereich der inneren Sicherheit in den vergangenen Jahren sind nur erklärbar, wenn man da-

von ausgeht, dass die Polizei im Land erstklassig arbeitet. Das ist so.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auf der anderen Seite kann man Strukturen immer fortentwickeln. Davon bin ich überzeugt; davon sind wir überzeugt. Das muss auch so sein. Man kann nicht einfach sagen: Wir ruhen uns auf den Lorbeeren aus. Man kann immer versuchen, besser zu werden. Deshalb habe ich zunächst einmal Respekt davor, wenn jemand sagt: Wir reformieren die Polizei; wir wollen es besser machen.

In dieser Reform liegen natürlich auch Chancen. Da gibt es wirklich Überschriften, die gut sind, die jeder unterschreibt, etwa wenn es heißt: „von den Schreibtischen auf die Straße“. Es ist gut, wenn wir es hinbekommen, dass Polizeibeamte stärker vor Ort präsent sind, dass sie weniger von Verwaltungsarbeit in Anspruch genommen werden, bei der sie dort sitzen, wo sie niemand sieht.

Es gibt andere Punkte, die mich, ehrlich gesagt, noch nie überzeugt haben, so etwa die unübersichtliche Führungsstruktur an der Spitze der Polizei. Ich bin schon ein paar Jahre dabei und war sozusagen in einem verwandten Handwerk, der Justiz, unterwegs. Um es aber einmal ehrlich zu sagen: Ich habe nie ganz durchgeblickt, wer an der Spitze der Polizei wofür zuständig ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist aber nicht schwierig! – Abg. Thomas Blenke CDU: Hauptsache, die Polizisten selbst wissen es!)

– Genau. Herr Kollege Blenke weist richtigerweise darauf hin: Hauptsache, sie selbst wissen es.

(Heiterkeit)

Davon gehen wir zuversichtlich aus.

Es gibt weitere Punkte, die mir an der Reform gefallen – das muss man so deutlich sagen –, z. B. die Honorierung des Spezialistentums. Sie haben vor, dass Spezialisten in die höheren Entgeltklassen aufsteigen. Dahinter steht übrigens ein Problem, das man nicht nur bei der Polizei hat: Man muss nämlich achtgeben, dass man nicht aus erstklassigen Spezialisten schlechte Führungskräfte macht, weil sie nur dadurch mehr Geld verdienen, dass sie in die Führungshierarchie aufsteigen. Dieses Problem gibt es auch in anderen Organisationen. Auch das ist also durchaus wichtig.

Ein zentrales Element der Reform ist der Wegfall einer Hierarchieebene. Das begrüßen wir. Es ist gut, wenn eine Hierar-

(Dr. Ulrich Goll)

chieebene wegfällt. Wenn man sich das traut, ist es in Ordnung. Aber da nähern wir uns schon dem Wendepunkt vom Lob zur Kritik. Denn wenn ich eine Hierarchieebene wegnehme, dann führt das allein noch nicht zu einer flachen Hierarchie, wie Sie es in Ihrem Papier nennen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Denn zu einer flachen Hierarchie gehört, dass man unterhalb der Spitze breit genug bleibt, dass man unterhalb der Spitze nah genug am operativen Geschäft bleibt, und dass man unterhalb der Spitze auch nah genug an der Fläche, am örtlichen Geschehen bleibt.

Ich glaube, das kann man nicht, wenn man eine Reform mit zwölf Präsidien macht, eine Reform, die an dieser Stelle von einer starken Konzentration gekennzeichnet ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, auf diese Art erreichen wir weder eine wirklich flache Hierarchie noch eine Struktur für die Fläche.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mit dieser Reform ist die Gefahr verbunden, dass sich zwischen der Spitze im Innenministerium und dem operativen Geschäft in der Fläche zwölf Kolosse – ich nenne es einmal so – breitmachen, Kolosse, die ein Eigenleben entwickeln werden, die ihre Eigengesetzlichkeiten entwickeln werden, die ein Stück weit um sich selbst kreisen, die ein Stück weit auch Personal ansaugen werden.

Meine Damen und Herren, viel von dem Personal, von dessen Verlagerung die Rede war, wird wahrscheinlich leider dort landen und nicht im ländlichen Raum, nicht auf der Straße.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Diese Befürchtung haben wir auch!)

Ich nenne Ihnen auch ein Beispiel für ungewollte Effekte, wo man wirklich höllisch achtgeben muss, ein Beispiel aus Bayern. Es wird zwar immer wieder zurückgewiesen, dass diese Reform der bayerischen Reform ähnelt. Sie gleicht der bayerischen Reform nicht, aber sie erinnert schon stark an die bayerische Reform.

Jetzt nenne ich Ihnen nur ein Detail aus der bayerischen Reform. Dort sind, in Kilometern gemessen, die Entfernungen zwischen den Revieren und den jetzigen Leitungen – ich weiß nicht, ob sie dort Präsidien oder Direktionen heißen –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Präsidien!)

sehr groß. Es sind so viele Reviere, dass sich in den Revieren schon wieder neue Stabsfunktionen ausgebildet haben. Das ist übrigens logisch, wenn im Hinblick auf die Kommunikations- und Steuerungsprozesse die Spitze zu weit weg ist. Dann bilden sich eigene Strukturen in den Revieren, und die fressen unter Umständen den Gewinn wieder auf, den Sie sich von dieser Reform versprechen.

Ich will es einmal deutlicher sagen – das knüpft an das an, was Sie gestern gesagt haben –: Das zusätzliche Dienstauto, das wir versprochen haben, bleibt in Wirklichkeit vor der Tür stehen, weil die Beamten wieder etwas anderes zu tun haben und am Schreibtisch sitzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deswegen ist ganz klar: Die Zahl ist zu gering, was die Präsidien anbelangt. Die Verteilung muss stärker und basisnäher erfolgen.

Meine Damen und Herren, hinter dem Strukturvorschlag steckt auch eine Vorstellung, die ich für einen falschen Ansatz halte. Dahinter steckt nämlich die Vorstellung von zwölf in etwa gleich großen Polizeipräsidien. Das ist ein sehr schematischer Ansatz. Der Ansatz ist in gewisser Weise auch gewaltsam. Er ist in einem Flächenland auch unrealistisch. Denn wenn Sie diesen Ansatz verfolgen, werden außerhalb der Ballungsräume die Polizei und die Führung immer zu weit weg sein. Das ist dann zwangsläufig der Fall.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Es wird ja gesagt: „Es ist nicht so schlimm, wenn wir das konzentrieren. Denn es geht nur die Führung; es gehen nicht die Beamten, es gehen nicht die Reviere.“

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt leider nicht!)

Aber auch wenn es nur um die Führung ginge, wäre es bedenklich genug. Denn das löst im ländlichen Raum schon den Eindruck aus: „Die Polizei verlässt uns.“ Sie wissen, dass vieles eben auch Psychologie ist. Vieles hat nicht nur mit der objektiven Gefahrenlage zu tun, sondern die Lebensqualität im Land verschlechtert sich, die Leute fühlen sich nicht mehr sicher, wenn sie merken: Die Polizeiführung räumt den ländlichen Raum.

Aber, meine Damen und Herren, es geht nicht nur die Führung, es geht auch die Kriminalpolizei. Das ist schon etwas ganz anderes. Wenn wir kritisieren, dass die Kriminalpolizei geht, meine Damen und Herren, dann fordern wir keine Politik für die Landräte. Das war eigentlich, wenn ich das an dieser Stelle sagen darf, die dümmste Formel des gestrigen Tages.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Thomas Blenke CDU: Olle Kamelle! Jahrzehnte alt!)

Das war eine polemische Formel.

(Zurufe der Abg. Thomas Blenke CDU und Claus Schmiedel SPD)

– Na ja, Herr Schmiedel. Getroffene Hunde bellen.

Lieber Herr Schmiedel, ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz klar: Die Landräte sind für mich noch immer viel vertrauenswürdiger Garant für den ländlichen Raum, als es eine Regierung ist, die von zwei Parteien getragen wird, die sich traditionell eher an den Großstädten orientieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Beklatscht euch einmal nicht zu früh! – Abg. Claus Schmiedel SPD: FDP – „Fast Drei Prozent“!)

– Das ist immer das, was Ihnen am Schluss einfällt. Abgerechnet wird in Zukunft wieder bei den Wahlen.

(Zurufe der Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE und Claus Schmiedel SPD – Unruhe)

(Dr. Ulrich Goll)

Aber es ist klar: Das ist das, was Ihnen am Schluss immer einfällt, wenn Sie sonst kein Argument mehr haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Goll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Mentrup?

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ja, bitte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ist der noch im Parlament? – Abg. Klaus Herrmann CDU: Auch einer aus der Großstadt!)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Sehr geehrter Herr Goll, verstehe ich Sie richtig, dass Sie die FDP als Partei der Landwirte und Forstarbeiter einstufen würden?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ja noch dümmel! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ein dummes Geschwätz! Das reicht noch nicht einmal zum OB in Karlsruhe! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich bitte Sie, zur Ruhe zu kommen.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Auch über diese Frage kann man nur staunen, weil sie in unwirfender Art klarmacht, dass Ihnen zum Thema nichts einfällt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Ich darf und soll aber zum Schluss allmählich die Kurve kriegen. Sie sagen, es sei eine Reform aus der Polizei. Da sage ich noch einmal: Die Vorbereitung der Reform ist wirklich respektabel. Es ist respektabel, dass Sie Polizeibeamte in dieser intensiven Weise an der Reform beteiligt haben. Ich habe mich umgehört. Es handelt sich natürlich um eine Zufallsauswahl – wie bei jedem von uns. Die Stimmen aus der Polizei sind in Wirklichkeit sehr, sehr unterschiedlich.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ja!)

Sie haben aber auch gesagt, es solle eine Reform für die Bürger, für die Betroffenen werden. Ich setze meine Hoffnung darauf, dass Sie in Zukunft auch die Betroffenen hören und daran denken, dass es letztlich eine Reform für die Polizei, aber vor allem auch für die Bürger, für die Menschen in diesem Land ist. Ich hoffe, dass Sie dann auch die Stimmen der Betroffenen ernst nehmen.

Lieber Herr Sckerl, Sie haben gestern gesagt: „Wir werden diese Geschichte durchziehen.“ Ich hoffe, Sie ziehen sie nicht durch, ohne zuzuhören. Zuhören haben Sie sich auf Ihre Fahnen geschrieben.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wenn z. B. jemand von „Mindestgröße der Präsidien“ spricht, wenn man neue Formen der Kooperation zwischen den Einheiten ausprobiert, ist das alles in Ordnung. Aber warum soll man dann nicht sagen: „Wir belassen es so, dass es größere

und kleinere Einheiten gibt“? Das ist übrigens auch gut für die Entwicklung der Führungskräfte. Sie müssen nämlich nicht alle ihr Leben lang in möglichst gleich großen Städten sitzen.

Kurzum: Wir empfehlen dringend eine konkrete Korrektur. Sie wollen jetzt zwölf neue Polizeipräsidien schaffen und damit die bisherige Zahl der Direktionen auf ein Drittel reduzieren. Wenn Sie sagten: „Wir lassen es bei einer Reduktion auf zwei Drittel“, dann hätten wir eine gute Grundlage für die weitere Diskussion.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die baden-württembergische Polizei ist „Marktführer“ unter den deutschen Polizeien. Das ist belegt. Das hängt auch damit zusammen, dass sie kontinuierlich fortentwickelt wurde.

Die CDU ist bereit, sinnvolle Fortentwicklungen bei der Polizei entlang ihrer Aufgaben – nicht zuerst entlang ihrer Struktur – vorzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Ja-wohl!)

Wie sind Sie vorgegangen, Herr Minister? Sie haben eine fachlich hoch qualifizierte Projektgruppe eingesetzt;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

diese nehmen wir sehr ernst.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Endlich!)

Aber sie hatte eine politische Erwartungshaltung. Lesen Sie im Eckpunktepapier das Kleingedruckte:

Schaffung effizienter Strukturen mit ... regionalen Dienststellen ... unter Überprüfung der Hierarchiestufen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was ist daran falsch?)

Regionale Dienststellen, das war die Vorgabe.

Stellen Sie sich die Polizei einmal ein bisschen wie ein Legohaus vor: drei Etagen, im Erdgeschoss 37 Fenster mit gutem Blick in die nähere Umgebung. Was machen Sie, Herr Minister?

(Zuruf von den Grünen: Fischer-Technik!)

Sie zerschlagen das Legohaus in Einzelteile, geben die Steine der Projektgruppe und sagen: Baut einmal neu, eine Etage weniger, untenherum wenige Fenster. Das war, bildlich dargestellt, Ihre Vorgabe. Und wenn Sie schon so munter am Zerschlagen sind, geht es weiter: Landespolizeidirektionen, sogar die Bereitschaftspolizei und die Ausbildungsstruktur.

(Thomas Blenke)

Was wollen Sie denn damit erreichen? Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten ein paar Aussagen von Ihnen, Herr Minister Gall, zitieren:

Wir bringen mit der Reform mehr Beamte in die Fläche, damit die Reviere künftig sogar mehr Streifen ... einsetzen können. ... An ... den Standorten der 146 Polizeireviere und 356 Polizeiposten rütteln wir nicht.

Mir fehlt der Glaube daran – aber okay, ich lasse es einmal so stehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sind ja auch in der CDU!)

Weiter sagen Sie:

Ich bin sicher, dass sich die ... errechneten ... Verstärkungspotenziale von rund 650 Stellen des Polizeivollzugsdienstes ... erreichen lassen.

Das klingt auch gut.

Dieses Potenzial werde 1 : 1 der Polizei erhalten bleiben, damit

– jetzt kommt's –

die Streifen- und Ermittlungsdienste der Polizeireviere und Polizeiposten vor Ort gestärkt und Freiräume für die Kriminalpolizei ... geschaffen werden können.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Das klingt gut. Wie soll das erreicht werden? 650 Stellen für Kriminalpolizei und Schutzpolizei. Die eine Hälfte der Kriminalpolizei holen Sie vor Ort weg – aus den Polizeidirektionen, aus den Kriminalpolizeien vor Ort. Die andere Hälfte, 325 Schutzbeamte, Uniformierte, verteilen Sie auf die 500 Dienststellen, die in der Pressemitteilung des Innenministers genannt werden. Selbst wenn ich es auf die Streifendienste – nicht auf die Polizeiposten – beschränke, dann kommt eine mickrige Verstärkung von gerade einmal einer halben Stelle pro Schicht heraus. Dafür werfen Sie die ganze Struktur über den Haufen.

(Minister Reinhold Gall: Dummes Zeug!)

– Das sind Ihre Zahlen, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe mir erlaubt, das anhand der Polizeidirektion in meinem Wahlkreis, dem Kreis Calw, nachzurechnen. Ich komme auf 48 Vollzugsbeamte, die Sie vor Ort abziehen, dazu noch Verwaltungskräfte, insgesamt 60 Mitarbeiter, davon sicherlich einige in Teilzeit und in niedrigen Lohngruppen. Bitte sagen Sie uns nachher, wenn Sie sprechen, die Wahrheit: Wie viele Stellen sind es in Calw und in all den anderen rund 30 Kreisen, die Nettoverlierer Ihrer Reform sein werden?

Aber es geht noch weiter. Sie lösen vier Landespolizeidirektionen auf und machen daraus zwölf Präsidien. Sie lösen 37 Polizeidirektionen vor Ort auf und machen daraus 36 neue Direktionen bei den Präsidien – eine tolle Verschlinkung der Organisationsstruktur. Sie lösen bürgernahe, dezentrale Dienst-

stellen auf und eröffnen neue zentrale Dienststellen. Das ist eine uralte Struktur – nur zentralisiert und nicht mehr bürgernahe. Das ist offensichtlich die Frischzellenkur, die Sie ankündigen ließen.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich mit den ökologischen Aspekten? Was ist, wenn die Menschen auf einmal alle weite Strecken zum nächsten Polizeirevier fahren müssen? Was bedeutet das unter sozialen Aspekten für die Mitarbeiter, die 70 km zur nächsten Dienststelle fahren müssen,

(Oh-Rufe von den Grünen)

obwohl sie vielleicht nur in Teilzeit arbeiten oder in niedrigen Lohngruppen beschäftigt sind?

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Herr Minister, wenn Sie schon im Erdgeschoss die Fensterläden schließen, dann stelle ich fest, dass künftig im Penthouse die Sonne scheint.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinda Gurr-Hirsch CDU: Das ist sehr gut!)

Bislang kommt die Polizei in Baden-Württemberg mit relativ wenig Stellen der B-Besoldung – obere Etage – aus; Sie schaffen neue Stellen für 16 Polizeipräsidenten und -vizepräsidenten. Ich möchte heute und hier von Ihnen wissen: Wie viele Stellen mit einer B-Besoldung werden Sie neu schaffen? Auf wie viele Stellen kann sich der Finanzminister freuen, die er in den nächsten Haushaltsplanentwurf einstellen muss? Wir wollen wissen, auf wie viel Eichenlaub sich der höhere Dienst in der Polizei zusätzlich freuen kann.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Billig!)

Erklären Sie das bitte morgen den Angestellten in Teilzeit, die künftig 50, 70 oder 80 km zu ihrem Arbeitsplatz, der nächstgelegenen Dienststelle, fahren müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wie hoch werden die Umsetzungskosten sein? Wie lange dauert es, bis der Sand, den Sie ins Getriebe streuen, wieder entfernt ist und der Betrieb wieder rund läuft? Wann und in welcher Höhe wird eine Rendite erreicht? Das alles sind offene Fragen.

Sie sagen, die Projektgruppe habe ein Konzept entwickelt. Gut. Sie sagen, über die Details könne man reden, aber die Sache werde durchgezogen. So hört man es von Ihnen. Sie sagen den Führungskräften in der Polizei: „Haltet bitte die Klappe!“

(Abg. Martin Rivoir SPD: Na, na, na!)

Wissen Sie schon heute konkret, wo künftig die Dienstsitze der Präsidien sind und wie die Bezirke zugeschnitten sein werden? Das würden nicht nur wir gern wissen, sondern das wollen auch die vielen Mitarbeiter der Polizei – es sind etwa 25 000 – endlich wissen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Thomas Blenke)

Meine Damen und Herren, die Front vor Ort bröckelt allmählich ein wenig. Es gibt mittlerweile auf Kreisebene, auf lokaler Ebene Bündnisse aller Polizeigewerkschaften. Das kommt nicht oft vor.

Die Gewerkschaften sagen, in Schwäbisch Hall gebe es gravierende Verschlechterungen. Sogar Kollege Sakellariou hat gemerkt, dass die Kriminalpolizei dort abgezogen wird.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das will etwas heißen!)

Die Gewerkschaften sagen: „Im Main-Tauber-Kreis findet ein Kahlschlag bei der Polizei statt. Der ländliche Raum steht als Verlierer da.“ Sogar die SPD in Tuttlingen will endlich Klarheit haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von den Regierungsfractionen, Sie brauchen doch nur zu den Nachbarn zu schauen.

Die Polizeiarbeit ist durch eine zweifelhafte ... Polizeireform nicht gestärkt, sondern massiv geschwächt worden.

Das sagt Harald Schneider, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Bayern, zur dortigen Polizeireform,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die haben CSU und FDP gemacht! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 2004! Ihre Ankündigungen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schmiedel beruft sich auf Stoiber!)

die Sie sich zum Vorbild nehmen. Herr Minister, der Bayerische Oberste Rechnungshof stellt fest, dass

die vorgegebenen Synergiegewinne und der angestrebte Abbau des Verwaltungsaufwands nicht belegbar sind.

Herr Minister, bitte machen Sie unsere Polizei nicht kaputt. Wir sind bereit, entlang der Aufgaben mit Ihnen über sinnvolle Verbesserungen zu reden. Aber zu solch einer kompletten Zerschlagung sagen wir Nein. Da machen wir nicht mit.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Häffner.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Polizeiexpertin! – Gegenruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Auch eine Frau kann dazu sprechen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu CDU und FDP/DVP: Freut euch nicht zu früh! – Weitere Zurufe – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört doch zu!)

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier im Plenum! Zunächst ein herzliches Dankeschön an die FDP/DVP. Sie gibt uns die Chance, die Vorteile der Strukturreform darzustellen

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann gibt es eine kurze Rede!)

und Ihnen die Eckpunkte und auch die neue Vorgehensart und die Erarbeitung derselben darzulegen.

Wie sieht die aktuelle Situation bei der Polizei aus? Wir haben bei der Polizei einen stark überalterten Personalkörper, einen Investitionsstau von 300 Millionen €, die schlechteste Betreuungsrelation von Polizei und Bevölkerung in ganz Deutschland

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die beste Aufklärungsquote deutschlandweit!)

und eine Organisationsstruktur aus den Siebzigerjahren.

Trotzdem macht unsere Polizei eine sehr gute Arbeit,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wollen wir jetzt ändern, oder?)

und wir haben hoch motivierte Polizisten. Fest steht aber auch, dass diese Polizisten am Rande, eigentlich sogar am Ende ihrer Kapazität sind und dass sie immer weiter belastet werden, wenn wir es so lassen, wie es ist. Die Polizei, der Polizeikörper, ist kein Perpetuum mobile. Sie muss unterstützt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was die momentane Gliederung der Polizei betrifft, so ist personell das Ende der Fahnenstange erreicht.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Wegen Stuttgart 21!)

Ganz oben an der Fahnenstange steht unheilbringend noch die Pensionierungswelle. Mit dem Wechselschichtdienst ist die Polizei schon lange am Extrem angekommen. Wir haben mit Ach und Krach die Mindestpersonalstärke. Es ist jetzt schon normal, dass eine Streife mit einem ausgebildeten Polizisten und einem zusätzlichen Praktikanten bzw. Mitglied des Freiwilligen Polizeidienstes besetzt ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Den gibt es doch gar nicht mehr!)

– Jetzt gibt es ihn noch.

Die jetzige Polizeiorganisation ist ein dreistufiger Verwaltungsaufbau mit einem groß angelegten Führungsstab. Diesen Führungsstab sieht die Bevölkerung im Alltag nie, dem begegnet sie nie,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das stimmt doch gar nicht! Die machen Prävention, Kriminalberatung, Verkehrsschule!)

und den Führungsstab nimmt die Bevölkerung niemals als ihre Polizei wahr.

Die Reform hat zwei Prüfsteine. Zum einen muss sie mit den wachsenden Herausforderungen wie Wirtschaftskriminalität oder Internetkriminalität klarkommen. Zum anderen braucht sie draußen vor Ort ein schlagkräftiges Team mit Spezialistinnen und Spezialisten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen zieht ihr ab!)

(Petra Häffner)

Sie muss im Alltag draußen verstärkt werden und draußen präsent sein.

Die Polizei muss Herausforderungen begegnen wie zunehmender Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Insbesondere am Schlossgarten!)

öffentlichen Alkoholexzessen und Großveranstaltungen. – Sie kommen schon wieder auf Stuttgart 21. Da fällt Ihnen auch wenig Neues ein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Letzte Woche ist Ihnen etwas eingefallen, als Sie den Polizeieinsatz abgeblasen haben! Herzlichen Glückwunsch!)

Jeden Samstag gibt es Fußballveranstaltungen. Gestern Abend gab es eine Fußballveranstaltung. Wir haben auch andere Großveranstaltungen wie Papst- oder Staatsbesuche.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist entschieden zu laut. Das Wort hat Frau Abg. Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Natürlich interessiert die Menschen und Politiker vor Ort: Wo genau kommen die zukünftigen zwölf Polizeipräsidien hin?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wissen Sie es?)

Es ist wichtig, dass es, um mit dieser Reform effiziente Schritte einzuleiten, eine Reduzierung geben muss. Dass es aber zu reflexartigem Widerspruch der Politiker vor Ort kommt, ist nicht nachvollziehbar. Effiziente Strukturen dürfen und müssen auch über Landkreisgrenzen hinweg gedacht werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich vertraue darauf, dass wir die bestmöglichen Standorte finden, und ich vertraue darauf, dass die Standortauswahl fachlichen Kriterien unterworfen wird und dass die Entscheidung – das ist auch eine große Bitte – nicht politischem Wehgeschrei folgt.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Herr Goll, Sie haben vorhin zu dieser Verlagerung gesagt: „Die Polizei verlässt uns.“ Nein, die Polizei verlässt uns nicht, sondern wir verstärken sie draußen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie einmal ein Beispiel!)

Wir haben durch die Reform eine personelle Verstärkung in der operativen Basis, also genau in der Ebene, wo die Bürgerin und der Bürger die Polizei wahrnehmen und ihr begegnen. Wir haben eine sinnvoll zusammengelegte Organisationseinheit, und wir orientieren uns an der Bevölkerung.

Jetzt kommen wir zu den Revieren im ländlichen Raum und in der Stadt. Sie sagen, wir wollten Reviere schließen. Wir

schließen nicht. Diese Panikmache ist komplett fehl am Platz. Haben Sie nicht selbst noch über 200 Reviere geschlossen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

Warum finden Sie eigentlich Ihre eigene Nase nicht mehr?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Kennen Sie den Unterschied zwischen Revier und Posten? – Gegenrufe von der CDU: Nein! – Abg. Thomas Blenke CDU: Da haben Sie sich versprochen! Das stimmt nicht!)

Auch wenn Sie die Posten nicht geschlossen haben, haben Sie trotzdem das Personal aus diesem Raum abgezogen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Falsch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! Lasst das nächste Mal wieder Herrn Sckerl sprechen!)

Kommen wir zu den Kriminalaußenstellen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deren mögliche Schließung malen Sie als Schreckgespenst an die Wand. Ist Ihnen bewusst, dass die Kriminalaußenstellen nur zu normalen Bürozeiten geöffnet sind?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber die kennen ihre Pappenheimer vor Ort! – Abg. Thomas Blenke CDU: Die haben Ortskenntnisse!)

Dort sind die Öffnungszeiten von etwa 8:00 Uhr morgens bis 16:00 Uhr nachmittags. Glauben Sie eigentlich noch immer, dass sich die Täter an normale Bürozeiten halten und nur tagsüber ihre Verbrechen begehen?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jesses! So ein Schwachsinn! Herr Sckerl soll das nächste Mal selbst schwätzen!)

Alles, was außerhalb dieser Zeiten stattfindet, wird über Bereitschaftsdienste abgedeckt, und zwar mit allen Konsequenzen: mit langen Anfahrtswegen

(Zuruf von der CDU: Werden die jetzt kürzer, oder wie?)

und mit fehlendem Fachwissen.

Deshalb begrüßen wir, die Grünen, die Einrichtung des Kriminaldauerdienstes.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Er bedeutet nämlich die Entlastung der einzelnen Kripobeamen. Keine Stelle wird gestrichen. Aber mit diesem Dauerdienst ist gewährleistet, dass auch der entsprechend spezialisierte Kripobeamte kommt und kein Wirtschaftsspezialist kommt, um einen Mord zu begleiten,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall)

(Petra Häffner)

zu untersuchen. Es kommt dann ein Mordexperte, der den Tatort, die Leiche und die Spuren sichern kann und muss.

Ich möchte auch etwas zu dem Bereitschaftsdienst sagen, den Sie favorisieren. Wenn jemand Bereitschaftsdienst hat, dann ist er für acht Stunden in Bereitschaft

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen heißt es Bereitschaftsdienst!)

und bekommt dafür eine Stunde bezahlt. Im Dauerdienst erhalten Sie eine komplette Finanzierung. Sie haben 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag Spezialisten vor Ort und eine gesicherte – –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Bei der Festlegung der möglichen Standorte der Kripo werden ganz sicher auch Interventionszeiten und Erreichbarkeiten eine Rolle spielen.

(Abg. Peter Hauk CDU: 100 km!)

Zu den ökologischen Aspekten und dem Thema Versetzung, Herr Blenke: Es gibt generell schon solche langen Anfahrtswege für die Polizisten. Sie müssen natürlich vom Wohnort hinfahren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sonst bleiben sie daheim! – Abg. Peter Hauk CDU: Vom Wohnort? Das ist ja interessant!)

Sie bekommen nicht mehr – –

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Peter Hauk)

– Ach, lassen Sie es gut sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Wer so einen Schwachsinn redet! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Durch die Bündelung können Kompetenzen zusammengebracht und Technik eingespart werden.

Bei der Zusammenlegung von Ausbildungs- und Fortbildungsstätten gehen wir auf einen lang gehegten Wunsch von Auszubildenden ein. Ihnen war es schon lange ein Dorn im Auge, dass die Schüler und Schülerinnen, die Polizisten in Ausbildung für Einsätze eingezogen wurden und dadurch in wesentlichem Umfang Unterrichtszeiten verloren gegangen sind.

Mir ist bewusst, dass die anstehenden Veränderungen von den Bürgerinnen und Bürgern und den Betroffenen einiges abverlangen. Sie müssen sich auf Neues einlassen und auch manche Ungewissheit ertragen. Die Gedanken, Ängste und Sorgen der Bevölkerung und auch die der Polizistinnen und Polizisten nehmen wir sehr ernst. Wir wissen, dass sie schon einige Reformen hinter sich haben, die sie mit weniger guten Erfahrungen in Verbindung bringen. Unser Anliegen ist es, die Polizei mitzunehmen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Richtig! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Die Akzeptanz durch die Beschäftigten ist eine wichtige Voraussetzung. Wir haben hier zu Beginn gezeigt, dass wir ein neues Regieren haben,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das haben wir gehört! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

dass wir nämlich von Beginn an Spezialisten mit in die Beratung hineingenommen haben.

(Zuruf von der CDU: Hinter verschlossenen Türen!)

Wir haben uns auch Meinung von außen geholt, u. a. von der CDU. Vom Fachbeirat der Polizei sind auch Anregungen eingegangen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nicht eingeflossen!)

Ich lade Sie alle dazu ein, sich konstruktiv einzubringen, Ihre Ideen ohne Scheu zu äußern, und freue mich auf einen regen Austausch, den die Polizei in ihrer Breite wahrnehmen kann, und zwar in den vier Regionalkonferenzen, die in naher Zukunft stattfinden. Auch hier rufe ich auf, ohne Scheu Anregungen einzubringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da wünsche ich Ihnen viel Spaß!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, aus gegebenem Anlass möchte ich die vielen hier anwesenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten herzlich begrüßen. Ihnen gilt diese Diskussion.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Polizei, gilt auch die Anerkennung dieses Hohen Hauses. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich darf nun für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Sakellariou das Wort erteilen.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Danke schön. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal: Die Polizei macht einen super Job in Baden-Württemberg – wirklich einen guten Job.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Karl Zimmermann CDU)

Aber die Rahmenbedingungen haben sich geändert; sie sind andere geworden. Wir haben ganz neue Herausforderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Ich verweise auf die Cyberkriminalität, darauf, dass wir Sexualstraftäter rund um die Uhr bewachen müssen, und auf Einsatzlagen wie Stuttgart 21 und den NATO-Gipfel.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Geben Sie denen doch einmal ein Beruhigungsmittel! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren!

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das sind Herausforderungen, auf die wir neue Antworten brauchen. Das heißt, wir müssen die Situation aufgreifen und die Polizei entsprechend anpassen. Meine Damen und Herren, das haben Sie früher auch gemacht.

Ich will auch einmal sagen, wie Sie es früher gemacht haben. Ich will mich jetzt nicht auf vage Äußerungen zurückziehen, sondern auf Landtagsdrucksachen, konkret auf die Große Anfrage Drucksache 13/4752. Auch Sie wollten die Polizei an Veränderungsprozesse anpassen. Ich zitiere aus dieser Drucksache mit Erlaubnis des Präsidenten, damit deutlich wird, wie Sie vorgegangen sind.

Erstens: Stellenabbau.

(Abg. Ingo Rust SPD: Aha!)

Antwort der Landesregierung auf die Fragen der Abg. Drexler, Junginger, Fischer:

Die Dienststellen der Polizei sind angehalten, bei der konkreten Umsetzung des Stellenabbaus ihre Arbeits- und Ablauforganisation im Hinblick auf den Personaleinsatz im Nichtvollzug weiter so zu optimieren, dass Auswirkungen auf die operative Aufgabenwahrnehmung des Polizeivollzugsdienstes möglichst vermieden werden.

Das ist doch Personalabbau gewesen!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Auf eine weitere Frage der Abg. Drexler, Junginger, Fischer

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, das war der Nichtvollzug! – Gegenruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Fragen stellen, nicht hineinblöken!)

– nein, das war die Polizei – lautete die Antwort:

Durch die Polizeipostenstrukturreform fallen insgesamt 212 der ursprünglich 578 Polizeiposten durch Auflösung oder Zusammenlegung ... weg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Andreas Stoch SPD: Skandalöses Verhalten!
– Abg. Ingo Rust SPD: Ländlicher Raum!)

Das war die Antwort des CDU-geführten Innenministeriums.

Herr Professor Goll, dann sagen Sie: „Uns verlässt die Polizei.“ Mit Verlaub, wenn der Polizeidirektor geht, dann verlässt uns nicht die Polizei. Die Polizei sitzt dort oben auf der Besuchertribüne.

Die Bürgerinnen und Bürger wollen Streifenfahrzeuge sehen. Sie wollen Polizeipräsenz auf der Straße haben, aber keine Postenschließungen und auch keinen Stellenabbau. Genau das machen wir.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Kollege Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pröfrock?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Ja.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber bitte nicht wieder so wie gestern! – Zuruf: Ohne Wikipedia!)

Abg. Matthias Pröfrock CDU: Herr Kollege Sakellariou, wenn Sie diese Posten- und Revierreform kritisieren, beabsichtigen Sie, diese zurückzunehmen oder zu verändern?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nein. Wir haben die Polizei so übernommen, wie Sie sie uns hinterlassen haben,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gut haben wir sie hinterlassen!)

und zwar im Großen und Ganzen sehr gut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Aha!)

Wer wollte das bestreiten? Wir haben aber eine chronische Unterfinanzierung vorgefunden. Wir haben gesagt, dass die jetzt existierenden Posten und Reviere alle bestehen bleiben. Wir nehmen nur die Leitungsebenen heraus und fassen diese zusammen. Das ist eine logische Entwicklung, die auch vernünftig ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt nicht!)

– Hören Sie zu. – Wir haben unterschiedlich große Polizeidirektionen – 150 Polizeivollzugseinheiten bis zu 2 200 Polizeivollzugseinheiten –, und diese sind mit denselben Aufgaben versehen. Wir benötigen sämtliche Energie, um den kleineren Polizeireviere Arbeitskräfte zuzuführen. Das ist mit einem sehr großen Verwaltungsaufwand verbunden. Wenn wir diesen Verwaltungsaufwand streichen, dann ist das vernünftig und klug. Das wird zu mehr Effizienz führen, und die Aufgaben vor Ort werden erfüllt. Dann sind die Spezialisten vor Ort.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Es ist richtig, dass Kriminalbeamte von der Kommune zu den Präsidien wechseln werden. Sie wechseln aber nur räumlich ihren Schreibtisch. Sie bleiben weiterhin zuständig – z. B. für Schwäbisch Hall, für Crailsheim. Das heißt, wenn dort etwas passiert, dann kommen die jeweiligen Spezialisten, beispielsweise der Internetspezialist, der Kriminalist usw. Wer also etwa in Heilbronn sitzt, kommt dann in den betreffenden Landkreis und ist vor Ort, wenn er gebraucht wird. Das ist vernünftig.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Bitte schön.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es doch schon Standortentscheidungen?)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Kollege Sakellariou, Sie kommen aus der Region Heilbronn-Franken. Wir beide haben damit denselben Wahlkreis wie Herr Rüeck.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich habe einen Wahlkreis! – Heiterkeit)

Ich habe folgende Frage an Sie: Ist Ihnen bekannt, dass die von Ihnen beschriebenen Strukturen im ländlichen Raum –

(Dr. Friedrich Bullinger)

Sie wollen ja ein Vertreter des ländlichen Raums sein – für diese Region – ich will gar nicht von der Stadt Ettlingen sprechen, die in der Region Karlsruhe liegt – bedeuten würden, dass die nächstgelegene Direktion von Heilbronn aus im bayerischen Nürnberg ist? Das heißt, die Direktionen wären 200 km voneinander entfernt. Glauben Sie, dass eine solche Struktur bürgernah ist? Wäre es dann nicht besser, gleich ein Callcenter in Indien zu schaffen?

(Unruhe bei der SPD)

Meine zweite Frage, Herr Kollege: Glauben Sie tatsächlich, dass es angesichts der Struktur der Kriminalpolizei dienlich ist, dass man vor Ort kundige Kollegen der Kriminalpolizei abzieht? Derzeit liegt doch ein Vorteil darin, dass die Kriminalpolizei vor Ort einen Überblick hat und ihre Pappenheimer kennt. Das geht nun aber verloren. Deshalb hat das mit Prävention gar nichts zu tun.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Wenn Sie sich das Eckpunkt Papier genau ansehen, stellen Sie fest, dass die zukünftigen Präsidien nicht unbedingt sämtliche Direktionen unter einem Dach behalten müssen. So, wie ich die Reform verstanden habe, können die einzelnen Direktionen in den Präsidien durchaus auch an anderen Standorten untergebracht werden. Genau das beinhaltet diese Reform.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Selbstverständlich!
Logisch!)

Was Sie sich vorstellen, ist quasi der Worst Case, dass alle Aufgaben ausschließlich im Präsidium angesiedelt sind. Das wird so nicht kommen. Bringen Sie sich ein. Dann werden Sie sehen, dass es anders sein wird. Wir werden nicht die Struktur haben, die Sie befürchten.

Wenn ein Kriminalbeamter, der sich in Schwäbisch Hall oder in Crailsheim auskennt, der über die räumlichen Erfahrungen verfügt, seinen Schreibtisch zukünftig außerhalb von Crailsheim hat, wird er doch trotzdem in Crailsheim eingesetzt werden, wenn es die Lage dort erfordert. Das heißt, die Sachkunde geht nicht verloren. Lediglich der Schreibtisch wird möglicherweise woanders stehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da geht der Sprit schon im Juli aus! – Glocke des Präsidenten)

– Wenn wir so weitermachen würden wie Sie, gäbe ich Ihnen recht.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Sakellariou, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Rüeck?

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Aber gern. Bitte schön. Wir haben ja Zeit.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kollege, wie bringen Sie Ihre gerade getätigten Äußerungen mit Ihrer eigenen Pressemitteilung in Einklang, in der steht: „Die Auswirkungen einer Verlagerung von nahezu zwei Dritteln der Kripobeamten aus dem Kreis Schwäbisch Hall müssen noch einmal überdacht werden“?

(Zurufe von der CDU: Oi, oi!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau. Da gibt es gar nichts zu kritisieren. Genau das muss gemacht werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich habe nicht kritisiert, ich habe eine Frage gestellt! Darauf lege ich Wert!)

Genau das muss vor dem Hintergrund überdacht werden, dass man schaut: Wer muss wohin, wie sind die jeweiligen Kriterien? Ich habe immer gesagt, diese Frage, dieses Überdenken kommt dann zum Tragen, wenn der Fall eintritt, dass die Direktion am weitesten weg ist von Crailsheim, nämlich in Heilbronn. In diesem Fall muss man tatsächlich überlegen, wo man die Kriminalbeamten unterbringt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ich nehme Sie beim Wort! – Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD – Unruhe)

Das gilt in einem Fall. Wenn die Kriminalpolizeidirektion an einer anderen Stelle ist, stellt sich diese Frage in diesem Umfang nicht mehr.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Trefft euch doch in Schwäbisch Hall und diskutiert dort!)

Meine Damen und Herren, nur damit Sie es einmal sehen: Ich habe Unterlagen vom CDU-Polizeibeirat bekommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, ich denke, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sind ebenso wie die anderen Zuhörerinnen und Zuhörer gekommen, um die Argumente der einzelnen Fraktionen und nicht das allgemeine Gemurmel und Gebrüll zu hören. Ich möchte Sie bitten, hier wirklich einer Debattenkultur Raum zu geben, bei der man dem jeweiligen Redner zuhören kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Also: Im Ergebnis werden die Strukturen verändert, auch vor Ort. Auch wenn Sie es nicht glauben, Herr Blenke: Ich vertraue dem Ministerium und dem Minister, dass er das wahr macht, was er versprochen hat und was mithilfe dieser Kommission erarbeitet worden ist.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das glaube ich Ihnen, dass Sie das glauben!)

Es wird also im Ergebnis mehr Polizeibeamte in der Fläche geben, aber weniger Direktoren. Das stimmt. Das können wir aber verschmerzen, wenn es uns insgesamt ermöglicht, dass die Polizei schlagkräftiger und erfolgreicher ist.

Angesichts der Unterlagen, die wir bekommen haben, muss ich mich wirklich wundern, welche Kampagne im Moment gefahren wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von der Polizeigewerkschaft?)

(Nikolaos Sakellariou)

Das muss man dann im Einzelnen noch analysieren. – Nein, nein, nicht von der Polizeigewerkschaft, sondern vom Polizeibeirat der CDU. Da ist die Rede von „beamteten Zockern“, da ist die Rede davon, dass es von vornherein ein politischer Auftrag gewesen sei,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das steht doch drin!)

ohne Mitsprachemöglichkeit. Da wird die Kommission, die sich mit ihrem guten Namen zur Verfügung gestellt hat, um an dieser Reform zu arbeiten, in einer Art und Weise niedergemacht, dass man sich nur wundern kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Welcher Beirat? Welcher Beirat war das?)

Das haben diese Leute nicht verdient. – Das ist der CDU-Arbeitskreis Polizei Nordwürttemberg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also Sachverstand!)

Darin stehen wirklich geschmacklose Dinge. Das kann ich nur zurückweisen, auch im Namen derjenigen, die sich hier wirklich Mühe gegeben haben, eine effektive Struktur zusammenzubringen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich kann Ihnen aber sagen: Das hat nicht verfangen.

Gestern Abend haben wir im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall einstimmig eine Resolution verabschiedet, mit der wir begrüßen, dass durch diese Reform mehr Polizeibeamte nach Schwäbisch Hall und in den Landkreis kommen – einstimmig; und das in einer Stadt, in der der Vorsitzende des CDU-Ortsvereins, auch der Vorsitzende des Polizeibeirats, unser Polizeidirektor ist.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und was steht noch darin? Lesen Sie es ganz vor! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, da brüllt wieder einer! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In diesem Sinn: Ihre Rhetorik verfängt nicht. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall hat das eben nicht beschlossen, sondern er hat Folgendes beschlossen: „Wir bewerben uns um einen Standort, aber wir begrüßen, dass diese Regierung mehr Polizisten in die Fläche bringt.“ Das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Träumen Sie weiter!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile die Auffassung des Kollegen Sakellariou, der, wie ich finde, deutlich gemacht hat, dass es nicht darauf ankommt, dass wir uns auf dem ausruhen, was wir gegenwärtig allgemein als gut empfinden und für gut halten, sondern dass es tatsächlich darauf ankommt, dass wir uns schon heute mit dem Morgen und dem Übermorgen beschäf-

tigen. Das heißt, dass wir uns fragen: Stimmt die Struktur auch morgen, und stimmt die Struktur übermorgen noch, also in fünf oder in zehn Jahren? Kann die Polizei in der gegenwärtigen Struktur den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden? Das ist die Aufgabe, der wir uns nach meinem Dafürhalten zu stellen haben.

Ich will – insbesondere aufgrund der Äußerungen, die ich, ebenso wie Sie alle natürlich auch, in den vergangenen 14 Tagen zur Kenntnis genommen habe und die natürlich zu den Debatten beigetragen haben – eines ganz deutlich sagen: Als ich vom Titel der Aktuellen Debatte gehört habe, habe ich mich daran erinnert, dass Sie, Herr Professor Goll, mit Blick auf die Reform tatsächlich auch von Chancen gesprochen haben. Sie haben es auch heute zumindest noch anklingen lassen, dass Sie und die Fraktion der FDP/DVP es nach wie vor so sehen, dass darin auch Chancen stecken. Ich hatte im Übrigen auch den Eindruck, meine Damen und Herren, dass, als ich dieses Eckpunktekonzept den Oppositionsfraktionen in Fraktionssitzungen vorgestellt habe, dort zumindest bei einigen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit gegeben war.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! Das war ja auch neu!)

Ich hatte den Eindruck, dass man sich damit ernsthaft auseinandersetzt. – Herr Hauk, dass Sie natürlich am gleichen Tag mit Ihrer Bewertung schon am Ende waren, Ihre Bewertung bereits abgeschlossen hatten und auch öffentlich entsprechend argumentiert haben, hat mich dann doch ein bisschen überrascht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, ich will eines auch noch einmal deutlich machen: Ich habe mit dieser Reform nicht die Absicht, der Polizei meinen Stempel aufzudrücken. Denn das ist nicht meine Polizei. Es ist auch nicht die Polizei der Landesregierung. Wir tragen Verantwortung für die Polizei. Aber Sie sollten auch nicht so tun, als ob die Polizei die Ihre wäre – was Sie in den vergangenen Wochen häufig getan haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Peter Hauk und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Meine Damen und Herren, was auf gar keinen Fall geht, ist, dass sich manche vor Ort, nämlich Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, diese Auffassung tatsächlich zu eigen machen und meinen, es wäre ihre Polizei. Das stimmt nicht. Vielmehr ist unsere Polizei die Polizei der Bürgerinnen und Bürger im Land Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe bei der CDU)

Deshalb gilt es,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bei dieser Reform in den Mittelpunkt zu stellen. Welche Vorteile ergeben sich für den Bürger, und welche Interessen der Bürger können wir mit dieser Reform berücksichtigen, und zwar gemäß ihrem

(Minister Reinhold Gall)

Anspruch, dass wir ihnen die innere Sicherheit gewährleisten? Es wäre deshalb meines Erachtens schön gewesen, meine Damen und Herren, wenn Sie sich dieser Diskussion in einer gemeinsamen Verantwortung gestellt hätten,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir doch angeboten! – Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Minister, dann hätten Sie das nicht in Geheimzirkeln entwickeln dürfen!)

statt in der nun gezeigten Art und Weise zu polemisieren. Es wäre schön, wenn Sie sich objektiv und mit dem Blick in die Zukunft der Diskussion stellen würden. Dies muss natürlich losgelöst von parteipolitischen Grabenkämpfen, von Besitzansprüchen und von Kirchturmdenken geschehen, wie es häufig zu beobachten ist. Natürlich ist man vielfach nicht grundsätzlich gegen diese Reform, aber natürlich muss die jeweilige Einrichtung immer vor Ort bleiben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Werden Sie jetzt mal ein bisschen konkret!)

Meine Damen und Herren, Reformen ohne Veränderungen sind keine Reformen, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, hören Sie doch ganz einfach auf, diese Schauernmärchen in die Welt zu setzen – mit abstrusen Argumenten, wie es insbesondere der Landesvorsitzende der CDU immer wieder tut, indem er z. B. sagt, diese Reform sei hauptsächlich von dem Wunsch geprägt, direkten Einfluss auf die Polizeiarbeit zu nehmen. Das ist doch blanker Unsinn, was Herr Strobl da verbreitet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Darüber sprechen wir beim nächsten Tagesordnungspunkt!)

Ich will ausdrücklich sagen: Das scheint mir alles ein bisschen aus der Gedankenwelt der CDU zu stammen, wenn man versucht, mir so etwas zu unterstellen.

Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren: Die Absicht, die wir mit dieser Reform verfolgen, ist, auf die gegenwärtigen Rahmenbedingungen zu reagieren und diese zukunftsfähig zu machen. Das sollten Sie wissen. Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen sind die Altersstruktur der Polizei und die damit verbundenen Herausforderungen für die Zukunft, das Stichwort Haushaltskonsolidierung – das haben Sie übrigens gestern wiederholt in den Mund genommen –, das Thema „Gleichbleibende und gleiche Qualitätsstandards von Polizeiarbeit in der Fläche in unserem Land“ sowie die von Ihnen über Jahre hinweg betriebene Unterfinanzierung der Polizei.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Polizeidichte in Baden-Württemberg ist die schlechteste in Deutschland, die Polizei hat heute und in Zukunft aber vor allem auch veränderte Aufgaben wahrzunehmen. Die Cyberkriminalität, von der die Bürgerinnen und Bürger massiv betroffen sind, will ich nur als ein Beispiel nennen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Nicht zu vergessen ist gegenwärtig eine zum Teil dramatische personelle Unterbesetzung auf den Dienststellen vor Ort, die Sie zu verantworten haben, indem Sie in den zurückliegenden Jahren Personal abgebaut haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, bleibt es dabei: Wir werden mit dieser Reform dafür sorgen, dass die Basisdienststellen – das sind in erster Linie die Dienststellen, die von den Bürgerinnen und Bürgern auch wahrgenommen werden, die sichtbar für die Bürgerinnen und Bürger sind, nämlich die Reviere, die Polizeiposten – durch diese Reform nicht angetastet werden. Vielmehr haben wir zum Ziel, deren Präsenz noch zu verstärken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Blenke, ich will Ihnen noch eines zu Ihrem tollen Beispiel aus Ihrer Heimatregion, Ihrer Heimatgemeinde sagen: Sie sollten nicht nur gelegentlich auf der Direktion zu Gast sein, Sie sollten die Reviere und die Posten vor Ort oft besuchen. Dann hätten Sie doch zur Kenntnis nehmen müssen, dass gerade in Ihrer Region die Reviere personell deutlich unterbesetzt sind,

(Zurufe der Abg. Winfried Mack und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

dass zwischen dem Plansoll und dem tatsächlichen Vorhandensein eine große Lücke von fast 15 % besteht, dass eine Dienstgruppe bei Ihnen gar nicht einsatzbereit ist, weil sie unterbesetzt ist, dass wir dort in vielen Bereichen noch im Dreischichtdienst arbeiten müssen und dass die zwei Polizeiposten bei Ihnen gelegentlich temporär geschlossen werden müssen, damit die Reviere verstärkt werden können. Das ist die Ausgangslage, und dergleichen werden wir künftig verhindern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal zu dem Stichwort „Präsenz in der Fläche“. Es bleibt dabei: Wir werden 650 Vollzugskräfte in die Reviere bringen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann sagen Sie einmal wie!
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie lassen so etwas zu!
– Abg. Thomas Blenke CDU: Wie viele kommen nach Calw? Das möchte ich von Ihnen wissen!)

zusätzlich 240 Beschäftigte im Nichtvollzugsbereich. – Nehmen Sie dies doch einfach zur Kenntnis.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Durch die Abschaffung der Landespolizeidirektionen, Abteilung 6, bei den Regierungspräsidien machen wir doch nichts anderes, als aus dieser Ebene 1 400 Kräfte mehr in die Fläche zu bringen, nämlich in den Bereich der Direktionen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Blenke?

Innenminister Reinhold Gall: Nein, weil ich weiß, was er fragen will, und ich gleich ohnehin etwas dazu sage.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Der Herr Minister hat entschieden, dass er keine Zwischenfrage zulässt. Er hat das Wort.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist Bürgernähe! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist die Politik des Gehörtwerdens! – Abg. Peter Hauk CDU: Das spricht für sich! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Innenminister Reinhold Gall: Bleiben Sie doch völlig cool. Er wollte fragen, wie viele Vollzugsbedienstete konkret in Calw ankommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Und noch etwas anderes! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich doch ganz einfach antworten. Diejenigen, die sich in diesen Reformprozessen auskennen, wissen ganz genau – ich weiß, dass viel spekuliert, viel hinterfragt wird, und es ist auch völlig verständlich, wenn viel gefragt wird, weil es tatsächlich Betroffene gibt –, dass die Beantwortung dieser Frage natürlich schon von den Standortentscheidungen und den geografischen Zuschnitten abhängt, die wir noch treffen müssen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Mir würde ein Saldo schon reichen! – Abg. Peter Hauk CDU: Heilbronn!)

Ich bitte einfach um Verständnis dafür, dass wir diese heute noch nicht benennen können, weil wir sie noch nicht –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Heilbronn wurde schon bekannt gegeben!)

– Sie können bekannt geben, was Sie wollen. Von uns ist überhaupt noch nichts bekannt gegeben, weil wir selbst noch nichts wissen, weil wir hierfür noch ein paar Wochen Zeit benötigen, um aus polizeifachlicher Sicht Gebietszuschnitte zu überlegen, sie entsprechend zu strukturieren, uns darüber Gedanken zu machen, wo die idealen Standorte wären, unsere Liegenschaften noch einmal genau in Augenschein zu nehmen, Vor- und Nachteile abzuwägen. Denn wir wollen hierbei tatsächlich Synergien gewinnen. Das will ich gern zugeben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie weichen aus! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kurtz?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Charmant! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Abg. Kurtz hat das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Wenn Frau Kollegin Kurtz Wert darauf legt, dass Kollege Zimmermann recht hat, dann müsste ich auch bei ihr Nein sagen.

Präsident Guido Wolf: Bitte, Frau Abg. Kurtz.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Ich habe eine konkrete Frage. Herr Minister, vielen Dank, dass Sie diese zulassen. Sie haben eben gesagt, dass Sie noch nichts Konkretes zu den Standorten sagen könnten, weil es noch nicht entschieden sei, weil Sie noch nichts dazu wüssten.

Mich würde interessieren, warum die Kollegen der regierungstragenden Parteien im Kreis Böblingen Pressemitteilungen aufsetzen können, in denen sie sich bereits dazu äußern, was von der Polizeidirektion und von der Bereitschaftspolizei erhalten bleiben wird.

Vielleicht konkretisieren Sie noch einmal, was dort in der Presse kursierte, lanciert durch Pressemitteilungen von Kollegen, die offensichtlich einen Wissensvorsprung haben. Diesen dürfte es eigentlich gar nicht geben. Für eine Konkretisierung wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Innenminister Reinhold Gall: Ich kann Ihnen einfach noch einmal sagen: Niemand kann derzeit einen Wissensvorsprung haben, weil es diese Aussagen noch nicht gibt.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Thomas Blenke CDU)

Aber ich weiß natürlich und nehme zur Kenntnis, dass jeder um seine Standorte ringt und Argumente ins Feld führt. Ich kann nur dafür werben, Argumente ins Feld zu führen, Sachthemen auf den Prüfstand zu stellen und sich nicht auf das Feld der Spekulationen zu begeben.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt wurde hier verschiedentlich angesprochen und in der Vergangenheit heftig kritisiert. Da will ich jetzt einmal aus diesem Papier zitieren – wobei es mir schwerfällt, das, was der Beirat der Polizei auf den Weg gebracht hat, tatsächlich als Papier zu bezeichnen.

(Abg. Claus Schmiedel und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der CDU-Beirat! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Die Formulierung war schon gut!)

Der Aussage, meine Damen und Herren, dies sei keine Reform aus der Polizei heraus, sondern eine Reform von oben nach unten, will ich ausdrücklich widersprechen. Ich weise noch einmal darauf hin: Die Projektgruppe, die wir zusammengestellt haben, bestand und besteht aus außerordentlich erfahrenen Kräften aus den Reihen der Polizei in unserem Land Baden-Württemberg. Ich finde es unerträglich – das will ich ausdrücklich sagen –, wie jetzt im Nachgang versucht wird, diese Projektgruppe zu diskreditieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie meinen Eingangssatz gehört?)

Ich will einfach einmal sagen, meine Damen und Herren: Mit der Formulierung „Die Namen der Vollzugsbeamten in der Projektgruppe kann man sich vorab schon einmal merken“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist denn das?)

(Minister Reinhold Gall)

will man nichts anderes behaupten, als dass völlig klar sei, dass diejenigen auch in der neuen Struktur entsprechende Funktionen und Positionen erhalten werden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Ich finde, das ist eine Unterstellung, die dem Auftrag und vor allem den Mitgliedern der Projektgruppe nicht gerecht wird.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Aber Sie haben gehört, was ich vorhin gesagt habe?)

Auch dass der Polizeipräsident in diesem Papier diskreditiert wird, ist nicht in Ordnung. Das will ich ausdrücklich sagen. Im Übrigen haben Sie und nicht ich ihn benannt. Auch das will ich hier ausdrücklich noch einmal zur Kenntnis geben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Innenminister Reinhold Gall: Ja.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sein Name fängt auch mit B an! – Abg. Peter Hauk CDU: Stehen Sie jetzt zu Ihrem Polizeipräsidenten oder nicht?)

– Natürlich.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass es zu der Polizeireform in Bayern – das ist nur der Vorspann meiner Frage – ganz klare Kritik gab und gibt? Der polizeipolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Gewerkschaftsvorsitzende Schneider etwa hat u. a. gesagt, die bayerische Polizei sei seit 2004 weder besser noch billiger geworden, und die Reform sei ein Flop gewesen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich frage Sie deshalb: Wären Sie bereit, noch einmal ganz kurz und sachlich darzustellen – weil ich es noch nicht ganz überblicke und damit uns nicht auch ein solcher Flop droht –, welche Unterschiede zwischen der bayerischen Reform und Ihrem Vorhaben bestehen?

(Zurufe von der SPD und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Innenminister Reinhold Gall: Sie haben vorhin, glaube ich, schon einmal angeführt, dass auch der Bayerische Oberste Rechnungshof die bayerische Reform kritisiert habe. Das wusste ich natürlich schon im Vorhinein. Ich bin mir relativ sicher, dass unser Rechnungshof unsere Polizeireform am Ende des Tages – das heißt, wenn sie umgesetzt sein wird – nicht kritisieren wird, weil wir in die Lenkungsgruppe, die die Arbeit des Projektbeirats, der Projektkommission begleitet hat, bereits eine Vertreterin des Rechnungshofs und damit, wenn man so will, den Rechnungshof selbst bei dieser entsprechenden Diskussion mit eingebunden hatten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt natürlich Unterschiede. Wir haben geschaut: Was haben andere gemacht? Im Übrigen, meine Damen und Herren, finden in nahezu allen Bundesländern gerade Strukturdiskussionen in der Polizei statt. Wir haben uns angeschaut, was Bayern gemacht hat. Ich meine, wir haben aus den Fehlern gelernt.

Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele, an denen, wie ich meine, deutlich wird, dass sich unser Vorhaben von der bayerischen Reform unterscheidet. Dort hat eine regionale Organisationseinheit, in Bayern Inspektion genannt, etwa 3 000 Beschäftigte unter einem Dach. Bei uns wird der Mittelwert bei etwa 1 500 Beschäftigten liegen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist letztendlich das Gleiche!)

Dort gibt es im Durchschnitt Zuständigkeiten für 30 Polizeireviere, bei uns für zwölf bis 14. Schon daran wird doch deutlich, dass wir mit unserer Reform näher an den Menschen, besser in der Fläche präsent sind, als es in Bayern der Fall ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rüeck?

Innenminister Reinhold Gall: Nein, Herr Präsident.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es reicht mit Schwäbisch Hall!)

Ich bitte darum, dass ich jetzt meinen Gedankengang fortführen kann. Am Ende dann gern.

Stichwort „Präsenz in der Fläche“, ein Thema, das immer wieder genannt wird: Ich meine, wir sollten uns darüber einigen, wie wir Polizeipräsenz in der Fläche definieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der Punkt!)

Definieren wir sie so, dass Führung und Verwaltung vor Ort präsent sind, dass Stäbe vor Ort präsent sind, oder bemessen wir sie danach, wie viele Streifenbesetzungen vor Ort präsent sind? Für den Bürger, meine Damen und Herren, ist die Antwort, glaube ich, völlig klar: Der Bürger macht die Präsenz der Polizei vor Ort davon abhängig, wie oft er die Polizei sieht: ob er Polizeiautos sieht, ob er Menschen in Uniform sieht. In erster Linie daran wird Präsenz in der Fläche deutlich und nicht an Stäben, nicht an Verwaltung und nicht an Administration.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Die Frage ist doch: Was ist Sicherheit?)

Meine Damen und Herren, was den Zwischenruf „Kriminalbeamte“ anbelangt, sage ich Ihnen: Viele von Ihnen wussten doch vor zwei Wochen noch gar nicht, dass es Kriminalaußenstellen gibt und wo diese sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU zeigt auf ein Schriftstück. – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bisher war es noch erträglich, jetzt wird es niveaulos! – Weitere Zurufe von der CDU – Fortgesetzte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bitte schön.

Innenminister Reinhold Gall: An welchen Berührungspunkten, an welchen Schnittstellen hat denn der Bürger Kontakt mit der Polizei? Nehmen wir folgendes Beispiel: Ein Bürger meldet einen Einbruch. Wo meldet er den? Er geht nicht zum Leiter des Führungs- und Einsatzstabs, er geht nicht zum Controller in der Direktion, er geht auch nicht zur Pressestelle in der Direktion. Wenn er einen Einbruch meldet, geht er auf das Revier oder zum Posten oder ruft zumindest beim Posten oder beim Revier an.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das ist für den Bürger entscheidend.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole ganz einfach: An dieser Struktur der Reviere und Posten werden wir nichts verändern. Kern der Reform wird sein, diese wieder so mit Personal auszustatten, dass wir die Polizeikräfte dort, die jetzt wirklich am Rande der Belastungsfähigkeit arbeiten, wieder entlasten können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Warum schreiben Sie es dann anders?)

Die Organisationseinheiten sollen wieder in der Lage sein, ordentliche Schichtdienste zu gewährleisten, ihren Beamtinnen und Beamten wieder ein geregeltes Leben außerhalb der Polizei zu gewährleisten, sodass diese nicht ständig damit rechnen müssen, aus der Freizeit, aus der Ruhephase, aus dem Urlaub zurückgeholt zu werden, um Lücken zu füllen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will noch ein paar Stichworte zu Ihrem Argument „Schwächung des ländlichen Raums“ sagen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt das überhaupt?)

Ich finde es seitens der CDU und der FDP/DVP wirklich absurd, eine Schwächung des ländlichen Raumes zu unterstellen. Wer war es denn – um es noch einmal deutlich zu machen –, der 200 Posten im Land gestrichen hat?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist scheinheilig! Ich erinnere Sie an Ihre Worte letzte Woche vor der CDU-Landtagsfraktion! Dann stehen Sie auch dazu! Das ist ja unglaublich! – Unruhe)

– Langsam! Bleiben Sie doch cool. – Sie haben doch die Stellen gestrichen. Haben Sie sie gestrichen oder nicht? Das waren doch Sie, die sie gestrichen haben, nicht ich.

(Zurufe von der CDU – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Einen Moment, Herr Minister. Ich muss Sie kurz unterbrechen.

Meine Damen und Herren, jetzt beruhigen Sie sich wieder, auch auf der Seite der CDU-Fraktion.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da brauchen wir eine Familienpackung Valium!)

Innenminister Reinhold Gall: Jetzt kommt der kleine Unterschied.

(Unruhe)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich endlich. Der Herr Minister hat das Wort. Kommen Sie jetzt einmal zur Ruhe, damit wir die Chance haben, den Ausführungen des Ministers zu folgen. Nur dann macht die Debatte Sinn.

Herr Minister, Herr Abg. Hauk möchte – –

Innenminister Reinhold Gall: Nein.

Präsident Guido Wolf: Nein. – Der Herr Minister hat das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Ich finde es komisch, dass diese Tatsache Sie so erregt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Scheinheilig und inkompetent!)

Es fängt an, mir richtig Spaß zu machen.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Unsouverän! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, was haben Sie denn gesagt? – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie haben es doch für richtig befunden!)

Sie haben 200 Posten geschlossen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Langsam. – Jetzt kommt der feine Unterschied. Ich hätte das schon lange gesagt haben können, wenn Sie mich hätten ausreden lassen. Sie haben diese Posten geschlossen. Das war die Haupttriebfeder, unbestritten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Polizisten blieben in der Fläche! Das ist der große Unterschied!)

Sie haben diese Aktion deshalb durchgeführt, weil sie durch den Personalabbau notwendig war, der zu einer deutlichen Lücke bei der Personalausstattung in den Polizeirevieren geführt hat. Diese Lücken aufgrund des von Ihnen initiierten Personalabbaus wollten Sie mit dem Abbau von Polizeiposten kaschieren. Die Reform hatte mit polizeifachlichen Erwägungen so gut wie gar nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Und heute finden Sie es richtig? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 60 Ohrenpaare haben es gehört! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Und das Protokoll!)

(Minister Reinhold Gall)

Ich unterstreiche ausdrücklich, dass die Polizei in Baden-Württemberg nach wie vor zweifelsohne in hohem Maß leistungsfähig ist. Wir sind leistungsfähig, weil wir leistungsbe-reite, motivierte, engagierte Beamtinnen und Beamte haben, und nicht aufgrund der Struktur. Das Erstaunliche und wirk-lich Lobenswerte ist, dass unsere Polizei noch immer moti-viert, noch immer leistungsstark und noch immer engagiert ist, obwohl sie ihre Arbeit in den bestehenden Strukturen aus-führen muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Fried-
linde Gurr-Hirsch CDU: Greift er auch noch die ei-
gene Reform an?)

Meine Damen und Herren, eingangs hatte ich versucht, die Rahmenbedingungen ein bisschen in den Mittelpunkt zu rü-cken und zu erläutern, warum wir die Reform eigentlich ma-chen. Titus Plautus, ein römischer Dichter, hat einmal gesagt:

Es ist zu spät, Brunnen zu graben, wenn der Durst brennt.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU)

Deshalb beginnen wir heute, im Jahr 2012, mit dieser Reform, weil wir sie nicht erst dann angehen können, wenn sich die Personalsituation bei der Polizei noch weiter verschärft hat. Wir haben Zukunftsaufgaben zu bewältigen.

Das hat, meine Damen und Herren, auch etwas mit unserer Fürsorgepflicht für die Beamtinnen und Beamten zu tun. Ich weiß – das sollten Sie einem Sozialdemokraten allemal ab-nehmen –, dass mit diesen Veränderungen natürlich auch Ver-änderungen für einzelne Personen vor Ort verbunden sind. Bisherige Arbeitsplätze müssen aufgegeben und andere müs-sen angenommen werden.

Aber Sie sollten sich nicht als oberster Gralshüter der Perso-nalinteressen aufspielen. Überlassen Sie das den Interessen-vertretungen, lassen Sie Gewerkschaften ihre Arbeit tun; sie machen ihre Arbeit außerordentlich gut. Ich wage zu behaup-ten, dass die Interessen der Beschäftigten bei einem Sozialde-mokraten allemal besser Gehör finden als in der Vergangen-heit bei Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr.
Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Allein durch das Par-
teibuch, oder wie?)

Meine Damen und Herren, ich habe es ausdrücklich gesagt: Dieses Reformvorhaben der Polizei gründet sich schon auch auf polizeifachlichen Erfordernissen, neben der Berücksich-tigung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Solche Er-fordernisse lassen sich nicht an Verwaltungsgrenzen festma-chen. Aber die gegenwärtige Struktur orientiert sich an die-sen Verwaltungsgrenzen und nicht an den dringenden Not-wendigkeiten.

Dass Sie die Verwaltungsgrenzen so sehr verteidigen, wun-dert mich doch. In der gestrigen Debatte wurde zweimal der Wunsch an mich herangetragen, z. B. im Bereich des Ret-tungsdienstes auf solche Grenzen keine Rücksicht zu nehmen und sogar die Zusammenarbeit mit Bayern zu suchen – was ich im Übrigen gern mache.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Dann können Sie doch nicht zur Polizeireform sagen, wir müssten uns an bestehenden Verwaltungsgrenzen orientieren. Verbrechen, Verbrechensaufklärung und Prävention, meine Damen und Herren, orientieren sich nicht an Verwaltungsgrenzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolf-
gang Drexler SPD: Genau!)

Meine Damen und Herren, zum Stichwort Kriminalaußenstel-len: Wissen Sie eigentlich, in wie vielen Zuständigkeitsberei-chen jetziger Polizeidirektionen es Kriminalaußenstellen gibt?

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch gesagt, wir wüssten es nicht! Aber ich weiß es schon! – Zuruf: 624! – Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Sakellariou weiß es auch nicht! – Unruhe)

– Ich merke es schon. Ich sage es für diejenigen, die es nicht wissen: In mehr als der Hälfte der jetzigen Polizeidirektionen gibt es überhaupt keine Kriminalaußenstellen. Es gibt irgend-welche Konstrukte. Originär gibt es nur in fünf Direktionsbe-reichen entsprechende Kriminalaußenstellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: „Entsprechende Krimi-
nalaußenstellen“? – Zuruf des Abg. Karl Zimmer-
mann CDU)

Hätten Sie, meine Damen und Herren, den Mut gehabt, den tatsächlichen Erfordernissen Rechnung zu tragen, dann hät-ten Sie Ihre Meinung längst geändert. In der von Ihnen erlas-senen Verwaltungsvorschrift für die Polizei aus dem Jahr 2004 gibt es klare Kriterien dafür, wo Kriminalaußenstellen über-haupt sinnvoll sind. Hätten Sie diese Kriterien angewandt, dann wäre bereits heute im Prinzip überhaupt keine Krimi-nalaußenstelle mehr vorhanden. Aber dazu hatten Sie schlicht und ergreifend nicht den Mut.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei: Wir streben mit dieser Reform an, ein Personalreservoir von 650 Kräften im Vollzugsdienst frei zu machen, in erster Linie zur Verstärkung der Polizeireviere, plus 240 bis 250 Kräften aus dem Nicht-vollzugsdienst.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, wann und wie? – Gegen-
ruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Ja, wann und
wie? Jetzt gleich sagen, wo!“ Mein Gott, das sind Re-
former! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP:
Drexler ist auch wieder erwacht!)

– Herr Hauk, völlig klar: Das Stichwort ist wichtig, keine Fra-ge. Diese Reform wird nicht per Schalldruck am 1. Januar 2013

(Abg. Peter Hauk CDU: Eben! Genau!)

oder wann auch immer vollständig umgesetzt sein können, sondern die Polizei hat bei den Reformvorhaben, die wir auf den Weg bringen, die Chance, in diese Struktur hineinzuwach-sen. Das heißt, durch die Altersabgänge gelingt es uns relativ schnell, diese Reform umzusetzen. Wir haben die Chance, uns durch den Veränderungsprozess sorgfältig darauf vorzuberei-ten, wo wir in Technik investieren und in welchem Umfang

(Minister Reinhold Gall)

wir in Technik investieren – in der Tat mit dem Ziel, dort zukünftig weniger Geld in die Hand nehmen zu müssen.

Das Beispiel liegt doch, glaube ich, völlig klar auf der Hand: Wir haben bisher 42 Leitstellen, die wir zu unterhalten, immer wieder zu erneuern und in Betrieb zu halten haben. Zukünftig werden dies deutlich weniger sein. Es liegt doch auf der Hand, dass da schlicht und ergreifend Synergien liegen. Das werden wir Schritt für Schritt umsetzen, aber zügig angehen; das will ich ausdrücklich sagen.

Deshalb haben wir gesagt: Bis Ostern – das sind noch etwa acht Wochen – werden wir sowohl die Standorte als auch die Gebiete festlegen. Bis dahin wird auch relativ klar sein, wer Verantwortung in diesen neuen Häusern übernehmen wird. Auf diese wird es natürlich schon maßgeblich ankommen, wenn es darum geht, wie dann dieses Haus – kein Legohaus, Kollege Blenke – ausgebaut wird. Das heißt im Klartext nichts anderes als: Es wird Rücksicht auf örtliche Belange, auf Infrastruktur, z. B. auf Grenznähe, genommen. Da wird es klare Parameter geben, woran man dann festmachen kann, ob es noch Kriminalkommissariate an Außenstellen geben wird oder nicht. Das wird sich entwickeln. Dort werden wir hineinwachsen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also es gibt dann unter Umständen auch keine!)

Ich bin mir jedenfalls sicher, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn diese Reform umgesetzt ist, dann wird das Ergebnis sein, dass dies eine Chance für die Bürgerinnen und Bürger und eine Chance für die Polizei war. Es wird nicht nur eine Chance bleiben, sondern es wird am Ende des Tages klar und deutlich sein: Wir haben das wahr gemacht, was wir versprochen haben – mehr Präsenz in der Fläche –, und wir werden für die Aufgaben der Zukunft gerüstet sein.

Ich würde mich noch immer darüber freuen, wenn Sie zumindest in einem breiten Konsens wesentliche Schritte dieser Reform gemeinsam mit uns gehen könnten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Helau!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat noch eine restliche Redezeit von eineinhalb Minuten für die zweite Runde, während ansonsten die Redezeiten aufgebraucht sind.

Kollege Blenke, bitte.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, wir können dieses Eckpunktepapier lesen. Ich habe es von vorn bis hinten gelesen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man muss es auch verstehen!)

Wir können Ihnen auch zuhören. Da stellen sich halt einige Fragen, weil sich eine Diskrepanz auftut. Diese Fragen haben Sie heute leider nicht beantwortet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben vorhin vor allem einen Eindruck erweckt – vielleicht haben Sie es auch zu flapsig ausgedrückt –: Sie haben den Eindruck erweckt, für den Bürger sei nur erheblich, wie viele uniformierte Polizisten vor Ort sind.

(Abg. Ingo Rust SPD: Subjektives Sicherheitsempfinden! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Subjektive Sicherheit!)

Auch Kriminalbeamte, die per se in Zivil arbeiten, sind ausgebildete Polizeibeamte, die vor Ort für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die sind nicht erkennbar!)

Das muss einfach einmal klar sein.

(Beifall bei der CDU)

Sie schreiben in dem Eckpunktepapier, das Sie sich zu eigen gemacht haben

(Abg. Claus Schmiedel SPD meldet sich.)

– nein, ich lasse auch keine Zwischenfragen zu –, dass Sie die Kriminalpolizei vor Ort bis auf kleine Kommissariate – eines pro Kreis, pro bisherigem PD-Bezirk; so steht es hier – abziehen.

(Zurufe von der SPD: Grundsätzlich!)

Sie lassen vielleicht 15 Leute dort. Alle anderen müssen weg. Die brauchen Sie in der Zentrale für den Kriminaldauerdienst. Diese sind aber nicht mehr vor Ort. Diese Stellen lösen Sie auf.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Grundsätzlich!)

Das geht zulasten der Präsenz vor Ort. Das muss einfach klar sein. In einer ländlichen Polizeidirektion sind das etwa 15, 20, manchmal auch 30 Leute.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

30 bis 70 % der Kriminalpolizei werden künftig nicht mehr mit der Ortskenntnis, der Sachkenntnis, der Szenekennntnis vor Ort sein. Das ist Fakt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Blenke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

Abg. Thomas Blenke CDU: Nein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das täte ich auch nicht! Das ginge schlecht aus, wenn er das täte!)

– Am Ende können wir das machen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Zweitens schreiben Sie hier in dem Papier, das Sie sich zu eigen machen, zu den Revieren, es werde angeregt,

nach Realisierung der Organisationsreform in einem weiteren Schritt die Anzahl, die Organisation und den Zuständigkeitsbereich bestehender Polizeireviere im Einzelfall zu prüfen.

(Abg. Heribert Rech CDU: Aha!)

(Thomas Blenke)

Sagen Sie also bitte nicht, dass daran grundsätzlich nicht gerüttelt würde. Sie werden daran rütteln, aber erst in einem zweiten Schritt, in einer weiteren Runde.

(Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die Polizeiposten. Da reden Sie wider besseres Wissen, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heribert Rech CDU: Ja!)

Das haben Sie sogar unter Beweis gestellt. Ich berichte normalerweise nicht aus nicht öffentlichen Sitzungen. Ich will aber erwähnen, dass Sie in unserer Fraktionssitzung zugestanden haben, dass Sie heute der Ansicht sind, dass die Polizeipostenreform positiv war.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Sie reden heute deshalb wider besseres Wissen, weil Sie genau wissen, dass seinerzeit bei der Polizeipostenreform keine einzige Stelle gestrichen wurde.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Diese Reform haben wir gemacht, weil es vor allem in ländlichen Regionen, in dünn besiedelten Regionen Polizeiposten mit nur einem, zwei oder drei Beamten gab.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das war doch ländlicher Raum! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Aber die sind vor Ort geblieben!)

– Ja. Die waren vor Ort und sind vor Ort geblieben, aber vielleicht 5 oder 10 km weiter und in etwas größeren Einheiten. Das hat Innenminister Rech damals gemacht, weil es auch unter dem Aspekt der Eigensicherung eines Beamten nicht vertretbar ist, dass nur ein Beamter auf der Dienststelle ist oder von zwei Beamten einer unterwegs ist. Aus diesem Grund haben wir damals die Polizeipostenreform gemacht. Diese finden Sie heute insgeheim gut; das haben Sie uns auch gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

Deswegen sollte bitte nicht mehr die Aussage gemacht werden, dass die Polizeipostenreform von uns eine Einsparmaßnahme war.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich würde noch eine Nachfrage zulassen.

Präsident Guido Wolf: Für eine Nachfrage erhält Kollege Rüeck das Wort.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Kollege Blenke, nachdem mir der Herr Minister die Zwischenfrage nicht erlaubt hat, möchte ich Sie fragen, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich bei der angesprochenen Resolution im Stadtrat von Schwäbisch Hall nach meinen Informa-

tionen darum gehandelt hat – dieser Beschluss war tatsächlich einstimmig –, dass man sich, falls sich die Landesregierung durchsetzen werde, um eines der zwölf Polizeipräsidien bewerben möchte.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch legitim!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Kollege, das nehmen wir zur Kenntnis. Das war so.

Ich nehme übrigens auch zur Kenntnis, dass der Minister vorhin gesagt hat – Sie mögen es korrigieren, wenn Sie sich versprochen haben –, dass der erhoffte Präsenzgewinn von 650 Stellen vollumfänglich für die Polizeireviere zur Verfügung stehe.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Blenke, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Thomas Blenke CDU: Nach dem Eckpunktepapier sind es 325 Stellen der Schutzpolizei. Die anderen 325 Stellen sind Kriminalbeamtenstellen. Kriminalbeamte kommen nicht ins Revier, sondern in die Zentrale. Falls dies nicht stimmt, widerlegen Sie es bitte.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Projektförderungspflicht für S 21 auf dem Prüfstand – Volkswillen verhindern oder Volkswillen beachten? – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Präsidium hat wiederum eine Gesamtrededauer von 40 Minuten festgelegt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Die Mitglieder der Landesregierung möchte ich bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Ich weise auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung hin, wonach die Reden in der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen sind.

Das Wort erhält für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen gab es eine interessante Chronologie:

Am 22. Januar war der Einsatz im Wagenburgtunnel. Die Frau Staatsrätin sagte hierzu, die Landesregierung sei vom Einsatz überrascht worden.

(Peter Hauk)

Daraufhin sagte am 24. Januar der Regierungssprecher:

Das Innenministerium hat nun veranlasst, dass die politische Führung in Zukunft über „Maßnahmen kleinerer Natur“ informiert wird.

Am 25. Januar schrieb der Abgeordnete der Grünen, Tschenk, er erwarte,

dass das ... Innenministerium der Bahn ... für weitere unnötige Maßnahmen keinen Polizeischutz mehr gewährt

und dass ein

einseitiges Vorgehen der SPD nicht weiter toleriert wird.

Am 26. Januar kam die Genehmigung des Eisenbahn-Bundesamts, dass die Bäume sofort gefällt bzw. verpflanzt werden können. Hierbei wurde zum Schutz der Bahn vor weiteren Anträgen der Projektgegner ein Sofortvollzug angeordnet.

Am 27. Januar sagte der grüne Abgeordnete Schwarz, dass es nur noch einen Einsatz der Polizei geben dürfe. Darauf hätten sich Grüne und SPD geeinigt. Der Fraktionschef der SPD weiß davon nichts, er kennt eine solche Absprache nicht – so wurde er jedenfalls zitiert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gibt es auch nicht!)

Am 30. Januar gab es eine E-Mail der stellvertretenden Landtagspräsidentin Lösch, in der sie bat, die Resolution „Grüne gegen Stuttgart 21“, die sie selbst als stellvertretende Landtagspräsidentin unterschrieben hat und mit der ein weiterer Bauaufschub gefordert wird, bis alle Teile von S 21 durchgeplant sind, an die Ortsverbände weiterzugeben.

Am 31. Januar schrieb Ministerialdirektor Zinell an Dr. Kefer von der Bahn und informierte ihn über die Absage des Polizeieinsatzes. Er sagte zum Zweiten – ich zitiere –:

Die Bedeutung der Angelegenheit können Sie auch daran erkennen, dass sich unser Ministerpräsident heute leider vergeblich um ein Gespräch mit Herrn Vorstandsvorsitzenden Grube bemüht hat.

So viel zum Thema „Einsatz des Ministerpräsidenten im operativen Geschäft der Polizei“.

Drittens sagte er:

Sofern in den anhängenden Eilverfahren vor dem VGH der Weg für den Beginn frei gemacht sein wird und auch die Grundstücksüberlassung geregelt ist, werden wir auch politisch „grünes Licht“ bekommen

(Abg. Winfried Mack CDU: Grün im wahrsten Sinn des Wortes!)

und unverzüglich die Planungen für einen der zu erwartenden Lage entsprechenden Polizeieinsatz aufnehmen.

Am 31. Januar sagte der stellvertretende Regierungssprecher Braun in den „Stuttgarter Nachrichten“ – ich zitiere –:

Ehe wir den Polizeieinsatz planen, werden wir die beiden Verfahren abwarten.

Am 1. Februar wiederum sagte Polizeisprecher Keilbach, der am Mittwoch, 31. Januar, den Abbruch des bereits geplanten Polizeieinsatzes bestätigt hatte:

Wir hatten schon begonnen, unsere Planungen umzusetzen.

Als die Information zur Verschiebung des Einsatzes gekommen sei, habe man z. B. die Hotelbuchungen für auswärtige Polizisten sofort gestoppt. Ein Sprecher des Innenministeriums hatte zuvor bestätigt, dass das Land die am Verwaltungsgerichtshof anhängigen Eilanträge abwarten wolle. Erst nach der Entscheidung will Grün-Rot der Bahn die Flächen im Schlossgarten übergeben.

Am 1. Februar ruderte Regierungssprecher Hoogvliet zurück und sagte, Herr Braun, der stellvertretende Regierungssprecher, sei falsch zitiert worden. Am 1. Februar schrieb auch Dr. Kefer an den Ministerpräsidenten, die Bahn wäre einsatzbereit gewesen. Die Polizei in Gestalt des Polizeipräsidenten Züfle hätte auch zugesichert, den Einsatz zu schützen. Und dann wörtlich:

Mit der Absage verstößt das Land gegen seine Projektförderungspflicht.

Am 2. Februar schrieb Herr Staatssekretär Murawski an Herrn Dr. Kefer, dass Herr Kefer sich gefälligst nicht an das Staatsministerium, sondern an das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zu wenden habe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie scheitern an Ihren eigenen Ansprüchen, Herr Ministerpräsident und Ihre Regierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie scheitern daran, denn offensichtlich hatte erstens die Polizei bereits am 27. Januar 1 000 Zimmer bestellt. Sie hat sie – zweitens – am 31. Januar wieder bei der Gastronomie abbestellt. Zum Dritten bestätigt auch der Sprecher des Innenministeriums das Abbestellen. Zum Vierten bestätigt dies auch der stellvertretende Regierungssprecher Braun, der zudem bestätigt, dass die Politik mit involviert war.

Sie haben die Maßstäbe für die politische Einflussnahme selbst gesetzt, indem Sie nämlich im vergangenen Jahr die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt haben. Das kann man verstehen. Nach einem missglückten Polizeieinsatz ist es durchaus normal,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Missglückt“ ist gut!)

nach den Verantwortlichen zu fragen. Sie haben aber genau diese Frage überhört und jegliche politische Einflussnahme ausgeschlossen. Sie haben sie nicht nur infrage gestellt, sondern auch für die Zukunft letztendlich ausgeschlossen und abgelehnt. Damit sind Sie unter Ihren eigenen Ansprüchen, unter Ihren eigenen Maßstäben geblieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie immer!)

Meine Damen und Herren, es handelt sich nicht um irgendeinen Ansatz. Sie kennen die zeitliche Bredouille. Für die Verspätung der Genehmigung des Eisenbahn-Bundesamts war si-

(Peter Hauk)

cherlich die Bahn verantwortlich, die nicht die notwendigen Grundlagen geliefert hat.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

– Entschuldigung. Es geht nicht um die Verantwortlichkeiten. Es geht um Gegebenheiten.

Als am 26. Januar die Genehmigung kam, die einen ausdrücklichen Sofortvollzug vorsah, haben Sie dem grünen Druck der grünen Gegner von S 21 nachgegeben. Das ist das ganz Entscheidende.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben ganz bewusst in Kauf genommen, dass dieses Projekt verhindert werden kann; denn Sie kannten die zeitlichen Restriktionen. Sie wussten, dass externe Polizeikräfte bei der Münchner Sicherheitskonferenz benötigt werden. Sie wussten, dass externe Polizeikräfte aufgrund der Faschingszeit in den nächsten Wochen nicht in dem erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Sie wussten darum. Sie wussten auch, dass im Schlossgarten drei Wochen Verpflanzungs- und Fällzeit benötigt werden.

Sie haben all das bewusst in Kauf genommen; Sie haben den Polizeieinsatz abgesagt und somit das weitere Verfahren verzögert.

Das ist die Tatsache.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und wer zahlt die Zimmer?)

Herr Ministerpräsident, damit sind auch Sie persönlich verantwortlich; denn das Staatsministerium und damit auch Sie persönlich waren involviert. Sie sind verantwortlich, wenn mehr Bäume gefällt werden müssen und nicht verpflanzt werden können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Legendenbildung! Meine Güte!)

Außerdem kommen Sie Ihrer Projektförderungspflicht nicht nach. Sie haben damit den Volkswillen gründlich missachtet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich kann nur feststellen: Bei der Volksabstimmung haben 59 % der Bürger die Landesregierung klar angewiesen: S 21 ist zu bauen, und zwar unverzüglich. Sie haben das Ende der Vegetationsperiode vor Augen gehabt. Sie haben bewusst in Kauf genommen, dass unter Umständen aufgrund der Verzögerung monatlich 15 Millionen € an Steuergeldern verschwendet werden. Sie nehmen die Projektförderungspflicht nicht ernst, sondern rennen nach wie vor Ihrer grünen Klientel hinterher.

Herr Ministerpräsident, Ihre bisherigen Aussagen, dass Sie das Votum akzeptieren, deuteten schon darauf hin. Jetzt müssen Sie das aber auch umsetzen. Setzen Sie es um! Taten wollen wir von Ihnen sehen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

keine Verhinderungen und keine Verzögerungen, sondern einfach Taten. Sonst werden Sie zum Sprechblasendemokraten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich so beginnen: Baden-Württemberg, die Landesregierung, die Polizei und alle gewählten Abgeordneten sollten alles tun und dafür sorgen, dass sich der Polizeieinsatz vom 30. September 2010, der katastrophalste in der Geschichte des Landes, nie wiederholen wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Tatsache ist, dass bis heute gegen ca. 100 Beamte Ermittlungsverfahren laufen wegen dieses Polizeieinsatzes am 30. September, der zu Recht als „Schwarzer Donnerstag“ bezeichnet wird, meine Damen und Herren.

Deshalb ist es doch völlig klar, dass in Zukunft die Aufgabe für die Polizei darin besteht, die Polizeieinsätze sorgfältig und verantwortungsvoll zu planen, auf Deeskalation zu setzen und alles zu tun, damit Demonstrationen friedlich ablaufen. Das ist ihre Aufgabe, und die hat sie in den vergangenen Wochen und Monaten gut erfüllt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dazu gehört natürlich auch, dass die Polizei auf einer sicheren Rechtsgrundlage agieren muss. Das ist doch das A und O, und das war doch eines der Probleme beim 30. September. Die Rechtsgrundlage war damals eben nicht sicher. Was lernen wir daraus? Wir müssen alles tun, damit sie in Zukunft sicher ist.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Entschuldigung! Wo waren Sie denn?)

Genau das ist passiert, meine Damen und Herren. Deshalb ist die bisherige Einsatzplanung der Polizei richtig gewesen, und wir haben diese auch entsprechend kommentiert.

(Beifall bei den Grünen)

Klar ist: Nach der Volksabstimmung, nach dem klaren Votum der Bürgerschaft ist die Frage nicht mehr, ob Stuttgart 21 kommt, ob das Land Teil der Projektpartnerschaft bleibt oder nicht. Diese Frage ist eindeutig geklärt. Das Land bleibt Projektpartner. Es sind keine Verträge zu kündigen. Das ist der Mehrheitswille. Den respektieren wir. Dabei bleibt es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann setzen Sie es auch um!)

Tatsache ist, dass die Bahn derjenige ist, der Stuttgart 21 baut, und nicht das Parlament, die Landesregierung oder sonst wer. Die Bahn baut. Die Bahn ist dafür verantwortlich, wie sie mit diesem mehrheitlichen Votum der Bürgerschaft, dass Stuttgart 21 gebaut werden soll, umgeht. Da gab es doch in den letzten Wochen und Monaten einiges, was zu kritisieren ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

(Edith Sitzmann)

Wenn Sie jetzt davon sprechen, es würde eine Verzögerungstaktik gefahren, dann kann ich Ihnen nur empfehlen, noch einmal den Artikel von gestern in den „Stuttgarter Nachrichten“ zu lesen. Da wird nämlich ganz klar gesagt – so die Überschrift –: „Die Bahn ist mit Bauarbeiten ein Jahr im Rückstand“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, und warum?)

Sie ist ein Jahr im Rückstand. – Das werde ich Ihnen gleich erklären. Sie ist im Rückstand aufgrund ihrer eigenen Projektplanung. Schon im September 2011 steht in den Papieren der Bahn – man kann es nachlesen –:

Selbst unter Mitwirkung aller Projektpartner alle Aktionen zeitkritisch!

Konkret bedeutet das, dass Planungen am Grundwassermanagement bis Oktober 2011 durchgeführt sein sollten – bis heute nicht erfüllt. Aufbau größerer Grundwasseranlage bis Juni 2012 – nicht zu halten. Planänderungen Fildertunnel und Tunnel nach Feuerbach bis Februar 2012 – nicht erfüllt. Bauvergabe Tiefbahnhof – nicht erfüllt. Anderes ist unsicher, wieder anderes ebenfalls nicht erfüllt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer verhindert denn? Wer verhindert? – Gegenruf von den Grünen: Quatsch!)

Der Verzug bei der Planung liegt weder an der Bürgerbewegung noch an der Schlichtung, noch an der Volksabstimmung. Er liegt einzig und allein

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bei der Landesregierung!)

bei den Planungen der Bahn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir erwarten, dass die Bahn ihren ursprünglichen Zeitplan endlich aktualisiert, diesen vorlegt, öffentlich und transparent macht und sagt, wie sie ihre eigenen Vorgaben zur Umsetzung des Projekts einhalten will, meine Damen und Herren. Das ist das Mindeste, was man erwarten kann.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann Ihnen sagen: Insofern hat es auch keinerlei Zeitdruck, keinerlei Bestreben gegeben, irgendetwas zu verzögern. Das ist aus dem, was ich gesagt habe, deutlich geworden. Und es ist ganz klar: Wenn es jetzt um die Umsetzung des Projekts geht, ist es wichtig, dass es eine einwandfreie Rechtsgrundlage gibt. Die Bahn muss Transparenz herstellen. Es geht darum, auch gegenüber der Bürgerschaft deutlich zu machen, wie sie das Projekt umsetzen will. Das ist Aufgabe der Bahn.

Aufgabe der Polizei ist es, das so zu begleiten, dass sich Ereignisse wie die am 30. September 2010 auf keinen Fall wiederholen. Darum geht es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Volkswillen umsetzen – das ist nach einer Volksabstimmung selbstverständlich.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Deshalb gibt es überhaupt keinen Zweifel, dass Stuttgart 21 realisiert wird, mit Unterstützung der Landesregierung und der Koalition.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da gibt es schon Zweifel!)

Zum Volkswillen, meine Damen und Herren, gehört aber auch, dass die Bevölkerung erwartet, dass dieses Projekt umgesetzt wird, ohne dass es zu heftigen Konflikten oder gar Verletzungen kommt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Keine Frage!)

Deshalb gehört es natürlich zur politischen Aufgabe auch der Landesregierung, dafür zu sorgen, dass die Polizeieinsätze unter Rahmenbedingungen stattfinden, die ein Höchstmaß an Gewähr bieten, dass dem Volkswillen entsprochen wird.

Wenn wir uns bis dahin einig sind, kann viel Leidenschaft und Luft heraus; dann kann man darüber reden, wie man das eine oder andere zu interpretieren hat. Aber dann könnten wir auch ein Signal geben, dass dieses Parlament insgesamt ein großes Interesse daran hat, dass Stuttgart 21 friedlich, ohne Konflikte, ohne Beeinträchtigungen von Demonstrationen, aber möglichst ohne Gewalt realisiert wird.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Was war der kritische Punkt? Der kritische Punkt war, dass es unterschiedliche Einschätzungen über mögliche Erfolgsaussichten von Eilanträgen gab, die keine bindende aufschiebende Wirkung haben; darüber gibt es keinen Zweifel. Aber es gibt auch in den Ministerien – nicht nur im Verkehrsministerium, sage ich einmal an dieser Stelle, und nicht nur im Staatsministerium, sondern auch in anderen Ministerien – durchaus kritische Einschätzungen über die Erfolgsaussicht. Da diese Eilanträge in Bälde zu entscheiden waren, war es eine Frage der Abwägung: Setzen wir Tausende von Polizisten in Gang und riskieren, dass diese auf halbem Weg zurückgerufen werden? Riskieren wir gar, dass ein Einsatz stattfindet und hinterher ein Urteil kommt, das das Gegenteil verkündet? Ich habe Verständnis dafür, dass diese Abwägung so getroffen wurde, dass man diese wenigen Tage abwartet.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Abg. Peter Hauk CDU: Von wem?)

Ich sage aber ganz deutlich: Das muss die Ausnahme sein. Das muss die Ausnahme von der Regel sein. Wenn es Baurecht gibt und die Bahn das Baurecht ausüben will, ist es die Aufgabe der Polizei, dieses Baurecht zu schützen und zu realisieren.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

(Claus Schmiedel)

Jetzt geht es noch darum: Ist das alles eine Sache, bei der nur einer das „Go“ gibt? Natürlich kann die Bahn sagen: „Wir haben Baurecht und legen jetzt los.“ Die Bahn wäre aber schlecht beraten, so vorzugehen, wenn die Sicherheitsrahmenbedingungen nicht die wären, die auch für die Bauarbeiter ein Höchstmaß an Sicherheit sowie auch ein Höchstmaß an Gewaltfreiheit bieten. Also muss sie sich natürlich absprechen. Die Verfügung der Stadt Stuttgart zum Räumen des Schlossgartens hängt nach dem Urteil auch daran, wann die Bauarbeiten stattfinden. Also kann auch das nicht isoliert in Gang gesetzt werden.

Deshalb ist es doch ganz sinnvoll und richtig, dass sich die Projektbeteiligten – in diesem Fall die für die Räumung zuständige Stadt Stuttgart, die Bahn als Bauherr und die Landesregierung als Projektträger und natürlich auch als politisch Verantwortlicher für Rahmenbedingungen, unter denen die Polizei eingesetzt wird – miteinander absprechen. Jetzt können wir alle doch zufrieden feststellen, dass diese Absprache stattgefunden hat und dass es einen zwischen Bahn, Landesregierung und Stadt Stuttgart einvernehmlich vereinbarten Termin gibt, wann die Arbeiten im Schlossgarten weitergehen.

Deshalb, Herr Kollege Hauk: Man kann jetzt viele einzelne Äußerungen zitieren. Die Welt ist bei diesem Thema noch immer aufgeregt. Das ist halt so. Damit müssen wir leben.

Wichtig ist aber, dass klar ist, dass Stuttgart 21 realisiert wird. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Es muss jetzt so realisiert werden, dass wir alle sagen können: Wir haben ein Höchstmaß an Verantwortung dafür übernommen, dass es ohne Gewalt, ohne Konflikte, ohne Verletzungen umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin Herrn Kollegen Hauk dankbar, dass er die Abfolge sehr detailliert nachgezeichnet hat. Denn ich glaube, das bringt ein bisschen mehr zum Ausdruck als nur den einen Vorgang. Es steckt ein Stück weit dahinter: Welche Einstellung haben die Verantwortlichen gegenüber dem Projekt Stuttgart 21?

Frau Kollegin Sitzmann, ich muss Ihnen schon sagen: Sie sind jetzt nicht mehr in der Opposition, Sie sind in der Regierung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ehrlich? Was für eine Neuigkeit!)

Sie sollten deswegen das Projekt aktiv vorantreiben und nicht die alten Themen aufgreifen. Jetzt ist Regierungshandeln gefragt und nicht Opposition.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Deswegen ist es gut, wenn man immer wieder dieses Thema aufgreift, um in Erinnerung zu bringen, dass die Volksabstimmung einen klaren Bürgerwillen zum Ausdruck gebracht hat. Die entsprechenden Verträge liegen hoffentlich bei allen Verantwortlichen stets möglichst offen auf dem Schreibtisch, so dass es ihnen jeden Tag bewusst wird.

Ich möchte noch auf ein paar Punkte eingehen, weil daran genau zum Ausdruck kommt, wie man vielleicht zu der Sache eingestellt ist.

Beginnen möchte ich mit dem Kollegen Tschenk. Ich glaube, er ist gerade nicht da.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der ist selten da!)

Ich habe Verständnis dafür, dass man sich als Stuttgarter Grüner echauffiert. Auch zu ihm muss ich aber sagen – auch wenn er etwas weiter hinten sitzt –: Er ist inzwischen in einer Regierungskoalition und sollte sich hier, auch wenn er für die Stuttgarter Grünen im Einsatz ist, positiv in das Projekt einbringen.

Das Gleiche gilt auch bei dem Thema dieses Schriftwechsels, den man noch einmal beleuchten sollte. Einerseits spricht Herr Ministerialdirektor Zinell davon, dass man politisch grünes Licht gebe, wenn der VGH entschieden habe. Andererseits sagt Herr Staatssekretär Murawski in einem umfangreichen Schreiben – man hätte es vielleicht etwas kürzer fassen oder telefonieren können –,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das geht Sie nichts an! So weit kommt es noch!)

die Polizei plane generell eigenverantwortlich. Was gilt denn jetzt? Gibt man das jetzt eigenverantwortlich der Polizei, oder gibt man politisch grünes Licht? Irgendetwas passt da nicht zusammen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir schaffen Rechtssicherheit, im Gegensatz zu Ihnen! Das ist der entscheidende Unterschied! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das drückt, Herr Kollege Sckerl, genau aus, wie sich die Situation bei Ihnen darstellt.

Wenn Herr Staatssekretär Murawski der Bahn vorwirft, sie würde mit dem Gutachten für den Artenschutz nicht vorankommen, dann muss man sagen – was die Zusammenarbeit, die Projektförderungspflicht anbelangt, möchte ich das hier anbringen –: Wenn man weiß, wann Baubeginn ist, dann kann man anfangen, das artenschutzrechtliche Gutachten zu erstellen. Denn die Situation bei den Juchtenkäfern oder den Fledermäusen ist unterschiedlich zu bewerten, je nachdem, ob es jetzt Frühjahr oder Herbst, ob es Dezember oder Februar ist. Sie können das Gutachten also erst dann machen, wenn Sie wissen, wann Baubeginn ist.

Da hätte ich mir schon gewünscht, dass man anders miteinander umgeht

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wer hat Ihnen das denn gesagt? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist ja etwas ganz Neues!)

und nicht immer den Schwarzen Peter vom einen zum anderen schiebt. So kommen wir bei dem Projekt mit Sicherheit nicht voran.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

(Jochen Haußmann)

Ich möchte noch einmal auf die Rolle des Verkehrsministers Hermann bei diesem Projekt kommen, nachdem er anfänglich immer gesagt hatte, er würde die Verantwortung für dieses Projekt nicht übernehmen. Seit der Volksabstimmung wissen wir: Er ist bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Loben Sie ihn jetzt?)

Jetzt machen Sie sich einmal Gedanken, wie es auf die Menschen wirkt, die sich beruflich mit diesem Projekt beschäftigen – auf die Ingenieure, auf die Fachplaner –, wenn in der Presse gesagt wird, das Projekt werde erst 2025 fertig. Oder es wird von 60 km Tunnellänge gesprochen – so im November noch in der „Bild“-Zeitung zu lesen –, und es wird gesagt, man wisse von Köln, dass die Gefahr bestehe, dass Gebäude absinken könnten.

Jetzt frage ich Sie: Wie wirkt das auf Menschen, die sich ingenieurtechnisch mit diesem Projekt befassen? Der Minister ist für diese Menschen nicht mehr glaubwürdig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Projektförderungspflicht heißt, dieses Projekt nach außen positiv und aktiv zu begleiten und nicht immer ein Schwarzer-Peter-Spiel zu betreiben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

– Herr Kollege Sckerl, ich weiß, dass Sie da innerhalb der Grünen ein Problem haben. Das ist so. Aber dann sollten Sie jetzt entsprechend handeln.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Projektförderungspflicht heißt auch, nicht immer gleich eine Blockadehaltung einzunehmen,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

sondern Verantwortung für die Menschen, für die Dienstleister, für die Bauunternehmen zu übernehmen, die für dieses Projekt tagtäglich im Einsatz sind. Das sollten Sie sich einmal klarmachen. Da haben hier alle Fraktionen eine Vorbildfunktion, denn das wird auch nach außen getragen.

Es ist fast nicht verwunderlich, dass es für die Bahn nicht immer einfach ist, für ein solches Projekt sehr gutes Personal zu finden, wenn dieses Projekt permanent kritisiert wird. Das ist doch ganz klar. Wie sollen sich Menschen für ein solches Projekt bewerben – ein Projekt, das eigentlich eine Herausforderung in der Ingenieurkarriere darstellt –, wenn die Grünen permanent an diesem Projekt herumlamentieren?

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP –
Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das entspricht mit Sicherheit nicht einer Projektförderungspflicht, wie man sie sich eigentlich vorstellt. Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten: Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, und setzen Sie sich für eine aktive Projektförderung ein, anstatt in der Öffentlichkeit permanent Nebelkerzen zu werfen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Hermann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo ist denn der Innenminister? – Gegenruf des Abg. Konrad Epple CDU:
Auf dem Polizeirevier! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Im StaMi zur Befehlsausgabe!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überschrift der von der CDU beantragten Aktuellen Debatte beinhaltet die Formulierung: „Volkswillen verhindern oder Volkswillen beachten?“ Aus der Sicht der Landesregierung ist es außerordentlich begrüßenswert, dass Sie diese mahnende Frage stellen und damit auch noch einmal die Frage aufwerfen: Wie weit beziehen wir die Bevölkerung in solche Großprojekte mit ein?

Es waren diese Landesregierung und die Mehrheit in diesem Parlament, die eine Volksabstimmung ermöglicht haben, damit die Bevölkerung über dieses Projekt entscheiden kann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann akzeptieren Sie doch das Ergebnis!)

Das waren nicht Sie. Sie haben das erst lange verhindert und dann am Ende auch noch immer kritisiert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was?)

Insofern betrachte ich das als eine Bestätigung unserer Politik.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch unmöglich!)

Ich freue mich, dass Sie das hier noch einmal so ansprechen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau so war es! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wer dieses Projekt allerdings so angegangen ist, muss uns nicht darüber belehren, dass wir auf die Volksentscheidung achten sollen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Doch, das muss man!)

Das ist für uns eine pure Selbstverständlichkeit. Wer die Bevölkerung befragt – das haben wir aktiv getan –, nimmt auch die Entscheidung der Bevölkerung ernst, nimmt sie mit Respekt an und zieht daraus die Konsequenzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es gab keine Mehrheit für einen Ausstieg – ich kann es noch einmal wiederholen –: im ganzen Land nicht, in Stuttgart nicht und in dieser Region nicht. Daran gibt es nichts zu deuteln.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das haben wir Grünen immer wieder gesagt, auch wenn das Ergebnis der Volksabstimmung für uns bitter ist.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich!)

(Minister Winfried Hermann)

Aber zu dem Ergebnis stehen wir, weil wir überzeugte Demokraten sind, die auch wollen, dass die Bevölkerung in solchen Fragen mitspricht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sprechen Sie jetzt für die Grünen oder für die Landesregierung? Wir sind nicht auf einem Parteitag!)

Dann muss man auch Ergebnisse akzeptieren, die einem nicht passen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Jetzt kommen wir aber zum zweiten Teil Ihrer Frage in dieser Debatte, zur Verzögerung des Projekts. Schauen wir uns das Ganze einmal im Detail an,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und ziehen wir nicht irgendwelche Zitate aus der Presse heran, wer wann was gesagt hat. Schauen wir uns einmal konkret an, was nur in den letzten Monaten bei diesem Projekt gelaufen bzw. nicht gelaufen ist.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das Eisenbahn-Bundesamt hatte am 5. Oktober 2010 unter sagt, im Schlossgarten Bäume zu fällen. Es hat sage und schreibe mehr als ein Jahr gedauert, bis die Deutsche Bahn AG in der Lage war, die Unterlagen zu liefern, damit das Eisenbahn-Bundesamt dieses Fällverbot wieder aufheben konnte.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wer trägt denn daran die Schuld? Der Vorwurf, die Landesregierung sei daran schuld, ist ungefähr so absurd,

(Abg. Peter Hauk CDU: Habe ich das gesagt?)

wie wenn ich Ihnen von der CDU die Schuld für die erste Hälfte dieser Zeit unterstellen würde, denn da waren Sie an der Regierung. Aber das ist doch offenkundiger Blödsinn. Es liegt offenkundig am Bauherrn, der nicht in der Lage ist, bestimmte Hausaufgaben in Sachen naturschutzfachlicher Planungsarbeit und Gutachten beizubringen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Wer hat verwaltungsmäßig gezögert?)

Zweiter Punkt: Grundwassermanagement. Angefangen hat man mit 3 Millionen m³, inzwischen sind wir bei 6 Millionen m³,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und es muss umgeplant werden. Die Bahn hat die Umplanung wieder zurückgezogen und plant wieder um.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was hat das alles mit dem Polizeieinsatz zu tun? Gar nichts!)

Was ist die Ursache? Man hat noch kein Konzept, das man einreichen kann.

(Abg. Winfried Mack CDU: Thema verfehlt!)

Nichts ist genehmigt. Wer ist schuld? Wer trägt die Verantwortung?

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt kommt es!)

Ist es die Landesregierung, ist es die Politik, oder ist es der Bauherr Bahn?

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Die Bahn selbst hat im Vorbereitungsarbeitskreis angekündigt, sie werde nicht vor Oktober in der Lage sein,

(Abg. Peter Hauk CDU: Kommen Sie doch zum Thema, Herr Minister!)

das Grundwassermanagement neu zu bauen, weil sie so lange für die Planung und die Genehmigung braucht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Kommen Sie doch endlich zum Thema, Herr Minister!)

Bei den Leitungen, die im Zusammenhang mit dem Grundwassermanagement zu legen waren, gab es ebenfalls naturschutzfachliche Einwände. Auch hier wurde die Beteiligung der Umweltverbände missachtet, obwohl sie rechtlich zwingend notwendig ist. Das muss nachgeholt werden. Wessen Schuld ist das? Etwa die der Landesregierung? Nein, das ist eindeutig nicht unsere Verantwortung.

(Abg. Winfried Mack CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Mack?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Sie haben eine Aktuelle Debatte beantragt und nicht eine Fragestunde. Deswegen halte ich jetzt eine Rede, und anschließend dürfen Sie fragen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Ihr Umgang mit dem Parlament!)

Beim Technikgebäude ist die Baufirma ausgestiegen, die es eigentlich machen wollte. Jetzt muss neu ausgeschrieben werden. Ich frage Sie: Wessen Schuld ist das?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie sind wenig souverän!)

Der sogenannte Nesenbachdüker – ein zentrales Bauwerk, das zuerst realisiert werden sollte – wurde noch immer nicht begonnen, weil die Vergabe noch nicht erfolgt ist. Wessen Schuld ist das? Etwa die der Landesregierung? Woran liegt es? Diese Fragen muss man sich stellen. Insofern ist das, was Sie vorbringen, eine ziemlich billige Polemik.

(Beifall bei den Grünen)

Die Vergabe beim Bahnhofstrog verzögert sich ständig. Offenbar gibt es Schwierigkeiten mit möglichen Baufirmen, die das übernehmen sollten. Die Kosten sind im Arbeitskreis jetzt erneut hochgestuft worden und liegen inzwischen bei etwa 4,3 Milliarden €.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist unerträglich! – Abg. Peter Hauk CDU: Zum Thema kommen, Herr Minister! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Keine Fragestunde, aber auch keine Sprechblasenstunde!)

(Minister Winfried Hermann)

All dies sind Punkte, die man beachten muss. Man muss nur einmal fragen: Was ist der Grund für diese Verzögerungen?

(Abg. Winfried Mack CDU: Schmiedel, er hat doch nichts dazugelernt! – Zuruf von den Grünen: Die Bahn will doch gar nicht mehr!)

Wenn Sie das im Einzelnen betrachten, werden Sie Folgendes feststellen: Erstens gibt es eine hohe Komplexität des Projekts, die von der Bahn offensichtlich immer wieder unterschätzt wird, zweitens gibt es offensichtlich auch Schwierigkeiten, naturschutzfachliche, artenschutzrechtliche Probleme so zu bearbeiten, dass sie zeitgerecht abgearbeitet sind,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommen Sie doch jetzt endlich zum Thema!)

und drittens ist es offensichtlich auch das Problem eines Bauherrn, der ein komplexes Projekt, auch was die Planung angeht, immer wieder falsch eingeschätzt hat und korrigieren muss.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist aber offensichtlich Ihr Problem!)

Eine Rolle spielt auch, dass das Eisenbahn-Bundesamt in diesem Fall immer mitspielen muss, genehmigen muss und als Behörde offenbar auch immer wieder überfordert ist und Schwierigkeiten hat, das alles abzuarbeiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Und der Bürger bezahlt die Zeche für Ihre Verhinderungspolitik!)

Wenn Sie das alles zusammennehmen, dann kommen Sie in etwa auf die Gründe, warum sich alles verzögert. Das hat aber nichts mit Regierungshandeln zu tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das glaubt Ihnen kein Mensch!)

Jetzt zum Polizeieinsatz und zu den Bäumen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Na endlich!)

Es ist doch offenkundig, dass dieser Konflikt noch immer so heiß ist, dass es ein schwieriger Polizeieinsatz werden kann. Den muss man sorgfältig planen, und das ist auch sehr vernünftig.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Wer ist „man“?)

Diese Planung – wie überhaupt die gesamte operative Arbeit der Polizei – obliegt ausschließlich der Polizei.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach so!)

Wenn wir etwas aus Ihren Fehlern gelernt haben, dann das, dass wir uns da nicht einmischen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Pfeifen im Walde! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schmiedel hat etwas anderes gesagt: „Die Landesregierung war involviert“!)

Die Kosten eines solchen Polizeieinsatzes trägt selbstverständlich das Land,

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

und selbstverständlich schützen wir auch ein Baurecht; das ist doch keine Frage. Aber in den letzten Wochen war es doch immer wieder so, dass die Bahn gehofft hat, schneller zu ihrem Recht zu kommen, als es dann tatsächlich der Fall war. Dass die Polizei dann aber irgendwann abwägen und sagen muss: „Wir können doch nicht ständig komplexe, teure Polizeieinsätze auf Wochen hinaus vorbereiten, zahlreiche Hotelbetten belegen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Die waren doch schon belegt!)

und dann wird es wieder abgesagt, weil rechtlich kein „Go“ gekommen ist“, das ist doch klar.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Hotelbetten waren doch schon belegt! – Abg. Winfried Mack CDU: Was dieser Minister den Steuerzahler schon gekostet hat! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Das habe ich vorhin schon gesagt.

Präsident Guido Wolf: Generell gilt ein Nein?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wenn die Zeit es erlaubt, höre ich die Frage gern am Ende meiner Rede.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist die Politik des Gehörtwerdens!)

Ich kenne auch Ihren Trick. Sie versuchen ständig, eine durchgängige Argumentation durch Fragen zu zerstören.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn es denn eine gäbe! – Abg. Volker Schebesta CDU: Eigentlich darf man in einem Parlament eine Zwischenfrage stellen!)

Meine Damen und Herren, die Polizei muss allergrößten Wert darauf legen, dass ein so großer und teurer Einsatz auf einer ganz klaren rechtlichen Grundlage stattfindet. Genau so schätzt es auch die Landesregierung ein.

An dieser Stelle kommt dann die Landesregierung und kommt die Politik ins Spiel. Die Polizei hat uns gefragt: „Wie schätzt ihr das ein? Können wir die Kosten für die Planung eines Polizeieinsatzes verantworten, der dann vielleicht nicht durchgeführt wird, wenn das Verwaltungsgericht anders entscheidet, als die Bahn hofft?“

(Abg. Winfried Mack CDU: War das wirklich so?)

– Genau so ist es.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer von der Polizei war das?)

(Minister Winfried Hermann)

Dann hat man über die finanziellen Risiken gesprochen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat gefragt?)

Man hat auch angeboten, den Termin einzuhalten. Aber man hat auch klar gesagt: Wenn das Verwaltungsgericht anders entscheidet als gehofft, dann muss auch das Kostenrisiko von der DB getragen werden. Dazu war die Bahn nicht bereit.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es gibt auch keine rechtliche Grundlage für Ihre Argumentation! – Abg. Winfried Mack CDU: Ein interessanter Diskussionsprozess, den Sie eröffnen!)

Also: Das Land hat diesen Termin nicht verschoben, sondern eingehalten. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Übrigens sind alle Absprachen innerhalb der Regierung, zwischen den Ministerien, abgestimmt. Es gibt eine interministerielle Arbeitsgruppe. Daran sind mein Ministerium, das Innenministerium, das Wirtschafts- und Finanzministerium, das Staatsministerium und zu Teilen auch das Umweltministerium beteiligt. Wir achten sehr darauf, dass alles gut abgesprochen ist.

(Lachen des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Auf Arbeitsebene finden regelmäßig Gespräche mit der Bahn statt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Schaut, wie die SPD guckt!)

Auch das gibt es. Alle Fragen werden darin besprochen. Wenn Sie das bereits für eine Einflussnahme halten, dann, so glaube ich, sind Sie völlig falsch gewickelt. Denn Sie selbst sagen immer, man müsse sich bei diesem Projekt besser absprechen, man müsse sich aufeinander beziehen können, man müsse wissen, was geschieht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Rust vergessen! Er ist ganz sauer!)

Daran hapert es immer wieder; es gibt die Informationen nicht 1 : 1. Mein Ministerium hat die Federführung in der interministeriellen Arbeitsgruppe und bei der Kommunikation mit der Bahn auf Arbeitsebene. Dies wird zunehmend besser; gleichwohl ist die Kommunikation noch erheblich verbesserungsbedürftig.

Ich würde jetzt gern etwas zu offenen Punkten sagen. Denn wenn wir schon über Stuttgart 21 reden, dann sollte nicht immer die gleiche alte Mühle der zum Teil falschen Vorwürfe gedreht werden. Vielmehr sollten wir auch darüber reden, an welchen Stellen das Projekt aktuell Probleme bereitet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber nicht das Thema der Aktuellen Debatte!)

Wir, die Landesregierung, haben den Auftrag durch die Volksabstimmung so verstanden, dass die Bevölkerung mehr mit sprechen möchte. Gerade auf den Fildern gibt es von den Kommunen und den Bürgerinitiativen Einwände gegen die bisherigen Planungen. Da wollen wir ansetzen. Im Vorfeld des eigentlichen Planungsverfahrens möchten wir eine Bürgerbeteiligung ermöglichen. Wir, die Landesregierung, sind offen für einen Variantencheck, für die Prüfung von Verbesserungs-

möglichkeiten und für eine Diskussion mit der Bevölkerung darüber. Das ist unser Angebot. Das wird im Moment von einer Arbeitsgruppe geprüft.

Die spannende Frage ist, ob die Stadt, die Region und die Bahn am Ende wirklich bereit sind, auf solch einen offenen Variantencheck einzugehen und die Bevölkerung wirklich zu beteiligen, oder ob es am Ende nur darum geht, eine Informationsveranstaltung über diese oder jene Planung durchzuführen.

Ich hoffe, dass es zu einem ernsthaften Beteiligungsprozess und einem Diskurs mit der Bevölkerung kommt. Dafür will ich mich und dafür will sich die Landesregierung einsetzen. Aber eine Pseudobeteiligung lehnen wir ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was meinen Sie damit?)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich betone für die gesamte Landesregierung: Für uns ist das Ergebnis der Volksabstimmung absolut bindend. Wir handeln danach. Wir verstehen Projektförderungspflicht als Begleitung, die hellwach und fachkundig ist, und nicht als ein Zujubeln und Schönreden ohne kritisches Nachdenken. Wenn wir Probleme sehen, dann reden wir darüber.

(Beifall bei den Grünen)

In den verschiedenen Arbeitskreisen achten wir streng darauf, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Wir achten streng darauf, dass auch durch neue Vorschläge die Kostengrenze nicht überschritten wird. Jeder, der neue Varianten haben will und Wünsche anmeldet, muss auch ein Finanzierungskonzept vorlegen. Unsere Überzeugung ist, dass wir den Kostendeckel von 4,5 Milliarden € einhalten müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dann fangen Sie einmal an!)

Wer einen Vorschlag macht, der muss auch einen Vorschlag für die Finanzierung einbeziehen. Sonst wird dieses Vorhaben nicht gelingen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Genehmigung durch das Eisenbahn-Bundesamt kam nun wirklich nicht überraschend. Ich will nicht auf die ganze Vorgeschichte eingehen. Dazu habe ich das Notwendige gesagt. Aber, Herr Minister Hermann, das Land hat eine Projektförderungspflicht, die auch die Verwaltung des Landes, auch die Naturschutzverwaltung des Landes mit umfasst. Das heißt, Sie hätten, weil sich das Eisenbahn-Bundesamt auch der Landesverwaltung bedient, bereits im Vorfeld erkennen können, dass unter Umständen artenschutzrechtliche Fragen noch nicht gelöst sind. Sie hätten das erkennen können.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das wollten die nicht erkennen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Landesbehörden müssen gar nicht informiert werden! Das ist doch absurd!)

(Peter Hauk)

Das macht heute jedes Landratsamt, wenn ein Bauherr ein Baurecht hat, dass es ihn auf den einzelnen Planungsschritten begleitet. Das ist die Projektförderungspflicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn jemand ein Baurecht hat, wird er begleitet. Man hätte von der Landesverwaltung erwarten können,

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Die Bahn braucht doch niemanden, der sie an die Hand nimmt!)

dass die Bahn genau bei diesen Fragen, die das Eisenbahn-Bundesamt aufgeworfen hat, in einem Scopingverfahren, wie das heute ganz normal und üblich ist, entsprechend begleitet wird. Das resultiert aus der Projektförderungspflicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb können Sie die Details dieser Verzögerungen nicht einfach dem Bauherrn anlasten.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Der Bauherr wird durch die Landesverwaltung begleitet. Das beinhaltet die Projektförderungspflicht, weil wir auch Teil dieses Projekts und Mitfinanzierer sind.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das trägt jetzt absurde Züge, was Sie sagen!)

Ich sage es noch einmal: Die Genehmigung durch das Eisenbahn-Bundesamt kam nicht überraschend. Der Sofortvollzug wurde angeordnet, weil man wusste – der BUND hatte es bereits angekündigt –, dass es Eilanträge gibt. Natürlich war es so. Sie haben weder das Baurecht noch den Sofortvollzug ausgehebelt, Herr Kollege Sckerl. Sie behaupten immer: „Wir wollen vollständige Rechtssicherheit.“ So ein Schmarrn! In jedem Stadium kann ein Eilantrag gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie mit jedem Eilantrag den Baufortschritt behindern wollen, dann können Sie das ständig so machen, wie Sie vorgegangen sind. Das ist doch die Tatsache.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Natürlich! Der BUND kann morgen wieder kommen und einen Eilantrag stellen. Dann blasen Sie den Polizeieinsatz wieder ab.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das nennt man dann konstruktiv!)

Weil aber klar war, dass der Polizeieinsatz kommt, hat auch die Polizei offensichtlich bereits vorher mit der Bahn darüber gesprochen. Als am 26. Januar die Genehmigung vorlag, war der Einsatz offensichtlich so weit vorbereitet, dass man bereits am 27. Januar 1 000 Zimmer für externe Polizeikräfte definitiv bestellt hatte.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Einzel- oder Doppelzimmer?)

Am 30. Januar fand eine abschließende Begehung durch die DB Projektbau gemeinsam mit der Polizei statt. Damit war das Thema durch. Seltsamerweise wurde am 31. Januar alles abgeblasen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Und warum?)

Jetzt sagen Sie, Herr Minister Hermann: Die Politik mischt sich nicht ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Treppentwist!)

Entschuldigung! Wenn zwischen DB Projektbau und der Polizei im operativen Geschäft alles klar ist, wenn die Kräfte bestellt sind, die für notwendig gehalten werden, damit der Einsatz friedlich abläuft, wenn alles klar ist, warum blasen Sie den Einsatz dann ab?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wer hat denn den Einsatz abgeblasen?)

Diese Fragestellung haben Sie nicht beantwortet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das war politische Einflussnahme, und damit haben Sie den Volkswillen nicht berücksichtigt, sondern Sie haben ihn missachtet und haben bewusst die Verzögerung herbeigeführt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Nachfrage? – Nein.

Dann erteile ich Frau Kollegin Sitzmann für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Sie hier in den Raum stellen, Herr Hauk, ist völlig absurd.

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

Die Bahn wusste 15 Monate lang, dass sie in Bezug auf den Artenschutz und in Bezug auf den Naturschutz in Sachen Baumfällung Nachholbedarf hat, dass sie Gutachten nachreichen muss, und sie hat es die ganze Zeit nicht getan. Es ist definitiv nicht die Zuständigkeit des Landes, für diese Genehmigungen und für die Gutachten zu sorgen. Das ist Aufgabe der Bahn.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist Aufgabe des Eisenbahn-Bundesamts, darüber zu entscheiden, ob alle Voraussetzungen vorliegen oder nicht. Das hat das Eisenbahn-Bundesamt Ende Januar getan, nachdem 15 Monate verstrichen waren. Jetzt irgendetwas der Landesregierung in die Schuhe zu schieben ist völlig absurd. Die Landesregierung ist für diese Fragen nicht zuständig. Es ist Aufgabe der Bahn, Unterlagen vorzulegen, und das Eisenbahn-Bundesamt hat zu entscheiden, ob es so korrekt ist oder nicht.

(Edith Sitzmann)

Ich finde es völlig korrekt, dass man, wenn man einen Polizeieinsatz plant und nicht klar ist, ob er definitiv stattfinden kann, die Bahn darauf hinweist, dass, wenn es da rechtliche Risiken gibt, die Kosten übernommen werden müssen, wenn der Polizeieinsatz nicht durchgeführt werden kann. Das halte ich für ein völlig korrektes Verfahren. Ich weiß nicht, was Sie daran herumzukritisieren haben.

Im Gegensatz dazu wäre es – wir befinden uns ja mitten in den Haushaltsberatungen – nicht verantwortbar, nicht auf die Steuergelder zu achten, auch in Sachen Polizeieinsätze. Wir halten nichts davon, grünes Licht zu geben, ohne die Risiken zu bedenken. Diese Verantwortung haben wir als gewählte Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zurufe von den Grünen: Richtig! – Genau!)

Wir sind gegenüber dem Land und denjenigen, die uns gewählt haben, verantwortlich und rechenschaftspflichtig und nicht gegenüber der Deutschen Bahn, meine Damen und Herren.

Wenn es um Projektförderungspflicht und Projektpartnerschaft geht, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass das alle Projektpartner gleichermaßen betrifft. Alle, die dieses Projekt betreiben, sind dazu verpflichtet, haben sich vertraglich dazu verpflichtet. Das ist nicht ausschließlich Sache des Landes. Insofern geht es darum, dass das Land – der Landtag, die Landesregierung – sorgfältig prüft, ob der Ablauf so, wie er vorstattgeht, korrekt ist, ob Steuergelder verantwortungsbewusst eingesetzt werden, ob Polizeieinsätze ordnungsgemäß verlaufen können. Das ist unser aller Job.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Operativ!)

Daran möchte ich an dieser Stelle erinnern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta
CDU: Operativ vor allem dann!)

Sie haben vorhin noch einige kritische Stimmen aufgenommen, die von unserer Seite in den letzten Wochen und Monaten laut geworden sind. Aber ich kann Ihnen sagen: All diese Kritik hat sich ausschließlich auf das Wie bezogen. All diese Kritik basiert darauf, dass wir das Ergebnis der Volksabstimmung anerkennen, dass wir uns aber durchaus die Frage stellen, wie eine solche Baumaßnahme umgesetzt wird und wie man sie sinnvoll so betreibt, dass man auch die Bürgerschaft mitnimmt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! Das ist ja unglaublich!)

Da gab es in der Vergangenheit einiges zu kritisieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Also doch politische Einflussnahme!)

– Es geht nicht um politische Einflussnahme.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja natürlich! – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt muss sich die SPD wieder vom Koalitionspartner distanzieren! Warum reizen Sie die SPD immer so?)

Aber wir appellieren an die Bahn, ihre Bauplanung transparent, verträglich und nachvollziehbar zu machen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Man muss der SPD zeigen, dass sie kleiner ist! Sie muss es jeden Tag spüren! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es gibt ein Baurecht; das Land schützt dieses Baurecht. Wenn die Bahn einzelne Abschnitte realisieren muss und will, dann kann sie das selbstverständlich tun. Aber sie muss auch begründen, warum sie welche Schritte in welcher Abfolge macht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und in welche Richtung!)

Da haben wir in der Vergangenheit einiges zu kritisieren gehabt. Wir werden S 21 auch in Zukunft – so, wie wir es angekündigt haben – konstruktiv, aber auch kritisch begleiten, wir werden auf Sorgfalt und Transparenz achten und als gewählte Abgeordnete unsere Verantwortung für das Land wahrnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vom kleineren Koalitionspartner!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Polizeieinsatz ist nicht mein größtes Problem bei diesem Thema. Das ist durch. Es gibt da eine einvernehmliche Absprache.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir würden schon gern wissen, was war und warum es eine Verzögerung gab!)

Er wird hoffentlich – nach allen Erwartungen – so friedlich ablaufen wie am Südfügel.

Ich möchte ein Thema aufgreifen, das jetzt noch einmal deutlich geworden ist. Das Projekt hat enorme Probleme.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wieder die Ablenkungsstrategie!)

Das Projekt hat zum einen deshalb Probleme, weil es ein sehr komplexes Projekt ist. Es sind verschiedene Projektpartner beteiligt; das ist nicht überall der Fall. Es gibt zum anderen ein Problem, weil nicht die Landesbehörden die originäre Zuständigkeit haben, sondern das Eisenbahn-Bundesamt. Der Herr Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Eisenbahn-Bundesamt massiv unterbesetzt ist und deshalb notwendige Entscheidungsabläufe und Entscheidungen ungebührlich lange auf sich warten lassen und auch deshalb Verzögerungen eintreten.

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

Das ist etwas, was man sofort abstellen kann. Deshalb ist unser Appell an die Bundesregierung an dieser Stelle, das Eisenbahn-Bundesamt endlich so auszustatten, dass es seiner Aufgabe auch gerecht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Claus Schmiedel)

Das Zweite: Herr Minister Hermann, Sie haben jetzt aufgezählt, wer bei diesen Besprechungen mit der Bahn dabei ist. Uns ist aufgefallen, dass da das Umweltministerium nicht dabei ist und auch das Naturschutzministerium nicht. Bei jeder großtechnischen Anlage, die in diesem Land gebaut wird, gibt es bei der zuständigen Behörde ein Scopingverfahren, in dem vereinbart wird, wann was notwendig ist,

(Abg. Volker Schebesta und Abg. Peter Hauk CDU:
So ist es!)

was an Aufgaben vielleicht zu lösen ist und wie die Landesbehörden dabei helfen können, diese Aufgaben zu lösen. Wir müssen über das Stadium hinwegkommen, dass wir immer nur aufzählen, was noch nicht gemacht ist. Vielmehr müssen wir sagen, welchen Beitrag wir leisten, damit die Probleme gelöst werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Ganz konkret: Auch wir wissen, dass das Eisenbahn-Bundesamt auf die Sachkunde des Regierungspräsidiums zurückgreifen muss. Das sind aber alles informelle Prozesse. Wir wollen daraus gern formelle Prozesse machen, sodass die Themen wirklich – auch wenn es um die Filder geht; da wird es wieder jede Menge Belange von Eigentümern, Naturschutzbelange, jede Menge andere Belange geben – auf den Tisch kommen. Wenn wir da nicht wieder in diese ganze Warteschleife kommen wollen, dann müssen wir ein Verfahren entwickeln, bei dem die Landesbehörden einen aktiven Beitrag leisten, herauszufinden, um welche Themen es geht und was wir tun können, um es koordiniert zu machen, um zu einer angemessenen Lösung zu kommen. Vor allem auch unter dem Stichwort Kostendeckel müssen wir alle daran interessiert sein, dass unnötige Kosten vermieden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk? – Bitte schön.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Schmiedel, glauben Sie, dass ein solches Scopingverfahren – Sie sprechen es zu Recht an – in der Zukunft von einem grünen Regierungspräsidenten in Stuttgart beschleunigt wird?

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler SPD und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich hätte nie geglaubt, Herr Kollege Hauk, dass ich mich einmal hier hinstellen muss und der CDU erklären muss, dass Beamte dem Gemeinwohl, ihrem Staat und der Verfassung verpflichtet sind und nicht einer Partei.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Dann gibt es keinen Grund für einen Wechsel!)

Aber wir haben schon gelernt, dass Kollege Blenke jetzt öffentlich als CDU-Polizeibeirat Verdächtigungen gegenüber Polizeipräsidenten ausstreut, sogar gegenüber Revierleitern,

die bei Arbeitsgruppen mitmachen, dass sie das aus parteipolitischen Gründen machen würden. Das ist so etwas von abwegig.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine Unverschämtheit! So etwas habe ich nie gesagt! Nehmen Sie das zurück!)

Ich wünsche mir, dass wir hier keine Nachhutgefechte mehr führen und uns nicht mehr auf Nebenkriegsschauplätzen austoben, sondern dass wir alle miteinander überlegen, welchen Beitrag wir leisten können, um dieses Projekt zu realisieren, es gut zu realisieren, es vor allem innerhalb des Kostenrahmens und – soweit möglich – auch im Zeitrahmen zu realisieren. Dazu ist meine Bitte, dass wir versuchen, die Behörden des Landes so einzubinden, dass Probleme im Vorhinein erkannt werden und dann gemeinsam gelöst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Schmiedel, Kollege Blenke bittet um eine Kurzintervention.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Nebenkriegsschauplatz.

Abg. Thomas Blenke CDU: Es ist ein Nebenkriegsschauplatz, aber es ist trotzdem eine Unverschämtheit. – Herr Kollege, Sie haben mich eben angesprochen und mir unterstellt, ich wäre in einem CDU-Polizeibeirat – den gibt es in dieser Form übrigens nicht; einen Beirat gibt es bei Ihnen, aber nicht bei uns – und hätte da Äußerungen gemacht, die ich nie getan habe. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Schmiedel, direkt dazu.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich nehme das mit Bedauern zurück. Herr Kollege Blenke, das waren nicht Sie, es war der Arbeitskreis Polizei Nordwürttemberg der CDU.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Das ist ein Unterschied!)

– Das macht es aber auch nicht besser.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das macht es nicht besser!)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Herr Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich bin Herrn Kollegen Schmiedel ausdrücklich dankbar für diese Erläuterung.

Verkehrsminister Hermann erhält alle vier Wochen einen ausführlichen Bericht. Aus diesem hat er jetzt sicherlich auch die Schwierigkeiten vorgetragen. In unseren vorherigen Ausführungen haben wir gar nicht bestritten, dass es beim Grundwassermanagement noch Schwierigkeiten gibt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Man darf das bloß nicht sagen!)

(Jochen Haußmann)

Das ist gar keine Frage. Es ist auch ganz wichtig. Aber wir haben nicht ein Wort dazu gehört, wie man gemeinsam an die Sache herangeht, wie man sie unterstützen will. Das ist die Projektförderungspflicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Frau Kollegin Sitzmann, Sie betreiben immer wieder Augenschere, wenn Sie sagen, es gehe ein bisschen um das Wie, aber es sei alles in Ordnung.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Es geht nicht ein bisschen um das Wie, sondern es geht entscheidend um das Wie!)

– Dann frage ich mich, warum die Grünen nach wie vor bei den Gegnern aktiv mitmischen.

Sie sagen, Sie hätten gute Kontakte zum BUND. Bei den Eilanträgen, die gestellt werden, muss man sich schon einmal fragen – man muss sich auch nicht wundern, wenn es Stimmen gibt, die diese Frage aufwerfen –, ob diese Aufgabe überhaupt noch der Satzung des BUND entspricht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Deshalb wundert es mich nicht mehr, wenn es Stimmen gibt, die fragen, ob die Gemeinnützigkeit des BUND angesichts seines Engagements überhaupt noch gegeben ist.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist geprüft worden!)

Wenn Sie die Projektförderungspflicht ernst nehmen, dann sollten Sie auch in dieser Hinsicht aktiv werden und nicht weiter Öl ins Feuer gießen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Erkenntnis, zu der Sie gelangen müssen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat auf Facebook erklärt:

Der Konflikt um Stuttgart 21 war ein tiefer und heftiger Konflikt, der Stadt und Land mehr und mehr zu spalten drohte.

Man kann ergänzen: Der Konflikt um Stuttgart 21 ist ein tiefer und heftiger Konflikt, der SPD und Grüne mehr und mehr zu spalten droht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es ist bezeichnend, dass der Innenminister nichts sagt! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Ministerpräsident auch nicht! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2012 (Staatshaushaltsgesetz 2012 – StHG 2012)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1101

Berichterstatter: Abg. Hans-Martin Haller

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Tagesordnungspunkts 3 a eine Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Köbler für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Joachim Köbler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Volumen des Haushalts des Landtags beläuft sich im Jahr 2012 auf 66,7 Millionen €. Der Anteil am Gesamtetat hat sich nicht verändert. Dieser liegt bei 0,2 %.

Im Vergleich zu den Ansätzen des Jahres 2011 erhöhen sich die Ausgaben um rund 4,5 Millionen €. Hiervon entfallen 1,5 Millionen € auf die Einrichtung der Dienststelle des Landesdatenschutzbeauftragten beim Landtag.

Wesentliche Ursache für die Mehrausgaben sind die gestiegenen Personalausgaben. Diese erhöhten sich um 2,2 Millionen €. Insgesamt wird der Haushalt des Landtags stark durch die Personalausgaben dominiert. Über 70 % der in den Einzelplan 01 eingestellten Mittel entfallen auf das Personal. Gut 60 % davon sind Ausgaben für Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die restlichen Personalausgaben sind Ausgaben für die eigentliche Landtagsverwaltung und den Parlamentarischen Beratungsdienst.

Insgesamt handelt es sich im Augenblick um 189 Mitarbeiter, davon 132 in der eigentlichen Landtagsverwaltung, 44 im Beratungsdienst sowie zwei Fahrer der Fraktionen.

Durch das Vollzeitparlament sind etliche Aufgaben hinzugekommen. Somit hat sich auch die Zahl der Anträge, der Kleinen Anfragen und der Drucksachen im Allgemeinen erhöht – teilweise um über 50 %, bei den Kleinen Anfragen sogar um über 100 %.

Weitere Aufgaben müssen nach der Parlamentsreform bewältigt werden, und zwar die Prozessänderung hinsichtlich der Altersversorgung. Wir haben jetzt zwei Systeme; zwei Systeme müssen bearbeitet werden.

Von Lothar Späth stammt das folgende Zitat: „Es gibt Politiker, die meinen, von nichts etwas verstehen zu müssen, weil

(Joachim Kößler)

nur so unbefangen über alles Mögliche geredet werden kann.“ Das wollen wir so nicht. Aus diesem Grund ist eine adäquate Ausstattung des Landtags notwendig, sowohl personell als auch sächlich.

Bei den Sachausgaben ist Folgendes festzustellen: Sie erhöhen sich von 12,4 Millionen € im Jahr 2011 auf 14 Millionen €. Das sind rund 1,6 Millionen € mehr. Davon entfallen rund 500 000 € auf das 60-Jahr-Jubiläum des Landes.

Bei den Investitionen kommen 550 000 € hinzu. Dabei handelt es sich vor allem um die dringend notwendige Erneuerung der Telefonanlage des Landtags.

Meine Damen und Herren, trotz aller Ausgabensteigerungen ist unser Landtag im Vergleich zu anderen Landtagen sehr kostengünstig, ich will nicht sagen: „billig“. Wir versuchen, die Mittel effizient einzusetzen. Wir liegen umgerechnet bei Kosten von 6,05 € pro Einwohnerin und Einwohner. Damit rangieren wir kurz hinter Nordrhein-Westfalen, das bei Kosten von 5,69 € pro Einwohner und Einwohnerin liegt. Im Durchschnitt betragen die Kosten aller Landesparlamente 10,70 € pro Einwohnerin und Einwohner. In Bayern beträgt dieser Anteil 6,84 €, in Rheinland-Pfalz gar 8,65 €, was 40 % mehr sind als in Baden-Württemberg.

Setzt man die Anzahl der Abgeordneten ins Verhältnis zur Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, kommen wir auf ein Verhältnis von 1 : 1. In Bayern beträgt dieses Verhältnis 1 : 1,15 und in Nordrhein-Westfalen 1 : 1,5. Damit liegen wir auch hinsichtlich dieser Relation an der Spitze.

Man hört immer wieder, Baden-Württemberg hätte zu viele Abgeordnete. Dem will ich eine Relation gegenüberstellen, und zwar die Relation zwischen einem Abgeordneten und der von ihm im Durchschnitt betreuten Zahl an Einwohnern. In Baden-Württemberg betreut eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter 77 900 Einwohnerinnen und Einwohner; in Bayern sind es 66 900 und in Rheinland-Pfalz nur 40 000. Das heißt, insgesamt geben wir weniger Mittel als alle anderen Landesparlamente aus und betreuen als einzelne Abgeordnete im Durchschnitt mehr Einwohnerinnen und Einwohner.

Das ist ohne eine gute, effiziente Unterstützung durch die Landtagsverwaltung nicht möglich. Ich möchte Sie, Herr Präsident, bitten: Geben Sie es Ihrer Verwaltung und dem Landtagsdirektor weiter, dass wir für diese Unterstützung sehr dankbar sind, dass sie sich bewährt hat und wir uns auch in Zukunft auf sie verlassen wollen und können.

Danken will ich insbesondere dem Besucherdienst. Seine Tätigkeit insbesondere im Rahmen der Besuche von Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Erwachsenen gereicht dem Landtag sehr zur Ehre. Sehr viele Jugendliche und sehr viele Bürgerinnen und Bürger sehen hier zum ersten Mal, was wir in diesem Parlament überhaupt machen. Ich stelle immer wieder fest, dass es gut ankommt, dass wir transparent zeigen, was wir hier tun.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Bemerkungen zu dem machen, was wir in Zukunft an Projekten hier im Haus, insbesondere im Gebäude, vorhaben. Ich will eine Anmerkung von mir aus der letzten Haushaltsberatung wiederholen, denn – um mit Max Weber zu sprechen – das Bohren dicker Bretter ist in der Politik anscheinend notwendig.

Ich zitiere nochmals einen Kommentar zu § 7 Absatz 1 der Arbeitsstättenverordnung:

Besseres Licht ist gleich bessere Arbeit.

Das soll heißen: Gute Politik gedeiht nur, wenn Sonne, Licht und Weitblick vorhanden sind. Der Herr Präsident hat vor Kurzem gegenüber der Presse gesagt: „Gute Politik braucht Transparenz.“ Es ist auch ein Symbol für unsere Arbeit, dass wir Transparenz schaffen wollen. Gehen wir diese Chance gemeinsam an. Denn dieses Haus muss nach 50 Jahren sowohl technisch als auch energetisch saniert werden. Ich fordere Sie auf, das Projekt, das der Präsident jetzt angestoßen hat, gemeinsam mit uns zu unterstützen und nicht darüber zu streiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Kößler hat dankenswerterweise

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Alles gesagt!)

– nicht alles – das Wesentliche gesagt und die wichtigen Zahlen vorgestellt. Deshalb will ich mich auch aus Gründen der Zeitökonomie auf ganz wenige Feststellungen beschränken. Man muss ja richtige Aussagen nicht wiederholen.

Wir haben ein Vollzeitparlament. Das Vollzeitparlament kommt auch im Haushalt an – im Einzelplan 01 –, keine Frage. Ich glaube, jede Kollegin und jeder Kollege kann bestätigen, dass zwischen den vorangegangenen Legislaturperioden und der jetzigen Legislaturperiode ein Unterschied spürbar ist, und zwar im Terminkalender, in der Auslastung, im Arbeitsaufkommen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen auch gar keine Scheu haben, das öffentlich zu dokumentieren. Das Parlament leistet viel, um seinen Aufgaben gerecht zu werden, und selbstverständlich hat das dann Konsequenzen bei den Sach- und Personalkosten der Landtagsverwaltung. Dazu stehen wir. Die Mittel brauchen wir für eine ordentliche Arbeit, die wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern abliefern wollen. Deswegen herrscht in dieser Frage auch Einvernehmen.

Wir haben neu – das ist uns wichtig; da haben wir auch eine wichtige Fürsorgepflicht – den Dienstsitz des Landesbeauftragten für den Datenschutz beim Landtag angesiedelt. Wir stehen durch die Zusammenführung des Datenschutzes für den öffentlichen Bereich mit dem Datenschutz für den privaten Bereich vor einer neuen Herausforderung. Wir wollen eine leistungsfähige, unabhängige Behörde. Einen ersten Schritt machen wir jetzt bei der Personalausstattung im Haushalt 2012. Dabei handelt es sich um eine völlig unverzichtbare Mindestausstattung. Ich bin mir ganz sicher, dass das noch nicht das Ende vom Lied war, wenn wir weiterhin gemeinsam zu der politischen Grundaussage stehen, dass wir eine starke Datenschutzbehörde für die Bürgerinnen und Bürger wollen.

(Hans-Ulrich Sckerl)

Wir stehen zu den jetzt endlich mit Nachdruck anzupackenden Sanierungsplänen für den Landtag, auch zugunsten der Abgeordneten. Herr Kollege Köbler, ich glaube, das ist für uns in der Tat ein gemeinsames Anliegen. Wir sollten wirklich bestrebt sein, bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode ganz deutliche Schritte nach vorn zu kommen und das Projekt nicht wieder vertagen zu müssen. Auch wir wären sehr dafür. Das hat auch mit Transparenz hier im Haus zu tun. Die wollen wir stärken.

Eine weitere Bemerkung zur Transparenz darf ich mir, glaube ich, am Schluss meiner Rede erlauben. Wir sind in den vergangenen Tagen hinsichtlich der Fraktionszuschüsse etwas in die Kritik gekommen, weil die Frage aufgeworfen worden ist, warum sich dadurch, dass ein Teil der früheren Zulagen jetzt direkt vom Land z. B. an die Fraktionsvorsitzenden oder an die parlamentarischen Geschäftsführer geleistet werden, nicht die Höhe der Zuschüsse an die Fraktionen vermindert. Wir haben dokumentiert, dass wir einen Teil – 50 % – zurückzahlen.

Ich glaube, dieser ganze Prozess und auch die Begründetheit der Höhe von Fraktionszuschüssen könnten wir gemeinsam in Zukunft transparenter gestalten. Lassen Sie uns im Vorfeld der nächsten Haushaltsberatungen gemeinsam ein Verfahren überlegen. Es ist nicht notwendig, in eine solche Kritik zu geraten. Wir haben, glaube ich, hier nichts zu verbergen, und wir haben gute Argumente für die Begründetheit von Fraktionszuschüssen im derzeitigen Umfang, um eine gute Arbeit machen zu können.

Das waren die aus unserer Sicht wesentlichen Bemerkungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich brauche die Zahlen nicht zu wiederholen. Ich möchte auch für die SPD-Fraktion deutlich zum Ausdruck bringen, dass wir für den Umbau und die energetische Neugestaltung dieses Hauses sowie für mehr Transparenz sind. Wir pflegen in diesem Land, in Baden-Württemberg, die Baukultur des Adels –

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

mit sehr viel Geld. Der Ministerpräsident ist in der Villa Reitzenstein untergebracht, unser Superminister im Neuen Schloss. Aber wir haben kaum Symbole der Volkssouveränität, der Demokratie, die wir groß herausstellen. Wenn das Land baut, ist es vielmehr so, dass es sachlich, nüchtern baut. Wir als Repräsentanten des Volkes dürfen und der Landtag als Symbol der Volkssouveränität darf durchaus auch baulich-architektonisch nach außen strahlen – mit Transparenz. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Die Zahlen sind klar; sie sind aufgrund des Übergangs vom Teilzeitparlament zum Vollzeitparlament angestiegen. Dieser Wechsel bewirkt nun einmal höhere Kosten. Die Entlastungswirkung bei den Pensionen wirkt natürlich noch nicht. Wir

müssen eine geraume Zeit des Übergangs mit einer finanziellen Doppelbelastung schultern. Aber mittelfristig wirkt sich das Modell des Vollzeitparlamentarierers auch bei den Pensionen kostensenkend aus. Das ist der Fall, und dazu stehen wir.

Ich möchte namens der SPD-Fraktion abschließend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, möchte aber auch im Namen einiger Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, ein Anliegen vortragen, das nicht zwingend ernst gemeint ist.

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? Das ist sehr ernst gemeint!)

Inzwischen schützt die UNESCO immaterielles Kulturerbe. Wir haben in dieser Republik Menschen, die gern rauchen, die gern alte schwäbische Sorten wie Burger Stumpfen, Roth-Händle oder Schwarzer Krauser rauchen. Die haben nun offensichtlich keine Möglichkeit mehr, das hier im Haus zu machen, sondern müssen draußen bei Kälte ihre Gesundheit ruinieren –

(Heiterkeit – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, mit dem Rauchen!)

nicht durch das Nikotin, sondern durch die Kälte. Herr Präsident, haben Sie ein Herz für diese Kolleginnen und Kollegen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Präsident Guido Wolf: Verehrter Kollege Haller, mit dem Hinweis auf Roth-Händle und Schwarzer Krauser könnte man fast auf die Idee kommen, Sie bringen hier neue Koalitionsgedanken ins Spiel. Aber das wäre sicherlich zu weit gegriffen.

Meine Damen und Herren, für die Fraktion der FDP/DVP spricht jetzt Herr Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch hier nach Karl Valentin: „Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen.“

Die Beratungen im Ausschuss waren von einer großen Gemeinsamkeit geprägt. Es ist offensichtlich, dass die Personalausgaben – auch das haben wir schon gehört – im Geschäftsbereich des Landtags erhöht wurden. Klar, ein Vollzeitparlament will betrieben werden. Man hat sich in der letzten Legislaturperiode für dieses Vollzeitparlament entschieden. Ich glaube – Herr Kollege Haller, Sie haben es eben auch angesprochen –, man muss dazu stehen: Auch Demokratie und Parlamentarismus gibt es nicht zum Nulltarif. Auch hier braucht man ein entsprechendes Umfeld, eine Ausstattung, damit man die Qualität sichern kann.

Aus der Sicht der FDP/DVP ist dies ein Erfolg, und zwar vor allem deshalb, weil wir hier die Ansiedlung des Landesbeauftragten für den Datenschutz erreichen konnten. Die Zusammenlegung des privaten mit dem öffentlichen Datenschutz und die organisatorische Aufhängung hier im Landtag garantieren nicht nur größtmögliche Unabhängigkeit, sondern bilden auch die Basis für eine schlagkräftige Arbeit der neuen Daten-

(Dr. Friedrich Bullinger)

schutzstelle und für eine ressortübergreifende und personal-schonende Arbeitsweise. Meine Damen und Herren, es gibt in diesem Bereich nun keine fachlichen Überschneidungen mit dem Innenministerium mehr.

Da die bestehende Datenschutzstelle auch im Ländervergleich sehr sparsam – schwäbisch – besetzt ist, haben wir trotzdem eine Personalaufstockung für dringend geboten gehalten. Ich freue mich deshalb, dass man hier einen gemeinsamen Weg geht.

Im Bereich des Landtags ziehen wir, wie gesagt, die Konsequenzen aus der Unterbringung des Landtags – auch im Bereich der Planung. Mittlerweile sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung – ich sehe es bei unserer Fraktion; ein unmöglicher Zustand – über die Straße hinweg in anderen Gebäuden so untergebracht, wie es in keinem Unternehmen heute mehr der Fall wäre. Niemand vom Personalrat würde dies bei einem mittelständischen Unternehmen akzeptieren. Es ist dringend erforderlich, dass wir über die zukünftige Organisation nachdenken. Ein effektives Arbeiten ist so, wie es jetzt ist, mit Sicherheit nicht nur nicht zukunfts-trächtig, sondern auch nicht praktikierbar. So, wie wir hier die Arbeit organisieren, sind wir auf dem besten Weg in Richtung Schwäbische Hüttenwerke.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ein erfolgreiches Unternehmen!)

Meine Damen und Herren, wer Leistung verlangt, muss auch bereit sein, Arbeit leistungsgerecht zu bezahlen. Wir alle freuen uns hier wohl gemeinsam, dass wir vor allem bei den Beziehern niedriger Einkommen eine gewisse Aufbesserung haben vornehmen können. Ich halte dies für sehr wichtig.

Zuletzt darf ich auch im Namen unserer Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, aber auch den Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für die hoch motivierte und vor allem hoch professionelle Arbeit im Hintergrund danken. Wir alle wissen, dass wir uns auf Sie, meine Damen und Herren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch zu ungewöhnlichen Tageszeiten immer verlassen können. Sie sind wichtige Räder im Getriebe des Landtags, ohne die hier nichts ginge. Nochmals herzlichen Dank.

Wir werden dem Einzelplan des Landtags natürlich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich darf stellvertretend für die Landtagsverwaltung die anerkennenden Worte entgegennehmen und weitergeben. Es ist unser Anspruch, dieses Haus zu einem ebenso abgeordneten-wie bürgerfreundlichen Haus zu machen. Ich danke Ihnen, dass wir dabei Ihre Unterstützung haben. Wir betrachten uns auch als Dienstleister auf Ihrem Weg hin zum Vollzeitmandat.

Ich bin dankbar für das breite Signal, dass für dieses Haus nach 50 Jahren ein klares Bekenntnis zum Standort abgege-

ben wurde, aber auch für das klare Bekenntnis, dieses Gebäude nach 50 Jahren baulich weiterzuentwickeln und damit einen Rahmen zu schaffen, damit sich der Landtag inmitten der Stadt Stuttgart auch selbstbewusst positionieren kann. Ich denke, auch das gehört zu unserem Auftritt. Herzlichen Dank für diese fraktionsübergreifende Bereitschaft.

Wir kommen dann in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1101.

Ich rufe die beiden Kapitel dieses Einzelplans

Kapitel 0101

Landtag

und

Kapitel 0103

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

gemeinsam auf. Wer stimmt diesen beiden Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0101 und 0103 einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 01 angelangt.

Vor der Mittagspause rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1105

Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Gesamtredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Hitzler für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg hat die leistungsfähigste Justiz in Deutschland, wahrscheinlich sogar in ganz Europa. Herr Minister Stickelberger, Sie haben ein sehr gutes Haus übernommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kollege Professor Dr. Goll hat gestern treffend formuliert, welche Ministerien in Fahrt sind und wo etwas Gutes herauskommt. Ich räume ein: Ihr Haus ist in Form,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber nicht überall!)

und das ist auch gut so.

(Bernd Hitzler)

Sie haben aber auch relativ wenige neue Akzente gesetzt. Zu der Frage, wo diese liegen, komme ich gleich. Aber wenn es gut ist, eine kontinuierliche Politik zu betreiben, dann soll man dies tun. Professor Goll hat hier sicherlich Maßstäbe gesetzt.

Lassen Sie mich nun aber auch zu Punkten kommen, bei denen wir vielleicht unterschiedlicher Meinung sind.

Ich möchte zunächst einmal auf das Thema „Privatisierung der Justiz“ eingehen. Justiz ist sicher *res publica*; damit haben Sie in Ihrem Vorwort im Bericht zum Staatshaushaltsplan 2012 mit Sicherheit recht. Aber wenn ich sehe, wie gut die private Bewährungshilfe mit NEUSTART arbeitet, dann sollten Sie dies auch belassen und sie nicht auflösen. Wir konnten über 300 ehrenamtliche, hoch qualifizierte Leute gewinnen, die hier arbeiten, und der Laden hat, auf gut Schwäbisch gesagt, mehr Zug bekommen. Früher gab es sehr viele freie Künstler. Jetzt muss man Berichte abgeben, und jetzt wird hier exzellent gearbeitet. Deshalb bittet die CDU-Fraktion Sie darum – Sie dürfen das kritisch prüfen –, dies zu erhalten.

Ich habe mich dann aber gewundert, dass im Entwurf des Haushaltsplans die notwendigen Gelder für das Netzwerk Straffälligenhilfe nicht ausgebracht waren. Sie hatten ja das Parlament mehr oder weniger gebeten, hier zu helfen. Die CDU-Fraktion hat Druck gemacht, und damit ist unser entsprechender Antrag dann auch gebilligt worden.

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Ist jetzt Märchenstunde, oder was?)

Das ist gut so, aber ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass der Justizminister diese Mittel schon vorher durchgesetzt hätte. Sei's drum.

Jetzt komme ich zur Teilprivatisierung der JVA Offenburg. Sie wollen sie rückgängig machen, Herr Minister. Die CDU-Fraktion ist nicht mit der Privatisierung verheiratet, aber ich muss sagen: Da müssen Sie sehr aufpassen. Wir haben schon jetzt zahlreiche Kündigungen. Wenn bekannt wird, dass man zum öffentlichen Dienst zurückgeht, werden noch mehr Kündigungen kommen. Sie müssen sehr aufpassen, dass diese Einrichtung dann noch funktionsfähig ist. Das gebe ich zu bedenken.

Ein anderes Thema ist die Notariats- und Grundbuchamtsreform. Die CDU hat ihr im Grundsatz zugestimmt. Sie haben zwei neue Grundbuchamtsstandorte geschaffen. Dem stimmen wir auch zu, aber das ist natürlich auch nicht der große Wurf.

Jetzt müssen Sie allmählich die Notare ernennen. Sie haben recht: Nehmen Sie am Anfang nicht zu viele. Es wird dann zwar kritisch, ob alles bedient werden kann. Aber der Notar ist künftig ein Freiberufler, das heißt, er muss auch etwas verdienen. Wenn Sie zu viele einstellen und ernennen, ist das schlecht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber in Gaildorf schon!)

Das können Sie nicht mehr rückgängig machen. Gehen Sie also bitte mit großer Sorgfalt an dieses Thema heran.

Lassen Sie mich zum Thema Sicherungsverwahrung kommen. Der Schutz der Bevölkerung hat hier oberste Priorität. Die

CDU stimmt zu, die Sicherungsverwahrten in Freiburg unterzubringen. Wir sollten uns auch einmal grundsätzliche Gedanken über das Thema machen. Wir brauchen mehr Therapie. Es ist für mich ganz klar, dass man hier ansetzen muss. Wenn Sie mehr Personal benötigen, stehen wir dem sehr offen gegenüber.

Gegen die elektronische Fußfessel, die von uns auf den Weg gebracht wurde, hatten Sie erst heftige Bedenken. Aber Sie führen das jetzt fort, und das ist gut so.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf das Personal werfen. Im Bereich der Richter und Staatsanwälte ist die Belastung hoch. Wir haben sehr motivierte Mitarbeiter, die enorm viel leisten, und kurze Verfahrensdauern. Das ist gut so. Es ist natürlich klar: Bei einem Personalkostenanteil von 43 % im Land muss man aufpassen. Aber auch hier haben Sie keine neuen Akzente gesetzt, sondern die erfolgreiche Politik Ihres Vorgängers fortgeführt.

Ich glaube, dass kaum ein anderes Politikfeld hier im Plenum so einheitlich wie dieses gesehen werden kann. Unsere Anträge sind alle durchgegangen.

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Was?)

Dann spricht nichts dagegen, dass wir dem Haushalt des Justizministeriums im Ganzen zustimmen. Das kommt selten vor.

Ich möchte abschließend allen Mitarbeitern in der Justiz – ob Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Bewährungshelfer, Gerichtsvollzieher, Notare oder Strafvollzugsbedienstete – danken. Es ist sicherlich eine gute Leistung, die hier für unser Land erbracht wird. Ich darf allen weiterhin viel Freude an ihrem verantwortungsvollen Wirken wünschen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Halder.

Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Auch im Justizbereich ist der neue Politikstil der grün-roten Landesregierung zu erkennen. Mit dem Haushalt für das Justizministerium stellen wir die Weichen für eine bürgerfreundliche und kooperative Justiz. Dabei ist es uns gelungen, inhaltliche Schwerpunkte im Justizbereich auch in Zeiten angespannter öffentlicher Kassen zu setzen.

Lassen Sie mich einige wichtige Punkte herausstellen. Mit dem Haushalt 2012 schaffen wir die Voraussetzung dafür, die Teilprivatisierung der JVA Offenburg rückgängig zu machen. Die unter der damaligen Landesregierung beschlossene Teilprivatisierung der JVA Offenburg hat durchaus zu Problemen geführt. In der Kritik standen vor allem der Umgang mit den Gefangenen sowie die mangelnde Ausbildung der Mitarbeiter. Dies zeigt meiner Meinung nach deutlich, dass der Rückzug des Staates aus funktionsrelevanten Bereichen kritisch zu sehen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Wilhelm Halder)

Ein wichtiges Thema im Strafvollzug ist die Unterbringung der Sicherungsverwahrten. Das Konzept der Wohngruppen in der JVA Freiburg, bei dem die Sicherungsverwahrten in einem Gebäude auf dem Gelände der JVA unterkommen, bietet eine gute Lösung zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Hierfür werden im Haushalt die erforderlichen sachlichen und personellen Mittel zur Verfügung gestellt.

Unserer Fraktion war wichtig, das Erfolgsprojekt „Schwitzen statt Sitzen“ beim Strafvollzug zu sichern. Dies ist entgegen der Legendenbildung nicht durch die CDU geschehen.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Unsere Anträge! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hör doch auf!)

Die CDU hat ungedeckte Anträge vorgelegt. Ich habe in der Kommunalpolitik gelernt, dass die in Anträgen geforderten Ausgaben finanziell gedeckt sein sollten, weil sie sonst ins Leere laufen.

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Durch das Projekt haben Verurteilte, die ihre Geldstrafe nicht zahlen können, die Möglichkeit, einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen, statt in Haft zu sitzen. Durch dieses Programm kann eine unnötige Haft vermieden werden, die das Land viel Geld kosten würde. Zudem kann die Resozialisierung verbessert werden. Insgesamt stellt die Landesregierung für das Projekt 1,9 Millionen € für dieses Jahr und damit mehr als die Vorgängerregierung zur Verfügung.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Höhere Kosten!)

Ich danke Herrn Kollegen Stoch von der SPD ausdrücklich für die Initiative, die das ermöglicht hat. Derartige Projekte zur Bewährungs- und zur Straffälligenhilfe müssen auch zukünftig im Haushalt gestärkt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

An den großen Strafkammern werden zusätzliche Richterstellen geschaffen. Damit werden die neuen bundesrichterlichen Besetzungsvorhaben umgesetzt. Künftig werden die Verhandlungen an den großen Strafkammern mit drei Richtern geführt, wodurch letztlich eine Qualitätssteigerung erreicht werden kann.

Für das Jahr 2012 werden 16 Arbeitsgerichtsstellen gesichert, die zum Ende des vergangenen Jahres weggefallen wären. Gerade im Hinblick auf wirtschaftliche Schwankungen ist dies eine wichtige Maßnahme, um die Leistungsfähigkeit der Arbeitsgerichte im Land zu gewährleisten.

Bereits in diesem Frühjahr legen wir den Grundstein für eine bürgernahe Struktur im Grundbuchwesen. Bürgerinnen und Bürger können zukünftig mittels moderner Technik einfach auf die Grundbuchdaten zugreifen. Durch diese technische Neuerung können künftig mehrere Hundert Stellen eingespart werden.

(Unruhe)

Die grün-rote Landesregierung hat die Grundbuchamtsreform weiterentwickelt. Zwei weitere Grundbuchamtsstandorte sind vorgesehen. So wird Bürgernähe und personalwirtschaftlichen Aspekten Rechnung getragen.

Weitere Schritte auf dem Weg zu freien Notariaten sind bereits eingeleitet. Die Planungen des Justizministeriums sehen moderne und zukunftsfähige Strukturen für das Notariat in Baden-Württemberg vor. Dies ist unserer Ansicht nach längst überfällig, um einheitliche Regelungen zu schaffen. So wird die Rechtszersplitterung, die es in Baden-Württemberg derzeit aufgrund der vier unterschiedlichen Notariatsformen gibt, überwunden. Die Fraktion GRÜNE wird den weiteren Prozess der Notariatsreform konstruktiv begleiten, insbesondere im Hinblick auf die konkrete Standortwahl und die Fürsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Landesregierung ist die Einrichtung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für den Bereich Doping in Freiburg. Wir sind zuversichtlich, dass die Stadt damit Zentrum der Aufklärung solcher Straftaten wird und nicht nur als Tatort genannt wird.

Eine bürgerfreundliche Justiz liegt mir auch in meiner Funktion als Schöffe besonders am Herzen. Wir unterstützen daher ausdrücklich die Bestrebungen des Justizministeriums in diesem Bereich. Ein kooperatives Verhältnis zwischen Justiz und Bürgerinnen und Bürgern muss ein zentrales Ziel sein. Nur so stärken wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Rechtsdurchsetzung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich natürlich sehr, wenn auch von den Kollegen der Opposition, von Herrn Kollegen Hitzler, eigentlich nichts gefunden wird, was am Justizhaushalt zu kritisieren ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ihr habt nichts gefunden, was hätte geändert werden müssen!)

Das spricht eigentlich dafür, dass in diesem Bereich tatsächlich die Sachargumente und nicht die Polemik im Vordergrund stehen. Das würde ich mir für viele Bereiche wünschen.

Wenn wir den Bundesvergleich suchen, können wir sicherlich feststellen, dass die Justiz in Baden-Württemberg mit am effektivsten und zuverlässigsten ist. Ich gebe Herrn Kollegen Hitzler recht: Es ist auch ein Aushängeschild Deutschlands, dass sich unsere Justiz dadurch auszeichnet, dass der Rechtssuchende möglichst schnell sein Recht bekommt bzw. wir mit die kürzeste Verfahrensdauer haben.

Hervorzuheben ist insbesondere, dass in Baden-Württemberg, wenn wir den bundesweiten Vergleich heranziehen, die geringste Richterdichte herrscht. Dennoch liegen wir ganz an der Spitze, wenn es um die Verfahrensdauer geht. Das, meine ich, ist Ausdruck und auch ein Zeichen dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht nur die Richterinnen und Richter – selbstverständlich auch diese –, sondern auch alle anderen Beschäftigten im Justizbereich, ihre Arbeit hoch motiviert machen und hervorragende Arbeit leisten. Ich denke, dafür können wir an dieser Stelle auch einmal Dank sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Andreas Stoch)

Wir haben es – wir sprechen heute über den Haushalt – im Justizbereich fast komplett mit einem Verwaltungshaushalt zu tun. Es handelt sich nicht um einen Programmhauhalt, sondern um einen Verwaltungshaushalt, der in Summe – das einmal zu sehen ist auch interessant – ca. 3,8 % des Gesamtetats ausmacht. Von diesen 3,8 % des Gesamtetats, also von diesem Haushalt der Justiz, entfallen allein 70 % auf Personalausgaben und weitere knapp 20 % auf Auslagen in Rechtssachen. Gerade daran können Sie sehen, dass wir in vielem, was die Gestaltung des Haushalts angeht, von bundespolitischen Entscheidungen abhängig sind. Wenn der Bundesgesetzgeber Entscheidungen in der Justiz trifft, z. B. über die Besetzung von Richterkammern, dann müssen wir das im Land umsetzen und auch im Haushalt abbilden.

Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, lohnt es sich nicht, an dieser Stelle über Zahlen zu streiten. Das ist auch korrekt. Die großen Linien in der Justiz sind richtig, und die großen Linien – das wurde auch bereits bestätigt – werden auch fortgeführt. Nur – da ist eben Legendenbildung im Spiel –: Es war sicherlich in der Vergangenheit nicht das Verdienst der CDU-Fraktion, dass es hier im Justizbereich eine Personalausstattung gibt, die diese Ergebnisse erzeugt, sondern es ist trotz der CDU-Fraktion möglich gewesen, die Personalausstattung in der Justiz so zu halten,

(Abg. Alexander Throm CDU: Das waren die Sachargumente, oder? – Zuruf von der CDU: Keine Polemik!)

dass wir heute eine effektive Justiz haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Bernd Hitzler CDU: Wer hat denn die Anträge gestellt?)

Wir brauchen in der Justiz aber natürlich auch eine Ausstattung, sowohl personell als auch technisch, die auf der Höhe der Zeit ist. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir uns auch darauf einstellen müssen, dass in den nächsten Jahren Ausgaben für Maßnahmen auf uns zukommen, mit denen wir es auch auf der technischen Seite ermöglichen, dass die Justiz gut funktioniert, auch auf der Höhe der Zeit funktioniert. Wir werden uns auch dem großen Projekt E-Justice stellen müssen. Das Justizministerium hat vor Kurzem das Triberger Symposium zu diesem Thema durchgeführt. Ich denke, wir sollten da einige Energie investieren, um auch in diesem Bereich dem Rechtsuchenden möglichst schnell und auch unter Verwendung der neuesten technischen Möglichkeiten sein Recht zu verschaffen.

Wir müssen bei der Diskussion über die Ausstattung der Justiz aber auch über das Thema Sicherheit reden. Sie alle haben von den vereinzelt vorkommenden und tragischen Vorfällen gehört, in denen Beschäftigte von Gerichten – Richterinnen, Richter, Staatsanwälte – Opfer von Gewalttaten wurden. An dieser Stelle müssen wir sicherlich eine kritische Diskussion führen und müssen auch eine Abwägung bei der Frage vornehmen: Wie viel Sicherheit ist notwendig, welche Gefahren sind abzuwehren, und wie viel Offenheit muss unsere Justiz dennoch für den Recht suchenden Bürger zeigen?

Ich glaube, es ist im Interesse aller Fraktionen, dass wir hier eine Diskussion führen und einen Ausgleich dieser beiden Ge-

genpole suchen und finden werden, der es möglich macht, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz sicher fühlen, dass sie sich in ihrer Tätigkeit nicht bedroht fühlen müssen, dass aber dennoch der Rechtsuchende nicht ein Gericht aufsuchen muss, das sich hinter Trutzmauern und Stacheldraht verschanzte, sondern ein Gericht, das ein offener Bereich ist, in dem die Menschen ihr Recht finden, das also kein Abwehrbereich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann sind wir schon relativ schnell bei den programmatischen Bereichen, die das Justizministerium in nächster Zeit intensiv beschäftigen werden. Wir haben da zum einen die Notariats- und zum anderen die Grundbuchamtsreform, die natürlich zu starken Veränderungen auch im Land Baden-Württemberg führen werden. Was die Standorte angeht, was die Nähe der Bürgerinnen und Bürger zu den einzelnen Standorten angeht, wird hier noch einiges auf uns zukommen.

Ich möchte Sie alle auffordern und bitten, dass wir den Menschen in diesem Land ehrlich sagen, dass es eine Entscheidung ist, die dieses Haus in seiner Gänze getroffen hat, und dass wir uns nicht an einzelnen Standortentscheidungen zerstreuen. Denn im Grunde waren wir uns einig, dass wir sowohl mit der Notariatsreform als auch mit der Grundbuchamtsreform eine effektivere Struktur schaffen können, wenn wir eine gewisse Zentralisierung durchführen, wengleich wir – Sie haben das im Bereich der Grundbuchamtsreform gemerkt – einzelne Entscheidungen schon korrigieren möchten. Denn wenn wir den Eindruck haben, dass unter der Führung der vorherigen Landesregierung teilweise Entscheidungen nach politischer Opportunität getroffen worden sind, dann müssen wir da Korrekturen vornehmen. Dann müssen wir versuchen, das sachlich Richtige zu tun. Dann müssen wir diese Konzepte an einzelnen Stellen korrigieren, wengleich ich sage: Die Grundlinie dieser beiden Reformen ist richtig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines, was Kollege Hitzler angesprochen hat, möchte ich abschließend noch einmal ganz deutlich hervorheben.

Wir stehen für einen modernen Rechtsstaat, der seine hoheitlichen Aufgaben effektiv und zuverlässig wahrnimmt.

Das war ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag. Sie können daran schon erkennen, dass wir große Bedenken davor haben, Kernbereiche des hoheitlichen Handelns in die Hand von Privaten zu geben. Justiz und Rechtspflege zählen für uns zu den Kernaufgaben staatlicher Hoheitsausübung, die gerade nicht in den Händen Privater sein dürfen.

Kollege Halder hat es angesprochen: Was das Thema Teilprivatisierung im Justizvollzug angeht, befinden wir uns im Kernbereich staatlichen Handelns. Deswegen haben wir große Bedenken, hier Private einzuschalten. Hier muss streng evaluiert werden. Wir müssen uns darüber klar werden, dass wir im Bereich des Justizvollzugs, bei dem es auch um starke Eingriffe in die Grundrechte geht, nicht die Privaten brauchen. Hier gilt es vielmehr, die staatlichen Organe so handlungsfähig zu machen, dass wir diese Aufgaben in den Händen der staatlichen Organe halten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Bravo!)

(Andreas Stoch)

Was die weiteren Punkte angeht, sage ich: Wir sollten uns nicht dem Spuk der Privatisierung ausliefern. Was das Thema „Privatisierung der Bewährungshilfe“ angeht, Herr Kollege Hitzler, braucht man, glaube ich, nur den Rechnungshof zu zitieren. Der Rechnungshof sagt eindeutig, dass der betreffende Vertrag so schnell wie möglich gekündigt werden sollte, weil im Ergebnis nicht weniger Kosten als bei dem, was wir bisher im Bereich der Bewährungshilfe machen, sondern mehr Kosten entstehen werden.

(Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Ich glaube, dass wir, wenn wir nach einiger Zeit die Tätigkeit dieses privaten Trägers überprüfen werden, feststellen werden, dass die Effizienz, die vermeintlich in dieser Privatisierung steckt, letztlich auf dem Rücken der 300 privaten oder ehrenamtlichen Bewährungshelfer erreicht wird. Denn ein privater Träger, der profitorientiert arbeitet, hat eben gerade nicht das große Ganze im Sinn. Wir müssen es schaffen, mit den staatlichen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, eine Effektivität in der staatlichen Verwaltung zu schaffen, die es uns ermöglicht, die Bewährungshilfe in staatlicher Hand zu halten. Ich glaube, es gibt keinen Widerspruch zwischen effektiver und guter Bewährungshilfe einerseits und Wahrnehmung durch staatliche Organe andererseits.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Was z. B. den Bereich der Gerichtsvollzieher betrifft – da gab es auch die Idee, dass man durch die Aufgabenwahrnehmung durch Beliehene in den Bereich der Privatisierung geht –,

(Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

muss ich Ihnen sagen: Von den Gerichtsvollziehern erhalten Sie eine eindeutige Aussage zu diesem Thema. Die Gerichtsvollzieher wollen, dass das bestehende System an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wird, dass die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ihre Arbeit unter klaren Vorgaben machen können. Es gibt vielleicht eine ganz kleine Minderheit, die sich von einer Privatisierung etwas versprechen würde. Aber der ganz große Teil der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher will staatliches Vollzugsorgan bleiben. Deswegen sollten wir, glaube ich, auch da eine ganz klare Linie ziehen und zu diesem Spuk der Privatisierung eindeutig sagen: Dieser Bereich ist für Privatisierung nicht geeignet.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren – Sie haben bemängelt, dass noch keine großen Veränderungen erkennbar seien –, werden wir in den nächsten Jahren in einigen Bereichen doch deutlich neue Akzente setzen müssen.

(Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Das gilt für den Bereich, in dem wir sehr viel deutlicher auf Prävention und Strafverhinderung setzen müssen. Sie haben u. a. die Tätigkeit der Straffälligenhilfe und das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ angesprochen. Das ist aus unserer Sicht ein sehr sinnvolles Projekt. Wir sind der Ansicht, dass wir versuchen müssen, dieses Projekt künftig im Haushalt abzubilden und die Mittel nicht erst über die Haushaltsberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss einzubringen.

Da muss ich ganz deutlich sagen: Wenn es uns gelingt, Menschen vor dem Strafvollzug zu bewahren und ihnen stattdessen sinnvolle Aufgaben zu geben, ohne dass der general- und spezialpräventive Aspekt dabei verloren geht, dann sollten wir diesen Weg gehen. Das spart dem Land einen Haufen Geld, und es ist für den Einzelnen noch immer besser, einer sinnvollen Tätigkeit nachzugehen, als vor der Allgemeinheit weggesperrt zu werden, wodurch wir hinterher große Schwierigkeiten bei der Rückführung dieses Betroffenen in die Gesellschaft, bei der Resozialisierung haben. Das wäre der falsche Weg. Wo Strafe vermieden werden kann, müssen wir auch versuchen, Strafe zu vermeiden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Lassen Sie mich abschließend noch einen Punkt ansprechen, der mir ganz wichtig ist: Auch die Justiz muss im Auge haben, dass die Prävention im Zentrum steht. Das ist ein Bildungsauftrag unserer Gesellschaft, auch was den Bereich der Rechtspädagogik angeht. Deswegen müssen wir versuchen, so früh wie möglich entsprechende Institutionen zu schaffen, die es uns ermöglichen, auf Kinder und Jugendliche einzuwirken, damit es gerade nicht dazu kommt, dass diese in die Karriere von Straffälligen geraten, sondern die Kinder und Jugendlichen davor bewahrt werden und sich damit beschäftigen, was es eigentlich bedeutet, die Rechte anderer zu verletzen.

Deswegen möchte ich noch einmal deutlich hervorheben: Es gibt gute Beispiele für diesen Weg wie z. B. das Haus des Jugendrechts in Stuttgart. Es gibt auch lokal und regional gute Initiativen zu diesem Bereich. Wenn wir einen stärkeren Akzent im Bereich der Prävention, im Bereich des Bildungsauftrags, auch was die Rechtspädagogik angeht, sowohl im strafrechtlichen als auch im zivilrechtlichen Bereich, setzen, dann wird sich diese Gesellschaft einen großen Dienst erweisen, und wir werden feststellen, dass das, was wir heute dafür investieren, gut angelegtes Geld ist, indem es uns hilft, spätere Straffälligenkarrieren zu verhindern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die FDP/DVP-Fraktion spricht Herr Abg. Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Rede hat eigentlich Kollege Bernd Hitzler schon gehalten. Ich überlege gerade, ob ich es übers Herz bringen würde, die Passagen zu streichen, in denen er mich gelobt hat. Vielen Dank.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhms CDU)

Im Übrigen wird der Haushalt des Justizministeriums in der Tat zu Recht große Zustimmung bekommen. Ich greife deswegen nur wenige Dinge heraus und mache nur wenige Bemerkungen, gerade auch zu den Diskussionen, die wir im Ständigen Ausschuss geführt haben, z. B. zu dem Zuschuss an das Netzwerk Straffälligenhilfe, das das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ durchführt. Das ist ein Projekt, mit dem Baden-Württemberg mittlerweile eine komplette Vollzugsanstalt einspart, weil wir dadurch Personen, die sonst in Haft kämen,

(Dr. Ulrich Goll)

weil sie ihre Geldstrafe nicht bestreiten können, gemeinnützig arbeiten lassen können.

Das Neue, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde, ist, dass es mittlerweile eine ganz systematische Struktur gibt, innerhalb der sich das Ehrenamt bei uns in Baden-Württemberg im Netzwerk Straffälligenhilfe selbst organisiert und Partner des Staates wird. Es ist vorbildlich, dass das so weitergeführt werden kann. Dass der Ansatz nicht gekürzt wird und dass von allen Fraktionen beschlossen wurde, das in der bisherigen Höhe weiterzuführen, ist sicher ganz gut so.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Jürgen Filius GRÜNE und Andreas Stoch SPD)

Ein weiterer Punkt, über den wir gesprochen haben, war die Behandlungs-Initiative Opferschutz (BIOS). Das ist eine vorbildliche Initiative. Sie hat Unterstützung verdient. Da kann ich an dieser Stelle nur noch einmal klarmachen, worum es geht. Natürlich bekommt sie auch Geld für Therapien, wie auch die Stuttgarter Ambulanz. Die Stuttgarter Ambulanz bekommt aber auch sozusagen einen institutionellen Zuschuss. Den bekommt die Karlsruher Initiative BIOS bisher nicht. Es wurde aber vom Ministerium zugesichert, dass man versucht, diesen Punkt im kommenden Haushalt unterzubringen. Auch da gibt es letzten Endes Konsens.

Ich muss sagen, dieser Haushalt sieht so aus, dass ich mir fast schon die Frage stelle, ob man dafür eigentlich den Minister hätte auswechseln müssen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Doch! – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ganz sicher! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir können ja noch einmal darüber reden!)

Mein Amtsnachfolger steht schon in den Startlöchern.

(Minister Rainer Stickelberger: Ich sitze noch!)

Nachdem nun doch auch der eine oder andere Punkt angesprochen wurde, will ich sagen: Es wird andere Debatten geben, bei denen der Konsens nicht ganz so groß sein wird. Beispielsweise tangiert das Thema Privatisierung diesen Haushalt streng genommen nicht. Aber nachdem Kollege Stoch ein paar Sätze dazu gesagt hat, werden Sie gleich merken, dass fast nichts anderes übrig bleibt, als etwas zu diesem Thema zu sagen.

Ich sage Ihnen zunächst: Mit der Revision in Offenburg werden Sie sich selbst nur Schwierigkeiten einhandeln, z. B. die Schwierigkeit: „Wo nimmt man 100 Stellen her? Bekommt man sie über den Haushalt, oder überträgt man sie aus den bestehenden Anstalten?“, obwohl diese Anstalt natürlich genauso funktioniert hat, wie 25 Anstalten in Frankreich – in Sichtweite – funktioniert haben. Es sind ein paar Anfangsschwierigkeiten wirklich so aufgebläht worden, dass man meinen könnte, es hätte dort Schwierigkeiten gegeben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist die Stärke der SPD: Aufblähen!)

Jetzt werden Sie mit dem Zurückdrehen ein Problem bekommen. Ich bin übrigens völlig Ihrer Meinung, dass man nicht falsche Privatisierungsanstrengungen unternehmen sollte. Ich stimme sogar dem zu, was das Justizministerium auf Seite 2

seines Berichts zum Staatshaushaltsplan 2012 schreibt, nämlich dass man das Schicksal der Menschen nicht in die Hände Privater legen sollte. Das geschieht übrigens bei jedem Arzt. Aber wenigstens stellen Sie selbst auf Seite 59 des Berichts fest – ich zitiere wörtlich –:

Die maßgeblichen vollzuglichen Aufgabenbereiche verblieben in staatlicher Hand.

Jeder, der sagt, man habe irgendwelche staatlichen Funktionen preisgegeben – davon war auch bei Ihnen, lieber Herr Halder, die Rede –, der liegt vom Ansatz her schief; denn das Ministerium hat recht mit der Feststellung, dass bei dem, was ich dort in der Tat gemacht habe – was ich auch für richtig gehalten habe, weil wir die Stellen damals nicht hätten aus dem Boden stampfen können –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wäsche waschen! Bügeln!)

die maßgeblichen Vollzugsbereiche in staatlicher Hand blieben.

Noch ein Wort zur ehrenamtlichen Bewährungshilfe. Dazu steht die Entscheidung noch aus. Ich kann Sie – das gilt in diesem Bereich noch viel mehr – nur davor warnen, einen Fehler zu machen. Zunächst war ich leicht erschüttert. Lieber Herr Stoch, wie können Sie von profitorientierten Organisationen sprechen? Wissen Sie eigentlich, dass NEUSTART Baden-Württemberg eine gemeinnützige GmbH ist, die überhaupt keine Gewinne machen darf? Wenn sie Geld übrig hat, muss sie es an den Staat abführen, wie es bereits der Fall war.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie haben die alte Position des Rechnungshofs zitiert. Deswegen möchte ich hier zu Protokoll geben: Wenn Sie zukünftig vergleichen, werden Sie feststellen, dass der damalige Ansatz des Rechnungshofs – Verzeihung, Herr Munding – der falsche Ansatz war. Sie werden schlicht und einfach Folgendes feststellen: In der ganzen Bundesrepublik Deutschland gibt es Reformbedarf bei der Bewährungshilfe. Diesen können gerade Sie nicht leugnen.

Der Rechnungshof hat – dagegen habe ich mich gewehrt – immer eine nicht reformierte Bewährungshilfe mit dem verglichen, was NEUSTART macht. NEUSTART betreibt aber eine reformierte Bewährungshilfe. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn Sie die Kosten von dem, was NEUSTART jetzt macht, mit den Kosten vergleichen, die anfielen, wenn diese Aufgaben wieder vom Land wahrgenommen würden, dann werden Sie wahrscheinlich Ihr blaues Wunder erleben. Meines Erachtens kommt NEUSTART in der Diskussion schlecht weg. Gehen Sie bitte dorthin, und überzeugen Sie sich. NEUSTART leistet eine vorbildliche Arbeit, und dies zu Konditionen, die Sie beim Land wahrscheinlich gar nicht erreichen könnten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich bezeichne dies ohnehin nicht als Privatisierung. Wenn Sie das Privatisierung nennen, dann müssten Sie alles, was Sie den Kirchen, der Liga der freien Wohlfahrtspflege und selbst der AWO an Sozialarbeit übertragen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vereine abschaffen!)

(Dr. Ulrich Goll)

als Privatisierung bezeichnen. Das ist meines Erachtens Unsinn.

Das zum Thema Privatisierung, was streng genommen aber nicht Thema dieser Haushaltsberatungen ist. Dies gibt aber Gelegenheit, zu sagen: Ich halte dieses Mittel nur in den Bereichen für sinnvoll, in denen dies vernünftig und zielführend ist und in denen es staatliche Funktionen nicht gefährdet, sondern möglicherweise noch verbessert.

Ich stelle erfreut fest, dass die Justiz gut aufgestellt bleibt. Bei manchen Stichworten schmunzelt man innerlich natürlich ein bisschen, etwa beim Stichwort Richterdichte. Es wird lobend erwähnt, wir hätten die geringste Richterdichte. Das weiß ich schon länger. Früher haben Sie das zum Teil anders thematisiert. Ich habe Ihnen dazu jedes Mal gesagt, dass in Baden-Württemberg weniger gestritten wird als anderswo. Das ist erfreulich.

Wir haben die wenigsten Polizeibeamten. Wir haben aber auch die wenigsten Delikte.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die anständigen Leute!)

Wir haben eine gute Struktur im Land. Wir haben auch deshalb weniger Richter, weil weniger gestritten wird. Deswegen müssen die Richter aber logischerweise bei uns nicht mehr arbeiten als anderswo. Sie leisten eine sehr gute Arbeit, für die ich mich bedanke.

Ich sage es noch einmal: Die Justiz ist und bleibt gut aufgestellt. Ich hoffe, dass das auch noch der Fall ist, wenn die Hosen enger werden, wenn es keine 2 Milliarden € an zusätzlichen Steuereinnahmen in den Haushalt hagelt.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Justizminister Stichelberger.

Justizminister Rainer Stichelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zu Beginn dieser Debatte möchte ich mich bei allen Fraktionen für die konstruktiven Beratungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss und in der heutigen Plenarsitzung ganz herzlich bedanken. Es freut mich, dass die Justiz in Baden-Württemberg die Wertschätzung des Landtags insgesamt genießt und alle Fraktionen bemüht sind, die Justiz zu stärken. Diese Stärkung der Justiz brauchen wir auch in Zukunft, vor allem vor dem Hintergrund schwieriger Haushalte und der Nullneuerschuldung, die wir anstreben. Deshalb brauchen wir ein solidarisches Handeln für die Justiz in diesem Land.

Eines möchte ich natürlich schon sagen, Herr Kollege Hitzler und Herr Kollege Dr. Goll. Diese Regierung hat das Justizressort natürlich nicht aus dem Nichts übernommen, sondern gewachsene Strukturen vorgefunden.

Ich kann natürlich verstehen, dass der Blick zurück so manches verklärt. Aber ich möchte auch meinen Respekt den Leistungen bekunden, die die Justiz und auch das Justizministerium

um in der Vergangenheit erbracht haben. Es könnte auch so sein, dass der eine oder andere von Ihnen – ich blicke vor allem nach rechts – es Rot-Grün bzw. Grün-Rot nicht zugetraut hat, eine erfolgreiche Justizpolitik zu machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie können ruhig „Rot-Grün“ sagen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Um dieses Politikfeld haben wir uns nicht wirklich gesorgt!)

– Keine Debatte ohne Zimmermann.

(Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Fehlt nur noch der Zar!)

Es würde sonst etwas fehlen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Stoch und Herr Kollege Halder haben zu Recht auf die Personalsituation in der Justiz hingewiesen. Wir haben die wenigsten Richter, die kürzesten Erledigungszeiten, eine erfolgreiche Justiz. Die Badener und die Württemberger sind Gott sei Dank nicht so streitsüchtig wie vielleicht die Bürgerinnen und Bürger anderer Bundesländer. Gleichwohl muss ich sagen, dass wir natürlich auch an die Grenzen der Belastbarkeit der Justiz gelangen. Ich sage das bewusst auch vor dem Hintergrund der Stellendiskussionen, die wir in der letzten Zeit geführt haben.

Wie Sie wissen, hat die Justiz weder für den Nachtragshaushalt 2011 noch für den Haushaltsplan 2012, der jetzt debattiert wird, Stellen für das Justizministerium selbst beantragt. Wir haben keine neuen Stellen im Ministerium. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich erwähnen.

Wir werden jetzt sehr wohl neue Stellen im Haushalt bekommen – Sie werden das heute hoffentlich beschließen –, Stellen, die auf Aufgaben beruhen, die wir uns nicht selbst gewählt haben. Der Haushalt des Justizministeriums – Kollege Stoch hat es zutreffend gesagt – ist kein Programmhaushalt, bei dem man sagen kann: „Jetzt geben wir einige Millionen Euro weniger aus“ oder: „Wir beantragen einige Millionen Euro mehr.“ Bei uns geht es immer um Stellen. Die Stellen, die wir jetzt hinzubekommen, beruhen auf Mehraufgaben, die uns insbesondere vom Bund auferlegt wurden, etwa bei der Besetzungsreduktion – hier geht es um immerhin 14 Stellen – und bei der Sicherungsverwahrung – hier geht es um 16 Stellen.

Ich glaube, diese Stellen werden jetzt auch zu Recht ausgewiesen, weil wir den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts Rechnung tragen müssen. Wir müssen bei der Sicherungsverwahrung das Abstandsgebot und das Therapiegebot berücksichtigen. Wir sind da in Freiburg auf einem guten Weg. Ich danke allen, die dort vor Ort sehr engagiert arbeiten. Ich werde auch von den Kolleginnen und Kollegen im Bund beneidet, dass wir in Baden-Württemberg auf dem Weg in eine verfassungsrechtlich konforme Sicherungsunterbringung schon so weit sind. Dabei bedanke ich mich auch für die Unterstützung durch den Landtag. Wir können in Baden-Württemberg darauf auch zu Recht stolz sein.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Minister Rainer Stickelberger)

Die Justiz hat in den letzten Jahren, insbesondere von 1995 bis 2001, ca. 1 000 Stellen eingespart. Die Justiz wird auch in den nächsten Jahren Stelleneinsparungen erbringen. Das ist bereits in diesem Haushalt und in den Folgehaushalten angelegt. Die Einzelheiten dazu haben wir im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ausführlich diskutiert.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die 40 Stellen, die wir jetzt für die Grundbuchamtsreform brauchen, nicht von heute auf morgen als Bedarf entstanden sind, sondern sie sind der konkrete Ausfluss des Umstands, dass wir jetzt Aufgaben, die bisher von den Kommunen erledigt wurden, bei den grundbuchführenden Amtsgerichten ansiedeln und dafür das entsprechende Personal brauchen. Das bedeutet, dass wir mittel- und langfristig in diesem Bereich Stellen abbauen. Das ist auf lange Sicht eine strukturelle Stelleneinsparung. Wir werden außerdem damit rechnen können, dass die Ausgleichszahlungen an die Kommunen für die Grundbuchämter mit der Überführung der kommunalen Grundbücher an die 13 staatlichen grundbuchführenden Amtsgerichte sukzessive entfallen.

Trotz dieser schwierigen Situation – ich bin dem Finanzminister und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft dankbar für die konstruktiven Gespräche und Verhandlungen – ist es, glaube ich, gut, dass wir einige Akzente setzen konnten. Insbesondere das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“ ist erwähnt worden. Dieses Projekt mindert Haftzahlen und vermeidet mittel- und langfristig die Unterbringung von Gefangenen. Es ist ein Präventionsprogramm, ein gutes Programm, das Haftplätze einspart. Daher ist es nicht nur ein Sparbeitrag, sondern auch ein Beitrag zur Senkung von Rückfallgefahr und Kriminalität. Ich bin dankbar, dass wir dieses Projekt finanzieren.

Herr Hitzler, natürlich wäre es uns recht gewesen, wenn wir das seit Langem über den Haushalt finanzieren könnten. Die Fraktionen haben uns jetzt dankenswerterweise geholfen – zunächst die Regierungsfaktionen, und die Oppositionsfraktionen sind dann im Finanzausschuss nachgezogen. Dafür bin ich dankbar. Aber wenn Sie jetzt anmahnen, warum bisher noch keine Ausweisung von Mitteln im Haushalt dafür möglich war, kann ich nur sagen: Was Sie in Jahrzehnten nicht geschafft haben, müssen wir nicht alles in acht Monaten machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Ich bin aber trotzdem erfreut über Ihr Signal, Herr Hitzler, dass wir uns beim Thema Therapie verstärkt aufstellen. Da haben Sie ein eindeutiges Angebot gemacht. Ich greife das gern auf und komme darauf zurück. Denn wenn wir unsere Konzeption so, wie wir sie begonnen haben, fortsetzen wollen, werden wir mit den Therapieplätzen, mit den Therapieeinrichtungen, mit dem Personal in der Therapie, das wir jetzt haben, auf Dauer nicht auskommen. Da brauchen wir dann auch mehr Bewerber, die wir einstellen können. Da bitte ich Sie dann auch um Ihre Unterstützung sowie darum, dass Sie diese Unterstützung auch im Haushalt sichtbar werden lassen.

Ich freue mich auch darüber, dass es uns trotz der schwierigen Haushaltslage gelungen ist, einvernehmlich mit den Fraktionen Gelder für die Betreuung von Kindern von Justizbediensteten zur Verfügung zu stellen. Dabei geht es nicht um ein elitäres Hilfsprogramm für Familien von Richtern und

Staatsanwälten. Das Angebot steht natürlich auch diesen offen, aber es sind alle Bereiche der Justiz eingeladen, diese Einrichtungen zu nutzen. Ich freue mich, dass das gelungen ist. Wir, der Staat, die Justiz, haben in diesem Bereich auch eine Vorbildfunktion. Wir können nicht immer nur politisch draußen im Land die Vereinbarkeit von Familie und Beruf predigen; wir müssen das auch in unserem Haushalt zeigen. Auch in diesem Bereich muss der Staat, muss das Land Vorbild sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Karl Zimmermann CDU und Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Liebe Kollegen, Sie haben vorhin in der Debatte die Zukunft der Justiz in Baden-Württemberg angesprochen und einige wichtige Projekte bereits benannt. Damit bin ich auch bei den von Ihnen, Herr Hitzler, angesprochenen Akzenten. Ich hoffe, dass Sie mit dem Tempo, das wir dann vorlegen müssen,

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

dann auch mitkommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich freue mich da auf Ihre Unterstützung.

Zu Recht ist die Grundbuchamtsreform angesprochen worden. Da sind wir schon sehr weit. Sie wissen, dass wir das Standortkonzept für die Notariate bereits im Umlauf haben. Die grundbuchführenden Amtsgerichte stehen bereits fest. Das ist ein großes Reformwerk. Was den Umfang angeht, ist es vergleichbar mit der Verwaltungsreform, die Erwin Teufel initiiert hat. Die Grundbuchamtsreform und die Notariatsreform bringen eine massive Veränderung der Justizlandschaft mit sich, wie sie dieses Land in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesehen hat.

Wichtig ist bei der Grundbuchamtsreform, dass wir dort die Bürgernähe wahren und den Service für die Bürger erhalten. Das Grundbuchamt muss auch in Zukunft Dienstleister für unsere Bürgerinnen und Bürger sein. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg.

Was die Notariatsreform angeht, ist es in der Tat so, dass es viel weniger Notare geben wird. Das war klar; das Konzept war immer so angelegt. Es war klar, dass wir Notaraufgaben an die Gerichte bringen und deshalb das notarielle Geschäft zwangsläufig reduziert wird. Deshalb wird es auch weniger Notarstellen geben.

Ich bekomme jetzt natürlich viele Briefe von Bürgermeistern, von Landräten, aus allen Schichten, die sagen, man müsse die Notarstelle vor Ort erhalten. Dazu muss ich sagen: Notare arbeiten künftig freiberuflich auf eigenes Risiko. Sie sind Unternehmer wie Rechtsanwälte und Steuerberater. Das Land macht lediglich eine Bedarfsprüfung nach der Bundesnotarordnung. Die müssen wir machen.

Ein Notariat muss auch auskömmlich sein. Das Schlimmste wäre, wenn ein Notariat aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben müsste. Stellen Sie sich vor, Notare aus der Beamtenschaft wechselten ins freiberufliche Notariat und Bedienstete aus den Servicebereichen gingen mit, und dieses Notariat stünde vor dem wirtschaftlichen Ruin. Seriöse Politik gebietet es uns, da-

(Minister Rainer Stichelberger)

rauf zu achten, dass diese Notariate auskömmlich sind. Wenn ein erhöhter Bedarf besteht, dann besteht sicher die Möglichkeit, à la longue weitere Notarstellen zu schaffen. Aber jetzt sollten wir darauf achten, dass wir seriös und wirtschaftlich die Voraussetzungen schaffen, damit diese Notariate effektiv arbeiten können.

Zu den Entwicklungen, die uns in der Justiz bevorstehen, einige wenige Sätze: Wir führen unser Haftentwicklungskonzept weiter. Sie kennen die Diskussionen um Rottweil, wo derzeit ein neuer Standortschlauf für den Neubau einer Justizvollzugsanstalt stattfindet. Die entsprechende Ausschreibung für ein geeignetes Grundstück hat das Finanzministerium vorgenommen. Dieses Haftentwicklungskonzept setzt darauf, moderne Haftanstalten zu schaffen, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine menschenwürdige Unterbringung von Strafgefangenen Rechnung tragen und es uns außerdem ermöglichen, kleinere, völlig unwirtschaftliche und veraltete Hafteinrichtungen zu schließen, deren Sanierung sich nicht mehr lohnt. Das sind zum Teil denkmalgeschützte Gebäude, und es besteht ein hoher Sanierungsbedarf. Dort können wir nicht auf Dauer modernen Strafvollzug realisieren.

Was uns natürlich vor allem beschäftigt – auch das ist zu Recht angesprochen worden –: Wir arbeiten an einem Sicherheitskonzept. Die Justiz in Baden-Württemberg war bisher eine sehr offene Einrichtung. Das soll sie auch bleiben, aber wir müssen den Sicherheitsbelangen der Bediensteten und der Öffentlichkeit Rechnung tragen.

Deswegen arbeitet im Justizministerium bereits seit dem letzten Jahr eine Kommission, die zielgenau für alle Einrichtungen der Justiz in diesem Land – das sind sehr viele – ein Konzept erarbeitet. Diese zielgerichtete Konzeption erarbeiten wir zusammen mit den Beteiligten vor Ort, mit den Geschäftsleitungen der einzelnen Einrichtungen, damit wir punktgenaue Lösungen für die Einrichtungen vor Ort finden.

Erstens kann ich sagen – ich schließe an das an, was heute Morgen schon zur Polizei gesagt wurde –: Wenn wir Sicherheit ernst nehmen, dann kostet das Geld. Es sind bauliche Maßnahmen erforderlich, es ist Ausbildung erforderlich, insbesondere für die Wachtmeister. Wir brauchen mehr Wachtmeister, die zusätzlich ausgebildet werden. Das ist ein schmaler Grat. Wir müssen auch die Öffentlichkeit der Gerichte einhalten. Auch das ist ein verfassungsrechtliches Gebot.

Ich bitte Sie um Unterstützung, wenn wir die entsprechenden Haushaltsmittel beantragen. Das wird schon beim Haushalt 2013/2014 der Fall sein.

Ich möchte noch die Bewährungshilfe ansprechen, Herr Hitzler. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die Bewährungshilfe ergebnisoffen evaluieren. Dazu finden umfangreiche Untersuchungen statt. Das machen wir im Laufe dieses Jahres und werden im Jahr 2013 einen Bericht zu dieser Evaluation vorlegen – so haben wir das dem Landtag auch zugesagt –, und dann wird dieser Landtag entscheiden, wie es weitergeht. Es findet also eine ergebnisoffene Evaluierung statt.

Zu Offenburg nur so viel: Wir werden hierfür in diesem Haushalt noch keine Mittel benötigen, aber wir werden in den Folgejahren natürlich die entsprechenden Haushaltsmittel bereit-

stellen müssen und die Überführung aus der teilprivatisierten Haftanstalt in die staatliche Form der Haftanstalt im Einzelnen konzeptionell darlegen.

Herr Hitzler, was die Fußfessel angeht, unterliegen Sie, glaube ich, einem kleinen Irrtum. Die Fußfessel ist eine Maßnahme der Führungsaufsicht für schwere Straftäter; die gibt das Strafgesetzbuch vor. Alle Fraktionen haben dem zugestimmt. Wir haben das entsprechende Ratifizierungsgesetz hier behandelt. Die Überwachung erfolgt in Hessen. Die Kooperation mit uns läuft hervorragend. Das gilt für schwere Straftäter, deren Aufenthalt man in dieser Weise kontrollieren und beschränken kann.

Parallel läuft die Erprobung der baden-württembergischen Fußfessel

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit Landeswappen!)

bei leichten Straftaten oder für Ersatzfreiheitsstrafen. Dazu läuft ein Modellversuch, wie Sie, Herr Hitzler, wissen. Dessen Ergebnisse werden wir zu gegebener Zeit hier vorlegen. Dann werden die Fraktionen entscheiden, ob wir das in Baden-Württemberg für diesen Bereich weiterführen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Landeswappen!)

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen: Diese Regierung ist mit der Überschrift „Politik des Gehörtwerdens“ angetreten. Das setzt die Justiz auch im Inneren fort. Wir werden deshalb das Landesrichtergesetz ändern und die Mitwirkungsrechte der Richter und Staatsanwälte stärken. Insbesondere werden wir ihren Einfluss bei Beförderungen stärken. Denn diese hängen im Wesentlichen davon ab, wie die Erprobung in der Abordnung bewertet wird. Da bestand bisher nach unserer Auffassung keine hinreichende Transparenz in der Justiz. Die Praxis haben wir bereits geändert. Wir werden das durch eine Novellierung des Landesrichtergesetzes entsprechend gesetzlich regeln, um auch insoweit ein Stück Transparenz von Entscheidungsabläufen in der Justiz in die Öffentlichkeit zu vermitteln.

Sie sehen, wir haben ein großes Programm vor uns. Da bitte ich Sie um Ihre Mithilfe, um die Mithilfe aus dem Parlament. Wir benötigen aber wie bisher auch die Mithilfe aller Bediensteten in der Justiz, bei denen ich mich an dieser Stelle für ihre engagierte Arbeit ganz herzlich bedanke. Sie ist gelobt worden. Dieses Lob kann ich nur an alle weitergeben, die in der Justiz tätig sind, insbesondere natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Ministerium.

In den Dank möchte ich an dieser Stelle die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausdrücklich einbeziehen. Viele in der Justiz arbeiten ehrenamtlich. Es sind dies Schöffinnen und Schöffen, es sind ehrenamtlich tätige Betreuerinnen und Betreuer, es sind engagierte Menschen in der Gefangenenbetreuung, in der Bewährungshilfe. Auf allen Ebenen haben wir ehrenamtlich Engagierte, die das Thema Justiz, die die Probleme der Justiz in die Öffentlichkeit hinein vermitteln und einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Justiz auch in der Öffentlichkeit verstanden wird. Damit wird auch ein Beitrag zur Akzeptanz der Justiz in der Öffentlichkeit geleistet. Dafür herzlichen Dank.

(Minister Rainer Stichelberger)

Ihnen danke ich jetzt herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1105.

(Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aufpassen jetzt!)

Ich rufe die Ziffern 1 bis 12 der Beschlussempfehlung und damit die

Kapitel 0501 bis Kapitel 0512

gemeinsam auf. Wer stimmt diesen zwölf Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist diesen Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 05.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass die 9. Sitzung des Ständigen Ausschusses 15 Minuten nach Eintritt in die Mittagspause der Plenarsitzung im Friedrich-Ebert-Saal beginnt.

Mit Blick auf diese Sitzung schlage ich vor, wenn Sie einverstanden sind, dass wir die Plenarsitzung um 14:00 Uhr fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:34 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3 c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1108

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Der Berichterstatter will das Wort nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung dieses Einzelplans eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Locherer das Wort.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – umfasst ein breites Feld, nämlich Landwirtschaft, Tourismus, Verbraucherschutz, Forst, Naturschutz. Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Bereich ein sehr wichtiges Thema für das Land Baden-Württemberg ist, ein Land, in dem der ländliche Raum knapp 70 % der Landesfläche ausmacht und einen Bevölkerungsanteil von knapp 40 % aufweist.

Wie ich gleich dazusagen möchte, gehört dazu ein wirtschaftlich sehr wichtiger Bereich, nämlich die Landwirtschaft, die einschließlich der vor- und nachgelagerten Bereiche immerhin 10 % der Arbeitsplätze in unserem Bundesland Baden-Württemberg ausmacht. Deshalb freue ich mich auch, dass wir alle uns einig sind, wenn es um die Förderung und Unterstützung von Maßnahmen für die Landwirtschaft in unserem Land geht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Allzu viele sind ja nicht da!)

Nicht von ungefähr ist übrigens der ländliche Raum insgesamt das Rückgrat unseres Bundeslands, sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich.

Ich möchte in meiner Haushaltsrede zunächst auf das eingehen, bei dem wir uns mit der Regierung durchaus einig sind nach dem Motto: Was gut war, bleibt gut,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wird noch besser!)

und das ist gut so.

Zunächst zum Tourismus. Ich begrüße – dagegen haben wir nichts einzuwenden –, dass die Förderung der kommunalen Tourismusinfrastruktur so bleibt. Es ist natürlich die Frage zu stellen, Herr Minister, ob der ökologische Nachhaltigkeitscheck notwendig ist. Sie müssen dann nämlich die Frage beantworten: Was tun wir, wenn eine Kommune diesen Check zunächst nicht bestehen kann?

Ich spreche dabei unseren im Ausschuss gestellten Antrag an, nach Möglichkeiten für ein einheitliches Marketing zu suchen, das sowohl den Tourismus als auch die landwirtschaftlichen Produkte umfasst. Hierzu gehört ein einheitlicher Auftritt, wie wir es auf der Grünen Woche am Beispiel Südtirols gesehen haben.

Sehr erfreulich ist – das ist unser Programm –, dass das Schulfruchtprogramm weitergeführt wird. Da danke ich vor allem unserer ehemaligen Staatssekretärin, Frau Gurr-Hirsch, die dieses Schulfruchtprogramm immer sehr stark unterstützt hat. Es geht hier auch um die Werthaltigkeit einheimischer Lebensmittel und die Wertevermittlung für gesundes Essen. Dass dies so gut ankommt, ist allen Dankes für die vielen Schulen und die ehrenamtlichen Helfer wert, die sich dafür einsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Ein junger Kollege hier im Parlament, Tobias Wald, hat im Sommer eine sehr gute Initiative gestartet, nämlich unter dem Blickwinkel, die Förderung der Tierheime fortzusetzen. Ich danke den Mitgliedern des Landwirtschaftsausschusses, dass

(Paul Locherer)

wir einen einstimmigen Beschluss gefasst haben, die Förderung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Tierheime weiterzuführen. Meine Damen und Herren, das ist praktischer Tierschutz. Dass wir das gemeinsam machen, kann ich nur begrüßen.

Herr Minister, ob wir dann noch einen extra Tierschutzbeauftragten brauchen – na ja. Nicht zuallererst mit Personal werden die Probleme gelöst, sondern zunächst einmal mit praktischer Hilfe draußen in den Tierheimen, wo sich die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer entsprechend einsetzen.

Wir gehen auch dabei mit, dass für den Naturschutz im Haushalt insgesamt 6 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Wir wollen damit vor allem die Maßnahmen im Biosphärengebiet Schwäbische Alb unterstützen.

Meine Damen und Herren, das Biosphärengebiet Schwäbische Alb ist ein gutes Beispiel für ein Vorhaben, bei dem es uns gelungen ist, die Bevölkerung auf dem Weg dahin – zu diesem Biosphärengebiet – mitzunehmen. Bei anderen Großschutzprojekten muss ich fragen, ob die Politik des Gehörtwerdens tatsächlich funktioniert. Eine Kollegin der Grünen aus dem Bundestag hat kürzlich formuliert, dass die Politik des Gehörtwerdens nicht immer eine Politik des Erhörtwerdens sei.

Auch im Namen der CDU-Landtagsfraktion fordere ich, dass wir diesen Weg mit der Bevölkerung und nicht gegen sie einschlagen. Sie müssen es schon aushalten – als Befürworter von Stuttgart 21 haben wir auch Entsprechendes ausgehalten –, wenn es Schilder mit der Aufschrift „Nationalpark“ gibt und diese Aufschrift durchgestrichen ist, meine Damen und Herren insbesondere von den Grünen. Das ist gelebte Bürgerdemokratie, wie sie sich entsprechend einbringt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wenn Sie es zu diesem frühen Zeitpunkt nötig haben, mit viel Geld eine Imagekampagne starten zu wollen, dann müssen Ihre Argumente schlecht sein. Wir müssen abwarten, was die Gutachten, die Antworten auf die Fragen ergeben. Dann können Sie eine Imagekampagne machen. Aber jetzt geschähe dies zur Unzeit, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Tobias Wald CDU: Richtig!)

Herr Minister Bonde, ich darf Sie ansprechen. Sie engagieren sich in dem Aufgabenbereich Nationalpark tatsächlich sehr stark. Sie sind häufig vor Ort. Das möchte ich durchaus loben. Da funktioniert der Dialog tatsächlich. Ich gebe Ihnen aber einen väterlichen Rat zu einem Bereich, in dem es nicht funktioniert, und frage Sie: Warum tauchen Sie bei den Bauernversammlungen ab? Darüber brauche ich nicht groß mit Ihnen zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat dafür keine Staatssekretärin!)

Sie haben dazu ein entsprechendes Schreiben der zuständigen Verbände erhalten. Pflegen Sie nicht nur Ihre Lieblingskinder, sondern schauen Sie zu denen, um die es geht. Die Bäuerinnen und Bauern im Land sind genauso wichtig wie ein Natio-

nalpark, meine Damen und Herren – um das deutlich zu sagen.

(Unruhe)

Ich komme auf die Anträge im Ausschuss zu sprechen, zunächst auf das Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm MEKA. Ich darf darauf hinweisen, dass die Mittel für Boden-, Wasser- und Klimaschutz gut investiert sind. Sie jammern hinsichtlich der 33 Millionen €, die fehlen würden. Im Förderzeitraum von 2007 bis 2013 gab es knapp 1 Milliarde € zu verteilen. Das haben wir getan. Wir haben zugesehen, dass das Geld dahin kommt, wo es hingehört, nämlich zu den Bäuerinnen und Bauern. Diese sind uns dankbar, dass das Geld rechtzeitig geflossen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Haben Sie das auch vor der Wahl gesagt? Politik der leeren Kassen! – Unruhe)

– Ja, natürlich. Sie haben nicht reflektiert, dass wir gerade in den Jahren 2009 und 2010 eine große Krisensituation in der Landwirtschaft hatten. Dabei dafür gesorgt zu haben, dass die Bauern die Mittel rechtzeitig erhalten, ist sicherlich nicht schlecht.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler und Muhterem Aras GRÜNE)

Herr Bonde, ich fordere Sie auf und zitiere aus der heutigen Pressemitteilung des NABU – ganz aktuell – anlässlich einer Veranstaltung in Rottenburg –:

Das Land muss seine Agrarumweltprogramme stärken und effiziente Maßnahmen entwickeln. Zugleich erwarten wir, dass sich Minister Bonde in der Agrarministerkonferenz sowie in Brüssel für eine Stärkung in diesem Bereich einsetzt.

Das ist eine klare Ansage. Tun Sie es! Denn Sie haben nicht gut verhandelt. Sie haben drei Mal schlecht verhandelt: Sie haben auf der Ebene der EU, mit den Ländern und mit Ihrem Finanzminister schlecht verhandelt; denn sonst wäre diese Lücke, unter der die Bäuerinnen und Bauern jetzt leiden müssen, nicht entstanden, meine Damen und Herren. Aber lassen wir das dahingestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es! – Widerspruch bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik steht vor der Tür. Dabei gilt es, dass sich Regierung und Opposition unisono in Brüssel dafür einsetzen, dass unsere Interessen berücksichtigt werden, insbesondere wenn es darum geht, die entsprechenden Mittel für das Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt zu bekommen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

– Hören Sie mir doch einmal zu, und quatschen Sie nicht immer dazwischen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

(Paul Locherer)

Ich komme auf Ihren Antrag zur Eiweißgewinnung, den Sie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss eingebracht haben, zu sprechen. Es schlägt dem Fass den Boden aus, wenn Sie sich für die Eiweißgewinnung aus Erbsen, Bohnen und Soja aussprechen, aber gleichzeitig das Grünlandumbruchverbot durchsetzen. Die Bohnen, die auf der grünen Wiese wachsen, möchte ich mir anschauen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Beim Grünlandumbruchverbot springen Sie zu kurz. Sie müssen auch die Eiweißgewinnung aus Grünland einbeziehen, wenn Sie schon ein Grünlandumbruchverbot erlassen haben.

Nächster Punkt: Unwetterhilfe. Wir fordern Sie auf, Unwetterhilfe dann zu gewähren, wenn sie notwendig ist, und nicht nach Kassenlage. Deshalb ist unsere klare Forderung, dass Sie hierfür Mittel in den Haushalt einstellen

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Auch ohne Unwetter!)

und dass Sie auch für Mittel der Europäischen Union entsprechende Komplementärmittel anbieten, wenn es darum geht, einen Fonds für Schäden durch solche Unwetter und andere Schadensereignisse zur Verfügung zu stellen. Auch da muss meines Erachtens nachverhandelt werden.

Ich komme zum Veterinärbereich. Herr Minister Bonde, Sie haben jetzt ganz aktuell bekannt gegeben, dass Sie 44 Stellen zusätzlich schaffen wollen. Das sollten Sie dann nachher noch erklären. Wir haben einen Antrag im Finanz- und Wirtschaftsausschuss gestellt: plus zehn Stellen. Jetzt bieten Sie 44 Stellen an. Erklären Sie uns: Sind es zusätzliche Stellen, oder sind diese in dem Programm enthalten, das wir schon beschlossen hatten, nämlich mit 66 Stellen insgesamt? Es wäre nicht schlecht, wenn wir mit den Hygieneinspektoren auch den Unterbau stärken würden. Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Ganz neue Töne!)

– Herr Kollege Dr. Murschel, „neue Töne“: Es tut not, da etwas zu tun.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bei der CDU!)

Deshalb sind wir auch dabei und haben entsprechende Anträge gestellt und wundern uns schon darüber, dass die Anträge abgelehnt wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Ich komme zur Managementsystemberatung in der Landwirtschaft: Sie kürzen die einzelbetriebliche Beratung im Energiebereich. Das haben wir im Ausschuss kritisiert und kritisieren es auch hier im Plenum. Das ist der völlig falsche Weg. Denn sowohl die Wirtschaft als auch die privaten Häuslebauer müssen wir mitnehmen, wenn es darum geht, Energie zu sparen. Und gerade im Bereich der Landwirtschaft kürzen Sie.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Gerade im Energiebereich fehlen Berater!)

– Lieber Kollege Alfred Winkler, das Geld ist nicht abgerufen worden. Da müssen wir dann eben eine Werbekampagne starten, damit auch die Landwirtschaft auf dem Weg zur Energiewende mitgenommen wird.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ländlicher Raum, ELR: Unser konkreter Antrag ist, 6,5 Millionen € aus der kommunalen Investitionspauschale hinzuzunehmen in das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Warum, meine Damen und Herren? Wir haben gerade im ländlichen Raum große Probleme mit der Demografie, das heißt zu wenig Nachwuchs, zu wenig Geburten, und haben noch viel größere Probleme mit der Abwanderung in städtische und großstädtische Strukturen. Da müssen wir gezielt etwas tun, übrigens auch an der Schnittstelle zwischen Großstädten und ländlichem Raum, in diesem Verbindungs- und Verknüpfungsbereich, wie wir es übrigens bei der Breitbandversorgung hinbekommen haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 10 Millionen € mehr!)

Diesen Bereich mit der Wechselwirkung von ländlichem Raum und Städten sollten wir uns genau anschauen.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal im Rückblick sagen: Hier haben wir in den vergangenen Jahren, in der vergangenen Legislaturperiode sehr Gutes geleistet, nämlich 460 Millionen € insgesamt an Förderung bereitgestellt, mit einem Investitionsvolumen im privaten und im öffentlichen Bereich von 3,6 Milliarden €. Nicht von ungefähr steht unser Land Baden-Württemberg so gut da; denn wir haben gerade auch im ländlichen Raum einiges erreicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nicht nur einiges, sondern viel!)

Nächster Bereich: Konversion. Wir haben gefordert, dass man den Gemeinden, die jetzt von der Schließung von Bundeswehrstandorten betroffen sind – das sind im Land insgesamt vier –, mehr Geld zur Verfügung stellt, und zwar nicht nur, wie Sie es vorhaben, 200 000 €, sondern 1 Million €. Ich begründe Ihnen auch, warum.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Woher?)

Diese Gemeinden haben jetzt Flächennutzungsplanungen, Bauleitplanungen, Umweltplanungen anzugehen. Das können sie nicht innerhalb von vier Wochen erledigen, sondern sie müssen jetzt, im Jahr 2012, beginnen und nicht erst 2013, wenn die Kasernen dichtmachen. Deshalb fordere ich Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen.

Zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich zunächst meiner Fraktion danken. Es sind sehr viele gute Ideen in unsere Anträge eingeflossen. Es gibt manche Bereiche, bei denen wir mit der Regierung übereinstimmen, bei denen wir uns miteinander bewegen. Aber es gibt auch manche Bereiche, bei denen wir Sie aufgefordert haben, unseren Anträgen zuzustimmen. Deshalb fordere ich Sie nochmals auf, nachdem auch manche Kollegen von Ihnen, meine Damen und Herren, im Finanz- und Wirtschaftsausschuss festgestellt haben, dass wir mit unseren Anträgen gar nicht so danebenlagen: Stimmen Sie diesen einfach zu. Dann liegen auch Sie voll in der Mitte.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Hahn das Wort.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist ganz stark von Langfristigkeit, von langen Verpflichtungen usw. geprägt. Darum sind die Veränderungen in dem ersten vollen Jahr unter der Verantwortung der neuen Landesregierung in der Summe aus quantitativer Sicht eigentlich auch sehr bescheiden. Daher hätten Sie allen Grund, mit uns zuzustimmen; denn die bisherigen Kernbereiche sind substanzial noch vorhanden.

Aus agrarpolitischer Sicht ist für mich Folgendes von vornherein wichtig: Wir werden immer wieder gefragt: Wie äußert sich die Agrarwende? Wir sind ja – und dies nicht erst seit dem Grünlandumbruchverbot – nicht gegen die Wende, sondern für ein Nachjustieren. In diesem Sinn stellt sich unsere Agrarpolitik eher wie ein Baum dar. Wenn wir diesen Baum betrachten, können wir feststellen: Bei unserem Baum Agrarpolitik sind schon länger ein paar Äste ins Wasser geschossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir müssen ihn in diesem Winter dringend einmal schneiden und im nächsten Winter wahrscheinlich noch einmal, damit er wieder in eine richtige Form kommt. Das ist die politische Aufgabe, die dahintersteht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Passt auf, dass nicht der Juchtenkäfer darauf hockt! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Schauen wir uns den Haushalt einmal im Kern an. Der Einzelplan 08 umfasst insgesamt 800 Millionen €, davon nur 560 Millionen € Landesmittel. Das, was draußen ankommt, kann sich sehen lassen. Wenn 35 Cent baden-württembergisches Geld im Bereich der Agrarpolitik eingesetzt werden, kommt in der Gesamtwirkung ein Euro bei den Höfen im Land an. Das ist, glaube ich, ein sehr gutes Ergebnis und stellt einen vernünftigen Einsatz von Haushaltsmitteln dar. Das ist doch, glaube ich, ein guter Grund für die Opposition –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da wird sich Herr Weiser freuen, dass er das damals in Gang gesetzt hat!)

– Genau. Da muss man auch sagen: Gute Ansätze sind vorhanden. Es wurde allerdings in der Vergangenheit zu wenig nachjustiert. Aber wir arbeiten jetzt daran, dass wir das wieder hinbekommen.

Ein Rückgang der Zahl der Personalstellen im Gesamthaushalt um 40 % in den letzten zehn Jahren ist natürlich ein Wort. Das ist auch prägend für den Agrarbereich. Obwohl die Bereiche Naturschutz und Tourismus in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz übergegangen sind, weist der Haushalt dieses Ministeriums fünf Personalstellen weniger aus als im Jahr 2011. Das spricht eine eindeutige Sprache. Als Finanzpolitiker sage ich, es gäbe sicher den einen oder anderen Haushaltsbereich, der sich daran ein wenig anlehnen könnte, damit wir die Nettonull irgendwann einmal leichter als in diesem Jahr erreichen.

Lieber Paul Locherer, du kommst ja auch aus dem Teil des Landes, in dem die Fasnet ein großes Gut ist. Da wir da mit-tendrin sind, haben mich in deiner Rede die Aussagen zu den Landesmitteln schwer an einen bunten Abend erinnert.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Pointe ist natürlich gut: Ihr habt das Geld ausgegeben, und wir sind schuld, dass es nicht mehr da ist.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist die Realität! – Abg. Karl Traub CDU: Das ist die Notlüge! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der MD hat es beim Kreisbauerntag anders dargestellt! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

So wünscht man sich Politik. Darüber bin ich in gewisser Weise amüsiert. Ich finde es auch nett. Den Versuch war es wert. Wir bleiben dran.

(Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

– Herr Hauk, das schaffe ich noch nicht. Ich muss zunächst einmal schauen, dass ich mit meiner Rede durchkomme. Beim nächsten Mal kann ich eher eine Zwischenfrage zulassen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Alle, die lange genug im Geschäft sind, wissen: In der Agrarwirtschaft gibt es den sogenannten Schweinezyklus: Die Preise gehen hoch und runter.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der stimmt seit Jahren auch nicht mehr!)

– Der funktioniert nicht mehr. – In der Landesagrarpolitik hat dieser Zyklus ähnlich ausgesehen, bloß war er in die fünfjährige Legislaturperiode eingebaut.

(Abg. Karl Traub CDU: Schlechtes Beispiel! – Abg. Peter Hauk CDU: Diesen Zyklus gibt es jetzt bei den Grünen!)

Schon als ich ein ganz junger Kerl war, war es immer so: Im Jahr vor den Wahlen ist viel Geld ausgeschüttet worden, und im Jahr nach den Wahlen war es wenig.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist nachweislich falsch!)

Einen kleinen Unterschied gibt es jetzt: Seither haben es die Gleichen verantworten müssen, dieses Jahr sind es andere. Ich verstehe dieses Problem. Lieber verantworte ich aber dieses Problem, als es nicht zu verantworten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer sind die Schweine? – Vereinzelt Heiterkeit)

– Wer die Schweine sind, können Sie sich selbst heraus-suchen. Da gibt es genügend Hinweise. Aber der Sachverhalt hat mich schon schwer an die Fasnet bei uns erinnert. Denn es wäre natürlich „schön“, wenn hier jemand schuldig wäre, der es nicht zu verantworten hat.

(Martin Hahn)

Veränderungen im Agrarhaushalt fanden im Kern beim ökologischen Landbau statt. Hier wurden wieder kleine Finanzbeträge für die Umstellungsbeihilfe eingebaut. Es handelt sich eigentlich um minimale Beträge, aber diese sind wichtig für die Zukunftsfähigkeit.

Wir schaffen es auch – das sage ich zu dem Antrag der CDU – ohne die Einstellung präventiver Mittel im Haushalt, sofort aktiv zu werden, wenn Frostschäden oder ähnliche Ereignisse auftreten. Wir halten es für schwierig, prophylaktisch Geld für Eventualitäten bereitzustellen.

Im Naturschutz gab es einen Aufwuchs. Er ist von Herrn Locherer beschrieben worden. Ich halte ihn für richtig und notwendig. Diese 6 Millionen € für zusätzliche Stellen im Naturschutzbereich sind wichtig für eine moderne Naturschutzstrategie. Ich persönlich halte auch den Bereich des Tierschutzes sowie die Einrichtung eines Landesbeauftragten für den Tierschutz für ein wichtiges Element. In Zeiten einer Bürgergesellschaft, in der alle Interessen an Tier- und Landnutzung ihre Repräsentanz in der Landespolitik finden, halte ich das für ein wichtiges Signal. Ich kann Sie eigentlich nur auffordern, diesem Begehren zuzustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Eine wichtige Säule im ländlichen Raum ist der Tourismus. Der Mittelaufwuchs ist ein wichtiges Signal, da, was den Tourismus in unserem Land betrifft, immer ein gewisser Kirchturnblick vorherrscht, der einer gesunden, kräftigen Vermarktung unserer touristischen Destinationen deutlich entgegensteht. Daher halte ich diesen Mittelaufwuchs für wichtig und notwendig.

Beim Verbraucherschutz ist uns leider nicht mehr gelungen als das zwingend Notwendige. Ich glaube, Sie alle wissen es: Wir haben da eigentlich ein viel größeres Defizit, als mit den eingestellten Mitteln zu beheben ist. Aber ich sage es einmal so: Heute 25 Stellen zu fordern, nachdem im letzten Jahr noch 20 Stellen gestrichen wurden, ist auch nicht ganz seriös. Aber auch das war den Versuch wert.

(Abg. Karl Traub CDU: Das stimmt so nicht!)

Für mich ist es zum Schluss das Entscheidende, sagen zu können: An diesem Haushalt kann man ablesen, dass grün-rote Agrarpolitik ganz klar auf dem Weg ist, auf der Basis eines gestärkten Verbraucherschutzes und eines intakten ländlichen Raums die Grundlage für das zu schaffen, was für uns das magische Dreieck zwischen Naturschutz, Landnutzung, Landbewirtschaftung, Landwirtschaft und dem Tourismus darstellt.

In diesem Sinn kann ich Sie nur auffordern, bei diesem Haushalt mitzumachen und uns auf diesem guten Weg zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich erfreut, lieber Paul Locherer, über den größten Teil von dem, was du vorhin gesagt hast. Es be-

stätigt, dass sich trotz Rot-Grün die Reihenfolge der Jahreszeiten nicht verändert hat.

(Zuruf: Grün-Rot! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr seid der Kellner, sie sind der Koch!)

– Auch trotz Grün-Rot nicht. – Man könnte es ganz einfach machen: Der Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz –, der sich um den Lebensraum ländlicher Raum kümmert, um Natur und Landschaft, um Landwirtschaft, um Tourismus, auch um Arbeitsplätze im ländlichen Raum, um die Nahversorgung und Infrastruktur,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und den Weinbau! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und den Verbraucherschutz!)

ist ein Haushalt, der langfristig angelegt ist und langfristige Auswirkungen hat. Ganz einfach könnte man sagen: Alles, was an diesem Haushalt schlecht ist, ist Ihr Bier, und alles, was besser geworden ist, ist unser Bier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU: Sauer Bier!)

Wir lesen heute in der Zeitung die Meldung – sie ist durch Fakten hinterlegt –: Die Situation der Landwirtschaft ist positiv; die Einkommen in der Landwirtschaft sind gewachsen, sind ordentlich gewachsen. Das war auch notwendig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bestimmt nicht wegen euch! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber nicht wegen Grün-Rot!)

Auch der Bericht des Präsidenten Rukwied sagt es eindeutig aus: Wir haben mehr Exporte denn je. Wir haben bessere Preise.

Nachhaltige Landwirtschaft sichert Ernährung, sichert Welt-ernährung, ist unverzichtbar im Kampf gegen den Hunger in der Welt, gibt 500 Millionen Kleinbauern in der Welt eine Lebensgrundlage und ist unverzichtbar für unsere Natur und unsere Kulturlandschaft.

Nur ein Beispiel: Allein der Export hat in den letzten Jahren so zugenommen, dass wir vier- bis fünfmal so viel Milchprodukte exportieren, wie wir importieren. Der Käseexport ist doppelt so hoch wie der Import.

Die Landwirtschaft generiert sich bei uns aus dem Export, der erfolgreich ist. Das gilt auch für die benachbarten Bereiche, die mit der Landwirtschaft zu tun haben.

Wir haben Schwächen bei den kleinen Betrieben. Wir haben Schwächen bezüglich der wirtschaftlichen Bedeutung von kleinen Betrieben und von Genossenschaften. Trotzdem: 1,6 % der Beschäftigten in Deutschland sind direkt in der Landwirtschaft, aber immerhin 12 % der Beschäftigten indirekt und direkt in der Landwirtschaft tätig. Das bedeutet, dass die Landwirtschaft mit den nachgelagerten Bereichen in Deutschland einen größeren Wirtschaftszweig bildet als die Chemieindustrie.

Es ist der grün-roten Koalition gelungen, im Haushalt einige Kursänderungen vorzunehmen und damit die Ziele des Koalitionsvertrags herauszuarbeiten und zu bestätigen.

(Alfred Winkler)

Der Haushalt 2012 stellt weder einen Systembruch noch statische Ignoranz dar. Mit seinem Volumen von 802 Millionen € ist er größer als bisher. Das täuscht aber, weil der Tourismusbereich hinzugekommen ist. Insofern ist der Anteil der Mittel für die Landwirtschaft kleiner geworden.

Damit bin ich beim wunden Punkt angelangt, bei dem, was man sozusagen schon vorher verfrühstückt hat und was wir im Laufe der nächsten Zeit einsparen müssen. Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ sind dies immerhin insgesamt 15 Millionen €. Es ist nicht wenig, was wir ausgleichen müssen. Die wesentlichen und großen Agrarprogramme können jedoch alle auf dem alten Stand gehalten werden. Eine große Ausnahme stellt das MEKA-Programm dar.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Winkler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Alfred Winkler SPD: Muss das sein?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das habe ich nicht gefragt. Ja oder Nein? Gestatten Sie sie?

(Heiterkeit)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Hauk, wenn es der Sache dient, bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abg. Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Winkler, Sie können davon ausgehen, dass es meist der Sache dient, wenn ich frage.

Herr Kollege Winkler, würden Sie nicht auch sagen, dass es eigentlich eine Punktlandung ist, wenn in einem siebenjährigen Förderzeitraum der Europäischen Union – kofinanziert durch das Land Baden-Württemberg – an die baden-württembergischen Landwirte über 4 Milliarden € ausgezahlt werden und sich zeigt, dass in den letzten zwei Jahren vor Ablauf eines flexiblen Auszahlungszeitraums noch 15 Millionen € jährlich fehlen? Unserer Ansicht nach ist das nahezu eine Punktlandung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

Es ist doch allemal besser, das Ziel insofern positiv zu verfehlen, als 15 Millionen € für die Landwirte verausgabt wurden, anstatt das Geld an die Europäische Union zurückfließen zu lassen und es nicht den Landwirten zukommen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau wie in anderen Ländern!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Hauk, es mag sein, dass Sie hinter Ihrem Satz einen Punkt machen. Wir müssen diesen Satz aber weiterschreiben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Uns ist immer etwas eingefallen!)

Zur Punktlandung: Ich würde sagen, dass es höchstens eine „Flächenlandung“ ist. Immerhin haben Sie in Ihrer Regierungszeit den zur Umstellung auf Biolandbau willigen Landwirten kein Geld mehr zur Verfügung stellen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wollen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Winkler, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Abg. Alfred Winkler SPD: Ja.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Winkler, ich darf Sie an die vergangene Legislaturperiode erinnern. Stimmen Sie mir zu, dass damals die SPD aus der Opposition heraus den vorgesehenen Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums zugestimmt hat?

Abg. Alfred Winkler SPD: Denen haben wir zugestimmt. Wir haben aber nicht der Tatsache zugestimmt, dass Sie kein Geld mehr für die Biolandwirte hatten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf von der CDU: Nachgesteuert!)

– Richtig, Sie haben nachgesteuert.

(Zurufe von der CDU)

– Darf ich trotzdem fortfahren? Ich habe noch etwas zu sagen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Winkler, Sie haben das Wort. Sie müssen niemanden fragen, wenn Sie weitersprechen wollen.

(Heiterkeit)

Abg. Alfred Winkler SPD: Lieber Kollege Hauk, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es ist schon komisch, dass Sie jetzt den Minister bitten, mit der EU nachzuverhandeln. Ausgerechnet ihn bitten Sie um Nachverhandlungen. Es wäre Ihre Sache gewesen, über das Problem des fehlenden Geldes nachzuverhandeln.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir versuchen, durch behutsames Vorgehen dieses Loch nicht allzu schmerzhaft deutlich werden zu lassen. Deshalb beenden wir die unselige Praxis, regelmäßig den Landwirten die Tür vor der Nase zuzuschlagen, wenn sie aus dem MEKA-Programm Zuschüsse für eine Umstellung beantragen. Die Biolandwirte sind froh, dass wir das verbessert haben.

Unter der vorherigen Landesregierung fiel die Entscheidung des Ministers gegen den Biolandbau, trotz umstellungswilliger Landwirte und trotz der ständig gestiegenen Nachfrage durch die Verbraucher. Das war ein Missstand, dem wir abgeholfen haben.

Ein weiterer Punkt, den wir verbessern, ist die Breitbandinitiative II. Da ist es gelungen, für dieses Jahr höhere Beträge für den weiteren Ausbau bereitzustellen. Das ist auch wichtig. Immerhin wurde die Förderkulisse modifiziert und der Deckelungsbetrag dafür verdoppelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Alfred Winkler)

Meine Damen und Herren, wir sind auch froh darüber, dass es gelungen ist, Verbesserungen beim Verbraucherschutz durch Stellenaufstockungen bei den Veterinären zu erreichen. Das war nötig. Da sind wir noch lange nicht an dem Punkt, den Ihre Regierung bereits damals erreicht hatte, nämlich in dem Sinn, dass sie konstatiert hat, dass wir hier mehr brauchen, und gesagt hat, wie viel wir zusätzlich brauchen. Es sind nicht so viele, wie wir brauchen, und nicht so viele, wie wir wollen. Aber die Zahl dieser Stellen ist erhöht worden. Immerhin gibt es bald die sogenannten Veterinärhygieneinspektoren. Aber die haben wir noch nicht. Auf die können wir erst zurückgreifen, wenn sie entsprechend ausgebildet worden sind. Darauf kommen wir also im Haushalt 2013/2014 zurück.

Ein wichtiger Fortschritt ist uns bei der Finanzierung im Bereich des Naturschutzes gelungen. Hier haben wir deutlich gemacht, dass die Ausgaben für den Naturschutz erhöht werden. Für 2012 sind dies immerhin 6,5 Millionen €.

Lieber Kollege Locherer, Sie haben es vorhin erwähnt: Sie werden da mitmachen. Ich glaube, wir sind da miteinander in einem Boot.

(Zustimmung des Abg. Paul Locherer CDU)

Wer sich in der Haushaltsplanung auskennt, weiß, dass plötzliche und stärkere Steigerungen ohnehin nicht immer ad hoc umgesetzt werden können. Dazu bedarf es eines Vorlaufs. Deswegen bedeutet das, dass wir uns Aufgaben im Bereich der Vorarbeiten für die Errichtung des weiteren Großschutzgebiets im Nordschwarzwald gestellt haben, aber auch beispielsweise bei der nötigen Unterschützstellung von Mooren, die gefährdet sind, bei den Restbeständen von Mooren. Moore könnte und sollte man besser schützen, bevor es sie gar nicht mehr gibt.

Etwas ärgerlich, für mich eigentlich sehr ärgerlich, und nicht akzeptabel ist das Geschrei und Gejammer, das wir zum Teil aus den Reihen der Naturschutzverbände hören. Es ist nicht akzeptabel, wenn wir angesichts der Erhöhung der Mittel für den Naturschutz um 20 % mit dem harten Vorwurf konfrontiert werden, wir würden viel zu wenig tun und viel zu wenig Geld für den Naturschutz ausgeben.

(Vereinzelt Beifall)

Der Einzelplan 08 ist einer von mehreren Einzelplänen des Landes, und die Aufgaben des Landes liegen im Naturschutz, aber nicht nur im Naturschutz. Auch die Kritiker müssen zugeben und konstatieren, dass wir neben dem Naturschutz auch andere Aufgaben im Land haben. Bei der Begrenztheit der Mittel sind die Gelder nicht beliebig einsetzbar, auch nicht für den Naturschutz. Wer überzogene Forderungen dazu erhebt, tut dem Naturschutz keinen Gefallen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Kein Beifall!)

In diesem Haushalt der grün-roten Koalition sind einige Kursänderungen und neue Schwerpunkte erkennbar. In diesem Haushalt ist der Koalitionsvertrag ebenfalls erkennbar. Dieser Haushalt geht auf die Veränderungen ein, aber alles im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich die Vorbemerkung machen, dass es mich sehr freut, dass das Finanzministerium jetzt wieder hier im Plenum vertreten ist. Ich freue mich, dass der Staatssekretär hier ist. Ich habe 24 Jahre lang dieses Haus bei Haushaltsberatungen beobachtet und diese miterlebt. Aber noch nie war das Finanzministerium so selten vertreten. Ich finde es toll, dass Sie, Herr Staatssekretär, diesem Teil der Beratungen über den Landeshaushalt beiwohnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Vorredner haben sich schwerpunktmäßig mit Teilen der Landesagrarpolitik auseinandergesetzt. Vor allem Kollege Locherer ist detailliert auf Dinge eingegangen. Auch wir haben im Ausschuss vielen Dingen, die uns sinnvoll erscheinen, zugestimmt und werden dies auch hier tun. Allerdings gibt es auch eine ganze Reihe von Dingen, die man, glaube ich, kritisieren muss und einmal im Detail durchleuchten muss.

Meine Damen und Herren, insgesamt gibt es natürlich schon eine Enttäuschung. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz möchte ich deshalb hier einmal als Ganzes durchleuchten. Ich glaube, es ist wichtig, dass man den ländlichen Raum, die Landwirtschaft, die Volkswirtschaft und die gesellschaftspolitische Bedeutung der Bevölkerung in ländlichen Räumen im Zusammenhang sieht.

Deshalb drei Vorbemerkungen:

Erstens: Agrar- und Landwirtschaftspolitik ist Teil der Wirtschaftspolitik und steht auch bei uns in Baden-Württemberg im internationalen Wettbewerb. Wir haben uns in der Landwirtschaft als Wirtschaftszweig auch mit den globalen Bedingungen auseinanderzusetzen.

Wir haben in Baden-Württemberg allerdings die Besonderheiten des Landes hinsichtlich der Struktur, der Betriebsgröße und der Landschaft zu berücksichtigen. Unsere Landwirte stehen, wie gesagt, im Wettbewerb, im europäischen Wettbewerb, ja im weltweiten Wettbewerb. Aufgrund dieser Besonderheiten in Baden-Württemberg mit der eher kleinbäuerlichen Struktur der Betriebe ist es für uns besonders wichtig, das zu begleiten, meine Damen und Herren. Das muss vor allem auch deshalb geschehen, weil wir die Strukturen bei uns auch innerhalb Deutschlands nicht mit Strukturen wie beispielsweise in Norddeutschland oder in der Magdeburger Börde vergleichen können. Die Landbewirtschaftung bei uns ist die Bewirtschaftung der Kulturlandschaft. Sie ist deshalb wichtig.

Meine Damen und Herren, die große Agrarpolitik – das wissen Sie auch, Stichworte WTO/GATT und alles, was aus Brüssel oder Berlin kommt – können wir, glaube ich, nur begleiten, Herr Minister. Deshalb ist es wichtig, vor allem Defizite zu sehen, die unter dieser Landesregierung in den ländlichen Raum einzufließen scheinen.

Zweite Vorbemerkung: Der Strukturwandel wird sich fortsetzen, meine Damen und Herren, und daher müssen die Chancen des Nachfragemarkts in Baden-Württemberg positiv flän-

(Dr. Friedrich Bullinger)

kiert werden. Da bin ich völlig bei Ihnen, Herr Minister. Wir haben elf Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher, und deshalb muss man die Vermarktung vor Ort positiv begleiten. Da gilt es, konventionellen und alternativ produzierten Nahrungsmitteln gleichermaßen – ohne eine Bevorzugung – gleiche Chancen zu geben. Das müssen wir auch hinsichtlich der Vermarktungsmöglichkeiten unterstützen.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind natürlich auch in diesem Bereich souverän. Ich freue mich über jeden, der den Geldbeutel für Mehrausgaben im Bereich der Lebensmittel und der Dinge, die wir zum Leben brauchen, öffnet.

Die Agrar- und Ernährungspreise werden natürlich nicht von der Politik, sondern von den Märkten bestimmt. Meine Damen und Herren, das wissen wir. In der Getreidewirtschaft sowie beim Schweine- und Geflügelmarkt gab es schon immer ein Auf und Ab. Nun beobachten wir das auch auf dem Milchmarkt. Auch darüber brauchen wir, glaube ich, nicht mehr zu diskutieren. Denn spätestens im Jahr 2014 wird auch hier endgültig klar sein, dass die Marktverhältnisse die Preise bestimmen. Das heißt umgekehrt, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer natürlich bei der Bewirtschaftung ihrer Betriebe anders kalkulieren und mit wesentlich größeren Schwankungen rechnen müssen. Deshalb ist auch wichtig, was wir in diesem Bereich in der Beratung tun. Wir müssen die Landwirtschaftsberatung begleiten. Wir dürfen hier nicht nachlassen.

Dritter Punkt: Es ist unbestritten, dass die gemeinsame Agrarreform Leistung und Gegenleistung erfordert, also gesellschaftspolitische Leistungen honorieren wird, allerdings auch gewisse andere Akzente setzen wird. Gott sei Dank hat sich die Befürchtung nicht bewahrheitet – das ist das Entscheidende –, dass die Gelder seitens der EU-Agrarpolitik bis zum Jahr 2020 radikal heruntergefahren werden. Es geht jetzt um die Ausgestaltung der ersten und zweiten Säule. Darüber haben wir hier in diesem Haus bereits mehrfach diskutiert. Das möchte ich jetzt nicht wiederholen.

Die Rohstoffmärkte, meine Damen und Herren, werden sich natürlich noch stärker auf die Landwirtschaftspolitik auswirken, vor allem auch im Bereich der Energiepolitik. Die Energiewende hat unmittelbar Einfluss auf ländliche Räume, hat unmittelbar Einfluss auf die Landwirtschaftspreise. Denn wird das Öl teurer, wird vor allem in Nord- und Südamerika mehr verspritzt, dann hat das unmittelbare Auswirkungen vor allem auf unsere Veredelungswirtschaft, auf die Futtermittelpreise. Das heißt, die Problematik betrifft auch die Ferkelerzeugung, Schweinemast, Eiweißfuttermittel, Soja und ähnliche Bereiche. Ich glaube, das ist ein Punkt, bei dem wir dies in der Beratung zu Recht – dahinter stehe ich auch – wieder zurückholen müssen. Aber es ist wirklich nichts Neues, dass man Eiweißfuttermittel auch selbst produzieren kann.

Über das Thema Biogas wurde hier schon viel diskutiert. Auch das ist wichtig. Es ist ein dummes Geschwätz, wenn man sagt „Teller oder Tank“. Nein, beides ist gefordert, und beides nachhaltig und ökologisch, eben verträglich. Das ist eine Riesenchance für uns in Baden-Württemberg.

Jetzt schildere ich einmal eine Vision: Wenn ich einige regionale Bereiche anschau, sage ich voraus: In zehn, 15 Jahren wird sich unser Landschaftsbild im ländlichen Raum geändert

haben. Wir werden in zehn, 15 Jahren – jetzt ist der Umweltminister gerade draußen – die Ballungszentren nicht nur mit Ernährungsgütern und mit Kulturlandschaften, sondern auch mit Energie versorgen. Das heißt, wir müssen organisieren, dass wir gerade im Bereich der Windenergie unsere Landschaft so gestalten, dass wir dem Anspruch von Naturschutz, Landschaftsbild und Energieversorgung gerecht werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das geht doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Forderungen der EU hat Baden-Württemberg schon viel erreicht. Das Wort Greening hat immer die Runde gemacht. Ich wünschte, dass andere Bundesländer – vor allem dort, wo Rot-Grün oder Rot-Rot regieren – einmal das machen würden, was wir in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten praktizieren, nämlich eine nachhaltige Landbewirtschaftung und eine Pflege der Kulturlandschaft.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Windkraft unterdrücken!)

Nicht von ungefähr ist es Tatsache, dass gerade ländliche Räume niedrige Arbeitslosenzahlen haben: Die beiden Arbeitsamtsbezirke mit den niedrigsten Arbeitslosenzahlen liegen in ländlichen Räumen, und zwar in Biberach/Ravensburg und Schwäbisch Hall/Hohenlohe.

Schwerpunkt unserer Politik der letzten 15 Jahre war, den ländlichen Raum als Ganzes zu sehen: Infrastruktur, Verkehrserschließung, Straßenbau, Dorfentwicklung, flächendeckende Landwirtschaft und Bildungsangebote.

Herr Minister, das alles müssen Sie als Anwalt des ländlichen Raums noch stärker in die anderen Ressorts hineinragen. Denn es ist wichtig, dass wir hier nicht weiter eine Politik gegen den ländlichen Raum machen. Die Politik, Herr Minister Bonde, auch und gerade ihrer Kabinettskollegen ist alles andere als freundlich gegenüber dem ländlichen Raum.

(Zuruf von den Grünen: Na! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt er zur Sache! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist absoluter Quatsch!)

Ich gebe einige Stichworte: Schulreform gegen den ländlichen Raum, Polizeireform gegen den ländlichen Raum, Verkehrspolitik des Verhinderungsministers Hermann gegen den ländlichen Raum,

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Grunderwerbsteuer gegen Familien und Betriebsübernehmer.

(Beifall des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, dies alles ist Indiz dafür, dass Sie dem ländlichen Raum insgesamt nicht den angemessenen Wert zukommen lassen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Damit man endlich mal Kinderbetreuung hat! – Unruhe)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Jetzt darf ich noch ein weiteres Indiz bringen. Wichtig sind – gerade bei den Grünen ist dies wichtig – dezentrale Strukturen, die Förderung des örtlichen Handwerks, der Dienstleistung. Was machen Sie? Die Mittel für die Gewerbeschauen streichen Sie.

(Zuruf: Genau!)

Nicht einmal da anerkennen Sie diese Leistungen der Handwerker und der Dienstleister vor Ort.

Meine Damen und Herren, das sind alles Zeichen dafür, dass Sie eine Politik gegen den ländlichen Raum machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war jetzt eine Rede von der 15. Legislaturperiode!)

Ich möchte noch ein Wort zum Tourismus sagen. Baden-Württemberg ist das Tourismusland Nummer 1 und das Bäderland Nummer 2.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Fritz?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Abg. Fritz, ja, bitte. Ich bitte, die Zeit anzuhalten.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: So lange läuft die Uhr nicht.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bitte, machen Sie es schnell.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Fritz hat das Wort.

Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Herr Kollege Bullinger, können Sie mir sagen, mit welchem Betrag die Leistungsschauen bislang pro Leistungsschau vom Land unterstützt wurden und wie viele Mittel für solche Leistungsschauen insgesamt aufzubringen sind?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich darf Ihnen kurz sagen, wie es war: Es war bisher so, dass es etwa 1 500 € pro Leistungsschau zur Unterstützung gab. Wir haben dann aufgrund der Reklamation des Rechnungshofs gesagt: Wir wollen hier auch eine Schulung haben, wir wollen einen Schwerpunkt auf Energieberatung haben. Das ist eine Anerkennung der Leistung, eine Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements dieser vielen handwerklichen Betriebe.

(Zuruf: So ist es!)

Das ist das Entscheidende. Es geht nicht darum, dass die Leistungsschauen durch die Unterstützung reich werden. Die Streichung ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die ihre Leistungen den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort vorstellen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Unruhe)

Zurück zum Thema Tourismus. Herr Minister, auch hier wünsche ich mir einen Push – wir haben jetzt die Zuständigkeiten

für den gesamten Tourismus in einem Haus –; da haben Sie auch unsere Unterstützung. Ich möchte, dass wir vor allem die Bäderwirtschaft, den Tourismus, den Mittelstand sowie die Land- und Ernährungswirtschaft als Ganzes – das ist Ihr Ziel; da bekommen Sie unsere Unterstützung – entsprechend fördern.

Das heißt für mich: Wir brauchen auch einen anderen Auftritt des Landes Baden-Württemberg bei der CMT in Stuttgart und einen anderen Auftritt bei der Grünen Woche in Berlin, meine Damen und Herren. Wer dort war, hat gesehen, wie man es macht. Das haben uns Bayern, Brandenburg und Niedersachsen gezeigt. Wir müssen dafür sorgen, dass man sagt: „In Baden-Württemberg ist es schön. Dort gibt es eine schöne Landschaft und gute Ernährung. Da gehen wir hin.“

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn auch die Regierung so wäre wie die Landschaft!)

Das muss zukünftig eine Einheit darstellen.

Ein Wort zur Energiewende habe ich schon gesagt. Es ist wichtig, dass wir auch in diesem Bereich nicht nachlassen.

Ein Wort noch zum Verbraucherschutz. Hier herrscht absolute Funkstille, Herr Minister. Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg wartet bis heute, seit einem Jahr, auf ein grundsätzliches Gespräch mit Ihnen, Herr Minister. Der Verbraucherschutzminister muss dieses wichtige Element auch einmal in seinen Tageskalender bringen. Das ist wichtiger als Pressemitteilungen und die Verteilung von irgendwelchen Bescheiden. Der Verbraucherschutz ist sehr wichtig. Nehmen Sie ihn ernst, und gehen Sie endlich einmal zur Verbraucherzentrale.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte auch ich mich für die Beratung und die sachlichen Beiträge im Rahmen dieser Diskussion bedanken. Aufgrund der Defizite und vor allem der Politik gegen den ländlichen Raum – nicht nur von Ihnen, sondern vor allem auch von den anderen Ministerien – können und werden wir diesem Haushalt für das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz unter dem Strich nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Landwirtschaftsminister Bonde für die Landesregierung das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die vielfältige Betonung der Wichtigkeit des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. In einem Land wie Baden-Württemberg, das stark vom ländlichen Raum geprägt ist und in dem der ländliche Raum eine der entscheidenden Stärken ist, in dem der ländliche Raum auch ein starker Wirtschaftsfaktor

(Minister Alexander Bonde)

ist, der mit einem Drittel der Bevölkerung auch fast ein Drittel zur Wertschöpfung dieses Landes beiträgt, ist es für die Landesregierung eine wichtige Aufgabe, den ländlichen Raum genauso erfolgreich zu halten, wie er ist. Der vorliegende Haushalt verdeutlicht diese Bedeutung und weist auch auf, mit welchen politischen Instrumenten die grün-rote Landesregierung diesen Erfolg weiterführen will und weiterführen kann.

Sie haben zu Recht das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, eine zentrale Säule der Strukturentwicklung im ländlichen Raum, angesprochen. Sie haben es gemeinsam mit unserer Breitbandförderung, der zentralen Frage der Standort-sicherung für die ländlichen Räume, angesprochen. Wir wissen, dass wir da in einem schwierigen europäischen Rechts-umfeld gemeinsam mit den Kommunen noch Hausaufgaben leisten müssen, um diese zentrale Infrastruktur auch in alle derzeit noch weißen Flecken zu bekommen. Aber dieser Haushalt, über den Sie heute diskutieren, leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass wir das in diesem Jahr erfolgreich weiterführen können.

Ich will zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum einmal die Zahlen nennen. Wir werden in diesem Jahr 48,5 Millionen € für Projekte aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum ausgeben. Das ist ein großer Schritt, gerade wenn man sich anschaut, dass im letzten Haushalt, den die vorherige Koalition verantwortet hat, 30,2 Millionen €

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

an konkreten Kassenmitteln für diesen Bereich ausgegeben wurden. Daran wird deutlich: Diese Regierung nimmt den ländlichen Raum und die Strukturpolitik ernst und unterlegt das mit diesem Haushalt finanziell.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Auch bei den Haushaltsansätzen ist deutlich zu sehen: Bisher waren das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und die Breitbandförderung zusammen veranschlagt. Jetzt sind das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum und zusätzlich der Posten Breitbandförderung etatisiert. Die Ansätze für beide Posten gemeinsam steigen um 3,5 Millionen €. Das ist eine klare Ansage dieser Landesregierung für die Stärkung des ländlichen Raums, und das bei einem Sparhaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da brauchen wir uns wirklich nicht die Kritik anzuhören, die Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das Thema Konversion, das angesprochen wurde, bewegt uns. Gerade in den ländlichen Räumen spüren wir, dass dort die Schließung von Bundeswehreinrichtungen, die aus der Reform der Bundesregierung vom 26. Oktober 2011 herrührt,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

eine deutliche Herausforderung für uns ist. Ich bin deshalb froh, dass wir sowohl im Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz als auch im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft über die Fraktionsgrenzen hinweg den klaren, gemeinsamen Konsens hatten, die Gemeinden da nicht im Re-

gen stehen zu lassen und gemeinsam mit den Gemeinden dafür zu sorgen, dass sich die Bundesregierung nicht aus ihrer Verantwortung stiehlt. Ich glaube, es wäre auch gut, weiter gemeinsam gegenüber Berlin aufzutreten, damit die Bundesregierung unsere Gemeinden bei den notwendigen Konversionsschritten unterstützt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gerade am vergangenen Dienstag habe ich das bei einer bundesweiten Konferenz mit den bei uns betroffenen Bürgermeister und den zum Teil vertretenen Landräten noch einmal besprochen. Ich habe dort mitgenommen, dass man sich seitens der Vertreter vor Ort beim Landtag über die Parteigrenzen hinweg und bei der Landesregierung gut aufgehoben fühlt und dass wir mit dem, was als erster Schritt an Unterstützung im Haushalt steht, gut aufgestellt sind, auch wenn klar ist, dass wir seitens des Landes in den nächsten Jahren noch weitere Anstrengungen unternehmen müssen.

Das Thema Breitband wurde schon angesprochen. Auch da bin ich froh, dass wir gemeinsam – das haben Sie als Opposition mitgetragen – mit der neuen Breitbandinitiative neue Wege gehen. Sobald uns die EU-Kommission die Notifizierung ausstellt, können wir mit der Breitbandinitiative II neue wichtige Schritte gehen, die mit 10 Millionen € in diesem Haushalt unterlegt werden.

Der Bereich Land- und Forstwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig; das haben Sie zu Recht angesprochen. Unsere Landwirte leisten gute Arbeit, produzieren gute, gesunde Lebensmittel. Sie leisten wichtige ökologische Dienste für den Erhalt unserer Kulturlandschaft, und sie sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Energiewende in unterschiedlichen Bereichen.

Umso schwerer wiegt es, dass wir an dieser Stelle kein einfaches Erbe von Ihnen zu tragen haben, sehr verehrte Damen und Herren von CDU und FDP/DVP.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt kommt die Story! Das muss man erst einmal tragen!)

Peter Hauk hat vorhin davon gesprochen, es sei eine Punktlandung. Es gehört schon etwas dazu, ein Loch von 33 Millionen € zur Punktlandung zu erklären. Ich hoffe, dass er bei den persönlichen Finanzen etwas zielsicherer mit Punktlandungen umgeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Für die Schwarzen ist das eine Punktlandung!)

Eines kann ich Ihnen sagen: Die schwäbische Hausfrau hält 33 Millionen € minus nicht für eine Punktlandung, liebe CDU.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Welche Hausfrau hat schon so viel Geld?)

Was wir vorgefunden haben, ist, dass 33 Millionen € europäische Fördermittel, die für den Rest der Förderperiode vorgesehen waren, fehlen. Es ist nicht so, dass wir seitens des Landes auch nur einen Cent gekürzt hätten, sondern wir finden einen Mangel an Mitteln aus Ihrer Regierungszeit vor.

(Minister Alexander Bonde)

Jetzt hatten wir die unangenehme Aufgabe, mit der Europäischen Kommission zu verhandeln, wie wir das machen. Wir können in drei Bereichen keine neuen Maßnahmen, keine neuen Verträge für den Rest dieser Förderperiode machen. Das ist aber die Folge dessen, wie Sie gewirtschaftet haben.

Interessanterweise haben auch Sie, weder von der CDU noch von der FDP/DVP, nicht beantragt: Stopft das Loch mit Landesmitteln. Das ist schon wichtig, dass wir uns an dieser Stelle einig sind. Ihr Antrag geht dahin, dass Sie sagen: „Verhandelt einmal mit der EU. Vielleicht haben die mehr Geld.“ Ein lustiger Versuch. Ich habe dieses Thema zuletzt vor exakt einer Woche in Brüssel angesprochen; ich glaube, die lachen noch immer, Herr Locherer.

Jetzt zum ernststen Teil Ihres Antrags: Sie haben gesagt: Schaut doch, ob nicht andere Bundesländer EU-Mittel übrig haben und Baden-Württemberg diese eintauschen kann.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Da gilt die n+2-Regel!)

Das hat in der Vergangenheit funktioniert, das ist richtig. Aber wir haben, seitdem die Regelungen der Europäischen Union geändert wurden, die neue Situation, dass die anderen Bundesländer diese Mittel zwei Jahre länger behalten dürfen und auch nach dem Ende der Förderperiode noch einsetzen können – mit dem Ergebnis, dass diese Mittel, noch dazu im Umfang von 33 Millionen €, nicht auf dem Markt verfügbar sind. Deshalb ist dieser Vorschlag auch kein brauchbarer Lösungsansatz, und wir befinden uns wieder in der Situation: Loch ist Loch.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ein schwarzes Loch!)

Sie haben durch Ihre Politik zu verantworten, dass wir drei Maßnahmen nicht neu in die Vertragsgestaltung hineinnehmen können.

Die gleiche Situation gibt es übrigens auch beim Bund. Ich finde das sehr interessant: Wolfgang Schäuble kürzt die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur“ von 700 auf 600 Millionen €. Das bedeutet

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Für uns um 15 Millionen €!)

15 Millionen € weniger bei uns in Baden-Württemberg, u. a. für die Agrarinvestitionsförderung. Was passiert? Wolfgang Schäuble kürzt, und sein Schwiegersohn kritisiert mich dafür.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist, meine ich, mit das Albernste, was man als Opposition machen kann.

Wenn der eigene Bundestagsspitzenkandidat die Kürzung veranlasst, dann stehen Sie dazu. Die Reduzierungen bei der Agrarinvestitionsförderung in Baden-Württemberg gehen auf schwarze Kappe und sonst auf überhaupt nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe)

Sie haben zu Recht bemerkt, dass wir die Bereiche, die den Tourismus betreffen, im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zusammengeführt haben und damit ei-

ne wichtige, arbeitsplatzintensive baden-württembergische Branche verantworten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich bin froh, dass es mit Unterstützung der Fraktionen gelungen ist, zum ersten Mal seit Jahren einen deutlichen Aufwuchs beim Tourismusmarketing zu erreichen. Da müssen wir als Baden-Württemberger präserter sein. 2011 war im Tourismus ein Rekordjahr; bei diesem Stand dürfen wir aber nicht stehen bleiben. Deshalb bin ich froh, dass Sie als Parlament sowohl im Bereich Marketing

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bin auch wegen einiger Dinge froh!)

als auch im Bereich der Tourismusinfrastrukturförderung in diesem Haushalt eine Schippe nachlegen. Das können wir in dieser arbeitsmarktrelevanten Branche gut gebrauchen.

Wir werden mit dem magischen Dreieck, das der Ministerpräsident beschrieben hat – Zusammendenken von Land- und Forstwirtschaft, Tourismus sowie Naturschutz –, genau die Frage des Tourismus im ländlichen Raum – zum Erhalt von Infrastruktur – noch stärker angehen, als es bisher der Fall war. Wir haben da insbesondere für die Landwirte erhebliche Potenziale. Das gilt auch unter der Fragestellung: Wie schaffen wir es, die Marktchancen von regionaler Produktion noch stärker zu nutzen und regionale Spezialitäten im Zusammenhang mit Tourismus und Naturschutzleistungen mehr zu honorieren und wertzuschätzen?

Der Naturschutz bekommt einen deutlichen Aufwuchs in diesem Sparhaushalt: Es werden 20 % mehr Mittel veranschlagt. Es ist ein wichtiger Schritt, 6 Millionen € mehr und acht Stellen mehr zu veranschlagen. Das ist ein deutliches Bekenntnis der Landesregierung und ein Einstieg in die Umsetzung einer wichtigen Naturschutzstrategie, die wir gemeinsam mit den Verbänden im Laufe dieses Jahres weiterentwickeln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein wichtiger Schritt, der von den Landkreisen dankbar aufgegriffen wird, ist die Verbesserung bei den Landschaftserhaltungsverbänden. Dabei gehen Landwirtschafts- und Umweltverbände sowie Verwaltungen gemeinsam die Frage des Erhalts von Kulturlandschaft an. Das ist ein wichtiger Punkt. Es ist auch die klare Ansage, dass es keine Gegnerschaft von Naturschutz und Landwirtschaft gibt, sondern dass eine gemeinsame Wertschöpfungsbasis an dieser Stelle vom Land auch aktiv unterstützt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch beim Verbraucherschutz setzt dieser Haushalt wichtige Akzente. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Lebensmittelsicherheit gegeben ist. Wir alle wissen, dass wir hier in Baden-Württemberg bei der Lebensmittelkontrolle sehr engagierte Beschäftigte, aber viel zu wenig Beschäftigte haben. Sie alle wissen, dass sich Baden-Württemberg noch immer nicht von der Verwaltungsreform erholt hat. Die Zerschlagung des WKD und der deutliche Abbau von Personal führen bis heute dazu, dass Baden-Württemberg bei der Lebensmittelkontrolle am Ende der Tabelle steht.

(Minister Alexander Bonde)

Wir adressieren dies im Haushaltsplan für 2012. Wir stellen 1,65 Millionen € zur Verfügung, um 14 zusätzliche Veterinäre einzustellen. Allein in der letzten Legislaturperiode wurden acht Stellen abgebaut. Insofern vollziehen wir eine Umkehr des Trends, die deutlich angesagt war.

Wir haben zugesagt, dass wir für die Jahre 2013 und 2014 wieder jeweils 1,1 Millionen € zusätzlich über den kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung stellen, nachdem in diesem Jahr die letzte von CDU und FDP/DVP beschlossene Aufwuchstranche in der Lebensmittelkontrolle in die Kreise kommt. Damit schaffen wir die Basis, um in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 22 zusätzliche Stellen für Lebensmittelprüferinnen und Lebensmittelprüfer in den Kreisen zu schaffen, damit wir in dieser Legislaturperiode mit einer zielvollen Aufstockung des Personals wenigstens wieder die alte Stärke des WKD erreichen können. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass wir eine tragfähige Lebensmittelkontrolle im Land haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der digitale Verbraucherschutz, „Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutz“ und „Verbraucherschutz auf den Energiemärkten“ sind weitere wichtige Themen, die uns beschäftigen. Wir, das Ministerium, und Sie, die Fraktionen, werden weiterhin aktiv für unsere Bürgerinnen und Bürger eingreifen und die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern aktiv einfordern und schützen.

Ich glaube, dieser Haushalt leistet in den genannten Politikfeldern einen wichtigen Beitrag dafür, dass dieses Land nicht nur erfolgreich regiert wird, sondern auch in der Fläche weiter erfolgreich Wertschöpfung generiert und die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die Einrichtungen haben können, die wir dafür dringend brauchen.

Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Einzelplans und bedanke mich für die breite Unterstützung, die wir im Haushaltsberatungsverfahren von Ihnen bekommen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Locherer das Wort.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der zweiten Runde möchte ich auf einige Äußerungen meiner Vorredner, zunächst von Herrn Minister Bonde, eingehen.

Herr Minister Bonde, wenn Sie erst in der vergangenen Woche nach unserer Beratung im Finanzausschuss in Brüssel angerufen haben, dann war es relativ spät.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn eines möchte ich Ihnen sagen: Sie waren im Finanzausschuss sehr unsicher, als wir auf die Systematik der fortlaufenden Mittelgewährung durch die EU hingewiesen haben

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Das alles ist jetzt nicht wahr!)

und übrigens auch auf die Systematik, dass nicht verbrauchte Mittel aus anderen Ländern abgerufen werden können. Also noch einmal: Da waren Sie zu spät. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

(Minister Alexander Bonde: Ich war schon vor neun Monaten da!)

– Sie haben gesagt: „letzte Woche“.

(Minister Alexander Bonde: „Zuletzt“, habe ich gesagt!)

Ein klarer Hinweis an Kollegen Alfred Winkler zur Biolandwirtschaft. Lieber Alfred Winkler, dazu möchte ich schon klarstellen: Ende 2010 wurde der Antrag auf 6 Millionen € aus dem Landeshaushalt als ganz bewusste Maßnahme der CDU-geführten Regierung für unsere Biolandwirtschaft nachgeschoben. Alle haben übrigens zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber nicht für 2012 und nicht für 2013!)

ELR und Breitbandverkabelung: Wir haben den Antrag über zusätzlich 6,5 Millionen € gestellt, weil wir unser Anliegen schon vorher auch mit der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum begründet haben. Im Übrigen: Bei 3,5 Milliarden € Mehreinnahmen in diesem Haushalt sind 3,5 Millionen € ein Klacks.

Noch einmal: Ich fordere Sie auf, unserem Antrag zuzustimmen und ein klares Bekenntnis für den ländlichen Raum abzugeben, nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lebensmittelkontrolleure: Ich möchte mich bedanken. Da hat sich jetzt doch einiges getan. Ich habe es vorhin in meiner Rede gesagt: Sie haben den Verbraucherschutz auf Ihre Fahnen geschrieben. Deshalb waren wir dann im Finanzausschuss schon erstaunt, dass da nicht mehr als zehn Stellen vorgesehen waren. Jetzt sind es immerhin 14 Stellen. Sie steuern in den Jahren 2013 und 2014 noch mit zusätzlichen Stellen nach und begeben sich da auf einen guten Weg.

Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft: Auch ich möchte das ansprechen, was Kollege Alfred Winkler zu Recht betont hat: Die Entwicklung geht nach oben. Aber das verdanken unsere Landwirte insbesondere auch unserer vorherigen, CDU-geführten Regierung. So schnell kann das gar nicht wirken –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Weder Schwarz-Gelb noch Grün-Rot!)

im positiven Sinn sowieso nicht –, wenn Grün-Rot regiert.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Hahn das Wort.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Lieber Herr Locherer, Gott sei Dank ist die Politik nur noch zu einem kleinen Teil für die Einkommen der Landwirte in Baden-Württemberg zuständig. Ich bin stolz darauf, dass sich die meisten am Markt orientieren und ihre Einkommen dort generieren. Unser Teil ist da.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind nicht die kleinen Betriebe, sondern die starken! – Abg. Karl Traub CDU: Die Schwachen lässt man fallen!)

Aber du hast natürlich recht: Die baden-württembergische Landwirtschaft konnte von keiner Regierung ruiniert werden. Das ist völlig richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Den Neueinstieg im Ökobereich haben wir vorhin angesprochen und gesagt: Natürlich war für 2012 der Neueinstieg ausgesetzt. Da ich Ihnen als Marktwirtschaftler eine gewisse Sachkenntnis zubillige, habe ich Ihre Ausführungen überhaupt nicht verstanden. Denn natürlich sind die wachsenden Märkte die Zukunftsmärkte. Wenn Sie den Umstieg bäuerlicher Betriebe in Zukunftsmärkte nicht unterstützen und fördern, betreiben Sie eine Politik, die rückwärts gerichtet ist und nichts mehr mit der Zukunft zu tun hat. Das war das, was wir für 2012 und 2013 kritisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich meine, Herr Bullinger, dass die landwirtschaftlichen Betriebe die Flexibilität in der Steuergesetzgebung nun eigentlich brauchten, damit sie ihre Einkommen, wie jede GmbH, „verschieben“ können. Das wissen Sie auch. Darüber brauchen wir hier eigentlich gar nicht zu diskutieren. Das ist Bundesgesetzgebung. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern: Es ist letztlich Ihre Regierung, die hier zurzeit nichts macht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dennoch stellen wir fest, dass die bäuerlichen Einkommen derzeit sehr volatil sind

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und darum diese steuerlichen Änderungen dringend benötigt werden, um das Einkommen der Höfe zu sichern. Dadurch könnte übrigens auch die Bedeutung der angesprochenen Unwetterhilfen verringert werden, sodass der Unternehmer selbst Vorsorge treffen kann. Das wird zurzeit von Schwarz-Gelb massiv verhindert.

Die Märkte der Zukunft sind hier angesprochen worden. Das ist für mich das zentrale Thema. Denn wir wissen, dass die Bedeutung der steuernden Politik im Agrarbereich abnimmt und sich die Agrarmärkte Gott sei Dank in eine Richtung bewegen, bei der man feststellen kann: Da entsteht mehr Markt. Darum ist es eine zentrale politische Aufgabe, diese Steuerung ernst zu nehmen und die Lenkung nicht mehr zentralistisch in Richtung dessen auszurichten, was politideologisch gefordert oder gewünscht wird, sondern in die Richtung, in die sich die Märkte entwickeln. Das ist zurzeit nun einmal ganz klar der Ökobereich. Dieser Bereich verzeichnet ein jährliches Wachstum von 15 bis 20 %. Das ist eine Sprache, die jeder Marktwirtschaftler eigentlich leicht versteht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Für sehr wichtig halte ich die Debatte um den Landschaftsverbrauch, die zurzeit überall geführt wird und auch von den Bauernverbänden gestützt wird. Es ist eigentlich richtig, dass diese gesellschaftliche Debatte angeregt wird.

(Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber sie wird sehr einseitig mit dem Fokus auf dem Flächenausgleich geführt. Die zentralen Landschaftsverbräuche sind nach wie vor nicht die Verbräuche durch Ausgleichsmaßnahmen, sondern die Verbräuche für die Schaffung von Industriegebieten, für den Straßenbau usw.; hier werden nach wie vor jeden Tag 6,6 ha Fläche verbraucht.

Zum Schluss möchte ich noch einmal auf den Antrag zur Förderung der heimischen Eiweißerzeugung eingehen. Hier verstehe ich die Kritik nicht.

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

An diesem Antrag zur Förderung der heimischen Eiweißerzeugung können Sie die Richtung grün-roter Agrarpolitik ablesen. Ich verstehe die Kritik im Hinblick auf den Grünlandschutz. Diese Kritik nehme ich auch an, weil wir den Schutz bisher nicht so weit geleistet haben, wie man dies müsste.

(Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

Darum haben wir in der Fasnet einen Termin; dieser Termin liegt zufällig in der Fasnet.

(Abg. Paul Locherer CDU: Das ist okay!)

Wir werden diesen Termin auch wahrnehmen; das finde ich auch wichtig. Wir müssen das machen, was in diesem Bereich notwendig ist. Aber der Antrag zur Eiweißerzeugung in der Fläche hat zum Gegenstand, mit wenig Geld 1 000 ha neue Anbaufläche für Eiweißpflanzen in Baden-Württemberg zu verankern; das ist die Dimension. Das bedeutet 1 000 ha Fläche weniger für diesen Bereich in Südamerika, 1 000 ha Fläche mehr zur Diversifizierung bei uns im Land und 1 000 ha Fläche mehr für Fruchtfolgen, weg vom Mais.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das macht der Markt! – Unruhe – Zuruf: Pst!)

Der Antrag hat nur einen geringen finanziellen Umfang, aber er bietet eine Möglichkeit für ökologische und konventionelle Betriebe gleichermaßen. Es ist keine Ökoförderung, sondern es geht um die Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft und um eine Entwicklung weg vom internationalen Druck, hin zur Regionalisierung. Deshalb ist das eine absolut wertvolle Entwicklung. Darum wünsche ich mir auch in diesem Bereich Ihre Unterstützung.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das kommt automatisch!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sag noch was zum Fluglärm!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Paul Locherer, die Einkommensverbesserung in der Landwirtschaft, die Gott sei Dank stattfindet, hat mit Einkommenstransfers aufgrund von politischen Entscheidungen der Landesregierung nichts zu tun. Sie hat damit zu tun, dass die Marktpreise und die Marktentwicklung besser geworden sind und somit der Markt den Landwirten eine bessere Einkommenssituation bietet.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gilt nicht mehr die früher gern getroffene Aussage: „Und wenn bei uns die Sonne lacht, hat das die CDU gemacht.“

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Einige glauben noch daran! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Recht hast du! „Hat’s aber Regen, Eis und Schnee, war’s wieder mal die SPD“!)

Diese Zeiten sind vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, die die Anträge der CDU zum Haushalt betreffen.

Erster Punkt: Der Antrag lautet, Mittel in angemessener Höhe für unweatherbedingte Schadensgroßeignisse in der Land- und Forstwirtschaft bereitzustellen. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU – Kollege Hauk ist hier –, noch nie wurde der Landwirtschaft etwas aus dem Staatshaushalt bezahlt, wenn es zu Ernteauffällen oder Ähnlichem kam – noch nie. Dazu gab es immer die Instrumente der Versicherung oder der Vorsorge, z. B. durch Hagelnetze oder Ähnliches. Wir haben jede Menge Trockenschadensereignisse, Nassschadensereignisse, Hagel, Fröste usw. Dieses Prinzip ließe sich nicht aufrechterhalten und schon gar nicht durchhalten.

In allen europäischen Staaten gibt es eine Vermischung der Bezuschussung durch das Versicherungswesen und der Bezuschussung von Instrumenten manueller Verhütung usw. Darauf müssen wir zurückkommen. Die direkte Schadensentschädigung kann nicht Aufgabe des Landes sein, und schon gar nicht ist sie über den Haushalt zu bewältigen. Deswegen halte ich diese Forderung so, wie sie gestellt wurde, für nicht richtig. Wir können darauf nicht eingehen.

Letzte Bemerkung: Sie verlangen, wirksame Kürzungen – bisherige Kürzungen, die noch von Ihnen sind – um 20 % zurückzunehmen und gleichzeitig für die Finanzierungslücke von 33 Millionen € eine tragfähige Lösung zu suchen, die lauten kann: Mittelumschichtung vom Bund. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn, dann hätten Sie das machen müssen. Sie dürfen nicht von uns verlangen, dass wir das jetzt nachträglich machen. Das Problem ist schon unter Ihrer Ägide bekannt gewesen. Das hätten Sie lösen müssen.

Ich habe eigentlich erwartet, dass Sie zum Haushalt keine Umschichtungsanträge stellen, weil jeder Umschichtungsantrag, den Sie hier einbringen, Ihrer eigenen, früheren Finanzierung des Haushalts widerspricht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1108. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0801

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 0801 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel 0801 mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Dazu rufe ich Ziffer 1 des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-1, auf. Wer Ziffer 1 dieses Entschließungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Entschließungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 0802 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0802 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 0802 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus

Zu diesem Kapitel liegen zwei Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-3. Wer Ziffer 1 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Ziffer 2 des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-1. Wer Ziffer 2 des Entschließungsantrags zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 0803 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0803 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer stimmt dem Kapitel 0804 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 0804 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0806 bis Kapitel 0820

Wer stimmt diesen Kapiteln zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0826

Veterinärwesen

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1208-4, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0826. Wer stimmt dem Kapitel 0826 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0827 bis Kapitel 0835

Wer diesen Kapiteln zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln zugestimmt.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – abgeschlossen. Ich darf mich für Ihre Mitarbeit bedanken.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 d** auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1109

Berichterstatter: Abg. Hans-Peter Storz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Für die CDU-Fraktion erhält Herr Abg. Klenk das Wort.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Her Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal können wir festhalten, dass die Haushaltsansätze der früheren Regierung in weiten Teilen fortgeschrieben wurden. Dies nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis. Das bestätigt uns aber auch darin, dass die seitherigen Schwerpunktsetzungen nicht ganz so verkehrt waren.

Schade, dass sich, abgesehen von wenigen Ausnahmen – gestern haben wir schon über das Landesarbeitsmarktprogramm gesprochen –, die Zahl der neuen Schwerpunkte insgesamt in einem überschaubaren Rahmen hält. Von den vollmundigen Versprechungen aus dem Wahlkampf ist vergleichsweise wenig übrig geblieben.

Auf der anderen Seite steigen Sie dauerhaft in die Finanzierung von Aufgaben und Projekten ein, für die die Zuständigkeit eindeutig nicht beim Land liegt. Jetzt könnte man unterstellen, dass Sie nicht ernsthaft an einen Wahlsieg geglaubt haben. Deshalb wollen wir uns heute fairerweise auch mit Ihrem Koalitionsvertrag auseinandersetzen. Schließlich war spätestens beim Zustandekommen des Koalitionsvertrags die Übernahme der Verantwortung klar.

Hinsichtlich des Behindertenbeauftragten der Landesregierung hatten Sie vollmundig angekündigt – das hätten wir sogar unterstützt –, jemanden mit Behinderung einzusetzen. Fehlanzeige. Dabei wollen wir aber nicht die Person von Herrn Weimer infrage stellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also!)

Er wird seine Aufgabe sicherlich gut erfüllen. Die Begründung allerdings, die Sie liefern, dass es wichtiger sei, jemanden mit politischer Erfahrung als jemanden mit einer Behinderung für diese Aufgabe vorzusehen, hat uns schon irritiert. Uns haben Sie immer – zuletzt bei Herrn Hillebrand – entgegengehalten, nicht die politische Verankerung, sondern die eigene Erfahrung mit einer Behinderung sei wichtig.

Lassen Sie mich jetzt konkret auf einzelne Punkte eingehen. Ich darf dazu aus Ihrem Koalitionsvertrag zitieren:

Wir werden für ein umfassendes Kinderschutzgesetz sorgen. Wir fördern ein verbindliches Netzwerk vor Ort, in dem alle Beteiligten zum Wohle der Kinder zusammenarbeiten, und wollen die Art und Weise der Informationsweitergabe verbessern. ... Deshalb wollen wir neue Impulse bei den Frühen Hilfen setzen und die Hilfen für alle Familien durch die Arbeit von Familienhebammen ausbauen und stärken.

Bislang totale Fehlanzeige! Auch nach Inkrafttreten des Kinderschutzgesetzes des Bundes am 1. Januar dieses Jahres ist nicht bekannt, wo die Landesregierung denn nun ihre Schwerpunkte setzen möchte.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aha!)

Augenfällig ist allerdings, dass die Zuschüsse für Maßnahmen des Kinderschutzes um 200 000 € gekürzt werden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hoppla!)

In den Beratungen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses wurde diesbezüglich auf das Bundeskinderschutzgesetz und

(Wilfried Klenk)

die daraus resultierende dauerhafte Bundesförderung verwiesen. Sie machen es sich da allerdings zu einfach, wenn Sie die neue Bundesförderung zum Anlass für Kürzungen nehmen, anstatt zu überlegen, wie die zusätzlichen Mittel für zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Kinder im Land eingesetzt werden können.

(Abg. Tobias Wald CDU: Genau! So ist es!)

Jetzt mache ich weiter. Ich greife zum Bereich der Jugendarbeit einige Formulierungen aus dem Koalitionsvertrag auf: zusätzliche Investitionen für eine schulnahe Jugendarbeitsstruktur, feste Verankerung von Integration, Partizipation und Medienbildung, Stärkung von verlässlichen und verbindlichen Förderstrukturen, Ausbau des Bildungsreferentenprogramms.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Tolles Programm, nicht?)

Das hätten wir alles mitgetragen. Nur: Mit dem 44. Landesjugendplan für 2012 wird davon nichts umgesetzt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Kollege, die Wahlperiode dauert fünf Jahre, nicht ein Jahr!)

– Herr Schmiedel, wir kommen noch zu der Stelle, an der Sie sagen, pro Jahr wollten Sie eine bestimmte Summe ausgeben.

Eine tragfähige Anschlussregelung bzw. Weiterentwicklung des „Bündnisses für die Jugend“, das Ende 2011 ausgelaufen ist, haben Sie nicht zustande gebracht. Die Jugendverbände werden auf den „Zukunftsplan Jugend“ und den Doppelhaushalt 2013/2014 vertröstet. Wir haben vor Weihnachten die Verbände angehört. Da haben Sie das gehört.

Jetzt komme ich zum nächsten Punkt in Ihrem Koalitionsvertrag:

Der Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft muss über eine aktivere Krankenhausplanung und eine Neuformulierung der Förderkriterien gestaltet werden. ... Das bislang chronisch unterfinanzierte Landeskrankenhausprogramm

– da widersprechen wir gar nicht –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wer ist denn daran schuld?)

werden wir auf der Basis neuer,

– jetzt kommt es, Herr Schmiedel –

zukunftsorientierter Förderkriterien und Förderschwerpunkte ausbauen

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

und den über Jahre aufgelaufenen Investitionsstau sukzessive abtragen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig! Nötig!)

Jetzt komme ich ausnahmsweise einmal auf Ihre Wahlprogramme zu sprechen. In den Wahlprogrammen war noch die Rede davon, dass Sie die Krankenhausförderung verdoppeln, mindestens aber auf 600 Millionen € pro Jahr erhöhen. Jetzt erreichen Sie in diesem Haushalt nicht einmal den Ansatz vom letzten Jahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn!)

Dass man überhaupt in die Nähe der letztjährigen Förderhöhe kommt, ist allein dem Umstand geschuldet, dass man im Finanzausgleichsgesetz einen Verschiebeparkplatz eröffnet, so dass die erhöhte Krankenhausförderung letztlich zulasten der Kommunen und damit in weiten Teilen zulasten der Träger selbst geht.

Die jetzt zur Verfügung gestellten Mittel reichen nicht einmal aus, um eine weitere Vergrößerung des Investitionsstaus zu verhindern. So haben wir uns Ihre Krankenhauspolitik wahrlich nicht vorgestellt.

(Zuruf von der SPD: Das ist Ihr Investitionsstau!)

Nächster Punkt:

Darüber hinaus wollen wir Mehrgenerationenhäuser und -projekte dauerhaft unterstützen und weiter voranbringen, um das Zusammenleben älterer Menschen und junger Familien zu ermöglichen und die gegenseitige Unterstützung zu fördern.

Auch da hätten Sie unsere Unterstützung gehabt. Aber was ist?

(Abg. Tobias Wald CDU: Nix!)

– Nichts.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist nicht wahr!)

Unser diesbezüglicher Änderungsantrag wurde im Finanz- und Wirtschaftsausschuss abgelehnt. Eine Förderung an anderer Stelle – sagen Sie es, falls wir etwas übersehen haben – ist im Haushalt nicht auffindbar.

Nächster Punkt:

Wir setzen uns auch für einen weiteren Ausbau der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg ein. Die Stützpunkte stellen wichtige Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene und ihre Angehörigen dar

– korrekt –

und sollen als niedrigschwellige und aufsuchende Dienste eine stärkere präventive Funktion übernehmen.

Und was ist? Sowohl der quantitative Ausbau als auch die inhaltliche Neuausrichtung sind zunächst bis zum Jahr 2013 verschoben. Weil wir den Doppelhaushalt 2013/2014 – das haben wir schon gehört – bereits ab Oktober dieses Jahres beraten, scheint uns eine weitere Verzögerung bei diesem Thema bis zum Jahr 2015 nicht unwahrscheinlich zu sein.

Weiterer Punkt:

Wir werden daher das Landesheimgesetz, das sich nur auf den stationären Bereich bezieht, vollständig überarbeiten, um für alle Einrichtungen und Dienste eine Qualitätskontrolle zu ermöglichen und einen bestmöglichen Verbraucherschutz zu garantieren.

(Wilfried Klenk)

Bislang totale Fehlanzeige. Die Frau Ministerin hat im Oktober vergangenen Jahres angekündigt, bis Anfang 2012 – das haben wir jetzt – Eckpunkte zur Überarbeitung des Heimgesetzes vorzulegen. Bislang Fehlanzeige. Vielleicht können Sie, Frau Ministerin, nachher zumindest die Auskunft, was den Termin angeht, etwas präzisieren.

Keine Aussage findet sich im Koalitionsvertrag zu den familienentlastenden Diensten für Menschen mit Behinderung. Obwohl der Haushaltsansatz von 2,4 Millionen € im Jahr 2011 bis auf 14 000 € vollständig ausgeschöpft wurde, nehmen Sie in diesem Bereich eine Kürzung um 150 000 € vor.

(Abg. Tobias Wald CDU: Unglaublich!)

Dabei fordert die UN-Behindertenrechtskonvention dazu auf, Menschen mit Behinderung in ihrem gesamten Lebenskontext in den Blick zu nehmen. Die familienentlastenden Dienste müssen erhalten werden, und die Landesförderung muss in unveränderter Höhe beibehalten werden. Ein entsprechender Änderungsantrag unsererseits wurde im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ebenfalls abgelehnt.

Sie machen keine Aussagen zur Selbsthilfe. Der Begriff Selbsthilfe taucht im gesamten Koalitionsvertrag nicht an einer einzigen Stelle auf. Vielmehr wird die gesundheitliche Selbsthilfeförderung im Haushalt von 700 000 € auf 680 000 € gekürzt.

Meine Damen und Herren, Selbsthilfeförderung ist eine Gemeinschaftsaufgabe der öffentlichen Hand, der Krankenkassen und aller Sozialleistungsträger. Alle Erfahrungen aus der Praxis belegen hier, dass die maßgeblich von bürgerschaftlichem Engagement getragene Selbsthilfe kontinuierlicher Förderung bedarf. Insoweit erscheint uns eine Kürzung in diesem Bereich völlig unangemessen.

Dennoch wurde auch hier ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, mit dem die Kürzung der Selbsthilfeförderung rückgängig gemacht werden sollte, im Ausschuss von den Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Landeserziehungsgeld: Beim Landeserziehungsgeld wird zunächst nicht gekürzt. Es ist aber angekündigt, die Aufwendungen in diesem Bereich von 38 Millionen € auf 19 Millionen € zu halbieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich!
Kahlschlag!)

Die Mittel sollen künftig ausschließlich für Familien im Sozialleistungsbezug aufgewendet werden. Die Haushalte – das war unser Programm –, die auch selbst zu ihrem Einkommen beitragen, jedoch trotzdem von Armut bedroht sind, fallen bei Ihnen durchs Raster. Anstatt die frei werdenden Mittel weiterhin gezielt zur Armutsbekämpfung einzusetzen, werden sie in die Kinderbetreuung umgeschichtet

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

und kommen dort letztendlich auch wohlhabenden Familien zugute. Hier nehmen Sie es weg, dorthin schichten Sie es um. Das muss man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die neue soziale Gerechtigkeit! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Unsozial!)

Meine Damen und Herren, das ist angesichts dessen, dass im Koalitionsvertrag ein effizienteres Familienfördersystem eingefordert wird, schon ein seltsames Vorgehen. Augenscheinlich soll auch hier die Verantwortung auf den Bund abgewälzt werden, statt vorhandene Mittel in bewährter Weise zu verwenden.

An dieser Stelle möchte ich gern aus meiner Haushaltsrede zum Entwurf des Einzelplans 09 für das Jahr 2010 zitieren:

Wir danken der SPD, dass sie mit uns der Auffassung ist, dass eine Abschaffung bzw. Umwidmung des Landeserziehungsgelds nicht erfolgen darf, da gerade in der jetzigen Situation zahlreiche Familien darauf angewiesen sind.

Und jetzt? Wir halten den Weg, den Sie hier einschlagen, für völlig falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auf der anderen Seite – hier geht es nicht um die Sache selbst; wir sind bei Ihnen, dass das wichtig ist – wollen Sie die Schulsozialarbeit mit 15 Millionen € zu einem Drittel aus dem Landeshaushalt finanzieren,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was ist daran falsch?)

obwohl das eine kommunale Aufgabe ist. Die Kommunen werden durch den Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern insbesondere durch die höhere Kostenbeteiligung des Landes am Ausbau der U-3-Betreuung sowie durch die schrittweise Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund in ganz erheblichem Umfang finanziell entlastet. Da wäre es den Kommunen ohne Weiteres zuzumuten gewesen, die Kosten für die Schulsozialarbeit auch ohne Landesbeteiligung zu schultern. Mit den dadurch frei werdenden 15 Millionen €, meine Damen und Herren, hätten weitere sozialpolitische Schwerpunkte des Landes gesetzt werden können.

Deshalb halten wir fest: wenig Konkretes, fehlende Mittel für richtige und wichtige Projekte.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss haben Sie u. a. – ich schaue den Kollegen Lucha an – große, zum Teil auch sinnvolle Positionen in Form von Änderungsanträgen nachgeschoben. Wir werden deshalb unsere Anträge aus dem Ausschuss inklusive Gegenfinanzierungsvorschlag, teils in modifizierter Fassung, heute noch einmal zur Abstimmung stellen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lucha das Wort.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich komme mir vor wie im Bayerischen Landtag!)

– Ja, wir sind eine Wandergesellschaft, lieber Kollege Zimmermann, und Migration findet auch im Ost-West-Vergleich entlang der Südschiene statt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber da ich jetzt mein Jubiläum „30 Jahre Baden-Württemberg“ feiere, darf ich hier auch sprechen. Ich werde mich bemühen, sodass Sie mir sprachlich folgen können. Ob Sie mir inhaltlich immer folgen können, das können wir hinterher auskarteln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lieber Kollege Klenk, in den Ausschüssen und letztendlich in den Haushaltsberatungen habe ich doch den Eindruck gehabt, dass Sie als CDU-Sozialpolitiker eigentlich ganz froh sind, dass wir endlich eine Landesregierung und eine Koalition haben, für die die Sozialpolitik wirklich vorn steht.

Ich habe es mir einmal angeschaut. In den letzten Jahren waren die Sozialhaushalte immer diejenigen Haushalte, bei denen überproportional stark gekürzt wurde, die immer überproportional stark ihren Beitrag zu den Einsparungen im Haushalt leisten mussten. Diese Logik haben wir aufgegeben. Wir haben in einem zähen Ringen –

Sie wissen, wir mussten aus Ihrem Haushaltsentwurf für das Vorjahr 300 Millionen € insgesamt bringen, und es ist uns gelungen, einen zukunftsfähigen, innovativen Sozialhaushalt mit klaren Hinweisen aufzustellen, wie moderne Sozialpolitik und moderne Gesellschaftspolitik zu funktionieren haben, welche Botschaft wir aussenden.

Lieber Kollege Klenk, wir waren gestern bei einer Veranstaltung mit Heiner Keupp bei der Caritas. Wo bist du eigentlich? Jetzt habe ich gedacht, du sitzt hier vorn. Dann würde ich dich besser sehen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Wenn wir die Begriffe „Teilhabegerechtigkeit“ und „Befähigungsgerechtigkeit“ ernst nehmen und sehen, woraus welches Gesellschaftsbild und welches Handeln entstehen, dann ist unsere erste Aufgabe, in dieser Gesellschaft immer wieder aufs Neue erst einmal ein Klima zu definieren, in dem soziale Unterstützung, Gesundheitsleistungen keine Almosen und nicht etwas Unanständiges sind, nur weil sie den Haushalt belasten. Vielmehr sind sie die Grundlage für das Funktionieren unseres sozialen und gesellschaftlichen Zusammenlebens.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Alle Gelder, die wir in diese Infrastruktur geben, sind die Ausgangslage dafür, dass wir in allen anderen Bereichen handlungsfähig bleiben.

Ich möchte einen Satz einschieben: Ich saß früher auf der operativen Seite 25 Jahre lang immer am Radio und habe darauf

gelauert, was aus den Haushaltsberatungen herausgekommen ist. Dann ist es mir aufgrund meiner beruflichen Erfahrung immer ein bisschen so ergangen, dass ich gefragt habe: Wie stellt sich dies im Vergleich mit früheren Sozialhaushalten dar?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was für einen Job haben Sie da gehabt, wenn Sie immer am Radio saßen?)

– Ja, das habe ich schon können, Herr Zimmermann. Ein guter Sozialarbeiter kann die ganze Zeit Multitasking.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach so!)

Eine leichte Verschlechterung ist immer wenigstens eine signifikante Verbesserung. So waren ihre Haushalte gestriekt. Das haben wir einfach einmal geändert und haben in ganz wesentlichen Bereichen Impulse in eine neue Richtung gesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Ja. Herr Müller, wir kennen uns schon länger. Aber ein bisschen schneller, bitte,

(Heiterkeit)

auch wenn ich weiß, dass Sie natürlich langsamer sein dürfen.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Kollege Lucha, ist Ihnen bekannt, dass der Stenografische Dienst zwar Schwäbisch, aber nicht Bayerisch kann?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich komme auch aus Bayern, und ich bemühe mich.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Gut. Danke, Herr Müller. Wir bemühen uns ein Leben lang.

(Heiterkeit)

Es hört ja nie etwas auf.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jeder Dialekt isch besser wie Hochdeutsch! – Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir haben doch folgendes Phänomen: Zum einen haben Sie, Kollege Klenk, vorhin gerade gesagt: „Ihr habt jetzt gar nicht mehr Geld ausgegeben.“ Mittel, die ihr immer gekürzt habt, haben wir nicht mehr ausgegeben, weil wir nicht nach dem Grundsatz „Viel hilft viel“, sondern nach dem Grundsatz „Richtig hilft viel“ arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Selbstverständlich haben wir diesen Haushalt so ausgerichtet, dass wir durchaus mit begrenzten Mitteln, aber auch mit gezielt erhöhten Mitteln tolle Ergebnisse erzielen.

Wir haben uns in dieser kurzen Zeit konzeptionell auf wenige Bereiche verständigt. Das sind Gesundheitsdialog, Gesund-

(Manfred Lucha)

heitskonferenzen und regionale Versorgungssteuerung, um zu erfahren: Was braucht vor allem der ländliche Raum, um bei knappen Mitteln – das hatten wir vorhin; Sie vergessen, dass die Gesundheitsleistung, die Pflegeleistung, die ärztliche Versorgung – – Ich sage nur: Gesundheitsstrukturgesetz. Da haben wir den ländlichen Raum geschwächt und viele Chancen vergeben. Ich sage nur: Pflege, „Bahr“ jeder Verantwortung. In Berlin hat man, was die Sorge für Demenzkranke angeht, überhaupt nichts hinbekommen. Man hat auch den ländlichen Raum mit Sozialstationen und ambulanten Pflegediensten vollständig im Regen stehen lassen.

Wir gehen in den Gesundheitsdialog mit den Konferenzen. Wir wollen wissen, was vor Ort notwendig ist.

Wir modernisieren die Krankenhausinvestitionen. Sie wissen: Wir haben im Nachtrag 50 Millionen €

(Abg. Tanja Gönner CDU: Genau!)

bei einem Förderstau von 1 Milliarde € ins System gegeben. Wir haben – aus KIF-Mitteln, zugegeben – in diesem Jahr immerhin 45 Millionen € bereitgestellt. Sie können uns glauben: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Natürlich wissen wir, dass die Krankenhäuser Geld brauchen. Wir arbeiten daran.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber wir wissen auch, dass es nicht so sein kann, dass jeder Abgeordnete, jeder Landrat im Vorbeigehen sagt: „Da brauche ich noch ein Krankenhaus, da brauche ich noch etwas, und da brauche ich noch etwas.“ Am Schluss wurden viele Versprechungen gemacht, und wir haben überhaupt nicht überprüft, ob sie im Gesundheitsmarkt, auch in der Beziehung zur Grundversorgung und zur Pflichtversorgung notwendig sind. Auch dies müssen wir untersuchen.

Wir werden in der Erarbeitung der Kriterien einmal eine Landkarte entwerfen, auf der wir sehen, wo welche Angebote gemacht werden, damit wir eben nicht „kannibalisieren“ und nicht Regionen haben, in denen Krankenhausstandorte 10 km nebeneinander liegen und im Prinzip beide nicht mehr handlungsfähig sind.

Das größte Problem kommt nicht aus unserer Investitionstätigkeit. Das bestätigen uns auch z. B. die BWKG und andere Institutionen. Das größte Problem kommt daher, dass das Bundesgesundheitsministerium – schon unter Rösler – den versprochenen Orientierungswert und den Basisfallwert noch immer nicht so angehoben hat, dass dies für unsere Krankenhäuser im Betrieb und in den Personalkosten auskömmlich ist. Ihnen fehlen heuer 210 Millionen € für den Betrieb. Das können wir nie kompensieren. Da müssten Sie einmal – Sie sind doch in Berlin im Bundestag bzw. an der Regierung – an den Ball gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Die größte Tat, die wir in diesem Haushalt erbringen, ist, dass wir in der Psychiatriepolitik, bei der es um die sozial sichtbare Erkrankung geht, also darum, wie Krankheit sozial sichtbar wird, wie sie Menschen

in ihren sozialen, beruflichen und individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten einschränkt, Ihre damalige Kürzung zurücknehmen. Wir bringen ein Hilfesgesetz für psychisch Kranke auf den Weg – erste Fachanhörung über den LAK Psychiatrie in zweiter Runde.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben für eine Fraktionsanhörung am nächsten Montag, zu der ich Sie alle herzlich einlade,

(Abg. Tanja Gönner CDU: Sie sind aber früh dran mit der Einladung!)

wobei Sie gar keinen Platz mehr finden werden, 500 Anmeldungen, weil dieses Thema im Zentrum unseres Handelns steht. Denn jeder Dritte erkrankt einmal in seinem Leben behandlungswürdig, und das ist die Erkrankungsform, die die meisten sozialen und alltäglichen Bezüge hat. Dieses Thema kehren wir von unten nach oben. Ich glaube, ein solches Pfund hat die Sozialpolitik schon lange nicht mehr gebracht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Selbstverständlich modernisieren wir auch die stationäre Behandlung.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Denn sie profitiert von einer stärkeren Ambulantisierung, von stärkeren Verbänden von Leistungserbringungen.

Das Projekt „Gute und sichere Arbeit“ wurde gestern ausführlich debattiert. Ich glaube, dazu ist alles gesagt.

Zu guter Letzt noch ein Satz zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Es stimmt: Wir hätten gern einen Behindertenbeauftragten gehabt, der aus der eigenen Betroffenheit heraus agieren kann. Aber es gibt Situationen, in denen Vertrauensbeziehungen zu der Person in dieser neuen Stelle nötig sind. Der Kollege Hillebrand, der gerade nicht da ist, weiß, dass ich das nicht persönlich meine. Aber wir haben die Aufgabe institutionell höher angesiedelt. Allein die Tatsache, dass wir diesen unabhängigen Beauftragten haben, gibt einen großen Schwung.

Auch hier hatten wir eine Anhörung mit 300 Leuten. Teilhabe für Menschen mit Behinderungen, unser Behindertengleichstellungsgesetz und die Modernisierung des Heimgesetzes – das haben wir schon nach so kurzer Zeit arbeitsmäßig auf den Weg gebracht. Wir werden es in diesem Jahr einbringen und mit Ihnen darüber diskutieren.

Ich habe Ihre Anträge ohnehin so verstanden: Sie konnten substanziell nicht wirklich Kritik an uns üben. Somit haben Sie ein bisschen herumfuhrwerken müssen. Das ist aber nicht nötig. Denn die Richtung, die wir eingeschlagen haben, ist die, das Soziale, die Würde des Menschen in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken, den individuellen Hilfebedarf in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist uns gelungen. Da haben wir einen großen Wurf geschafft.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Sozialdemokraten arbeiten für ein soziales und solidarisches Baden-Württemberg. Wir wollen ein soziales Fundament, das tragfähig ist und das die Bürgergesellschaft, die darauf gründet, auch trägt. An dieser Tragkraft arbeiten, wie wir wissen, bei uns in Baden-Württemberg sehr viele mit: die Sozial- und Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften und nicht zuletzt eine Vielzahl ehrenamtlich engagierter Bürgerinnen und Bürger. Den vielen Frauen und Männern, die sich haupt- oder ehrenamtlich im Sozialbereich einbringen, sind wir sehr zu Dank verpflichtet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Für uns gilt es nun, politisch die Rahmenbedingungen zu schaffen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit dieses Fundament auch in Zukunft trägt. Ich denke, der Einzelplan 09 trägt dieser Aufgabe Rechnung, auch wenn er mit einem Volumen von 1,225 Milliarden € nur einen relativ bescheidenen Anteil von 3,2 % am gesamten Landeshaushalt beinhaltet.

Das Sozialministerium hat zu den erforderlichen Einsparmaßnahmen mit 11 Millionen € beigetragen und muss 2012 zusätzlich zur allgemeinen globalen Minderausgabe eine einzelplanspezifische Minderausgabe in Höhe von 3,6 Millionen € erwirtschaften. Das ist sicher nicht vernünftig. Umso mehr begrüßen wir, dass trotz begrenzter finanzieller Spielräume dennoch politische Schwerpunkte markiert und eine ganze Reihe von Vorhaben des Koalitionsvertrags in die Tat umgesetzt werden können. Dabei sind wir noch im ersten Jahr nach dem Regierungswechsel, Herr Klenk, und da ist einiges übrig geblieben, auch von unseren Wahlversprechen.

Wir legen z. B. einen Schwerpunkt auf seit Jahren fällige Verbesserungen der Finanzausstattung für Krankenhausinvestitionen. Nach einem 50 Millionen € schweren ersten Aufschlag im Vierten Nachtrag 2011 setzen wir auch 2012 zusätzlich 45 Millionen € fest, die für den Krankenhausbau dringend gebraucht werden. Wir wissen, dass wir damit einen ersten Schritt gehen, um den enormen Investitionsstau, den Sie uns hinterlassen haben, etwas abzubauen. Zugleich ist uns aber bewusst, dass wir in den nächsten Jahren noch erhebliche Anstrengungen brauchen, um den Investitionsstau zur Gänze abzubauen. Aber ein Anfang ist gemacht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das Sozialministerium leistet mit der Bereitstellung von 15 Millionen € für die Jugendsozialarbeit an Schulen einen Beitrag zum Pakt für Familien mit Kindern, den wir mit den Kommunen abgeschlossen haben. Dies ist ein wichtiger Beitrag aus dem Sozialetat für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Die Schulsozialarbeit wird damit gestärkt. Sie ist längst ein anerkannter und notwendiger Bestandteil im Schulsystem.

Deshalb, Herr Klenk und meine Damen und Herren von der CDU, gilt: SPD und Grüne sind verlässlich, wenn es um das Einhalten von Vereinbarungen geht. Wir haben den Kommu-

nen zugesagt, dass wir für die Schulsozialarbeit 15 Millionen € zur Verfügung stellen. Wenn wir 15 Millionen € zusagen, dann meinen wir nicht 13,8 Millionen € oder 14 Millionen €, wie Sie nach Ihrer Nachbesserung vorschlagen. Nein, wir meinen 15 Millionen €. Deshalb ist Ihr Antrag, die Zuweisungen für die Schulsozialarbeit um 1 Million € zu kürzen, nicht nur ein relativ fantasieloser Vorschlag, um die erforderlichen Deckungsmittel für allerhand Finanzanträge zu erhalten, sondern auch ein Angriff auf eine geschlossene Vereinbarung und damit auf die Städte und Gemeinden im Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja! Genau!)

Mit solch einer kommunalfeindlichen Politik werden Sie sich keine Freunde schaffen. Wir sind ein verlässlicher Partner der Kommunen. Die Bereitstellung von 315 Millionen € für den Ausbau der Kleinkindbetreuung ist dafür ein schlagkräftiges Argument. Mit der ehemaligen Landesregierung wäre die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen U-3-Platz sicher nicht bis zu dem Zeitpunkt, zu dem wir diesen brauchen, möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Peter Hauk CDU: Hypothesen! Wir sprechen über Tatsachen und nicht über Hypothesen!)

Eine besondere Herausforderung stellt für uns in den kommenden Jahren die Demografie dar. Gott sei Dank dürfen wir alle immer älter werden, erleben hoffentlich viele Jahre bei guter Gesundheit, aber immer mehr Menschen sind im hohen Alter vorübergehend oder auch dauerhaft pflegebedürftig. Wir sind froh, dass unsere Sozialministerin der Gesundheit und der Pflege eine hohe Aufmerksamkeit schenkt. Das ist ihr nicht nur ein Herzensanliegen. Maßnahmen im Vor- und Umfeld der Pflege und zur Verbesserung der Pflegedienstleistungen sind ihr und uns auch etwas wert.

Deshalb begrüßen wir, dass 800 000 € mehr zur Umsetzung von Maßnahmen für an Demenz erkrankte Menschen veranschlagt sind. Das ist ein deutliches Signal, um den Auf- und Ausbau neuer Betreuungsangebote für an Demenz erkrankte Menschen zu erleichtern.

Wir unterstützen die Frau Ministerin ausdrücklich bei ihrem Vorhaben, die Attraktivität der Pflege und von Pflegeberufen zu verbessern. Darüber sind wir froh.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Einen deutlichen Haushaltsakzent mit Landesmitteln in Höhe von immerhin 5 Millionen € setzt der Einzelplan 09 mit dem Konzept „Gute und sichere Arbeit“. Das für die Arbeitsmarktpolitik zuständige Ministerium steigt nach jahrelanger Abstinenz endlich wieder in dieses Handlungsfeld ein. Unsere Ministerin haucht der Arbeitsmarktpolitik des Landes sozusagen neuen Atem ein. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit dem für die Größe der Aufgabe sicherlich bescheidenen Landesanteil von 5 Millionen € und zusätzlich 5 Millionen € aus dem Europäischen Sozialfonds können wir arbeitsmarktpolitische Impulse setzen, die von vielen Arbeitsmarkt- und

(Rainer Hinderer)

Sozialpartnern sowie insbesondere von den betroffenen Menschen lang und sehnlich erwartet wurden.

Wir sorgen dafür, dass mehr benachteiligte junge Menschen eine Ausbildung machen können. Niemand soll verloren gehen. Wir sorgen dafür, dass auch arbeitsmarktferne Personen nicht den Anschluss an Beschäftigung und den Arbeitsmarkt verlieren. Mit Blick auf den wachsenden Fachkräftebedarf ist dies ein Gebot der Stunde.

Wir sind froh, dass die FDP/DVP – vielleicht auch dank der gestrigen Debatte – ihren Antrag zur Streichung des Arbeitsmarktprogramms nicht aufrechterhält. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nun noch einige Anmerkungen zu den Anträgen der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE. Der zunehmenden Bedeutung der Inklusion tragen wir nicht nur mit einem Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Rechnung, sondern auch mit zusätzlichen Finanzmitteln – u. a. mit einer neuen Titelgruppe im Haushalt mit einer Finanzausstattung von immerhin 240 000 € für verschiedene Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

In den vergangenen Haushaltsberatungen hat die SPD immer wieder den Ausbau des freiwilligen sozialen Jahres gefordert. Deshalb tun wir gerade mit Blick auf den doppelten Abiturjahrgang in diesem Jahr sehr gut daran, zusätzlich 300 Plätze zu fördern, indem wir dafür die Mittel bereitstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine Vorgängerin im Amt des sozialpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Ulla Haußmann, hat beharrlich für eine bessere Mittelausstattung der Aidshilfe gekämpft – leider bisher ohne Erfolg. Seit 1995 wurden hier die Zuschüsse nicht mehr angepasst. Ulla wird sich deshalb freuen, wenn die neue Mehrheit hier in dieser Runde heute die Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung von Aids um 30 000 € aufstockt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Gleiches gilt für dringend erforderliche Anpassungen der Mittel für den Kinderschutzbund oder für den Fonds für Opfer von Menschenhandel. Hier setzen wir Zeichen für die Schwächsten der Schwachen und lindern die Not dort, wo sie am größten ist.

Wenn wir im Bereich des Kinderschutzes den Ansatz etwas zurückfahren, Herr Klenk, dann hat das einzig und allein damit zu tun, dass wir vom Bund zusätzliche Mittel für die Frühen Hilfen erwarten. Das ist ein Programm, das 2011 ausgelaufen ist und das jetzt Gott sei Dank mit Bundesmitteln ersetzt wird.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Gute Bundesregierung!)

Wir wollen auch nach der Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes im Bund mit dem Landeskindererschutzgesetz die verbindliche Zusammenarbeit vor Ort ausbauen. Die verbindliche Zusammenarbeit vor Ort ist ein Thema, gegen das Sie sich lange und immer wieder gewehrt haben.

Frauenpolitische Vorkämpferinnen in unserer Fraktion haben sich unermüdlich für eine bessere Frauen- und Gleichstellungspolitik eingesetzt. Eine solche braucht auch angemessene Strukturen.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Deshalb werden wir die Fördermittel für den Landesfrauenrat und für die LAG Mädchenpolitik erhöhen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit Blick auf die Krankenhausinvestitionen habe ich meine Rede begonnen. Mit dem Thema Gesundheit möchte ich auch schließen. Kollege Lucha ist schon auf die Rücknahme schwarzelegener Kahlschlagpolitik bei der Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste eingegangen. Mit dem neuen Landespsychiatriegesetz werden wir Zuständigkeiten und Mittelströme in der psychiatrischen Versorgung neu definieren und verbessern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei der Umsetzung einer grün-roten Gesundheitsstrategie ist der Gesundheitsdialog ein Schlüsselbegriff. Mit allen Akteuren im Gesundheitsbereich werden wir gemeinsam Bedarf und Planung einer modernen und zukunftssicheren Gesundheitsversorgung – stationär und ambulant – und alles, was dazwischen an verbesserter Vernetzung denkbar ist, erörtern. Für diesen Dialog stellen wir zusätzlich 240 000 € zur Verfügung.

Gesundheit und soziale Sicherheit für alle Menschen in Baden-Württemberg unabhängig von der Größe ihres Geldbeutels oder ihres Bankdepots sind uns, Sozialdemokraten und Grünen, ein wichtiges Anliegen. Dafür stehen wir, und dafür bietet der Einzelplan 09 eine ordentliche Basis.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, die an der Planerstellung beteiligt waren, stellvertretend heute unserer Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Altpeter hat im Vorwort des Berichts zum Haushaltsplan des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren treffend beschrieben, dass die Themenfelder, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums bearbeiten, die Menschen im Land „von der Wiege bis zur Bahre“ begleiten und in allen Lebenslagen berühren und betreffen.

Die Gunst der einmaligen Haushaltslage wurde von Grün-Rot aber nur in Teilbereichen genutzt. Erstes Beispiel für den Zauber des Anfangs, aber auch schon für die Mühen der Ebene und des Gehörtwerdens ist die Krankenhausfinanzierung. Herr Lucha und Herr Hinderer haben es ausgeführt. Sie haben dank der guten Haushaltslage – 2,5 Milliarden € mehr Steuerein-

(Jochen Haußmann)

nahmen im Jahr 2011 – die Haushaltsmittel für die Krankenhausfinanzierung im Jahr 2011 um 50 Millionen € angehoben. Sie haben jetzt den Haushaltsplanansatz in diesem Bereich um 3 % auf 370 Millionen € zurückgenommen und haben – Sie haben es angesprochen, Herr Kollege Lucha – eine Verrechnung mit dem Kommunalen Investitionsfonds über 45 Millionen € vorgenommen.

Dies wäre nicht zu kritisieren, wenn man nicht in Ihr Wahlprogramm hineinschauen würde. Im Wahlprogramm der SPD ist eine Verdopplung der Investitionsmittel im Krankenhausbereich und im Wahlprogramm der Grünen eine Erhöhung dieser Mittel um mindestens 600 Millionen € vorgesehen. Da haben wir natürlich schon die Frage: Was machen wir, wenn die Steuereinnahmen wieder auf ein anderes Niveau zurückgehen? Denn ich glaube nicht, dass die Steuereinnahmen auf dem jetzigen Volumen bleiben. Da haben Sie einen sehr hohen Anspruch. Da müssen Sie zeigen, ob Sie Ihr Wahlversprechen eingehalten haben oder ob es dann heißt: Versprochen – gebrochen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Der deutlich verminderte Mittelansatz beim Landeserziehungsgeld trägt dem Umstand Rechnung, dass es das grün-rote Landeserziehungsgeld nur noch für Grundsicherungsempfänger geben soll. Hier wird systemwidrig die Anrechenbarkeit des Bundeselterngelds auf die Grundsicherung umgangen. Wir plädieren hier dafür, die für das Landeserziehungsgeld vorgesehenen Mittel in Betreuungs- und Bildungsangebote zu investieren, wie es im Übrigen die Grünen in ihrem Wahlprogramm in ähnlicher Form auch aufgeführt hatten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Darin steht viel!)

Der Sozialhaushalt enthält insbesondere in den Bereichen „Hilfen für behinderte Menschen“, „Wohlfahrtspflege und bürgerschaftliches Engagement“, „Jugend- und Familienhilfe“, „Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern“ sowie Gesundheitspflege erhebliche Zuwendungen an Dritte sowie für Projekte. Die Produktinformationen für diese Mittel für Dienstleistungen Dritter müssen dringend überarbeitet werden, da die meisten Kennzahlen nicht zielführend sind.

Darüber hinaus brauchen wir ein echtes Controlling im Sinne einer Aufgabenkritik, um eine bessere Vernetzung der Leistungen zu erreichen. Wir möchten uns hier ausdrücklich für das umfangreiche Engagement der vielen Organisationen bedanken. Gerade für Mittelserhöhungen bedarf es aber nachvollziehbarer Prozesse und nicht Mittelzuwendungen als ein Akt der Gefälligkeitspolitik. Grün-Rot gibt z. B. im Bereich der Familienhilfe dem Kinderschutzbund 20 000 € mehr mit der Begründung, seit Jahren gebe es eine unveränderte Förderung, jetzt solle die Arbeit gewürdigt werden,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mehr Aufgaben! Aufgabenzuwachs!)

obwohl beispielsweise das Mütterforum Baden-Württemberg e. V., Herr Kollege Schmiedel, auch eine Mittelserhöhung beantragt, aber keine Mittelserhöhung erhalten hat. Das meine

ich im Sinne der Aufgabenkritik: diese sinnvollen Dinge stärker zu vernetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir unterstützen ausdrücklich den Antrag der Regierungsfractionen, dem Landesfrauenrat anlässlich des 60-Jahr-Jubiläums 18 200 € zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Wir begrüßen auch den Antrag auf Mittelserhöhung im Bereich des freiwilligen sozialen Jahres um 150 000 €.

Im Folgenden möchte ich auf einige Änderungsanträge eingehen:

Über die Streichung der Mittel für das Landesarbeitsmarktprogramm haben wir gestern diskutiert. Deswegen möchte ich auf weitere Ausführungen hierzu verzichten. Dennoch bin ich gespannt, wie Sie mit dem handwerklichen Fehler, dem Fehlen einer Verpflichtungsermächtigung, umgehen. Da bedarf es, denke ich, noch der Korrektur. Da reden wir über einen Betrag im zweistelligen Millionenbereich.

Selbsthilfeförderung: Für die Selbsthilfegruppen und deren Verbände auf dem Gebiet der Behindertenhilfe hatten wir eine Erhöhung der Zuschüsse um 10 % beantragt. Dies wurde mit dem Hinweis auf die Haushaltskonsolidierung abgelehnt. Lediglich 10 000 € für den Landesverband der Gehörlosen zur Deckung der gestiegenen Kosten für Gebärdensprachdolmetscher wurden durch Annahme des Antrags der Regierungsfractionen freigegeben. An anderer Stelle scheint die strenge Haushaltsdisziplin aber nicht zu gelten, z. B. im Rahmen der Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion mit einem Volumen in Höhe von 240 000 €. Der Behindertenbeauftragte, dessen Budget ebenfalls um 20 % erhöht wurde, wird also erhebliche Mittel zur Verfügung haben, um im Land wirken zu können.

Des Weiteren hat man bei der Jugendhilfe zusätzlich 40 000 € für die Zielgruppe der Migranten, für ihre Integration durch soziale Gruppenarbeit zur Stabilisierung gefährdeter Jugendlicher nachträglich bewilligt. Dies wäre unserer Meinung nach im Sinne der Haushaltsklarheit eine originäre Aufgabe des Integrationsministeriums.

Jugendhilfe: Unsere Forderung nach einer Koordinierungsstelle auf Landesebene wurde abgelehnt. Das ist Beispiel 2 für den Zauber des Anfangs, aber auch schon für die Mühen der Ebene und des Gehörtwerdens. Die Stellungnahme des Landesjugendrings zum 44. Landesjugendplan spricht für sich. Ich zitiere aus dem Brief der Vorsitzenden Isabel Hoever – mit Einverständnis des Präsidenten –:

Für den Landesjugendring und in Abstimmung mit den Landesorganisationen für Kinder- und Jugendarbeit brachte ich in meiner Stellungnahme unsere große Enttäuschung über den vorgelegten Entwurf zum Ausdruck.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Große Enttäuschung!)

Dieser greift die im Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung angekündigten Verbesserungen nicht auf.

– Hört, hört.

(Jochen Haußmann)

Altenhilfe: Ein bemerkenswerter Vorgang ist der Antrag der Regierungsfractionen auf Bereitstellung von 50 000 € unter Titelgruppe 71 – Förderung in der Altenhilfe – für eine Fachveranstaltung zum Thema „Mobilität und Partizipation älterer Menschen“. Der Kongress soll sich um Themen wie Barrierefreiheit, „Partizipation im Straßenverkehr“ und „Nutzung des ÖPNV“ drehen. Da macht das Sozialministerium dem Verkehrsministerium mobile Konkurrenz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist unnötig!)

Nachdem heute im Haushalt des Verkehrsministeriums wahrscheinlich noch einmal vier weitere Stellen für die nachhaltige Mobilität genehmigt werden – wir werden sie nicht genehmigen, aber die Regierungskoalition wird sie wohl genehmigen – und dort dann 13 Stellen für nachhaltige Mobilität zur Verfügung stehen,

(Abg. Felix Schreiner CDU: 13! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das wurde Ihnen schon im Ausschuss erklärt!)

ist es doch erstaunlich, dass dieser Kongress nicht vom Verkehrsministerium organisiert werden kann.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sie haben nicht zugehört! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Gesundheitspflege: Ebenfalls in der Rubrik „Gefälligkeitspolitik“ ist der Antrag der Regierungsfractionen auf Bereitstellung von 240 000 € für die Entwicklung von Dialogprozessen und die Schaffung von Partizipationsstrukturen für Bürgerinnen und Bürger zur Umsetzung des Gesundheitsdialogs zu sehen. Es gibt bereits heute die regionalen Gesundheitskonferenzen und ein Pendant auf Landesebene. Wir wollen wissen, wo hier der konkrete Mehrwert liegen soll und was im Einzelnen mit den Steuermitteln finanziert werden soll.

Auch bei der Erhöhung der Mittel für die Aidshilfe um 30 000 € auf nun 480 000 € – Kollege Hinderer hat es ausgeführt – wirft sich die Frage der Notwendigkeit auf, da im Ausschuss auf unsere Nachfrage keine sachliche Begründung für die Erhöhung geliefert wurde.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Überhaupt keine Begründung!)

Unser Antrag auf Erhöhung der Mittel bei den Beratungsstellen gegen Menschenhandel um 105 000 € war zwar nicht mehrheitsfähig. Zumindest haben die Regierungsfractionen aber eine Erhöhung der Mittel um 45 000 € beschlossen. Hinsichtlich der sexuellen Ausbeutung gilt es zu beachten, dass gerade die externen Pflegekräfte vor Ort im privaten Bereich oft in prekären Situationen arbeiten.

Der Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Sozialpsychiatrischen Dienste um 2 Millionen € ist uns nicht hinreichend begründet und kommt zu früh. Zuerst wollen wir die Vorlage eines vernünftigen Konzepts und des angekündigten Landespsychiatriegesetzes. Dann könnte man durchaus im Rahmen eines Nachtragshaushalts fundiert darüber diskutieren.

Insgesamt beinhalten der Haushaltsplan und die Regierungsentwürfe selektive Begünstigungen, die ein Gesamtkonzept

vermissen lassen. Das Vorgehen im Bereich der Krankenhausfinanzierung ist für Sie höchst peinlich. Genau wie im Straßenbau und bei den Beamten gilt auch hier: Vor der Wahl große Sprüche klopfen und danach kassieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau so!)

Ausdrücklich Dank sagen möchten wir für die im Regelfall umfangreiche und gute Beantwortung unserer Anfragen und Anträge durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Frau Sozialministerin Altpeter.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Jetzt sind wir gespannt!)

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Das denke ich mir. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt des Sozialministeriums für das Jahr 2012, der Ihnen heute vorliegt, umfasst Gesamtausgaben in Höhe von rund 1,2 Milliarden €.

Ich möchte voranstellen und deutlich sagen: Das ist gut angelegtes Geld. Denn mit diesen Haushaltsmitteln leisten wir einen Beitrag zur sozialen Sicherheit und ermöglichen vielen benachteiligten Menschen die soziale Teilhabe. Mit diesen Haushaltsmitteln gestalten wir die Rahmenbedingungen in unserem Land so, dass Menschen ihren Platz in der Gemeinschaft finden und dass sie sich entfalten können; denn viele Menschen brauchen unsere Hilfe bei Krankheit, Bedürftigkeit, in sozialen Notlagen, in ihrer familiären Situation, bei Arbeitslosigkeit, bei Ausgrenzung, bei Behinderung oder im Fall von Diskriminierung gleich welcher Art.

Um dies zu gewährleisten, setzt der Sozialhaushalt neue sozialpolitische Akzente, die ich im Folgenden näher ausführen werde. Er baut aber selbstverständlich auch auf den Haushalten auf, die von der früheren CDU-FDP/DVP-Landesregierung verantwortet worden sind. Der Wechsel gehört zum Wesen der Demokratie. Zum Wesen der Demokratie gehören aber auch der Wettstreit der Ideen und der Wettbewerb um die besseren Lösungen. Deshalb darf es nicht verwundern, dass die neue Landesregierung neue Schwerpunkte setzt.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass wir in den Bereichen, in denen dies richtig und sinnvoll ist, das fortsetzen, was von der früheren Landesregierung begonnen wurde. Ich darf mich deshalb an dieser Stelle bei meiner Amtsvorgängerin für ihre Arbeit als Sozialministerin bedanken.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemäß dem Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren haben wir im Sozialhaushalt eine Menge Geld in die Hand genommen, um neue sozialpolitische Schwerpunkte zu setzen und um Ver-

(Ministerin Katrin Altpeter)

säumnisse der vorherigen Regierung zu korrigieren. Vor allem mit dem Konzept „Gute und sichere Arbeit“, mit dem Einstieg des Landes in die Schulsozialarbeit und mit der Erhöhung der Fördermittel bei den Krankenhausinvestitionen wollen wir neue sozialpolitische Akzente in einem Gesamtumfang von 70 Millionen € setzen.

Die Landesregierung verfolgt aber auch im Sozialhaushalt konsequent den nicht ganz einfachen Weg zwischen Konsolidieren und Investieren. Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, den natürlich auch der Sozialhaushalt zu leisten hat, haben wir Einsparungen in Höhe von 11 Millionen € erbracht.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei den Abgeordneten dieses Hauses, die uns dabei unterstützt haben. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass uns teilweise auch Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen bei der Beratung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft unterstützt haben. Das hat mich sehr gefreut. Das hat uns auch gezeigt, dass sich die Sozialpolitiker aller Fraktionen manchmal näher sind als die Politiker anderer Ressorts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich nun zu den Schwerpunkten des Haushalts kommen. Wir haben die neue Legislaturperiode mit dem Anspruch begonnen, Baden-Württemberg zu einem Musterland guter Arbeit zu machen. Dieses Ziel verfolgen wir mit Nachdruck.

So haben wir uns bereits im Dezember 2011 mit einer entsprechenden Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn starkgemacht. Ebenfalls im Dezember letzten Jahres haben wir eine Fachkräfteallianz geschlossen, mit der wir zusammen mit den entscheidenden Partnern dafür sorgen werden, dass Baden-Württemberg die guten Köpfe nicht ausgehen.

Ich denke, Baden-Württemberg nimmt mit solchen Maßnahmen eine Vorreiterrolle ein. An diese ersten Maßnahmen knüpfen wir mit unserem Konzept „Gute und sichere Arbeit“ an; denn wir eröffnen den benachteiligten Menschen mit einem Bündel von bundes- und landespolitischen Maßnahmen bessere Chancen für eine dauerhafte Beschäftigung. Das gilt erst recht, nachdem der Bund bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten bis 2015 um 8 Milliarden € kürzen will.

Zwar können wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Kahlschlag bei Weitem nicht durch Landesmittel wettmachen, aber wir brauchen neue Ideen, neue Konzepte und gelegentlich auch unkonventionelle Ansätze, wenn es darum geht, Menschen mit besonderen Schwierigkeiten in Arbeit zu bringen.

(Die Rednerin unterbricht ihre Ausführungen. –
Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch reicht ihr ein Bonbon. – Beifall)

– Danke schön, das ist sehr freundlich.

(Zurufe, u. a.: Super!)

– Soforthilfe!

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Die sind alle vom
Fach! Sozialarbeiterin!)

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, steigen wir im Rahmen unseres neuen Konzepts „Gute und sichere Arbeit“ auch wieder mit Landesmitteln in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein. Allein dafür investieren wir 10 Millionen €, die Hälfte davon aus dem Landeshaushalt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Punkt, auf den ich heute zu sprechen kommen will, ist die Schulsozialarbeit. Nach dem Rahmenvertrag der Landesregierung mit den kommunalen Landesverbänden zum Pakt für Familien mit Kindern vom 1. Dezember 2011 beteiligt sich das Land ab diesem Jahr zu einem Drittel an den Kosten der Schulsozialarbeit, und das bis zu einer Obergrenze von 15 Millionen € jährlich. Dabei fördert das Land sowohl die vorhandenen rund 700 Stellen als auch jede neue Stelle für Jugendsozialarbeit an Schulen.

Auch die Gemeinschaftsschulen – dies sei an dieser Stelle noch einmal gesagt – erhalten selbstverständlich eine entsprechende Drittelfinanzierung für die Schulsozialarbeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit dem Einstieg des Landes wird der Ausbau der Schulsozialarbeit somit weiter voranschreiten, und das ist ein guter Schritt. Es ist ein wichtiger Schritt, denn die Schulsozialarbeit leistet wertvolle Unterstützung im Rahmen des Bildungs- und des Erziehungsauftrags der Schule, und sie hat positive Auswirkungen auf das Schulleben insgesamt.

Mit dem differenzierten Instrumentarium der Schulsozialarbeit, die auch Eltern erreicht und einbindet, können somit soziale Benachteiligungen ausgeglichen und individuelle Problemlagen besser bewältigt werden. Schulsozialarbeit trägt also zur Stabilisierung des Schulerfolgs, zur Eingliederung in die Arbeitswelt und zur gesellschaftlichen Integration bei.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einiges zum „Bündnis für die Jugend“ sagen, weil es angesprochen wurde.

(Abg. Tobias Wald CDU: Bitte!)

Wir sind im Moment dabei, zusammen mit den Akteuren das „Bündnis für die Jugend“ in einem „Zukunftsplan Jugend“ neu aufzustellen, der neben der finanziellen Ausstattung der Jugendverbandsarbeit auch inhaltliche Komponenten umfassen soll. Dies ist, finde ich, sehr wichtig, weil es bei einem Zukunftsplan für die Jugend nicht nur darum gehen kann, die finanziellen Rahmenbedingungen festzuzurren, sondern auch darum gehen muss, die inhaltlichen Perspektiven festzulegen. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, uns die Zeit zu nehmen, die inhaltlichen Perspektiven wirklich festzulegen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, den „Zukunftsplan Jugend“ in diesem Jahr zu unterschreiben, und dann wird sich das auch erst in den kommenden Jahren im Haushalt niederschlagen können. Bis dahin bleibt für das „Bündnis für die Jugend“ alles unverändert. Das bedeutet entgegen Ihren Prophezeiungen: Es gibt in diesem Bereich keine Verschlechterung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einige Worte zu den Krankenhausinvestitionen sagen. Die Si-

(Ministerin Katrin Altpeter)

cherung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Krankenhausversorgung im Land ist uns ein weiteres wichtiges Anliegen. Wir müssen hier Schritt für Schritt die Versäumnisse der früheren Landesregierung aufholen. Denn Sie können jetzt kritisieren, wie Sie wollen, dass wir die angedachte Summe noch nicht im ersten Jahr erreichen, aber Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die frühere Landesregierung über viele Jahre hinweg nicht in ausreichendem Umfang Haushaltsmittel für den Krankenhausneubau zur Verfügung gestellt hat. Die Folgen sind bekannt. Es besteht ein Antragsstau in Höhe von derzeit noch rund 1 Milliarde €, den es zu überwinden gilt. Da möchte ich ausdrücklich sagen: Diesen Antragsstau haben nicht wir verursacht. Wir sind gehalten, diesen Antragsstau abzubauen, und das bei gleichzeitiger Strukturänderung in den Krankenhäusern insgesamt.

Deshalb haben wir bereits im vergangenen Jahr durch den Vierten Nachtragshaushalt 2011 die Mittel für den Krankenhausbau aufgestockt. Wir schreiben die Erhöhung auch im Jahr 2012 fort und halten somit an der dualen Krankenhausfinanzierung fest,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

auch mit der Folge, dass die Krankenhäuser weiterhin mit der Förderung ihrer Investitionskosten auf entsprechend hohem Niveau durch das Land rechnen können. Denn – das sei jetzt auch gesagt – ohne Landeszuschuss für die Krankenhausinvestitionen gäbe es in Baden-Württemberg wohl kaum größere Krankenhausprojekte, und gerade diese sind bei der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen sehr wichtig. Wer in andere Bundesländer schaut, die die duale Finanzierung und Förderung aufgegeben haben, der sieht, welche Erfahrungen dort gemacht werden. Deshalb sind die insgesamt 370 Millionen €, die wir für die Krankenhäuser in kommunaler, in freigemeinnütziger und in privater Trägerschaft ausgeben, gut angelegtes Geld.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich kann durchaus nachvollziehen, dass aus der Sicht der Krankenhäuser eine weitere Erhöhung der Investitionsmittel wünschenswert gewesen wäre. Allerdings möchte ich hier auch sagen, dass die Probleme in der Krankenhausfinanzierung insgesamt nicht nur daran liegen, dass möglicherweise die Investitionsmittel noch nicht völlig ausreichend sind, sondern vor allem auch durch bundespolitische Maßnahmen und Gesetzgebungen, die die von Ihren Parteien getragene Bundesregierung zu verantworten hat, begründet sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Bravo!)

Wenn Sie jetzt beklagen, dass wir die Mittel für das Haushaltsjahr 2012 aus dem KIF nehmen, dann halte ich das aus der Sicht der Krankenhäuser, vielleicht auch noch aus der Sicht der Kommunen, für teilweise nachvollziehbar; wenn Sie dies aber beklagen, dann, würde ich sagen, verschließen Sie die Augen vor Ihren eigenen Taten in der Vergangenheit. Denn Sie haben es während Ihrer Regierungszeit nie – in keinem einzigem Jahr – anders gemacht. Sie haben die Mittel immer aus dem KIF genommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie haben es aber anders versprochen!)

Meine Damen und Herren, mit diesen drei eben angesprochenen Schwerpunkten – dem Programm „Gute und sichere Arbeit“, dem Einstieg in die Schulsozialarbeit und der Erhöhung der Krankenhausförderung – ist ein Finanzvolumen von zusätzlich 70 Millionen € verbunden. Wir machen mit dieser Schwerpunktsetzung deutlich, dass soziale Gerechtigkeit eines unserer Kernanliegen ist.

Unser Ziel ist es, soziale Sicherheit und soziale Teilhabe für alle Menschen möglich zu machen. Da muss ich Ihnen schon sagen, dass Sie, die Vorgängerregierung, dieses Ziel jahrelang vernachlässigt haben. Es gab jahrelang Kürzungen, die die Chancen benachteiligter Menschen auf soziale Teilhabe in unserem Land noch weiter verschlechtert haben.

Ich darf einige Beispiele nennen: Im Jahr 2002 erfolgte die komplette Streichung der Arbeitsmarktprogramme. Wir sateln jetzt 10 Millionen € drauf.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Wir setzen weitere neue Schwerpunkte in anderen Bereichen. Wir führen die Förderung der Schulsozialarbeit wieder ein; Sie haben sie im Jahr 2005/2006 gänzlich gestrichen. Sie haben mit dem Nachtrag im Jahr 2003 auch die Mittel für die Sozialpsychiatrischen Dienste zusammengestrichen.

Jetzt noch ein Wort zum Landeserziehungsgeld. Ich meine, es ist schon eine Ironie der Geschichte, wenn Sie sich heute hier hinstellen und sagen: „Wir wollen das Landeserziehungsgeld in der alten Form weiterführen.“ Ich erinnere mich an zehn Jahre parlamentarische Tätigkeit, in denen kein Jahr vergangen ist, in dem nicht von irgendeiner Seite, oft auch von Ihrer Fraktion, Herr Haußmann, der Wunsch kam, das Landeserziehungsgeld zu streichen, weil es immer Begehrlichkeiten gab, die entsprechenden Mittel in anderen Bereichen einzusetzen.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Vor allem von der FDP!)

Wir waren und sind gezwungen, beim Landeserziehungsgeld Änderungen vorzunehmen, weil es Beziehen von SGB-II-Leistungen durch die Anrechenbarkeit auf sogenannte Hartz-IV-Leistungen, die die schwarz-gelbe Bundesregierung beschlossen hat, nicht mehr möglich ist, das Bundeselterngeld zu beziehen.

Deshalb war es notwendig, das Landeserziehungsgeld umzubauen, denn wir meinen: Wenn es Hilfen gibt, die wir diesen bedürftigen Eltern zur Verfügung stellen, dann müssen diese Hilfen im ersten Jahr greifen, dann, wenn die größten Investitionen für ein Kind zu tätigen sind, und nicht erst im zweiten Jahr.

Wir verlängern die Dauer des Bezugs des Landeserziehungsgelds von zehn auf zwölf Monate. Ich denke, bei allem ist es doch ein Umbau, der denen gerecht wird, die dieses Geld am nötigsten brauchen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Bedarfsgerecht!)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zur Pflegepolitik sagen. Ich denke, ich brauche auf die demografische Entwicklung und auf die Zunahme der Pflegebedürftigkeit in den kommenden Jahren nicht mehr besonders einzugehen. Das alles ist uns in diesem Haus klar. Umso bedauerlicher ist es, dass auf die Ankündigung des Bundesgesundheitsministers, 2011 zum „Jahr der Pflege“ auf Bundesebene zu machen, nahezu nichts passiert ist außer einem kleinen „Reförmchen“, das damit endet, dass es künftig etwas über 2 € für Demenzzranke gibt.

Dem, was uns in der Zukunft bevorsteht, wird dies in keiner Weise gerecht. Denn wir wissen, dass wir, wenn wir an die Pflege der Zukunft denken, noch viel stärker mit dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ rechnen müssen, den Grundsatz „ambulant vor stationär“ noch viel stärker ausbauen müssen und Maßnahmen im Vor- und Umfeld von Pflege weiter ausbauen müssen. Um das alles zu erreichen, gewinnen die Maßnahmen im Vor- und Umfeld von Pflegebedürftigkeit immer mehr an Bedeutung.

Es freut mich daher, dass es uns gelungen ist, die Mittel in diesem Bereich um 800 000 € aufzustocken

(Unruhe)

– Frau Präsidentin, würden Sie bitte für Ruhe sorgen? –, ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu laut.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: ... damit wir beim Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Angeboten zur Betreuung von Demenzzranken im häuslichen Umfeld weiterkommen. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen können, einen wesentlichen Teil dazu beitragen können, die hilfe- und pflegebedürftigen Menschen bei ihrer eigenen Lebensgestaltung zu unterstützen.

Wenn ich beim Thema Pflege bin, will ich noch einige Worte zu den Mehrgenerationenhäusern sagen, weil Sie, Herr Klenk, sie angesprochen haben. Wir hätten die Mehrgenerationenhäuser gern weiter gefördert, aber wenn der Bund aus der Förderung aussteigt,

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

kann das Land nicht ohne Weiteres in die Förderung einsteigen. Sie können nicht das, was Sie auf der einen Seite kritisieren, bei einem anderen Thema wieder einfordern. Entweder ich bin stringent dagegen, oder ich bin dafür – eines von beiden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Tanja Gönner CDU: Andere Schwerpunktsetzung!)

Zweiter Punkt: Pflegestützpunkte. Bis jetzt gibt es in 42 der 44 Stadt- und Landkreise Pflegestützpunkte. In zwei Landkreisen fehlen sie noch. Das wird oft auch mit den Widerständen begründet, die es vor Ort gibt. Ich möchte Sie auffordern, gemeinsam mit uns daran zu arbeiten, dass es uns im ersten Schritt gelingt, in allen Stadt- und Landkreisen Pflegestützpunkte zu etablieren. Wir werden die Arbeit der Pflegestütz-

punkte im Jahr 2012 evaluieren. Eines scheint sicher zu sein: Der Bedarf an Beratung wird sich nicht verringern, sondern er wird sich erhöhen. Da wird das Land auch in Zukunft gefordert sein.

Weiter haben Sie, lieber Kollege Klenk, in zeitlicher Hinsicht eine Ankündigung „Eckpunkte Landesheimgesetz“ eingefordert. Da bleibe ich bei meiner Aussage vom Herbst 2011: erstes Quartal 2012. Dieses Quartal läuft ja noch ein bisschen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt muss ich noch einige Worte zu der Frage des Behindertenbeauftragten sagen, weil auch dieses Thema angesprochen wurde. Es wurde erstens bemängelt, dass der Behindertenbeauftragte nicht behindert sei. Ich würde einmal so sagen: Jeder von uns läuft vielleicht ohne sichtbare Handicaps herum. Das bedeutet aber noch nicht, dass er nicht welche hat.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche haben Sie denn?)

Nächster Punkt: Für uns war es wichtig, dass der Landesbehindertenbeauftragte fachlich qualifiziert und unabhängig ist. Deswegen ist er auch nicht ein Beauftragter des Sozialministeriums, sondern er ist in seiner Tätigkeit unabhängig. Da muss ich sagen: Anstatt zu kritisieren, dass er nicht behindert ist, wäre es vielleicht auch einmal überdenkenswert, wie Sie es in der Zeit gehandhabt haben, in der Sie die Landesregierung gestellt haben. Da war die Wahrnehmung der Aufgaben des Landesbehindertenbeauftragten ein Job, den ein hauptamtlich tätiger Staatssekretär nebenher erfüllt hat. Das kann zumindest so, wie Sie das heute inhaltlich begründen,

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Ein Handicap!)

ein großes Handicap sein – genau, vielen Dank.

(Beifall des Abg. Florian Wahl SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Punkt möchte ich noch ansprechen. Die kalte Jahreszeit bringt mich zu einem weiteren Schwerpunkt. Derzeit erfrieren in ganz Europa Menschen. Davon sind wir Gott sei Dank verschont geblieben. Das liegt sicherlich auch an unseren gut funktionierenden Hilfesystemen. Doch wir haben nicht überall im Land passende Angebote für wohnungslose Menschen. Da gilt es zu helfen. Deshalb haben wir für die Investitionsförderung in der Gefährdetenhilfe eine Erhöhung der Fördermittel von bislang einer halben Million auf 2 Millionen € vorgesehen.

Wir haben dabei besonders Regionen im Auge, die bisher keine oder nur wenig Angebote für Wohnungslose zur Verfügung stellen. Dabei ist es uns wichtig, das bestehende Förderkonzept neu auszurichten, natürlich im Dialog mit den Kommunen und der Wohlfahrtspflege. Ich denke, dass wir für wohnungslose Menschen in ihrer schwierigen Situation einiges tun können und damit auch einiges zum Besseren wenden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte noch ganz viele Themenbereiche ansprechen. Denn in der Tat ist es so, dass das Sozialministerium für alle Lebenssituationen zuständig ist,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Von der Wiege bis zur Bahre!)

(Ministerin Katrin Altpeter)

von der Schwangerschaftskonfliktberatung bis hin zur Friedhofsordnung. Ich denke aber, alle diese Themenbereiche anzusprechen würde den heutigen Rahmen sprengen.

Deswegen lassen Sie mich sagen: Der Haushalt 2012 ist ein Haushalt des Wandels. Das gilt insbesondere für den Sozialhaushalt. Die Sozialpolitik ist der Kern unserer Politik und daher unverkennbar auch ein Schwerpunkt der Landesregierung.

Ich kann Ihnen versichern: Nach der Aufbauarbeit wird 2013/2014 die Phase des Ausbaus und der Vertiefung kommen müssen. In diesem Sinn bildet der Ihnen vorliegende Entwurf des Sozialhaushalts 2012 eine hervorragende Grundlage, auf der sich in diesem Land zum Wohle der Menschen sicher arbeiten lassen wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Gönner das Wort. Frau Kollegin, Sie haben noch zwei Minuten und 26 Sekunden Redezeit.

Abg. Tanja Gönner CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, trotz der mir verbleibenden kurzen Redezeit auf vier Punkte einzugehen.

Erstens, Herr Lucha, zu Ihrer Aussage, früher seien die Sozialhaushalte besonders stark gekürzt worden: Ich nehme an, diese Aussage ist darauf zurückzuführen, dass Sie hier zum ersten Mal an Haushaltsberatungen teilnehmen. Vielmehr war es so, dass die Sozialhaushalte immer in unterproportionalem Maß gekürzt wurden. Ich weiß das, weil ich selbst Sozialministerin war.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Aber nicht lange, Frau Gönner!)

Im Übrigen kann ich Ihnen das auch sagen, weil es in den Krisen Jahren 2009 und 2010 keine Kürzungen der Ansätze gab. Insofern ist Ihre Aussage in diesem Fall nicht richtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie ist auch insofern nicht ganz richtig, als Sie sagten, Sie würden die Ansätze deutlich anheben. Die Ministerin selbst hat aber gesagt, dass 11 Millionen € eingespart werden mussten. Also wird auch bei Ihnen der Sozialhaushalt nicht ausgebaut, sondern ebenfalls Kürzungen unterworfen. Das ist das Problem, wenn Nachhaltigkeit angestrebt wird; das führt dann eben doch zu Kürzungen.

Zweiter Themenbereich: Schulsozialarbeit. Ich glaube, niemand in diesem Haus bezweifelt, dass Schulsozialarbeit sinnvoll ist. Aber uns geht es immer um die Frage: Wer ist wofür zuständig? Das ist nämlich auch ein Teil des Konnexitätsprinzips. Es gilt nicht nur: Wer bestellt, bezahlt. Vielmehr muss derjenige, der zuständig ist, auch die entsprechenden Mittel aufbringen. Unsere Auffassung war es immer, dass hierfür die Kommunen zuständig sind. Die Tatsache, Frau Ministerin, dass Sie eine Drittelfinanzierung machen, deutet darauf hin, dass Sie das intuitiv auch wissen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dritter Punkt: Krankenhausfinanzierung. Auch hierzu, Herr Lucha, haben Sie Stereotype in der Argumentation mit angeblichen Versprechungen der ehemaligen Landesregierung gebracht. Wir haben bei der Krankenhausfinanzierung nie etwas versprochen, ganz im Gegenteil. Baden-Württemberg ist bundesweit das Land mit der geringsten Bettenversorgung pro Kopf. Wir haben Krankenhäuser geschlossen, was vor Ort sehr häufig zu heftigen Diskussionen geführt hat.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Nicht Sie, sondern die Kommunen vor Ort!)

– Aber gemeinsam mit dem Träger und weil das Ministerium die Krankenhausplanung sehr intensiv betrieben hat. – Im Übrigen haben wir dort, wo es notwendig war, neue, größere Einheiten gebildet, damit die Qualität der Gesundheitsversorgung besser wird, denn darauf kommt es letztlich an.

Ich will nur sagen: Die Finanzierung über den Kommunalen Investitionsfonds war der Punkt, den die Kommunen überhaupt nicht witzig fanden. Sie von der Regierungskoalition haben gesagt: „Wir werden Mittel zur Verfügung stellen“, haben sie dann aber nicht aus dem Landeshaushalt finanziert. Damit haben Sie ein erstes Versprechen gegenüber den Kommunen gebrochen. Die Kommunen haben an diesem Punkt auch nicht mitgestimmt, was die kommunalen Mittel anging. Insofern werden Sie da heftig nacharbeiten müssen.

Hinzu kommt, Frau Ministerin: Bei dem Antragsstau handelt es sich, wenn ich mich recht erinnere, um einige Großprojekte, die über mehrere Jahre abfinanziert werden. Etwa die Hälfte des Betrags geht in die Landeshauptstadt Stuttgart für dort anstehende Großprojekte. Auch dies muss gesagt werden. Das betrifft nicht nur einen kurzen Zeitraum, und es sind auch nicht viele Maßnahmen, sondern es geht um die Landeshauptstadt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Als Letztes eine Bemerkung zum Landeserziehungsgeld:

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir das, was Sie vorhaben, schwierig finden. Es entstehen auch neue Ungerechtigkeiten. Sie müssen uns schon die Frage beantworten, was einen Haushalt, der Hartz IV bezieht, von einem Schwellenhaushalt unterscheidet. Hier wird die Leistung desjenigen, der wenig verdient, aber einer Arbeit nachgeht, bestraft, weil Sie dieser Person zukünftig kein Landeserziehungsgeld mehr gewähren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Das hat mit sozialer Politik gar nichts zu tun. Das halte ich für schwierig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lucha das Wort.

(Zurufe, u. a.: Wie viele Minuten Redezeit hat er noch?)

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Liebe Frau Gönner, so ganz verstehe ich Sie nicht. Eigentlich verstehe ich Sie von der CDU nicht.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Liegt es am Dialekt? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jo mei!)

– Vom Dialekt her verstehe ich Sie natürlich wunderbar. – An den Stellen, an denen wir Haushaltsdisziplin üben, werfen Sie uns vor, dass wir kein Geld ausgeben. An den Stellen, an denen wir Geld investieren, machen Sie uns ebendies zum Vorwurf. Letztendlich wissen Sie gar nicht genau, was Sie wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Frau Gönner, ich habe seinerzeit als handelnder Akteur eher bedauert, dass Sie gar nicht so lange Sozialministerin waren. In bestimmten Punkten haben Sie nämlich tatsächlich keinen schlechten Job gemacht. Darum, glaube ich, werden wir uns noch einmal hinsetzen; ich schreibe es Ihnen genau auf: Über einen langen Zeitraum hinweg ist der Sozialhaushalt überproportional stark gekürzt worden. 20 Jahre lang habe ich immer auf den Sozialhaushalt geachtet.

Wo ist übrigens Herr Müller?

(Heiterkeit des Abg. Jörg Fritz GRÜNE – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Müller?)

Herr Müller war seinerzeit bei der ersten Kürzung bei den Sozialpsychiatrischen Diensten ein Ansprechpartner für mich.

Dann zum Landesheimgesetz: Wir merken überall, dass das Landesheimgesetz Altenhilfe und Hilfe für geistig, körperlich oder seelisch Behinderte abbildet. Dabei gibt es unzählige Verordnungen – Personalverordnung, Bauverordnung und weitere Verordnungen. Wir werden das alles zusammenfassen.

Schon heute aber können wir eine Botschaft mitgeben: Wir wollen auf keinen Fall Ersatzkrankenhäuser, sondern der Lebenswirklichkeit, dem Gedanken von Inklusion und Selbstbestimmung muss Rechnung getragen werden. Da gehen Genauigkeit und Gründlichkeit vor Tempo. Wir werden im Laufe des Jahres einen tollen Entwurf erarbeiten, der mit den Akteuren vor Ort abgestimmt wird. Dazu sind Sie natürlich eingeladen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Politik des Gehörtwerdens!)

Ich möchte noch etwas zum Thema Psychiatrie sagen. Dieser Punkt hat mich schon beim letzten Mal geärgert.

(Abg. Guido Wolf CDU: Wird das protokolliert?)

Wir machen nichts anderes, als dass wir einen schon damals nicht besonders gut ausgestatteten Dienst, dem Sie die Mittel um 50 % gekürzt haben und bei dem es seitdem eine nochmals deutlich erhöhte Inanspruchnahme gibt, in eine Aus-

gangslage versetzen, bei der er die ihm zugestandene Rolle wieder halbwegs annehmen kann. Sie lernen von unseren gemeindepsychiatrischen Verbänden – eine Blaupause –, wie Kooperation statt Konkurrenz, wie abgestimmtes Handeln mit wenig Ressourcen additiv gute Leistungen erbringen kann.

(Heiterkeit der Abg. Thomas Blenke und Guido Wolf CDU)

Darum ist Ihr Vorwurf, wir würden „Freunderlwirtschaft“ betreiben, extrem weit hergeholt. Wir machen nichts anderes als einen großen, strukturellen Wandel, der nur dazu geführt hat –

(Abg. Tanja Gönner CDU: Würden Sie für das Protokoll sagen, was „Freunderlwirtschaft“ ist?)

– Die wissen, was „Freunderlwirtschaft“ bedeutet.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Fürs Protokoll! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir!)

Die kennen auch Mövenpick. Die wissen das schon; sie sind kluge Leute. – Beispielsweise werden die Verlagerungsprozesse zur Eingliederungshilfe von kommunalen Trägern bedauert. Damit hören wir auf. Ich glaube, wir haben da einen ausgesprochen guten Ansatz gewählt. In der Tiefe Ihres Herzens wissen Sie das auch ganz genau.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Bernd Hitzler CDU: Pfat di! – Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe noch zwei Anmerkungen zu machen. Die erste bezieht sich auf den mehrfach angesprochenen Landesjugendplan. Der Landesjugendplan wird zukünftig „Zukunftsplan Jugend“ heißen. Der bisherige Landesjugendplan war zwar von Sparmaßnahmen ausgenommen, aber die Mittel waren gedeckelt. Das war so vereinbart. Dem erhöhten Bedarf sind auch Sie bislang nicht nachgekommen.

Wir schreiben jetzt den alten Landesjugendplan noch ein Jahr fort und werden in diesem einen Jahr mit den Jugendverbänden, dem Landesjugendring und anderen Verbänden zusammen auch über die Inhalte und die Ziele der Jugendförderung reden. Das machen wir gemeinsam. Das braucht eine gewisse Zeit. Die Frau Ministerin hat zugesagt, dass der neue „Zukunftsplan Jugend“ noch in diesem Jahr unterschrieben wird. Dann werden wir uns auch über die neue Finanzierung verständigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens eine Anmerkung zu den Anträgen auf eine Mittelerhöhung, die CDU und FDP/DVP hier eingebracht haben – jeder für sich, das kommt sympathisch daher –: Wir wollen jeden Verband, der Gutes tut, auch unterstützen. Nichtsdestotrotz wäre es schon der Mühe wert gewesen, wenn Sie sich auch kundig gemacht hätten, wie bisher die Mittelabflüsse waren, wie die Mittelabrufe erfolgt sind. Dann hätten Sie festgestellt, dass dort, wo wir Ansätze leicht zurückgefahren haben, dies dem tatsächlichen Mittelabruf des Vorjahrs entspricht.

(Rainer Hinderer)

Wir haben einen Schwerpunkt im Bereich Inklusion gesetzt. Da haben wir einige Anträge – Sie haben vergleichbare gestellt – zusammengefasst und 240 000 € für Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eingestellt. Das ist ein Anfang. Das ist eine notwendige Basis, auf der auch der Landesbehindertenbeauftragte arbeiten kann. Wir wissen, da kommt noch einiges auf uns zu, z. B. der Umbau der Komplexeinrichtungen. Auch da werden wir in der Zukunft noch erheblichen Bedarf haben. Wir werden darüber reden und das Beste daraus machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1109. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0901

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 0901 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0901 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 0902 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0902 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

Wer stimmt dem Kapitel 0903 zu? –

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Grazie!)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0903 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer stimmt dem Kapitel 0904 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0904 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0905

Hilfen für behinderte Menschen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-1. Sind Sie damit einverstanden, dass die Ziffern 1 und 2 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Ja.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das merke ich mir!
– Gegenruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Da wirst du dir noch einen Haufen merken müssen!)

Wir haben noch über das Kapitel 0905 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0905 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0905 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer stimmt dem Kapitel 0913 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0913 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Wer stimmt dem Kapitel 0917 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0917 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Hierzu liegen drei Änderungsanträge vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ganz knapp!)

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 0918 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0918 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0918 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0919

Familienhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0919 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0919 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0919 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0920

Altenhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-6. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nicht lesen, aber ablehnen!)

Wir haben noch über das Kapitel 0920 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0920 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0920 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0921

Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie Demografie

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-7. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Neinsager! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist die neue soziale Kälte in diesem Land!)

Wir haben noch über das Kapitel 0921 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0921 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0921 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0922

Gesundheitspflege

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1209-8. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Soziale Eiszeit! – Abg. Peter Hauk CDU: Soziale Kälte!)

Wir stimmen über das Kapitel 0922 ab. Wer stimmt dem Kapitel 0922 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0922 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie

Wer stimmt dem Kapitel 0930 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0930 ist einstimmig zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1109, abzustimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass über die Ziffern 1 und 2 in Abschnitt II insgesamt abgestimmt wird? –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja!)

Danke schön. Sie stimmen zu.

Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 e** auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1110

Berichterstatter für die Bereiche Umwelt und Klima: Abg. Martin Hahn

Berichterstatter für den Bereich Energiewirtschaft: Abg. Winfried Mack

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eindeutig zu laut. Ich bitte Sie, Ihre Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern oder andernfalls zu schweigen.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Herrn Kollegen Lusche für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich nach dem umfangreichen Vorspann für die Worterteilung.

Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

Der Wechsel beginnt. ...

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Baden-Württemberg muss zu der führenden Energie- und Klimaschutzregion werden.

So der Koalitionsvertrag von Grün-Rot.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Folgerichtig lesen wir dann im Bericht des Ministeriums zum Haushalt – ich zitiere –:

Der Haushalt ... ist ... geprägt vom Spagat zwischen dem Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und der Umsetzung der Energiewende als wesentlicher politischer Schwerpunkt unter den Eckpunkten der neuen Landesregierung.

Ich bitte Sie, sich das zu merken: „wesentlicher politischer Schwerpunkt unter den Eckpunkten der neuen Landesregierung“.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns einmal Anspruch und Wirklichkeit gegenüberstellen. Vorab lassen Sie mich einen Blick zurück werfen, weil das auch im aktuellen Haushalt eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Kollege Lucha hat Kollegin Gönner gerade bestätigt, keinen schlechten Job

(Minister Rainer Stichelberger: Als Sozialministerin!)

als Sozialministerin gemacht zu haben, wenn ich das richtig verstanden habe. Das ist erfreulich, weil es mittlerweile eingerissen ist, dass Vertreter der Regierungsfractionen hier ans Pult treten und sich groß darüber auslassen, was es angeblich alles für Versäumnisse der früheren Landesregierung gegeben habe.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Lassen Sie mich dazu sagen, Herr Minister: Sie haben im Frühjahr ein Flaggschiff der baden-württembergischen Landesregierung übernehmen dürfen. Sie durften ein hervorragend aufgestelltes Ressort übernehmen, das bundesweit seit vielen Jahren über eine hohe Reputation verfügt,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Pionierarbeit!)

das in diversesten Fragen als innovativ und konstruktiv in ganz Deutschland anerkannt war, nicht zuletzt auch aufgrund der hervorragenden Arbeit unserer Minister.

(Abg. Alfred Winkler SPD: In Sachen Kernenergie!)

Wenn ich Kollegin Gönner angesprochen habe, soll auch Kollege Müller nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Hören Sie doch mit der Mär auf, dass Umweltpolitik in Baden-Württemberg erst im März 2011 angefangen habe.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Hervorragend aufgestellt in der Kernenergie!)

Ich nenne Ihnen gern Beispiele. Nehmen Sie das Thema Bodenschutzgesetz. Das Bundesbodenschutzgesetz entspricht praktisch 1 : 1 dem, was hier im Land auf den Weg gebracht worden war. Nehmen Sie das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, bei dem uns eine Vorreiterrolle zukommt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht bei den öffentlichen Gebäuden! – Abg. Alfred Winkler SPD: Ausstieg aus dem Ausstieg!)

Ich könnte das noch fortsetzen.

Und jetzt: „Der Wechsel beginnt.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Schauen wir uns den Wechsel doch einmal etwas genauer an. Blicken wir in den Bericht des Ministeriums zum Haushalt. Darin lesen wir zunächst:

Mit Wirkung vom 12. Mai 2011 erfolgte ... die Abgabe der Aufgabenbereiche Verkehr und Straßenwesen ... und die Abgabe des Bereichs Naturschutz und Landschaftspflege ... Ebenso übergegangen sind der Aufgabenbereich des verkehrsbezogenen Lärm- und Immissionsschutzes ... Zugewonnen sind die Aufgabenbereiche Energiewirtschaft ...

Damit nicht genug: Im Juni 2011 gab es mit einer nochmaligen Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche noch einen Nachschlag bei der Abgabe:

Der gebietsbezogene Immissionsschutz, Lärmschutz sowie der Aufgabenbereich Flächenmanagement ... wurden ... übertragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Sieht so die Stärkung eines zentralen Bereichs der Politik, der Umweltpolitik im Land Baden-Württemberg aus?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nein! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja!)

„Nein“ muss die Antwort lauten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben dazu versucht, Licht in das Dunkel zu bringen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! Licht im Tunnel ist immer gut!)

(Ulrich Lusche)

aber die Antwort aus dem Staatsministerium war in diesem Punkt nicht wirklich ergiebig. Sehen Sie es mir nach, dass ich die Vermutung habe, dass hier vor allem der Koalitions- und Ministerarithmetik Rechnung getragen wurde und dazu zum Teil sachfremd Zuständigkeitsbereiche – ich denke etwa an den Immissionschutz – aus dem Ministerium herausgebrochen worden sind.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Warum erwähne ich das? Ich erwähne das, Herr Minister Untersteller, weil Sie Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sind. Es erfüllt mich etwas mit Sorge, wenn Sie z. B. bei Ihrer Pressekonferenz in dieser Woche nur noch als Minister für Energie bezeichnet werden.

Sie sind der Sachwalter. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Umweltpolitik insgesamt Eingang in die Landespolitik findet. Ich sehe mit großer Sorge, dass außerhalb des Energiebereichs, in dem Sie unbestritten aktiv sind, Ihr Profil zu wünschen übrig lässt. Ändern Sie das! Die Umweltpolitik hat es verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich ausgesprochen ärgerlich finde. Wir sind der Haushaltsgesetzgeber und sollen darüber entscheiden, welche Mittel Ihnen für Ihre Arbeit zur Verfügung stehen. Deswegen haben wir einen Anspruch darauf, in den Berichten der Ministerien vollständig informiert zu werden und Gegenüberstellungen zu bekommen, mit denen wir etwas anfangen können.

Unter dem lapidaren Hinweis auf die vorgenommenen Neuabgrenzungen der Geschäftsbereiche lese ich im Bericht Ihres Hauses zu diesem Haushaltsplanentwurf, dass auf eine Gegenüberstellung der Zahlen der Vergangenheit und der Zahlen von heute verzichtet wird, weil die Vergleichbarkeit fehle.

Herr Minister, dieses Parlament ist in der Lage, sich sein Urteil darüber, was wie vergleichbar ist, selbst zu bilden. Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie an dieser Stelle keinen vollständigen Bericht vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da muss er selbst lachen!)

Jetzt wollen wir aber nicht nur kritisieren. Das Ergebnis der Haushaltsberatungen ist, dass wir in vielen Bereichen dem zustimmen können, was Sie vorgelegt haben. Ich will beispielhaft die Erhöhung der Mittel für den Altlastenfonds um 5 Millionen € erwähnen. Mir sei allerdings der kleine Hinweis erlaubt, dass die Grünen bei der Beratung des Staatshaushaltsplans für 2009 mit dem Antrag 10/5, Drucksache 14/3610, mal eben 13 Millionen € mehr für diesen Zweck gefordert haben. Dies vielleicht als kleines Einsprengsel zum gestrigen Vortrag des Ministerpräsidenten, was die seriöse Oppositionsarbeit angeht.

Halten wir also fest: Es gibt viele Bereiche, bei denen wir ohne Weiteres mitgehen können. Bei diesen Bereichen werden wir auch zustimmen.

Jetzt kommen wir aber zu Ihrem „wesentlichen Schwerpunkt“, zur Energiewende. Dabei wollen wir uns vor Augen halten, dass wir es mit einem Rekordhaushalt zu tun haben: ein Volumen von über 38 Milliarden €, mehr als 4 Milliarden € zusätzlich. Was uns unter der semantischen Maske des Wortes „Verdopplung“ verkauft wird, sind zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen €. Ich frage Sie, Herr Minister: Ist das wirklich die wesentliche Schwerpunktsetzung in der Politik des Landes Baden-Württemberg vor dem Hintergrund der Energiewende? Wir meinen: nein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Weil wir um die Nöte der Haushaltskonsolidierung wissen, haben wir nicht einfach zusätzliche Mittel gefordert. Vielmehr haben wir das berücksichtigt, was die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Kollegin Sitzmann, gestern angesprochen hat: Kann denn der Staat alles selbst machen? Nein, natürlich nicht. Es ist aber wichtig, dass der Staat und auch das Land eine Handschrift zeigen und die Investitionstätigkeit anregen.

Dazu haben wir Ihnen im Rahmen der Haushaltsberatungen verschiedene Vorschläge gemacht – zu den einzelnen Anträgen im Bereich des Klimaschutzes wird Herr Kollege Mack noch etwas sagen –, wie Sie weitere Anreize setzen könnten, damit auch die anderen Beteiligten die Energiewende voranbringen können. Das ist von den Regierungsfractionen unter Hinweis auf die Haushaltslage leider samt und sonders abgelehnt worden.

Wir müssen uns noch einmal vor Augen halten, dass wir ein Gesamtvolumen von zusätzlich 15 Millionen €, basierend auf unserem solide durchgerechneten Haushaltskonzept, vorschlagen. Dabei finde ich es dann schon interessant, Herr Kollege Stober, dass allein die SPD in der vergangenen Legislaturperiode 15 Millionen € mehr nur für den Bereich Altbau gefordert hat. Die Grünen haben das damals noch getoppt mit einer Mehrforderung von 26 Millionen € für „Klimaschutz-Plus“. Ich glaube, daran kann man schon sehr deutlich erkennen, dass wir hier dagegen mit Augenmaß und Vernunft Vorschläge unterbreitet haben, damit die Klimawende wirklich den Platz in der Landespolitik bekommt, den sie verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Gesetzkultur in Ihrem Haus sagen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ein spannendes Thema!)

Wir haben nun einen relativ quälenden Vorgang, was den Erlass des Landesplanungsgesetzes angeht. Ich habe mich da in der Vorbereitung noch einmal schlaugemacht. Lange wurde der 1. Januar 2012 als Zieldatum genannt. Jetzt hören wir, dass es wohl im Mai so weit sein soll. Auf der anderen Seite sehen Sie nach wie vor Übergangsfristen in dem Gesetzentwurf vor, wonach die bisherige Regelung, auf die sich dann die Beteiligten einzustellen haben, im September 2012 aufgehoben werden soll. Sie hören selbst von den Betroffenen, dass das angesichts der schwierigen Materie nichts mehr mit einer vernünftigen Übergangsfrist zu tun hat. Ändern Sie das, arbeiten Sie an diesem Punkt nach.

(Ulrich Lusche)

Ansonsten sind wir die Letzten, die etwas dagegen hätten, die Windkraft auszubauen.

(Lachen bei den Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ihr wart schon die Letzten!)

Unser Fraktionsvorsitzender, Herr Hauk, hat gestern noch auf unser Energiekonzept hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass der Ministerpräsident Ihnen das auch übergeben wird, ansonsten hätte ich noch ein Exemplar.

Aber ich will noch einmal auf die gestrige Plenardebatte zurückkommen, weil mich eines doch ein bisschen irritiert hat. Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg steht an diesem Pult und sagt allen Ernstes: „Entscheidend für das Gelingen der Energiewende ist der Ausbau der Windkraft an Land auf einen Anteil von 10 % an der Bruttostromerzeugung bis 2020.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich greife einfach einmal ein paar Überschriften von Zeitungsartikeln auf: „Bosch verschiebt Baubeginn für Solarfabrik – Engagement bereitet dem Energiekonzern wenig Freude“, „Knappes Gas aus Russland wird für Firmen ein Problem“, „Das kalte Wetter hält die Stromnetzbetreiber in Atem“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind die Letzten, die mit dem Punkt Windkraft ein Problem hätten –

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das stimmt! Alle anderen waren früher dran, ja!)

in einem vernünftigen Umfang. Aber wir müssen doch endlich einmal aufhören, über eine Energieform, deren Anteil im Endausbau 10 % – 2020 jedenfalls – an der Bruttostromerzeugung ausmachen soll, als allein selig machendes, einziges Thema hier im Landtag zu diskutieren. Deswegen ist es wichtig, gesamthafte Konzepte vorzulegen. Deswegen ist es wichtig, auf Effizienz zu gehen. Deswegen sind solche Energiekonzepte, wie wir sie jetzt vorgelegt haben, wichtig und richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das provoziert nur eine einstündige Rede des Ministers!)

Auf Ihre erneuten Eckpunkte zum Klimaschutzgesetz – dazu haben Sie übrigens auch schon in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben, Sie wollten hier konkrete Maßnahmen vorschlagen – gehe ich jetzt nicht vertieft ein. Denn da ist uns für April wieder Neues angekündigt worden. Wir sind gespannt, wie detailliert das dann sein wird.

Herr Minister, ich fasse zusammen:

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Ist uns recht!)

Sie haben uns nach wie vor an Ihrer Seite, was das Gelingen der Energiewende anbelangt. Wichtig ist aber,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Was heißt „nach wie vor“?)

dass man sich gesamthaft und an der richtigen Stelle engagiert. Deswegen unsere Anträge, die wir Ihnen nachdrücklich noch einmal ans Herz legen. Ansonsten: Vergessen Sie vor lauter Energiepolitik nicht die Umweltpolitik.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Renkonen das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lusche, Sie haben viel gesagt, aber nichts ausgesagt. Wo will die CDU-Fraktion in der Klima- und in der Energiepolitik in den nächsten Jahren eigentlich hin?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben doch ein Konzept!)

Keinen einzigen Satz dazu haben wir gerade von Ihnen gehört, sondern nur Ansätzchen, was die grüne Fraktion und der Umweltminister momentan angeblich falsch machen. Sie kritisieren das Klimaschutzkonzept als konzeptionslos, als heiße Luft, als Schlag ins Gesicht der Klimapolitik.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Waren Sie gerade woanders, oder?)

Es geht um ein Klimaschutzgesetz, das jetzt mit einem Maßnahmenplan erst in den Anfängen ist. Dabei haben Sie in 60 Jahren nichts auf die Reihe bekommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind neu hier! Insofern entschuldigt!)

Sie haben die Windkraft aus ideologischen Gründen blockiert – mit einer Windkraftphobie, muss man fast schon sagen. Von der kommen Sie jetzt langsam weg.

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch bei der CDU)

60 Jahre CDU, und 60 Jahre ist in der Energie- und Klimaschutzpolitik fast nichts passiert.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, heute beginnt eine neue Ära in der Umwelt- und Klimapolitik des Landes Baden-Württemberg.

(Abg. Peter Hauk CDU: 17 % regenerative Energie in Baden-Württemberg! Fünf Landkreise mittlerweile autark! Aber hallo! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Denn noch nie zuvor hat eine Landesregierung mit 20 Millionen € so viel Geld in die Energiewende gesteckt wie diese jetzt, und ich denke, das verdient unsere Anerkennung.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir machen mit dem Klimaschutz ernst und damit auch mit dem ökologischen Strukturwandel unserer Industriegesellschaft.

(Beifall bei den Grünen – Unruhe bei der CDU)

Jetzt zu den konkreten Maßnahmen, die wir im integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept planen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ein Schwerpunkt der Politik der Koalition! Das sieht man hier an der Präsenz!)

(Daniel Renkonen)

Zusammen mit der SPD wollen wir ein groß angelegtes Sanierungsprogramm für 8 000 Landesgebäude schrittweise auf den Weg bringen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Mit vielen Contracting-Maßnahmen sparen wir Energie und gleichzeitig Bewirtschaftungskosten in Höhe von 5 Millionen € pro Jahr. Wenn das kein Wort ist, weiß ich auch nicht.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir Grünen werden uns auch dafür einsetzen, dass künftig mehr Gebäude des Landes dem Passivhausstandard entsprechen und entsprechend niedrigere Wärmedurchgangswerte haben. Das gilt auch für Altbauten. Dafür haben wir im Etat 2,5 Millionen € für ein Darlehensprogramm der L-Bank zur besseren Wärmedämmung von Privathäusern vorgesehen.

(Beifall bei den Grünen)

Hierdurch schaffen wir Anreize, von denen auch unser mittelständisches Handwerk profitiert. Dasselbe erhoffen wir uns auch vom „Klimaschutz-Plus“-Programm, das wir mit insgesamt 2,7 Millionen € zusätzlich fördern. Unsere Prognose ist, dass wir 32 000 t CO₂ pro Jahr einsparen. Auch das ist ein Wort und ein konkreter Ansatzpunkt für ein integriertes Energie- und Maßnahmenkonzept. Wer es noch nicht weiß: Jeder geförderte Euro – auch in Ihrem „Klimaschutz-Plus“-Programm – zieht energetische Sanierungsmaßnahmen und wirtschaftliche Effekte um den Faktor 7 nach sich. Damit kann man sagen: Klimaschutz ist auch Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Natürlich sind wir uns darüber im Klaren, dass wir allein mit dem Ausbau der Windkraft auf einen Anteil von 10 % an der Stromerzeugung unsere ambitionierten Klimaszutzziele bis zum Jahr 2020 nicht erreichen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Daher benötigen wir einen Energiemix mit einer Erhöhung des Fotovoltaikanteils, mit dem Ausbau der Biomasse, beispielsweise durch den Bau neuer Biomüllvergärungsanlagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kohle!)

Wir begrüßen auch den Vorstoß unseres Umweltministers Franz Untersteller, künftig auch kleine Wasserkraftwerke mit einer Leistung von bis zu 100 kW mit 3 Cent zusätzlich pro eingespeister Kilowattstunde durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu fördern. Momentan läuft die Anfrage bei der Bundesregierung. Wir hoffen, dass das umgesetzt wird. Davon profitieren auch die Wasserkraftanlagenbetreiber in Baden-Württemberg durch zusätzliche finanzielle Anreize.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können unserem Antrag zustimmen! Dann können wir es gleich regeln!)

Mit Sorge stellen wir fest, dass der Anteil des motorisierten Straßenverkehrs an den CO₂-Emissionen im Land inzwischen

eine Größenordnung von 30 % eingenommen hat. Das ist ein überdurchschnittlich hoher Wert gegenüber anderen Bundesländern. Es ist ganz klar: Wenn wir die Klimaschutzziele des Landes Baden-Württemberg mit dem Klimaschutzgesetz erreichen wollen, müssen wir den ÖPNV und damit auch den Busverkehr in ländlichen Gebieten ausbauen – Stichwort „Nachhaltige Mobilität“. Viele Taktlücken in den Abendstunden und am Wochenende könnten durch den Einsatz von neuen Rufbussystemen gestärkt werden. Ich denke, dass das ein Bestandteil eines künftigen Klimaschutzgesetzes sein muss.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir alles schon ausprobiert! Das ist ein alter Hut!)

– Ein alter Hut, aber Sie haben es nicht umgesetzt oder sich den alten Hut nicht aufgesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Angebot ist nicht angenommen worden, Herr Renkonen!)

– Sie haben es nicht gemacht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Doch!)

Das ist das Problem. Jetzt müssen wir es machen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Am Ende der Rede.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Müller, am Ende der Rede.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Lassen Sie mich noch ein paar Sätze zum Thema Speicherproblematik sagen. Wer in erneuerbare Energien investiert, muss auch in Wind- und Solarstrom investieren und deshalb entsprechend speichern können. Da machen wir uns nichts vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Gut!)

Deshalb plant das Ministerium – das ist jetzt auch im Etat enthalten –, ein Förderprogramm für Speichertechnik in Höhe von 1,5 Millionen € aufzulegen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut!)

Hier haben wir mehrere positive Beispiele, wie wir Batteriespeicher künftig fördern wollen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo steht das Programm im Haushalt drin?)

beispielsweise die Redox-Flow-Batterie der Windkraftanlage der Fraunhofer-Gesellschaft in Pfinztal.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sehr vielversprechend ist für uns auch das Power-to-Gas-Verfahren, bei dem ökologisch erzeugter Strom in Wasserstoff und Methan umgewandelt wird, das anschließend in das Gasnetz eingespeist werden kann. Das Gasnetz könnte daher als eine Art Langzeitspeicher dienen. Dieser Gasspeicher würde

(Daniel Renkonen)

die Leistung der Pumpspeicher um ein Vielfaches übersteigen.

Noch sind diese Verfahren großtechnisch nicht ausgereift. Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung im Land arbeitet aber gerade an einem Pilotprojekt.

Sie sehen an den vielen Maßnahmen, die diese neue Landesregierung jetzt plant, dass die Energiewende in Baden-Württemberg machbar ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Insofern: Packen wir die Energiewende an, und stimmen Sie dem Einzelplan 10 zu.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Ulrich Müller CDU meldet sich.)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Jetzt noch die Frage von Herrn Kollegen Müller.

(Zuruf: Das macht er am Ende der Sitzung! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre noch regelbar!)

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Herr Kollege, ich habe Sie übersehen. Es tut mir leid.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Kollege, Sie haben gerade davon gesprochen, dass der öffentliche Verkehr eine große Rolle spielt. Sie haben die Busförderung erwähnt. Ist Ihnen bekannt, dass es Jahre gegeben hat, in denen wir 100 Millionen € für die Busförderung ausgegeben haben? Könnten Sie vielleicht die Zahl für das Jahr 2012 danebensetzen?

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich denke, Sie meinen jetzt die Verbundförderung, die momentan auch läuft.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Nein!)

– Dann meinen Sie wahrscheinlich die Anschaffungsförderung für Busse, die Fahrzeugförderung?

(Abg. Ulrich Müller CDU: Ja!)

Ich rede aber nicht von der Fahrzeugförderung für Busse, sondern ich rede gezielt davon, dass wir bedarfsorientierte Verkehrssysteme in ländlichen Gebieten unterstützen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fahren können aber nur die vorhandenen!)

Die Anschaffung neuer Busse allein ist sicherlich nicht das Ziel dieser Maßnahme. Das meinte ich mit dem Thema.

(Abg. Ulrich Müller CDU: Gut, dann ist das etwas anderes! Aber da gilt dasselbe: Könnten Sie die Zahlen von früher und heute vielleicht einmal nebeneinandersetzen?)

Bei der Busförderung mag es sein, dass Sie da früher viel investiert haben. Aber es ist offenbar in ländlichen Gebieten nichts angekommen. Dazu brauche ich mir nur die Taktlücken anzusehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn alle vier Stunden ein Bus fährt, dann gibt es eigentlich einen gewaltigen Verbesserungsbedarf.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Beim Kollegen Müller waren das noch D-Mark! Deshalb war das auch mehr!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich dem Kollegen Stober von der SPD-Fraktion.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende ist eines der zentralen Projekte der grün-roten Landesregierung. Kollege Lusche hat freundlicherweise auch aus unserem Koalitionsvertrag zitiert. Deshalb muss ich das jetzt nicht mehr selbst machen. Seit der Regierungsübernahme im vergangenen Mai ist bereits viel in diesem Bereich geschehen. Ganz besonders hervorheben möchte ich dabei das Herzstück davon, nämlich das geplante Klimaschutzgesetz und das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept Baden-Württemberg, deren Eckpunkte die Landesregierung in dieser Woche in der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Besonders hinweisen will ich dabei auf die beiden wissenschaftlichen Gutachten, die vom ZSW in Auftrag gegeben worden sind und nun die Grundlage dafür liefern, endlich ambitionierte, aber dennoch realistische Ziele zur Senkung der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg festzulegen.

Den Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2050 vor allem durch mehr Energieeffizienz zu halbieren und davon rund 80 % aus erneuerbaren Energien zu erzeugen ist möglich.

Damit sorgen wir dafür, dass Baden-Württemberg 90 % weniger Treibhausgase emittiert und so einen wertvollen Beitrag zur Eindämmung der Klimaerwärmung leistet. Als mittelfristiges Etappenziel haben wir bis zum Jahr 2020 eine Einsparung von 25 % der CO₂-Emissionen vorgesehen.

Meine Damen und Herren, das sind Ziele, die wir nicht nur erreichen können, sondern erreichen müssen. Das sind keine Visionen, sondern schlichtweg Notwendigkeiten, um unsere Zukunft und die unserer Kinder zu sichern.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In der Vergangenheit hat sich leider immer wieder gezeigt, dass die Ziele im Energiekonzept der vorherigen Landesregierung an vielen Stellen weit hinter dem zurückliegen, was schon heute möglich ist oder andernorts bereits praktiziert wird.

Als Beispiel möchte ich nur die Fotovoltaik nennen, bei der wir mit 3 % Anteil an der Stromerzeugung schon heute das Ziel der vorherigen, schwarz-gelben Landesregierung für das Jahr 2020 erreicht haben.

Beim Ausbau der Windenergie rangiert Baden-Württemberg, das sonst immer als Musterland gilt, im bundesdeutschen Vergleich bisher auf einem der letzten Plätze. Warum? Nicht weil in unserem Land zu wenig Wind wehen würde, sondern nur weil die CDU diese Technologie aus rein ideologischen Gründen in den letzten Jahren verhindert hat. Dass bei Ihnen da nun zumindest teilweise ein Umdenkprozess stattgefunden hat, ist positiv.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Abg. Johannes Stober SPD: Einen Moment. – Bei gerade einmal 5 % Windstrom aus Onshoreanlagen, wobei Rheinland-Pfalz schon heute einen Anteil von rund 8 % Windstrom hat, ist das aber weniger als halbherzig.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ich beende erst meine Ausführungen zur Windenergie, und dann kommen wir zu Ihrer Zwischenfrage.

Rheinland-Pfalz ist sicherlich nicht durch Windräder verhandelt worden, weil dort jetzt 8 % der Energie mit Windkraftanlagen produziert werden.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Rechenricks – ich beziehe mich jetzt auf das Energiekonzept, das in der vergangenen Woche von Herrn Nemeth und Herrn Hauk von Ihrer Fraktion der Öffentlichkeit vorgestellt wurde –, bei denen man Offshorewindanlagen zur baden-württembergischen Stromproduktion addieren will, um dann auch auf 35 % zu kommen, damit man etwa auf dieselbe Größenordnung wie die Landesregierung mit 38 % kommt, helfen eben auch nicht.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Sie haben das Konzept nicht verstanden!)

Man kann den Windpark Baltic 1 in der Ostsee, den wir beide wollen, der für die Energiewende wichtig ist, nur einmal dazuschlagen:

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

entweder bei Mecklenburg-Vorpommern oder bei uns. Wir müssen uns auch bewusst sein – vor allem Sie müssen sich dessen bei Ihrem Energiekonzept bewusst sein –, dass es bei der Netzsituation, die wir haben, im Augenblick sehr, sehr schwierig wird, einen Anteil von 5 % aus Offshoreanlagen zu decken. Dafür müssen zusätzliche Netze gebaut werden. Daher würde ich auch einmal hinterfragen, ob diese 5 %, so gern ich sie auch hätte, wirklich möglich sind, selbst dann, wenn die vier Investitionen, die die EnBW mit der Kapitalspritze tätigen will, die wir ihr jetzt geben werden, auch tatsächlich kommen.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Herr Zimmermann hat eine Zwischenfrage.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege Stober, ich frage jetzt Sie. Dadurch verschone ich nachher den Minister; er kennt meine Zahlen.

Abg. Johannes Stober SPD: Er hat aber mehr Redezeit. Das würde ich gern abdrücken.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja, er hätte keine Redezeitbeschränkung. Da gebe ich Ihnen recht.

Wie beurteilen Sie folgende Zahlenwerte? Dienstagvormittag – das Klima ist etwa gleich geblieben –, 11:30 Uhr, Situation der Energieversorgung und des Energiebedarfs in Baden-Württemberg: knapp 10 600 MW Verbrauch in Baden-Württemberg. Der Verbrauch steigt noch an, gegen 12:00 Uhr sind es über 10 660 MW. Das ist ein recht hoher Bedarf – aufgrund der Kälte.

Wir haben an der Küste eine Windsituation zwischen 6 und 10 Beaufort. Da geht kein Segler mehr aufs Wasser, weil er das Boot nicht mehr hält. Wir haben hier an Land onshore geringe Windstärken. Aber Wind ist dennoch da.

Unsere über 300 Windräder in Baden-Württemberg produzieren – –

(Abg. Walter Heiler SPD: Wo ist die Frage? – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– Die Frage lautet: Wie beurteilen Sie folgende Zahlen? Jetzt lassen Sie mich es doch sagen, damit Sie auch etwas lernen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

In dieser Zeit produzieren unsere über 300 Windräder 3 MW, und unsere nahezu 22 000 Windräder offshore und onshore produzieren 658 MW.

(Abg. Walter Heiler SPD: Komma drei!)

Ich lasse mir die Zahlen gerade jeden Tag aktuell geben. Ich möchte Sie nur fragen: Wie wollen Sie im Land Baden-Württemberg ein Ziel von 10 % erreichen, wenn Sie nur 1 200 oder 1 500 Windräder bauen wollen?

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Sie werden das bei diesem Energiebedarf nie erreichen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Gott sei Dank werden durch Fotovoltaik in derselben Zeit in Baden-Württemberg 1 536 MW produziert. Bundesweit sind es 15 000 MW. Wie beurteilen Sie die Windstromproduktion, obwohl Wind gegeben war, insbesondere offshore?

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das ist keine Frage mehr! – Zurufe der Abg. Walter Heiler SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abg. Johannes Stober SPD: Uns muss klar sein – aber da besteht auch Konsens –: Wir haben gerade bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei Fotovoltaik und bei Wind – das ist volatil –, einmal unheimlich viel, manchmal auch so viel, dass wir es nicht abnehmen können, und manchmal zu wenig Leistung. Das wird sich mit dem Ausbau zwar etwas verändern, aber grundsätzlich so bleiben. Deswegen brauchen wir Antworten

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich brauche jetzt eine Antwort von Ihnen!)

im Bereich der Speichertechnologie. Da haben wir Pumpspeicherkraftwerke wie Atdorf. Wir gehen auch in Projekte hinein, beispielsweise in Forschungsprojekte wie die des ICT in Pfinztal – das ist ja schon angesprochen worden – zu Redox-Flow-Batterien oder in Projekte zu Power to Gas. Das ist ein Ansatz.

(Johannes Stober)

Beim anderen Ansatz – er ist im Energiekonzept der CDU enthalten und ist auch richtig – ist die Stromproduktion im Augenblick durch flexible Gaskraftwerke zu ergänzen, die man zuschalten kann, wenn es problematisch ist. Nur braucht man dann eben – aber das geht die Landesregierung an – auch Konzepte, die die Grundlage dafür schaffen, dass Leute letzten Endes auch bereit sind, in solche Anlagen zu investieren. In Karlsruhe ist ein neues Gaskraftwerk planfestgestellt, aber es wird nicht gebaut, weil es sich nicht rentiert.

Deswegen bin ich sehr froh, dass die Landesregierung derzeit keine Schnellschüsse macht, sondern die Grundlagenarbeit, um Konzepte zu entwickeln, damit man das am Markt entsprechend platzieren kann. Wir brauchen Instrumente, die helfen, die dafür sorgen, dass es letzten Endes zu den Investitionen kommt, die aber gleichzeitig das, was wir als Land, als öffentliche Hand an Finanzmitteln hineingeben, nicht überborden lassen. Ich glaube, das ist die richtige Arbeit, die die Landesregierung macht. Ich bin auch der festen Überzeugung, meine Damen und Herren, dass damit das Ziel, das wir uns vorgenommen haben, erreicht werden kann.

Allerdings ist auch klar, dass die politischen Rahmenbedingungen dafür stimmen müssen. Das heißt zum einen, dass wir die ideologische Blockade gegenüber der Windkraft im Land Baden-Württemberg endlich überwinden müssen. Ich habe vernommen, dass zu einem relevanten Teil dessen schon Diskussionen stattfinden bzw. dass es auch schon passiert und die notwendigen Korrekturen im Landesplanungsgesetz vorgenommen werden müssen. Wir sind der Landesregierung daher sehr dankbar, dass sie den Gesetzgebungsprozess dafür in die Wege leitet.

Aber zum anderen muss man auch sagen, Herr Lusche: Wir müssen die jetzigen Teilpläne Wind außer Kraft setzen. Dazu braucht man eine strategische Umweltprüfung und entsprechende Verfahren, über die sich eine Landesregierung nicht einfach hinwegsetzen kann. Deswegen wird das nach Recht und Gesetz passieren. Ab dem Zeitpunkt, zu dem diese Regionalpläne aufgehoben sind, zu dem wir dann hoffentlich gute neue Planungen, auch durch die Regionalverbände und die Kommunen, haben, wird die Sache auch brummen und eine ähnliche Entwicklung nehmen wie in Rheinland-Pfalz. Davon bin ich überzeugt. Aber man muss eben auch an diese Stelle herangehen.

Es hat auch niemand gesagt, dass wir nur auf Windenergie setzen würden. Das Konzept enthält insbesondere auch einen großen Teil Fotovoltaik. Aber das, was auf Landesebene geregelt werden muss, was wir gesetzgeberisch machen müssen, ist das Landesplanungsgesetz. Auf Bundesebene, insbesondere hinsichtlich der Fotovoltaik, setze ich auch auf Ihre Unterstützung. Sie haben in Ihrem Konzept 8 % Stromproduktion aus Fotovoltaik drin. Deswegen finde ich es wichtig, dass Sie mithelfen, Philipp Rösler und seine Freunde an die Kandare zu nehmen, damit dieser Unsinn, die Fotovoltaik abzuwürgen, indem man die Förderung auf 1 000 MW im Jahr begrenzt, ein Ende hat. Da setze ich auch auf die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, damit diesem Unsinn ein Riegel vorgeschoben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, ich warte noch auf die Antwort!)

– Die haben Sie bekommen; ich gebe sie Ihnen sicher nicht ein zweites Mal.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE zu Abg. Karl Zimmermann CDU: Kommen Sie morgen mit den neuesten Zahlen wieder! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Die gebe ich Ihnen morgen! – Gegenruf des Abg. Walter Heiler SPD: Auch wenn er sie nicht will!)

– Morgen bekommt sie dann der Nächste.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ich würde jetzt gern weiterreden, Herr Zimmermann.

Entscheidend für den Klimaschutz in Deutschland ist heute, dass Baden-Württemberg in den letzten Monaten in Bezug auf den Bund vom Bremsers zum Motor geworden ist. Beispiele dafür sind das EEG oder die steuerliche Förderung energetischer Sanierungen und die Novellierung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes, bei denen sich unsere Landesregierung gerade sehr aktiv um einen Kompromiss bemüht. Ich danke Franz Untersteller und der Landesregierung für das augenblickliche Engagement. Wir sind noch nicht am Ziel. Gestern tagte der Vermittlungsausschuss, morgen tagt der Bundesrat. Aber ich glaube, dieses Engagement ist sehr, sehr wichtig und ist in viele andere Initiativen eingebettet. Ich möchte insbesondere an das große Engagement erinnern, das Winfried Kretschmann zu dem Zeitpunkt, als es um den Atomausstieg ging, gezeigt hat, um zu diesem Kompromiss zu kommen

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr gut!)

und dazu zu kommen, die Atomanlagen peu à peu und nicht auf einen Schlag abzuschalten. Dazu kommt sein Engagement bei der Suche nach einem Endlager, damit wir von einer Fixierung auf Gorleben wegkommen und nach dem sachlich besten Standort suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So ist es!)

Das ist eine Initiative, die aus Baden-Württemberg heraus gestartet wurde und die im Augenblick auf einem guten Weg ist. Daher von meiner Seite einen großen Dank an die Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Die Energiewende wird auch im neuen Landeshaushalt finanziell unterlegt. Für die Energiewende werden konsequent mehr Mittel zur Verfügung gestellt, insgesamt 11 Millionen € mehr. Ich nenne als Beispiele das Energieeffizienzprogramm für kleine und mittlere Betriebe mit 5,8 Millionen €, die Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen durch zinsverbilligte Kredite der L-Bank auch für Privatpersonen, mehr Mittel zur Förderung des Programms „Klimaschutz-Plus“, um dem unsäglichen Stop and Go bei der Antragsbewilligung ein Ende zu bereiten, und den Aufbau von Kompetenzzentren zur Gestaltung der Energiewende. Dabei, Kollege Lusche, geht es nicht nur, aber natürlich auch um die Windenergie, und das wird in Baden-Württemberg ein zentrales Thema sein.

(Johannes Stober)

Insgesamt geht es um die Energiewende, also auch um andere erneuerbare Energien, und das Thema Energieeffizienz.

Dazu kommen weitere Mittel in Höhe von 1,5 Millionen € zum Thema Energiespeichertechnologien. Das hat Kollege Renkonen schon angesprochen. Wir satteln in diesem Haushalt noch einmal 1,4 Millionen € zum Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur drauf. Im Finanzausschuss haben wir in den Beratungen für den Wettbewerb „Ressourceneffiziente Technologien Baden-Württemberg“ zusätzlich 600 000 € zur Verfügung gestellt. Sehr sinnvoll ist auch die neu gegründete Landesagentur Umwelttechnik Baden-Württemberg, um in der Öffentlichkeit für Aufmerksamkeit zu sorgen und einen Antrieb für die vielen Firmen in unserem Land zu geben, sodass wir wirklich zum Leitmarkt in diesem Bereich werden.

Die zwei Minuten, die Herr Kollege Zimmermann gebraucht hat, würde ich gern meiner Redezeit hinzurechnen, wenn das in Ordnung ist, Frau Präsidentin.

(Unruhe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist nicht in Ordnung! Wenn Sie die Frage beantwortet hätten!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein, das ist nicht in Ordnung. Ich würde vorschlagen, Sie sprechen zügig weiter.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind ja lausche Reden!)

Sie können so lange reden, bis am Rednerpult das rote Lämpchen leuchtet.

Abg. Johannes Stober SPD: Ich schaue zu, dass ich die zentralen Punkte noch anführe.

Herr Kollege, Sie haben gesagt, dass Ihnen die anderen Bereiche der Umweltpolitik ein wenig gefehlt haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Missachtung der Präsidentin! Wir CDU-Frauen hätten uns das nicht gefallen lassen!)

Ich finde, diese Bereiche werden im Haushalt abgebildet. Es gibt 2 Millionen € mehr zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Es gibt 5 Millionen € mehr zur Altlastenbeseitigung; das hatten auch Sie angesprochen. Für die Sicherstellung der Nachhaltigkeitsstrategie gibt es 2,5 Millionen €. Hierbei gab es eine Umschichtung, weil die bisherige Finanzierung nicht mehr möglich ist.

Die Rücknahme der Kürzung bei der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz beträgt 2 Millionen €; diese haben Sie durch die Kürzung im letzten Haushalt an den Rand der Handlungsfähigkeit getrieben. Sie haben die LUBW wie eine Zitrone ausgequetscht. Die Folge ist, dass Untersuchungen und Maßnahmen zur Instandhaltung ins nächste Jahr verschoben werden mussten und gesetzliche Verpflichtungen z. B. im Bereich der Marktüberwachung nicht eingehalten werden konnten.

Ich bin froh, dass mit der Rücknahme der Kürzung die Beschäftigten zumindest wieder etwas aufatmen können. Diese Dinge werden von der Landesregierung sehr offensiv angepackt. Sicherlich ist noch nicht alles erreicht. Deswegen re-

agieren wir darauf noch vier Jahre während dieser Legislaturperiode und hoffentlich weiterhin eine lange Zeit.

Den Hochwasserschutz habe ich vergessen. Dafür sind 15 Millionen € veranschlagt. Das sollte nicht unter den Tisch fallen. Die Mittel sind zusätzlich für Dammsanierungsmaßnahmen gedacht.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stober, es ist schon witzig: Sie sagten eben, Sie hätten noch nicht alles erreicht und brauchten noch ein bisschen Zeit. Ich finde, das ist eine sehr süße Untertreibung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Johannes Stober SPD: Wir haben in dieser Zeit mehr erreicht als Sie in 58 Jahren!)

– Lesen Sie noch einmal nach. Dann können wir uns darüber unterhalten.

Wenn wir uns den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – anschauen, dann fällt uns zunächst einmal auf, dass wichtige Bereiche aus dem Ministerium in andere Bereiche übertragen wurden. Die Themen Verkehr und Immissionsschutz wurden ins Ministerium für Verkehr und Infrastruktur übertragen. Das Thema Naturschutz wurde ins Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, ins Ministerium von Herrn Bonde, übertragen. Das Thema Arbeitsschutz fällt nun in den Zuständigkeitsbereich des Sozialministeriums. Aus dem Wirtschaftsministerium wurde der Energiebereich ins Umweltministerium übertragen.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Schauen wir uns das Ganze unter monetären Aspekten an: Für die Energiewende stehen 11 Millionen € mehr zur Verfügung. Ich finde, in Zeiten größter Herausforderungen ist das erschreckend wenig. Für die Energiespeichertechnologie sind 1,5 Millionen € veranschlagt; auch das erscheint zunächst einmal sehr wenig. Die LUBW erhält 2,2 Millionen €. Sie müssen die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen und stellen dafür 2 Millionen € bereit. 15 Millionen € wenden Sie für den Hochwasserschutz auf.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich möchte nicht sagen, dass wir uns 15 Millionen € für den Hochwasserschutz sparen sollten.

(Zuruf: Eben!)

Gespart wird bei der Initiative „Unser Neckar“. Das ist bedauerlich, aber klar ist, dass man das Geld irgendwoher bekommen muss. Ferner sparen Sie bei der Sonderabfallagentur.

Insgesamt betrachtet haben wir im Haushalt des Umweltministeriums 87,5 % weniger Einnahmen und 80 % weniger Ausgaben.

(Andreas Glück)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Hahn – er ist gerade leider nicht da – hat in der Ausschusssitzung am 19. Januar 2012 eigentlich die schönsten Worte dafür gefunden. Er hat gesagt, das Ministerium sei ziemlich gefleddert worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo er recht hat, hat er recht! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: So hat er das nicht gesagt! Die Aussage vom Kollegen Hahn hat sich auf die Vergangenheit bezogen! Durch das 1 480-Stellen-Einsparprogramm von Schwarz-Gelb wurde es ausgefleddert!)

Das ist ein Kompetenzverlust in höchstem Maß. Wir haben keine Änderungsanträge dazu eingebracht. Denn das würde sehr daran erinnern, einem zahnlosen Tiger Zähne ziehen zu wollen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Bitte! Ich fürchte, Sie haben nicht richtig zugehört!)

Ist diese Umstellung des Ministeriums sinnvoll? Früher gehörten in dieses Ressort z. B. die Themen Klima, Verkehr, Immissionen, Umweltzonen in den Städten und Fluglärm in Verbindung mit der Schweizer Grenze; darüber haben wir gestern gesprochen. Naturschutz war eine wesentliche Säule des Umweltschutzes. Fragen wie die Planung einer zukunftsfähigen Bahn- oder Infrastruktur oder der Globalisierung zu Zeiten des Onlinehandels und der zunehmenden Waren- und Verkehrsströme werden zunächst einmal ohne Umweltminister bearbeitet. Selbst die Novelle des Landesplanungsgesetzes kann nicht der Umweltminister erarbeiten, sondern das wird vom MVI gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei so wenigen Aufgaben würde ein Staatssekretär reichen!)

Nur um das noch einmal ganz deutlich zu sagen: Wir, die FDP/DVP-Fraktion – Frau Lindlohr, wenn Sie zuhören, wird es Sie mit Sicherheit freuen –, stehen zu der Energiewende. Wir stehen auch zur Windkraft. Wir sagen immer wieder: Es sind hoch ambitionierte Ziele im Bereich der Windkraft – ich sage es einfach noch einmal –, alle drei Tage ein Gebäude fertigzustellen, das höher ist als der Fernsehturm, und alle drei Tage 3 bis 5 MW irgendwo ans Netz zu bringen. Die Frage der Speicherung ist zu klären. Natürlich, wenn man es im Jahr 2020 schaffen sollte, 8 TWh Windstrom zu erzeugen, ist das schön und gut. Aber woher bekommen wir die restlichen 32 TWh? Sie gehen da nur einen Teil des Problems an, nämlich genau 8 von 40. Das sind 20 %. Außer Wind hört man von Ihnen in diesem Bereich nicht sehr viel.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gar nichts!)

Das müssen Sie sich auch gefallen lassen.

Herr Stober, wenn Sie die ganze Zeit loben, im Bereich Fotovoltaik hätte man mittlerweile 3 %, dann muss ich Ihnen sagen: Daran haben Sie doch keinen Anteil. Da schmücken Sie sich doch mit fremden Federn.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Fleddern das Ministerium und schmücken sich mit fremden Federn!)

Das läuft doch über das EEG. Das wissen Sie doch.

(Abg. Johannes Stober SPD: Deswegen sollte man es weiterlaufen lassen!)

– Ja, genau. Aber weswegen loben Sie sich jetzt schon für diese 3 %? Damit haben Sie am allerwenigsten zu tun gehabt.

(Beifall des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Erbschleicher!)

Erstellen Sie ein Energiekonzept. Ansonsten drohen auch in Zukunft ab dem Jahr 2020 massive Stromimporte, und zwar nicht nur, wie einem manchmal weisgemacht wird, von Ökostrom, sondern Sie importieren halt den jeweiligen Strommix Ihres europäischen Nachbarn. Es wäre ja wohl der Hohn, wenn wir in eine Situation gerieten, in der wir Atomstrom aus dem Ausland importieren müssten. Darauf darf es doch bitte nicht hinauslaufen.

Immer wieder auf Berlin zu verweisen, wenn man auf ein Energiekonzept hinausmöchte, ist mit Sicherheit falsch. Wir sind uns doch darüber einig, dass die Energieproduktion der Zukunft regional stattfinden muss. Deswegen müssen dezentrale, regionale Lösungen gefunden werden, gewissermaßen maßgeschneidert für Baden-Württemberg. Da möchte ich Ihnen doch ein paar inhaltliche Dinge mit auf den Weg geben.

Die Kombination von Wind- und Wasserkraft – Modell Gaildorf – finde ich absolut klasse. Das sind Windkraftanlagen, die einen integrierten Wasserspeicher haben. Man kombiniert zwei Techniken, die es schon seit geraumer Zeit gibt. Aber für diese Windkraftanlagen braucht man besondere Standorte. Man braucht Standorte, wo natürlich Wind vorhanden ist, wo ein Gefälle vorhanden ist, und Wasser muss in der Nähe sein. Jetzt stelle ich die Frage: Wie stellen Sie denn sicher, dass die hierfür geeigneten Standorte nicht innerhalb kürzester Zeit mit konventionellen Windkraftanlagen zugebaut werden? Auch wenn Sie die von uns vorgeschlagene Schwarz-Weiß-Grau-Lösung nicht wollen – mit der man das Problem übrigens gut angehen könnte –, so würde ich Sie doch einfach um des Inhalts willen bitten, dafür Sorge zu tragen, dass auch diese modernen Windkraftanlagen in Zukunft noch geeignete Plätze finden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich möchte auf den nächsten Punkt zu sprechen kommen, der auch eindeutig klarstellt, warum das eigentlich ein typischer Baden-Württemberg-Punkt ist: die tiefe Geothermie. Experten halten es für möglich – ich habe mich jetzt mit mehreren Experten diesbezüglich getroffen –, dass man mit zehn genehmigten Bohrungen pro Jahr bis ins Jahr 2020 10 % der Stromerzeugung aus tiefer Geothermie erzielen kann. Speziell Baden-Württemberg ist, was die Geothermie angeht, ein hochinteressantes Gebiet. Natürlich werden Sie mir jetzt entgegen: Aber da kann es zu Erdbeben kommen. Natürlich, aber aus diesem Grund raten wir einfach dazu – wir haben doch mit dem Landesbergbauamt eine hohe Fachkompetenz –: Hier muss Forschung betrieben werden. Wir können die tiefe Geothermie nicht einfach irgendwo schlummern lassen, nur weil es im Jahr 2007 durch eine Fracking-Methode einmal zu ei-

(Andreas Glück)

nem Erdbeben in Basel kam. Das kann doch nicht sein. Baden-Württemberg ist prinzipiell für die tiefe Geothermie geeignet.

Das gilt auch für die Holzvergasung. Zusammen mit Bayern ist Baden-Württemberg mit das holzreichste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Da ist es doch eigentlich nur logisch, dass wir die Vorreiter sein müssen, wenn es um das Thema Holzvergasung geht. Davon abgesehen ist diese Technik grundlastfähig. In diesem Bereich müssen wir kreative Ansätze finden.

Zum Thema Wasserkraft: Herr Minister Untersteller, ich möchte mit freundlicher Erlaubnis der Präsidentin aus einer Pressemitteilung Ihres Hauses vom 2. Dezember 2011 zitieren:

Kleine Wasserkraftanlagen erzeugen effizient und kontinuierlich CO₂-freie Energie. Wir müssen daher alle Möglichkeiten nutzen, um diese klimafreundliche Wasserkraftnutzung mit den ökologischen Ansprüchen der Gewässer zu vereinbaren.

Richtig. Da gebe ich Ihnen absolut recht. Aber sagen Sie doch einmal, in welche Richtung Sie da gehen wollen. Was wird denn passieren? Allein der Schrei nach Berlin ist da einfach zu wenig. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir haben es eben auch mit ganz regionalen Ansätzen zu tun.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Unser Antrag wurde abgelehnt!)

Ich hoffe, dass Sie mir nachher noch etwas dazu sagen können.

Das Ziel muss sein, Strom nicht nur umweltverträglich, sondern auch sicher und bezahlbar zu machen. Das bedeutet aber auch, dass wir, wenn wir das Problem realistisch betrachten, um die Verbrennung fossiler Brennstoffe nicht herumkommen. Wir brauchen deswegen moderne Kraftwerke; diese sind allemal besser als die alten Kraftwerke.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sofern Gas geliefert wird!)

Ich komme zum Schluss. Ich möchte Sie inständig bitten und auffordern, Herr Minister: Erstellen Sie ein Energiekonzept für das Jahr 2020.

(Abg. Johannes Stober SPD: Genau das passiert gerade!)

Das Nächste, was ich an dieser Stelle ansprechen möchte, ist: Wirken Sie doch bitte im Vermittlungsausschuss in Berlin auf die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung hin.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Auch das gehört dazu. Das muss endlich umgesetzt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Endlich! So ist es!)

Das hängt mittlerweile seit Ewigkeiten im Vermittlungsausschuss. Erst gestern ist wieder ein Termin hierzu geplatzt.

Herr Minister, wir hatten uns bereits darüber unterhalten. Sie sagten, Ihr Hauptkritikpunkt sei, dass die Einzelmaßnahmen nicht anerkannt werden sollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es ist doch Geld da! Machen wir es!)

Ich habe dazu noch einmal mit Berlin telefoniert, weil mir das auch irgendwie gestunken hat und Ihre Kritik meiner Meinung nach berechtigt war. Mittlerweile wird an dieser Stelle Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Deswegen möchte ich Ihnen wirklich den Vorschlag machen: Gehen Sie da weiter in die Verhandlungen. Bilden Sie von mir aus einen Arbeitskreis, wenn Sie es im Vermittlungsausschuss nicht hinbekommen. Aber es wäre schade, wenn man sich einen solch guten Inhalt entgehen lassen würde. Ich möchte an dieser Stelle einfach nur sagen: Wer die ganze Zeit nach Grünem bellt, darf sich eine solche Chance nicht entgehen lassen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Untersteller das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der bekommt jetzt noch einiges an Verantwortlichkeiten dazu! Alles bekommt er!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan des Umweltministeriums, den ich Ihnen im Folgenden kurz vorstellen möchte, stellt aus meiner Sicht eine gute Grundlage sowohl für die Umsetzung unserer umweltpolitischen Ziele, Herr Kollege Lusche, als auch der energiepolitischen Ziele dar.

Ein wichtiger Beitrag – den haben wir bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode geleistet – ist folgender: Wenn eines unserer zentralen Themenfelder die Energiewende ist, dann ist es, finde ich, eine gute Voraussetzung, wenn man die damit zusammenhängenden Themen Klimaschutz und Energiepolitik auch in einem Haus zusammenführt. Das haben wir gemacht. Welche Vorteile dies hat, können Sie erkennen, wenn Sie in den letzten Wochen geschaut haben, wie es in Berlin zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesumweltministerium zugeht. So etwas möchte ich mir hier ersparen, und so etwas ersparen wir hier auch der Öffentlichkeit. Ich finde, Sie würden gut daran tun – wenn Sie Kritik üben wollen –, die Punkte anzubringen, die hierzu anzubringen sind. Ich werde Ihnen nachher noch ein paar Beispiele nennen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Mit dem von uns vorgelegten Haushaltsplanentwurf leisten wir aus meiner Sicht einen guten und wichtigen Beitrag, um der zentralen Herausforderung zu begegnen, die sich uns gegenwärtig in der Umweltpolitik und in der Energiepolitik des

(Minister Franz Untersteller)

Landes stellt. Gegenüber der Vorgängerlandesregierung haben wir auch im jetzigen Haushaltsplan eine deutlich geänderte Schwerpunktsetzung. Ich will Ihnen einmal ein paar Beispiele nennen, nachdem Sie vorhin gemeint haben, ich konzentriere mich nur auf die Energiepolitik.

Fangen wir erstens mit der Energiepolitik an. Wir haben hier die Mittel um 11 Millionen € erhöht. Sie sagen, dies sei zu wenig. Darauf komme ich gleich noch.

Wir haben die Mittel für den Hochwasserschutz – das ist ein ganz wichtiger Punkt vor dem Hintergrund dessen, was gerade uns in Süddeutschland, in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren auch im Hinblick auf Klimaveränderungen erwartet; auch die Vorgängerlandesregierung kam zu dem Ergebnis, dass wir eine der Regionen sind, die am stärksten gefährdet sind – um zusätzliche 15 Millionen € hochgeschraubt.

Ein weiterer Punkt ist die Wasserrahmenrichtlinie, mit der uns die EU vorgibt, dass wir bis 2015 eine gute Qualität und Durchgängigkeit hergestellt haben müssen. Dieser Aufgabenbereich war unter der Vorgängerlandesregierung massiv unterfinanziert. Wir haben die Mittel hierfür jetzt um 2 Millionen € aufgestockt, weil wir mit den Geldern, die bislang eingestellt waren, die von der EU gesetzten Ziele bei Weitem nicht fristgerecht hätten einhalten können.

Altlastensanierung: Wir haben die Mittel im Bereich der kommunalen Altlasten um 5 Millionen € aufgestockt.

Ein weiterer Punkt: Für den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur haben wir zusätzlich 1,5 Millionen € bereitgestellt.

Ein weiterer Punkt ist schließlich die LUBW; sie wurde vorhin schon angesprochen. Es ist nun einmal so, dass die Vorgängerlandesregierung massiv in den Topf der LUBW hineingegriffen hat. Letztendlich war die Höhe der Abschreibungen höher als das Investitionsniveau. Wenn wir auf dieser Ebene weitergemacht hätten, hätten wir die LUBW wirklich an die Wand gefahren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aus diesem Grund haben wir in dieser Legislaturperiode den Ansatz wieder um 2 Millionen € angehoben, und das – das habe ich auch festgestellt – dankenswerterweise mit der Zustimmung der Oppositionsfractionen. Offensichtlich sehen Sie und erkennen Sie an, dass wir nicht nur im Bereich der Energiewende und im Bereich des Klimaschutzes etwas machen, sondern auch in den anderen Bereichen.

Ich möchte ausdrücklich den Regierungsfractionen dafür danken, dass sie im Finanzausschuss diese Ansätze, die wir vorgelegt haben, unterstützt haben und auch noch zu einem sehr wichtigen Punkt einen Vorschlag gemacht haben, über den ich mich sehr gefreut habe, nämlich zusätzliche Mittel bereitzustellen, um auch beim Thema Ressourceneffizienz in einen Wettbewerb einsteigen zu können. Hier haben wir zukünftig zusätzlich 600 000 € zur Verfügung, worüber ich sehr froh bin.

Jetzt sagen Sie erstens – das haben Sie auch vorhin in Ihrer Rede noch einmal angesprochen –, diese zusätzlichen 11 Millionen € seien zu wenig. Zunächst möchte ich noch einmal die vorherige Situation darstellen: Wir hatten vorher für den Be-

reich „Klimaschutz und Energie“ bei großzügiger Rechnung – wenn man den Etatansatz aus dem Wirtschaftsministerium plus das, was bisher im Umweltministerium hierfür berücksichtigt war, zugrunde legt – Landesmittel von plus/minus 12 Millionen €. Jetzt haben wir 11 Millionen € draufgesattelt. Wenn man noch die KIF-Mittel dazunimmt, dann kommt man hier auf einen Mittelansatz von gut 28 Millionen €.

Ich frage Sie: Wenn Sie das zu wenig finden, was hat Sie dann bis März letzten Jahres daran gehindert, diese Mittel zu erhöhen? Das ist das eine.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Seither haben sich die Rahmenbedingungen geändert! Die Rahmenbedingungen sind jetzt ganz anders! – Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Zweitens: Sie sagen, Ihnen reiche die Mittelenerhöhung in dem Umfang, wie wir sie vornehmen, nicht aus, aber gleichzeitig legen Sie einen Haushaltsantrag vor, mit dem Sie die Stellen, die wir in meinem Haus neu geschaffen haben, insbesondere die sieben Stellen in der Energieabteilung, die Stelle für die Geothermie plus die zwei Stellen bei der LUBW, mit denen wir den Windenergieausbau voranbringen wollen, wieder streichen wollen. Ja Gott, wie passt das denn zusammen?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es!)

Auf der einen Seite wollen Sie, dass mehr Mittel in den Haushalt meines Ministeriums eingestellt werden. Auf der anderen Seite wollen Sie mir das Personal nehmen, mit dem ich Förderprogramme aus diesen Mitteln umsetzen soll. Ich meine, da passt das eine nicht zum anderen. Da müssen Sie sich einfach einmal entscheiden, was Sie wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was die Personalsituation im Ministerium betrifft, empfehle ich Ihnen wirklich einmal eine Unterhaltung mit meiner Amtsvorgängerin. Schauen wir uns einmal an, welche Entwicklungen es in den letzten Jahren im Haus gab. Es gab Stelleneinsparprogramme, von denen das Haus komplett betroffen war. Es gab bei mir und auch bei meiner geschätzten Vorgängerin keine Schonbereiche im Ministerium. Vielmehr haben diese Programme das Haus mit voller Wucht getroffen. Wir sind heute, was die Personalsituation betrifft, an der Grenze angelangt.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Dann hätten Sie auf ein zusätzliches Ministerium verzichten sollen!)

Gleichzeitig muss man sehen, dass auf das Umweltministerium in den letzten Jahren ständig neue Aufgaben zukamen, insbesondere von der europäischen Ebene,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Richtig!)

wie die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Richtig!)

und jetzt die Umsetzung der IED-Richtlinie. Das sind nur zwei Beispiele. Hinzu kommen die ganzen Hochwasserschutzmaßnahmen. Dann kommen Sie mit einem Antrag zum Haushalt, mit dem Sie die Stellen, die man im letzten Nachtragshaushalt im Umweltministerium geschaffen hat, wieder streichen wollen.

(Minister Franz Untersteller)

Wie passt das denn zusammen? Auf der einen Seite stellen Sie sich hier hin und sagen, wir sollten mehr im Bereich der Umweltpolitik machen, mehr im Bereich der Energiewende machen, aber auf der anderen Seite wollen Sie das nötige Personal, das ich dazu brauche, streichen. Das – es tut mir leid – ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Kommen wir zu dem Themenkomplex Energiewende/Klimapolitik: Wir haben zwei große Herausforderungen. Eine Herausforderung lautet: Wie können wir den im vergangenen Jahr gemeinsam beschlossenen Atomausstieg meistern? Dieser hat zur Folge, dass bis zum Ende des Jahres 2022 Kernkraftwerke mit einer Leistung von zusammen 20 000 MW in Deutschland abgeschaltet werden. Dies betrifft natürlich ganz besonders die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg sowie Hessen. Dort sind etwa zwei Drittel der Kernkraftkapazitäten in Deutschland installiert gewesen. In Baden-Württemberg lag bis zum Frühjahr vergangenen Jahres der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bei 50 %. Bis zum Jahr 2022 fahren wir diesen Anteil auf null herunter.

Noch einmal: Das haben wir gemeinsam beschlossen. Das war der Vorschlag der Bundesregierung. Ich fand diesen Vorschlag gut, und wir haben ihn unterstützt.

Die zweite große Herausforderung bezieht sich auf die Klimapolitik. Alle im politischen Geschäft sind sich bislang einig, dass wir das Ziel haben sollten, bis zum Jahr 2050 die CO₂-Emissionen um 80 %, besser 90 % zu reduzieren, wenn wir das sogenannte Zwei-Grad-Ziel erreichen wollen.

Das heißt, wir brauchen eine völlig andere Form der Energieversorgung, wir brauchen eine völlig andere Form der Wärmebereitstellung und eine völlig andere Form der Mobilität – um nur einmal die wesentlichen Punkte zu nennen.

Wir stellen uns diesen Herausforderungen bei einer ganzen Reihe von Punkten. Erstens werden wir, wie gesagt, die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren massiv ausbauen. Zweitens werden wir die Themen Energieeffizienz und Energieeinsparung voranbringen, auch im Rahmen dieses Haushalts; ich werde Ihnen nachher noch konkret sagen, wie das geht. Drittens werden wir den Ausbau der Netzinfrastruktur und der Speicherkapazitäten auch mit neuen Forschungsprogrammen vorantreiben. Im Bereich der Speichertechnologien geht es aus meiner Sicht um eine Weiterentwicklung. Herr Kollege Glück, das Thema „Power to Gas“ ist wichtig. Unter Kostengesichtspunkten können wir dies aber noch nicht einsetzen.

Ich renne übrigens auch nicht sonntags in der Gegend herum und teile mit, wie wichtig Energieeffizienz sei, und bringe montags eine Geschichte zum Tragen, die einen Wirkungsgrad von 35 % hat.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu. Am Schluss werde ich die Fragen gern beantworten.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, wie wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und in Baden-Württemberg in dem Umfang, in dem wir dies tun, zu neuen konventionellen Kapazitäten kommen, die wir als Back-up-Kapazitäten brauchen. Wenn aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien die Jahresstundenzahlen der konventionellen Kapazitäten immer weiter sinken, sodass die Anlagen unwirtschaftlich werden, brauchen wir neue Gaskraftwerke. Bundeswirtschaftsminister Rösler will sogar neue Kohlekraftwerke. Es nützt aber nichts, wenn Sie nur neue Gaskraftwerke fordern. Sie müssen vielmehr sagen, wie diese in den Markt kommen. Unter den gegebenen Marktbedingungen – das hat der Präsident der IHK Stuttgart offensichtlich noch nicht so recht verstanden – kommen sie nicht in den Markt. Vielmehr müssen Sie Instrumentarien finden, um diese neuen Kapazitäten in den Markt zu bringen.

Ich habe dazu einen Vorschlag gemacht. Der Vorschlag lautet: Kapazitätsmarkt. Das ist nachzulesen. Ich sage nicht, dass das die allein selig machende Lösung ist. Wenn man mir einen anderen Vorschlag unterbreitet – ich kenne aber bisher keinen –, setze ich mich gern damit auseinander.

Bislang ist es so – ich habe bei dieser Einschätzung die Unterstützung des Präsidenten der Bundesnetzagentur, der das genauso sieht –, dass man Anreize braucht, um neue Kapazitäten hineinzubringen, vielleicht aber auch, um bereits vorhandene Kapazitäten im Markt zu halten. Es kann sogar sein, dass Kraftwerke, die heute im Bestand sind, über das Jahr gerechnet nicht lange genug laufen und wir, wenn sie modernisiert werden müssen, vor der Entscheidung stehen, diese gegebenenfalls abzuschalten, weil sie sich nicht rechnen. Dann müssen Sie einem Energieversorgungsunternehmen sagen, wie es diese Kapazitäten im Spiel halten kann. Auch deshalb ist es die Idee des Kapazitätsmarkts wert, dass man sich mit ihr auseinandersetzt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang – das möchte ich betonen – ist für uns: Wir reden nicht nur über die Frage der Energiewende und der Klimaherausforderung. Gleichwertig sind für uns die Frage der Versorgungssicherheit und die Frage der Wirtschaftlichkeit. Dies gilt umso mehr an einem Industriestandort wie Baden-Württemberg. Hierzu hatten wir im Dezember 2011 Gespräche mit der baden-württembergischen Industrie und mit der IHK geführt. Lesen Sie einmal nach, was der Präsident der IHK Baden-Württemberg, Herr Dr. Kulitz, oder Herr Dr. Koch vom LVI gesagt haben. Ich stelle fest, dass wir sowohl, was die Versorgungssicherheit, als auch, was die Wirtschaftlichkeit betrifft, Unterstützung für unseren Kurs haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was heißt Versorgungssicherheit? Wir haben drei wesentliche Säulen der Versorgungssicherheit. Im vergangenen Sommer habe ich gemeinsam mit dem Präsidenten der Bundesnetzagentur, Herrn Kurth, dafür gesorgt, dass wir für die beiden kommenden Winter mit drei Kohlekraftwerken, die bisher in der Kaltreserve waren – die wir herausgenommen haben, um sie für Eventualfälle zur Verfügung zu stellen –, plus 1 000 MW aus Österreich, die die Bundesnetzagentur vertraglich gesichert hat, eine Lösung haben.

(Minister Franz Untersteller)

Seit gestern ist eines dieser Kohlekraftwerke am Netz, nämlich GKM 3; dies steht auch im Zusammenhang mit dem Herunterfahren des Gaskraftwerks in Karlsruhe.

In diesem Zusammenhang möchte ich gern einmal auf etwas eingehen, was Sie, Herr Dr. Rülke, gestern hier in Ihrer Republik auf den Ministerpräsidenten gesagt haben. Sie waren gestern der Meinung – ich zitiere es jetzt nicht; aber Sie haben das gestern sinngemäß so ausgeführt –: Wahrscheinlich schafft die Landesregierung die Energiewende nur dann, wenn sie auf Atomstrom aus Frankreich und von anderswo zurückgreift und diesen importiert. Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, wie die Situation derzeit aussieht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh ja! Da bin ich gespannt!)

Wir haben derzeit alle Kraftwerke am Netz. Wir sichern hier die Versorgung. Aber wir unterstützen derzeit Frankreich, damit sie dort warme Zimmer haben und damit dort die Lichter brennen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber mit Atomstrom! – Gegenruf: Nein, nein, nein!)

Frankreich hatte in den letzten Tagen einen Strombedarf von über 100 000 MWh.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die 56 Kernkraftwerke in Frankreich reichen zur Deckung dieses Bedarfs bei Weitem nicht aus. Wir exportierten in den letzten Tagen mehrere Tausend Megawattstunden Energie nach Frankreich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Ja, klar. Ich lese es Ihnen vor: Am 6. Februar lieferte die ENSO – das sind die europäischen Netzbetreiber – nach Frankreich 2 800 MWh, in die Schweiz 39 000 MWh, nach Österreich 30 000 MWh und nach Polen 19 000 MWh.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Mit Atomstrom! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Windkraft ist das, Jimmy!)

Bekommen haben wir, Herr Kollege Zimmermann, aus Dänemark und aus Schweden 25 000 MWh. Unter dem Strich haben wir am 6. Februar 62 000 MWh in die umliegenden Regionen exportiert. Das sind die Realitäten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Schauen Sie einmal auf die Entwicklung am heutigen Tag: Heute Morgen zwischen 10:00 und 12:00 Uhr – ich sage das, damit Sie auch einmal verstehen, wie das läuft –, wurde an der französischen Strombörse eine Kilowattstunde Strom für 1,94 € gehandelt, während an der EEX in Leipzig die Kilowattstunde zur gleichen Zeit mit 16 Cent gehandelt wurde. Was machen unsere Unternehmen? Sie werfen alles an, was sie haben, und exportieren. Warum? Weil damit Geld zu machen ist.

(Unruhe bei der CDU)

Die Mechanismen in unserer Energiewirtschaft sind nun einmal, dass man dann natürlich den Strom dorthin exportiert, wo man damit Geld machen kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon richtig! Aber welche Stromart wird geliefert? Das muss man auch sagen!)

Ich möchte Sie einfach einmal bitten, solche Trivialitäten wahrzunehmen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen: Bravo! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Minister, ein Wort zur Windkraft! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jimmy, mit dem Wind, den du hier machst, könnten wir Geld verdienen wie Sau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen wir zu der Frage, welche Stromart das ist!)

– Nein, ich möchte jetzt zu Ende reden. Anschließend beantworte ich die Fragen gern.

Mittelfristig gesehen werden wir die Versorgungssicherheit auch über die Hinzunahme der beiden neuen Blöcke GKM 9 und RDK 8 ab 2014/2015 gewährleisten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen wir zum Thema! Ganz ehrlich sein!)

Noch einmal: Langfristig gesehen gilt es noch die Frage zu beantworten – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt kommt es!)

– Herr Kollege Dr. Rülke, ich habe es gerade ausgeführt. – „Langfristig“ – den Vorschlag habe ich auf den Tisch gelegt – heißt für mich, dass man über einen Kapazitätsmarkt nachdenken muss, um hier neue Kapazitäten hineinzubringen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Zum Ausbau der erneuerbaren Energien: Mit Freude habe ich in einer Hochglanzbroschüre der CDU gelesen, dass die CDU jetzt einen Anteil der erneuerbaren Energien von 35 % will. Das erkenne ich erst einmal an. Auch den Kursschwenk in Sachen Windenergie, Herr Kollege Zimmermann, erkenne ich durchaus an. Aber trotzdem: Hochglanz schützt vor Unsinn nicht.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ich will einmal deutlich machen, warum ich das sage. Wenn man einfach nur sagt: „Wir wollen auch 10 % Windenergie, nämlich 5 % an Land und 5 % offshore“, Herr Kollege Lusche, berücksichtigt man nicht, dass in der Energiewirtschaft in Deutschland noch das sogenannte Territorialprinzip gilt. Ostsee und Nordsee gehören meines Wissens nicht zu Baden-Württemberg. Die EnBW wird hoffentlich Baltic 2 realisieren: Ob sie aber Baltic 2 dann auf Dauer hält, wissen Sie nicht und weiß ich nicht. Es kann gut sein, dass sie es in ein paar Jahren an einen Pensionsfonds verkauft. Und dann? Zählt es dann noch zu Baden-Württemberg oder nicht?

(Abg. Winfried Mack CDU: Ihre Argumentation ist ja Unsinn! – Zurufe der Abg. Andreas Glück FDP/DVP und Tanja Gönner CDU)

(Minister Franz Untersteller)

Nächster Punkt, Frau Kollegin Gönner: Wenn man schon den Offshorebereich dazurechnet, dann frage ich einmal: Rechnet man dann Lippendorf, eines der größten Braunkohlekraftwerke in Mitteleuropa, an dem die EnBW beteiligt ist – das Kraftwerk steht in Ostdeutschland –, auch dazu oder nicht? Rechnet man das Steinkohlekraftwerk Bexbach, an dem die EnBW mehrheitlich beteiligt ist – das steht im Saarland –, auch dazu oder nicht?

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich warne Sie vor einer solchen Herangehensweise und bitte Sie einfach, bei den Fakten zu bleiben, die heutzutage in der Energiewirtschaft gelten – das ist das Territorialprinzip –, und nicht 5 % Offshorewindkraft bei uns hinzurechnen zu wollen. In unserem Konzept sind die 5 % Offshorewindkraft zwar enthalten, allerdings unter der Rubrik Stromimport, und da gehören sie hin.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ändern Sie das.

Zum nächsten Punkt – auch hier kann ich das Vorgehen nicht nachvollziehen –: Sie wollen den Anteil der Solarenergie an der Stromerzeugung von derzeit 3 % bis zum Jahr 2020 auf 8 % hochschrauben. Das liegt leicht unter unseren Berechnungen; wir gehen im Moment davon aus, dass hier ein Anteil von 11 bis 12 % erreicht wird. Das sei aber jetzt einmal dahingestellt. Die von Ihnen angestrebten 8 % oder die von uns angestrebten 11 bis 12 % erreichen wir aber nur, wenn Sie einige Herren einmal an den Ring legen, nämlich Bareiß, Pfeiffer, Rösler und wie sie alle heißen, die sich in Berlin, im Bund, dafür stark machen, der Solarförderung insgesamt „den Rost runterzumachen“ und die Förderung auf 1 000 MW bundesweit zu begrenzen. Allein in Baden-Württemberg hatten wir im vergangenen Jahr einen Zubau in dieser Größenordnung. So macht man sich zum Totengräber der Fotovoltaik in Deutschland.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte ansprechen, die wir jetzt konkret im Haushalt haben und bei denen wir neue Akzente setzen.

Zunächst zum Thema Energieeffizienz, um einmal von der Frage der erneuerbaren Energien wegzukommen:

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Endlich!)

Wir stellen hierfür in diesem Haushalt 2,5 Millionen € zur Verfügung, die L-Bank steuert noch eigene Mittel bei. Mit diesen Mitteln werden wir zukünftig ein Darlehensprogramm in Sachen Gebäudeenergieeffizienz auflegen, das man zusätzlich zu dem entsprechenden Programm der KfW in Anspruch nehmen kann. Auch da wiederum kann ich Sie nur bitten, uns darin zu unterstützen, dass die Bundesregierung die Mittel, die sie einmal für das KfW-Programm zugesagt hat, auch tatsächlich bereitstellt. Zugesagt waren 1,5 Milliarden €. Seit einigen Tagen reden wir nur noch über 900 Millionen €. Warum? Weil die Herrschaften gemerkt haben, dass die Zertifikatspreise beim Emissionshandel verfallen, und weil sie die Finanzierung des Gebäudesanierungsprogramms auf die Preise der Zertifikate gestützt hatten.

Ich meine, das ist doch wie Lotto, was sie da treiben. Man kann doch nicht die Finanzierung eines so wichtigen Programms von den Zertifikatspreisen beim Emissionshandel abhängig machen. Da möchte ich Sie einfach bitten, mit uns dafür zu sorgen, dass die zugesagten 1,5 Milliarden € auch bereitgestellt werden. Noch einmal: Wir stellen 2,5 Millionen € plus L-Bank-Mittel zur Verfügung. Nach unseren Berechnungen und nach Berechnungen der L-Bank heißt das: Wir lösen damit ein Darlehensvolumen in Höhe von 500 Millionen € hier im Land aus. Ich kann Sie wirklich nur bitten, uns dabei zu unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein Punkt zum Thema Energieeffizienz: Wir nehmen noch einmal 2,5 Millionen € in die Hand – auch da bekommen wir zusätzliche L-Bank-Mittel –, um das neue Darlehensprogramm „Energieeffizienz bei kleinen und mittleren Unternehmen“ aufzulegen, bei dem es darum geht, Anreize zu setzen, um Stromeinsparpotenziale bei Elektromotoren, bei Pumpen usw., die es in erheblichem Umfang in diesen Unternehmen gibt, in den kommenden Jahren zu realisieren. Nach unseren Berechnungen kommen wir hier auf ein Darlehensvolumen von etwa 150 Millionen €.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eigener Nutzen! Das ist in ihrem eigenem Interesse, zu beraten!)

Von Ihnen war in diesem Bereich bislang nichts zu sehen. Wenn Sie hier einfach nur sagen: „Wir wollen noch mehr“, dann machen Sie es sich – es tut mir leid – meines Erachtens wirklich ein bisschen einfach.

Wir kommen zu einem anderen Bereich. Ich habe das von meiner Vorgängerin eingeführte Programm „Klimaschutz-Plus“ immer gelobt und für richtig gehalten. Das ist ein gutes Programm. Zu Recht wird dieses Programm bundesweit gelobt, und zwar der ganze Ansatz. Das Problem in der Vergangenheit war immer – das wissen Sie auch –, dass die Förderperiode relativ kurz war, irgendwann das Geld ausgegangen ist und die Anträge dalagen und nicht bearbeitet werden konnten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Deswegen wollen wir mehr Geld geben!)

Im allgemeinen Teil des Programms haben wir die Mittel um 2,7 Millionen € aufgestockt, also 2,7 Millionen € zusätzlich eingebracht. Im kommunalen Teil halten wir das Niveau, das wir bislang haben. Die Probleme, die es in der Vergangenheit gegeben hat, bestanden vor allem im allgemeinen Teil des Programms „Klimaschutz-Plus“. Wir können hiermit zukünftig eine Reihe von Projekten fördern, insbesondere im kirchlichen Bereich, aber auch bei Vereinen und anderen Einrichtungen.

Ich möchte kurz auf ein paar andere Themen zu sprechen kommen.

Ich komme zunächst zum Thema Wasserstoffinfrastruktur. Ich habe es schon angedeutet: Wir bringen zusätzlich 1,4 Millionen € ein, womit wir weitere Wasserstofftankstellen in diesem Jahr fördern wollen. Ende dieses Jahres wird Baden-Württemberg das dichteste Wasserstofftankstellennetz unter allen Bun-

(Minister Franz Untersteller)

desländern haben. Wir werden dann fünf bis sechs Wasserstofftankstellen haben. Im Vergleich mit anderen Bundesländern ist das mit Abstand die beste Situation. Das heißt, man kann sich in diesem Land dann mit Wasserstofffahrzeugen bewegen. Es geht darum, das Netz weiter auszubauen. Andere Bundesländer hinken hier noch erheblich hinterher.

Wir werden in diesem neuen Haushalt für 2012 1,5 Millionen € für ein Forschungsprogramm für Energiespeichertechnologien und für neue technische Lösungen zur Speicherung von Strom und Wärme zur Verfügung stellen.

Ein weiteres Thema habe ich vorhin schon kurz angerissen. Wofür ich sehr dankbar bin, ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu laut.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: ... sind die Mittel für das ganze Themenfeld „Ressourceneffiziente Technologien, Umwelttechnik“, die mit dem Antrag, den die beiden Koalitionsfraktionen hier eingebracht haben, bereitgestellt werden. Dadurch wird es in Zukunft möglich sein, dass wir einen Wettbewerb „Ressourceneffiziente Technologien in Baden-Württemberg“ durchführen und auch hier Anreize schaffen, Baden-Württemberg bei diesem Thema in eine Spitzenposition zu bringen.

Schließlich – das habe ich vorhin vergessen – komme ich auf die Nachhaltigkeitsstrategie zu sprechen. Sie wurde von der Vorgängerlandesregierung aufgelegt. Die Finanzierung ist Ende 2011 ausgelaufen. Wir haben entschieden, diese Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln, und haben im Kabinett bereits beschlossen, wie wir sie weiterentwickeln. Aus Zeitgründen kann ich nicht näher darauf eingehen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oh!)

Ich denke aber, dass es in Ihrem Sinn ist, wie wir das weiterentwickeln: Wir konzentrieren uns hier auf Kernthemen, wir verbinden entsprechende Programme damit, dass wir zukünftig Indikatoren haben werden, mit denen man auch die Erfolge messen kann, und wir implementieren einen Nachhaltigkeitsbeirat, der den Ministerpräsidenten bei der Umsetzung berät. Außerdem haben wir beschlossen, in diesem Haushalt 2,5 Millionen € für die Umsetzung dieser neuen, weiterentwickelten Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung zu stellen. Wir führen die Strategie also auf dem gleichen Niveau wie bei der Vorgängerlandesregierung fort.

Vorhin wurde von mir schon das Stichwort Hochwasserschutz genannt. Wir setzen zusätzlich 15 Millionen € für den Hochwasserschutz bei Gewässern I. Ordnung ein. Das ist – ich sage es noch einmal – in einem Land, in dem die Hochwasserproblematik einen besonderen Stellenwert hat, aus meiner Sicht völlig richtig und ein ganz wichtiger Investitionsschwerpunkt. Die Mittel dafür kommen dankenswerterweise aus der Sanierungsrücklage, die wir im letzten Jahr gebildet haben. Wir können mit diesen Mitteln in den kommenden Jahren natürlich auch eine Reihe von Dammsanierungen angehen, insbesondere im Rheinbereich und im Rheineinzugsbereich, die über viele Jahre hinausgezögert worden sind.

Erwähnt habe ich auch bereits die Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Mit 2 Millionen € zusätzlich können wir hier wichtige Maßnahmen angehen, die bisher unterfinanziert waren, und sie in den kommenden Jahren umsetzen.

Ferner stellen wir 5 Millionen € für die Altlastensanierung bereit. Darauf möchte ich jetzt nicht näher eingehen. Es ist natürlich gerade für das Land Baden-Württemberg, in dem der Flächenverbrauch ein zentrales Thema ist, ein wichtiger Beitrag meines Hauses, wenn wir über diese zusätzlichen Mittel zur Altlastensanierung Flächen im Innenbereich von Kommunen und Städten wieder verfügbar machen, und zwar sowohl für Industrieansiedlungen als auch für zukünftige Wohnbebauung.

Ich habe erwähnt, dass wir zusätzlich 2 Millionen € im Budget haben, um damit die LUBW wieder arbeitsfähig zu machen. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund wichtig, dass es neue Themenfelder gibt. Denken Sie einmal an das ganze Themenfeld Windenergie, bei dem uns die LUBW mit der Aufarbeitung wichtiger inhaltlicher Fragen, z. B. der Artenschutzproblematik, unterstützt.

Zum Schluss: Ich denke, es ist klar geworden, dass die neue Landesregierung mit diesem Haushalt neue wichtige Schwerpunkte setzt. Dem Umweltministerium kommt bei dieser Schwerpunktsetzung der Landesregierung eine wichtige Bedeutung zu. Mit dem Entwurf des Einzelplans 10 stellen wir die Weichen in Richtung Zukunft. Ich bitte daher auch Sie vonseiten der Opposition um Zustimmung zu diesem Haushaltsplanentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister Untersteller, es liegen drei Nachfragen der Kollegen Glück, Lusche und Dr. Bullinger vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schlussfragen!)

Vielleicht sind ja die --

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

– Genau. – Herr Glück, hat sich Ihre Frage erledigt?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Er hat nicht mehr die Möglichkeit, zu antworten! – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Er hat noch Redezeit!)

Dann verfahren wir jetzt so: Zunächst spricht nun Herr Kollege Lusche für die CDU-Fraktion.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Herr Minister – ich nehme an, die Redezeit läuft nur, wenn die Aufmerksamkeit gegeben ist –, eines ist mir noch einmal ganz wichtig: Wir können uns in Berlin über alles Mögliche unterhalten. Das ist alles schön und gut. Aber wir reden hier über den Haushalt des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

(Ulrich Lusche)

Wir reden darüber, was wir ganz konkret machen können und sollten.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Wir haben in den letzten Jahren in Ihren Anträgen – wenn ich so sagen darf – gebetsmühlenartig lesen können, dass auch das Land – das ist richtig so – einen eigenen Beitrag zu leisten hat.

Frau Sitzmann hat es, wie ich bereits erwähnt habe, gestern noch einmal angesprochen: Der Staat kann eben nicht alles allein machen. Vielmehr geht es darum, Anreize zu setzen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Genau das machen wir!)

Deswegen frage ich Sie noch einmal, auch vor dem Hintergrund, dass Sie Ihre Klimaschutzziele jetzt begrenzen mussten und wir bei der erforderlichen Reduktion von CO₂-Emissionen durch die Abschaltung der Atomkraftwerke vor weiteren Herausforderungen stehen: Sind Sie tatsächlich der Auffassung, dass man angesichts eines derartigen Rekordhaushalts, wie wir ihn haben, bei den Mitteln, die Sie hier veranschlagen, von einer Schwerpunktsetzung für das Land Baden-Württemberg sprechen kann?

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

Ist Ihnen beispielsweise die Stellungnahme des Handwerks tags bekannt, der klipp und klar sagt: „Wenn das Land so ambitionierte Ziele formuliert, muss es uns mehr Geld geben“?

Schauen Sie sich doch noch einmal unsere Anträge an. Genau das fordern wir. Wir stellen keine wilden Forderungen auf. Vielmehr fordern wir in den Bereichen, in denen Kommunen, kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker zu Investitionen angereizt werden können, in einem, meine ich, sehr moderaten Umfang zusätzliche Ausgaben.

Der Herr Ministerpräsident – ich muss noch einmal darauf zurückkommen – hat uns gestern bestätigt: 10 Millionen € allein durch zwei zusätzliche Ministerien, also blieben nur noch 5 Millionen € übrig, die wir finden müssten. Das ist also schon eine Frage der Schwerpunktsetzung. Da müssen Sie schon akzeptieren, dass wir an diesem Punkt einigermaßen kritisch sind.

Ich fordere Sie noch einmal auf, liebe Kolleginnen und Kollegen: Machen Sie da mit. Angesichts des Volumens, um das es geht, kann Ihnen das nicht wirklich schwerfallen, wenn es Ihnen mit der Sache ernst ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Renkonen für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich schlage vor, wir verständigen uns auf Folgendes: Sie fordern, und wir setzen um. Das wäre vielleicht für die nächsten Jahre das Richtige.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Tanja Gönner: Ihnen täte es gut, wenn Sie sich einmal mit der Sache beschäftigen würden!)

Ich will noch einige Punkte nennen. – Ich beschäftige mich jetzt mit Ihren Anträgen. Deshalb habe ich mich auch noch einmal gemeldet.

Mich wundert es, dass Sie den Antrag stellen, die Mittel für das „Klimaschutz-Plus“-Programm zu erhöhen. Sie hatten ja Zeit, das Programm so auszustatten, dass Sie zusätzliche Effekte hätten auslösen können. Warum kommen Sie jetzt in der Opposition mit den Anträgen,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Sie haben in der letzten Legislaturperiode 26 Millionen € gefordert!)

wenn Sie wissen, dass es die Haushaltslage gegenwärtig nicht zulässt, Ihrem Anliegen zu entsprechen? Wir sind an die Grenze des Machbaren gegangen,

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

um gleichzeitig keine neue Verschuldung einzugehen. Das mahnen Sie ja immer wieder an.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Keine Regierung in Baden-Württemberg hatte solche Einnahmen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihnen ist das Thema nichts wert!)

Zum Thema Wärmestrom: Ein Förderprogramm für Wärmepumpen macht nun wirklich nur bei Neubauvorhaben Sinn.

(Abg. Peter Hauk CDU: Umwälzpumpen!)

Aber Wärmepumpen zu fördern, wenn Sie nicht einmal die Altbauten saniert haben –

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Schwachsinn! Herr Renkonen, lesen Sie erst einmal die Anträge, bevor Sie darüber sprechen!)

genau das wollen wir tun –, macht doch gar keinen Sinn. Der Wärmestrompreis ist um 30 % gestiegen, und Sie wollen jetzt die Wärmepumpen fördern und meinen, dass alle jetzt eine Wärmepumpe installieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Lesen Sie doch einmal den Antrag!)

Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Deshalb fordern wir Sie noch einmal auf, auch Sie als Fraktion, sich für eine maßvolle Änderung des EEG einzusetzen – aber nicht durch ein Quotenmodell, wie es die FDP will; das würde quasi der Abschaffung des bestehenden EEG gleichkommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das ist doch lächerlich! – Abg. Peter Hauk CDU: Keine Ablenkung! Haushalt!)

– Der Bundeswirtschaftsminister hat doch erst kürzlich verkündet, dass er das Quotenmodell will. Das ist aber eine völlig verquere Förderpolitik, und genau das kritisieren wir. Insofern bitten wir um Zustimmung zum Einzelplan 10.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss schnell machen. Herr Minister, ich wollte Ihnen vorhin die Frage stellen, damit Sie die Chance gehabt hätten, darauf zu antworten.

Ich wollte Ihnen bloß sagen: Ich habe nicht von Power to Gas gesprochen. Auch das ist ein interessantes Thema. Ich habe von den Windkraftanlagen in Gaildorf gesprochen. Dort ist ein Wassertank eingebaut. Ich wollte wissen, wie Sie im Landesplanungsgesetz die Möglichkeit berücksichtigen, dass diese tollen Anlagen, die eben auch grundlastfähig sind, in Zukunft einen Platz finden. Die Antwort haben Sie mir leider nicht gegeben. Deswegen wollte ich Ihnen die Frage noch einmal stellen.

Das Nächste: Herr Minister, Sie erzählen immer, Baden-Württemberg sei Nettostromexporteur.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, ist es doch!)

Um diese Frage geht es einfach nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Es geht nicht darum, das zusammenzuzählen, sondern um die Frage: Wie oft brauche ich Strom aus dem Ausland und somit eben auch Atomstrom, um mein eigenes Netz stabil zu halten? Sie müssen die einzelnen Bezüge addieren, um den Wert zu ermitteln, von dem wir herunterkommen wollen. Es geht nicht darum, ob Baden-Württemberg Nettostromimporteur oder -exporteur ist. Das geht an der Frage vorbei.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das andere ist: Herr Untersteller, ich sage gar nicht, dass die Aufteilung innerhalb Ihres Ministeriums so arg schlecht ist. Ich habe schon vorhin gesagt: In vielen Dingen hatten Sie gar keine Chance. Ich will jetzt mit Sicherheit auch nicht gegen den Hochwasserschutz wettern. Aber ich sage: Ihr Ressort ist so wichtig, dass Ihr Stück vom Kuchen in Zeiten der Energiewende definitiv größer sein sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Energiewende wird nicht annähernd Tribut gezollt. Wenn der Satz „Das Geld folgt den Ideen“ stimmt, dann scheinen Sie in den Haushaltsverhandlungen nicht die guten Ideen gehabt zu haben; das bedaure ich sehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Aufgrund des internen Kompetenzgerangels hat die Landesregierung leider die Chance vertan, ein starkes Energie- und Umweltministerium mit ausreichenden Mitteln zu schaffen. Wie will man so die Energiewende angehen? Das bereitet mir große Sorgen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1110. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1001

Ministerium

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1001 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 1002 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1002 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe gemeinsam auf

Kapitel 1003

Verkehr

und

Kapitel 1004

Straßenbau

Diese Kapitel enthalten für das Jahr 2012 keine Planansätze mehr, da diese infolge der Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien auf andere Einzelpläne übertragen wurden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war ein Fehler! – Abg. Peter Hauk CDU: Platzhalter des Ministeriums!)

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen deshalb, von Kapitel 1003 und Kapitel 1004 Kenntnis zu nehmen, anstatt den Kapiteln zuzustimmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe gemeinsam auf

Kapitel 1005

Wasser und Boden

und

Kapitel 1006

Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Marktüberwachung

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wer stimmt diesen beiden Kapiteln zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den beiden Kapiteln einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1007

Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik

Zu Kapitel 1007 liegen die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksachen 15/1210-1 und 15/1210-2, vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1210-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1210-2. Sind Sie damit einverstanden, dass Ziffer 1 und Ziffer 2 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Sie stimmen zu.

Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1007 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1007 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1007 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1008

Naturschutz und Landschaftspflege

Dieses Kapitel enthält für das Jahr 2012 keine Planansätze mehr, weil diese infolge der Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien auf andere Einzelpläne übertragen wurden. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen deshalb, von Kapitel 1008 Kenntnis zu nehmen, anstatt dem Kapitel zuzustimmen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 1009

Energiewirtschaft

Zu diesem Kapitel liegen drei Änderungsanträge vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1210-3. Sind Sie damit einverstanden, dass Ziffer 1 und Ziffer 2 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Das ist so.

Ich bitte um das Handzeichen, wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1210-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1210-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1009 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1009 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Kapitel 1009 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1110, abzustimmen. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Damit ist Abschnitt II einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung von Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Ich rufe **Punkt 3 f** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/1113

Berichterstatteerin: Abg. Tanja Gönner

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat auch für die Beratung von Einzelplan 13 eine Redezeit – –

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie bitte Ihre Einzelgespräche nach außerhalb des Plenarsaals verlegen oder einstellen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP, auf Abgeordnete der Fraktion GRÜNE zeigend: Das gilt vor allem für die da drüben! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das gilt auch für Fraktionsvorsitzende! – Anhaltende Unruhe)

Das Präsidium hat eine Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Wünscht die Berichterstatterin das Wort?

(Abg. Tanja Gönner CDU: Nein!)

– Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für Baden-Württemberg von entscheidender Bedeutung. Die von der grün-roten Landesregierung betriebene Verkehrspolitik schadet aber dem ganzen Land.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Schon nach wenigen Monaten wird klar und deutlich: Was wir erleben, ist die reine grün-ideologische Verkehrsverhinderungspolitik, und die SPD macht sich zum Sklaven.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Skandal!)

Der Koalitionsvertrag ist der beste Beweis dafür. Auch die Umstrukturierungen im Ministerium belegen: Für den Minister und seine Staatssekretärin gilt: Mobilität ist nur gut, wenn sie nicht stattfindet. Die einzige Ausnahme ist das Fahrrad.

Die CDU-Fraktion steht auch in der Opposition zu ihrer Verantwortung für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur bei Schiene, Straße, Luft und Wasser – unideologisch und an den Interessen der Menschen und des Landes orientiert.

Nachhaltige Mobilität und die ökologische und effiziente Vernetzung von Verkehrsträgern sind dabei keine neue Erfindung der Grünen, auch wenn Sie sich das sehr gern ans Revers heften.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn sie eines haben!)

Für jeden Weg das passende Verkehrsmittel – das gilt für die Verkehrspolitik hier im Land schon seit Jahrzehnten.

Wie falsch die Landesregierung mit ihrer Politik liegt und wie weit Dichtung und Wahrheit auseinanderliegen, haben die vergangenen Monate gezeigt. Sie haben versucht, Stuttgart 21 zu verhindern. Aber die Menschen im Land waren klüger. Sie haben bei Stuttgart 21 gegen den Willen des grünen Ministerpräsidenten und seines Verkehrsministers entschieden.

Und nach Stuttgart 21? Nach Stuttgart 21 wollen Sie jetzt den Ausbau von Straßen verhindern. Es soll keine neuen Straßen geben, keine neuen Bundesstraßen und Autobahnen,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!)

keine neuen Landesstraßen und auch keine Ortsumfahrungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Rein gar nichts! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine neuen Kanaldeckel!)

Sie wollen auch keine neuen Straßen planen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Das, meine Damen und Herren, ist Gift für den Wirtschaftsstandort und läuft den Interessen des Landes und auch der Menschen zuwider.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Dass Sie jetzt, wie man gerade hört, eine neue Liebe für die Straßen entdeckt haben, ist allein dem Druck geschuldet und nichts anderes als ein opportunistisches Lippenbekenntnis. Der Landshaushalt beweist dies.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht selbst lachen!)

– Ihnen vergeht gleich das Lachen. – Dann verkaufen Sie diese katastrophale Politik auch noch als die „neue Ehrlichkeit“. Das ist eine Mogelpackung. Das einzig Ehrliche daran ist die Ankündigung oder, besser gesagt, die Drohung des Ministerpräsidenten: „Aus dem freien Gut Straße wird das knappe Gut Straße.“ Dafür tut diese Regierung wirklich alles. Dafür gibt es auch Belege.

Erstens: Bundesfernstraßen. Der Bund hat in den vergangenen Jahren mehr als 280 Millionen € pro Jahr hier im Land investiert. Zum Glück! Das ist mehr als je zuvor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber zu wenig!)

Nur weil wir ausreichend planfestgestellte Maßnahmen in der Schublade hatten, konnten wir mehr als andere von dem Konjunkturprogramm profitieren. Nur so konnte die CDU-geführte Landesregierung viele neue Maßnahmen anschieben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Anfangen!)

Dass der Ministerpräsident sagt, er würde sofort Straßen bauen – das hat er gestern gesagt –, wenn er von Ramsauer Geld bekäme, ist doch fadenscheinig. Wir haben 108 Millionen € aus dem Infrastrukturbeschleunigungsprogramm bekommen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war wenig!)

und zwar obwohl der Minister nur 2 Millionen € beantragt hatte und obwohl – da müssen Sie genau zuhören – Ihre grünen Freunde im Bund, in Berlin, das ganze Programm abgelehnt haben. Das ist die Wahrheit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Nein, Sie wollen nicht mehr Geld. Himmelangst wäre es Ihnen. Dann müssten Sie Ihren Anhängern nicht nur erklären, dass Sie Stuttgart 21 bauen müssen; nein, Sie müssten ihnen auch erklären, dass Sie jetzt auch noch Straßen bauen müssen. Das passt nicht in Ihre Klientelpolitik.

Deshalb tun Sie auch nichts. Sie fordern keine zusätzlichen Mittel vom Bund. Sie reisen auch ohne Vorschläge zu den Bauprogrammbesprechungen nach Berlin.

(Zuruf von der SPD: Was?)

(Nicole Razavi)

Das gab es noch nie.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau! Armutszeugnis von Grün-Rot!)

Von der von Ihnen versprochenen Priorisierung ist keine Spur zu sehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine typische Verhinderungscoalition! Und die SPD macht mit! Das ist skandalös!)

Ihr Schwarzer-Peter-Spiel greift nicht. Der Bundesverkehrswegeplan ist eine rot-grüne Erfindung, und die langjährige Unterfinanzierung haben SPD-Bundesverkehrsminister zu verantworten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Elf Jahre lang Benachteiligung Baden-Württembergs!)

Jetzt fühlen Sie sich durch den CSU-Verkehrsminister geadelt, weil auch er der Meinung ist, dass Begonnenes fertiggebaut werden muss. Da frage ich Sie: Ja und? Ist das etwas Neues? Es ist eine pure Selbstverständlichkeit, dass man Begonnenes fertig baut.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Sie haben doch nie fertig gebaut! Seit 20 Jahren bauen Sie eine Bundesstraße, und die ist noch immer nicht fertig!)

Aber entscheidend ist, Herr Schmiedel: Das eine tun und das andere nicht lassen. Sie müssen parallel neue Straßen planen und bauen, weil sonst irgendwann Stillstand in diesem Land herrscht. Wer nicht das Maximale fordert, der bekommt wenig. Das ist genau das, was Sie in Wahrheit wollen: das knappe Gut Straße.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen ja gar kein Geld!)

Das gilt auch für die Landesstraßen. Sie sind als großer grüner Verkehrstiger mit roten Streifen gestartet und leider nicht einmal als Bettvorleger gelandet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und die roten Streifen haben sie verloren!)

Was wollte denn vor allem die SPD nicht alles besser machen? Sie hatten sich viel vorgenommen, aber leider sind Sie gescheitert. Sie fallen weit hinter das zurück, was wir in früheren – vor allem in deutlich schlechteren – Haushaltsjahren investiert haben. Das ist das eigentliche Armutszeugnis. Wer bei Mehreinnahmen von 2 Milliarden € nicht mehr in den Landesstraßenbau investiert, dem fehlt es nicht an Geld.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ihnen fehlt es am politischen Willen, die richtigen Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die CDU-geführte Landesregierung hatte in den Aus- und Neubau der Landesstraßen in den vergangenen Jahren weit

mehr als 50 Millionen € pro Jahr investiert. Bei Ihnen sind es jetzt kaum mehr als 30 Millionen € im Jahr, und Sie kürzen drastisch bei den Planungsmitteln. In den Erhalt hatten wir mehr als 100 Millionen € pro Jahr investiert. Sie hatten eine Verdopplung angekündigt. Von den jetzt eingeplanten 100 Millionen € werden aber netto höchstens 70 Millionen € bleiben

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wem haben wir das zu verdanken?)

– ich erkläre es Ihnen gleich –, weil Sie daraus noch 23,3 Millionen € für die Refinanzierung des Landesinfrastrukturprogramms

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Genau!)

und voraussichtlich weitere 10 Millionen € für die Beauftragung von Planungsbüros entnehmen.

(Zuruf: Hört, hört! – Abg. Sascha Binder SPD: Wahlkampfkosten der CDU waren das! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wahlkampfkosten der CDU! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da müssen doch dem Schmiedel die Ohren klingen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel betreibt Selbstleugnung! Er ist nicht charakterfest!)

Apropos Landesinfrastrukturprogramm: Es zeigt sich doch gerade jetzt in einem wirtschaftlich starken Jahr mit hohen Steuereinnahmen, dass unsere Strategie genau die richtige war.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Schmiedel, was ist das? Sind Sie jetzt Bettvorleger? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie müssen einmal eine neue Platte auflegen!)

Wir haben in schwachen Haushaltsjahren investiert, und bezahlt wird jetzt, wenn wir uns das leisten können. Insofern war diese Strategie genau richtig.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lauschen Sie bitte der Kollegin Razavi.

(Zurufe, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir hören zu, wir lauschen nicht!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Aber wahrscheinlich wird es noch viel weniger werden. Pikant ist nämlich, dass das Geld, das für den Aus- und Neubau und für die Erhaltung vorgesehen ist, mit den Ausgaben für Lärmschutzmaßnahmen und Radwegebau deckungsfähig ist.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Trickserei ist das!)

Das heißt, der Minister kann, ohne das Parlament einzubeziehen, Geld aus den Töpfen für Straßenbau und -erhalt nehmen und für Lärmschutzmaßnahmen und vor allem für den Radwegebau benutzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! Klarheit und Wahrheit, Herr Kollege Schmiedel!)

(Nicole Razavi)

Meine Damen und Herren von den Grünen und der SPD, das sind üble Taschenspielertricks.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Das zeigt, dass der angekündigte Ausbaustopp auch bei den Landesstraßen politisch gewollt ist und Ihr Bekenntnis zum Erhalt wertlos ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Und die SPD hat sich über den Tisch ziehen lassen! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Wieder einmal! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die von der SPD immer geforderte Verdopplung der Mittel findet nicht statt. Grüne Verkehrspolitik heißt vor allem Radwegebau.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mit 1,5 Millionen €!)

Jetzt kommen wir noch zum kommunalen Straßenbau. Auch hier zeigen die Grünen ihr wahres Gesicht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schonungslose Abrechnung!)

Ihre Stellungnahme zu unserem Antrag zur Verteilung der Mittel nach dem Entflechtungsgesetz hat die Wahrheit ans Licht gebracht. Interessant ist, dass Sie noch vor wenigen Tagen, nachdem Ihnen schon eine dreiwöchige Verlängerung der Frist für die Abgabe der Stellungnahme zugestanden worden war, noch einmal vier Wochen länger darüber beraten wollten. Ich glaube einfach, Sie wollten nicht, dass das Ganze vor den Haushaltsberatungen auf den Tisch kommt. Das steckt wohl dahinter. Klar ist: Sie kehren die Fördersätze um, sodass der Anteil für die Straße nur noch 40 % und der Anteil für die Schiene 60 % beträgt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Und: Es wird bis 2014 keine neuen Bewilligungen geben. Sie lassen damit die Kommunen im Regen stehen. Das bedeutet das Aus für viele Anschlüsse an Bundes- und Landesstraßen, weil die Kommunen das nicht allein bezahlen können.

Die SPD, meine Damen und Herren,

(Zuruf von der SPD: Jetzt! Ruhe!)

ist völlig abgetaucht, Herr Drexler.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber wie wir da sind! Wir sind mehr da, als Sie je da waren! – Weitere Zurufe)

Was hatten Sie in den vergangenen Jahren nicht alles gefordert, lieber Herr Haller. Ich war versucht, heute eine Ihrer Reden komplett zu zitieren. Ich hätte gar keine eigene schreiben müssen. Ihre Bekenntnisse zum ländlichen Raum und zu den Ortsumfahrungen sind Makulatur. Ich zitiere aus Ihrer Rede vom 3. Februar 2010:

Das ist unser Konzept: mehr Geld für den Landesstraßenbau. Der ländliche Raum hat das verdient, und die Unternehmen, die im ländlichen Raum angesiedelt sind, ... haben dies auch verdient.

(Beifall der Abg. Heribert Rech CDU und Claus Schmiedel SPD)

Recht haben Sie damals gehabt.

Ich zitiere weiter:

Wir bekennen uns ... dazu, dass auch noch die eine oder andere Ortsumgehung gebaut werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Um Ortskerne zu sanieren, um Dörfer ... lebenswert zu erhalten, muss das sein; ...

Am 14. April 2010 fordern Sie für die Firmen und Pendler ein klares Verkehrsnetz im ländlichen Raum, da das klare Verkehrsnetz „im ländlichen Raum nun einmal die Straße und nicht die Schiene“ sei.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie wäre es mit dem Bus?)

Wo bleibt denn Ihre versprochene Prioritätenliste? Bei uns hätte sie schon lange auf dem Tisch gelegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Nach 50 Jahren spontan aus der Tasche! Ein Wahnsinn! Was Sie auf einmal Zeit haben, Listen zu schreiben!)

Was Sie hier vorlegen, ist vor allem für die SPD ein Armutszeugnis – von den Grünen haben wir nicht mehr erwartet.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 60 Jahre berührt und 60 Jahre nichts passiert!)

Weil wir wissen wollen, Herr Schmiedel, wie Sie zu Ihren Ankündigungen und Forderungen der letzten Jahre heute stehen, werden wir beim Thema Erhaltung in einer namentlichen Abstimmung einmal nachfragen, wie Ihre heutige Haltung ist.

Wünsche müssen der Realität entsprechen. Deswegen haben wir in der Vergangenheit nicht zu viel versprochen, sondern den Bürgerwillen vor Ort respektiert und unsere Politik danach ausgerichtet. Das erwarten wir auch von Ihnen. Nicht grüne Ideologie darf ausschlaggebend sein, sondern Menschen verdienen Unterstützung, wenn sie sich für ihre berechtigten Interessen einsetzen. Sie beklagen eine Unterfinanzierung, die Sie selbst verursachen. Mit diesem Vorwand verschleiern Sie Ihr ureigenstes Ziel, nämlich den Bau von neuen Straßen zu verhindern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Verkehrspolitik und die Finanzierung von Mobilität reden, müssen wir in meinen Augen drei Rahmenbedingungen beachten:

Die Verkehrspolitik muss einen aktiven Beitrag zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen leisten. Schließlich entfallen auf den Verkehrssektor noch immer ein Viertel der CO₂-Emissionen.

(Andreas Schwarz)

Zweitens: Die Verkehrspolitik muss die aktuelle und künftige finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte im Blick haben und auf die Schuldenbremse treten.

Drittens: Die Verkehrspolitik sieht sich gleichzeitig in der Pflicht, für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land und die Unternehmen ein leistungsfähiges, intaktes Verkehrsnetz und ebenso eine lebenswerte Umwelt aufrechtzuerhalten.

In der Konsequenz heißt das, dass wir bei der Finanzierung von Mobilität Prioritäten setzen müssen und uns von einer Politik nach dem Motto „Wünsch dir was“ verabschieden müssen. Das müssen wir schon deshalb tun, da wir von der Vorgängerregierung einen völlig unterfinanzierten Verkehrshaushalt übernommen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In Anbetracht der knappen Ressourcen und der beschränkten Finanzmittel brauchen wir in der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik einen neuen Realismus und keine Weihnachtswunschlisten. Gegenüber folgenden Generationen dürfen und wollen wir uns nicht weiter verschulden. Wir müssen dafür sorgen, dass auch die vorhandene Infrastruktur nicht weiter an Wert und an ihren Funktionen einbüßt.

(Beifall bei den Grünen)

Der vorliegende Haushaltsentwurf wird in meinen Augen bzw. in unseren Augen diesen Ansprüchen gerecht.

(Zuruf von der CDU: Eben nicht!)

Die Mittel für die Ertüchtigung der Landesstraßen werden mit weiteren 50 Millionen € deutlich erhöht und somit gegenüber früheren Ansätzen verdoppelt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Herr Schwarz, in diesem Fall reicht Addition! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Frau Razavi, Herr Hauk, Sie können der neuen Regierung nicht vorwerfen, dass sie für Projekte der alten Regierung Rückzahlungen tätigen muss. Das können Sie uns nicht vorwerfen. Das ist doch Ihre Politik gewesen. Sie haben Versprechungen gemacht und Programme aufgelegt, ohne dass Sie sich um die Finanzierung gekümmert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben doch Anträge hierfür!)

Wir werden die begonnenen Neu- und Ausbauprojekte im Straßenbereich zu Ende führen, bevor neue Maßnahmen angedacht werden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Vielen Dank, dass Sie das machen!)

Es ist doch vollkommen logisch, dass ich zunächst die begonnenen Maßnahmen zu Ende führe, bevor ich über neue Projekte nachdenke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Jetzt kommt ein Novum. Wir werden in diesem Haushalt erstmals Mittel für die Ertüchtigung der im Landeseigentum befindlichen Eisenbahnstrecken – 29 Millionen € – bereitstellen. Hierzu gehören ein Sanierungsprogramm für landeseigene Eisenbahninfrastruktur, Mittel für die Erneuerung und Instandhaltung von Bahnanlagen und – ein Thema, das spätestens nach der Zugkollision in Thüringen notwendig ist – Mittel für die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen an Bahnübergängen, für die sicherungstechnische Nachrüstung von Eisenbahnstrecken. Damit setzen wir Schwerpunkte.

Des Weiteren werden wir das Umsteigen zwischen den Verkehrsträgern fördern und den Modal-Split hin zum Umweltverbund verändern. Wir werden Vorhaben der nachhaltigen Mobilität, des Radverkehrs, die Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit dem Umweltverbund und das Umsteigen zwischen den Verkehrsträgern mit 7 Millionen € deutlich besser unterstützen.

Viele Wegstrecken von kurzer Distanz können ökologischer zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sagen Sie das einmal den Leuten!)

Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Daher unterstützen wir Projekte des Radverkehrs und Projekte der Stadt der kurzen Wege.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir werden auch den öffentlichen Personennahverkehr durch einen deutlichen Ausbau der Fahrgastinformation und durch einen Einstieg in die Umsetzung der Echtzeitinitiative unterstützen. Hierfür werden wir weitere 1,5 Millionen € bereitstellen.

(Zuruf von der CDU: Das haben Sie doch nicht alles erfunden! Sie machen es doch nur weiter!)

Jetzt komme ich auf den Änderungsantrag zu sprechen, der Ihnen auf dem Tisch liegt. Wir werden einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur legen, und zwar auf die Elektrifizierung der Südbahn. Hierfür haben wir eine weitere Verpflichtungsermächtigung von 20 Millionen € im Haushalt ausgewiesen.

Sie erinnern sich sicher noch daran, dass der Bund im Dezember vergangenen Jahres die Südbahn noch auf das Abstellgleis gestellt und ihre Elektrifizierung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Wir freuen uns, dass es nun gelungen ist, dass die Elektrifizierung der Südbahn wieder in den Investitionsrahmenplan aufgenommen wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber nicht auf Initiative der Landesregierung!)

Das ist ein toller Erfolg für unseren Verkehrsminister.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sich mit fremden Federn schmücken!)

(Andreas Schwarz)

Herr Kollege Lusche hat vorhin davon gesprochen, wie wichtig der Klimaschutz sei und dass man etwas zur Reduzierung der CO₂-Emissionen tun solle. Dieses Thema betrifft auch den Verkehrsbereich. Mit diesem Haushalt werden wir einen weiteren Schwerpunkt auf das Thema Elektromobilität legen. Wir werden die Landesinitiative Elektromobilität II und die Einbindung der Elektromobilität in flächendeckende nachhaltige Mobilitätskonzepte mit rund 50 Millionen € unterstützen. Uns ist es wichtig, dass man Elektromobilität stärker mit dem öffentlichen Nahverkehr verknüpft und dass man die Themen Elektromobilität und Elektrofahrräder in die Tarifstruktur des öffentlichen Nahverkehrs einbaut. Wir wollen auch gern ein Beschaffungsprogramm für kommunale und private Busunternehmen für die Anschaffung von Hybrid- oder Elektroombussen auflegen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Am Schluss machen wir die Fragen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Am Schluss.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Baden-Württemberg verfügt über ein weitverzweigtes Straßennetz. Wir werden auch künftig die notwendigen Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchführen und die im Bau befindlichen Ausbaumaßnahmen abschließen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Nachdem in den letzten 40 Jahren viel in Neubauprojekte investiert worden ist, ohne die Unterhaltungskosten für die vorhandenen Straßen zu beachten, werden wir mit dem vorliegenden Haushalt Prioritäten setzen. Wir kommen damit unserer Verantwortung nach, die Landesstraßen zu sanieren und in einen guten Zustand zu bringen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was stimmt jetzt, Neubau oder Sanierung?)

Lassen Sie mich noch auf Ihre Änderungsanträge eingehen, Herr Hauk. Diesen Änderungsanträgen können wir nicht beitreten. Wir sehen in dem, was Sie aufzeigen, keine sachgerechte Gegenfinanzierung. Wenn Sie die Subventionen für Regionalflughäfen ansprechen, muss ich sagen, dass es hier erstmals gelungen ist, eine Subvention auch zu beenden. Das ist rein finanzpolitisch zu begrüßen, und auch verkehrspolitisch ist die Situation der regionalen Flughäfen durchaus zu hinterfragen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Verkehrspolitisch völlig falsch! – Abg. Peter Hauk CDU: Für ein Flächenland ein völlig falsches Signal!)

Ich fasse zusammen: Der vorliegende Verkehrshaushalt trägt mit seinen Schwerpunkten auf Sanierung der Landesstraßen, Erhalt der Verkehrsinfrastruktur und Ausbau der nachhaltigen Mobilität dazu bei, CO₂-Emissionen zu senken, vorhandene

Infrastruktur intakt zu halten und öffentliche Haushalte nicht weiter zu verschulden.

Jetzt haben Sie noch einen Antrag zur Rheintalbahn vorgelegt.

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Den hat die Kollegin nicht erwähnt. Ich möchte aber unsere Position dazu darlegen.

Die Grünen haben sich mehrfach für den menschen- und umweltfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn starkgemacht und diesen gefordert.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Es ist aber in erster Linie Aufgabe der Deutschen Bahn, eine entsprechende Trassenplanung vorzulegen, die den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger und den Anforderungen des Lärmschutzes gerecht wird.

Wir alle hier haben Anfang Dezember die Landesregierung in einem Beschluss ersucht, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass der Schienenbonus abgeschafft wird. Die Planung, die jetzt vorgelegt wird, muss daher in meinen Augen auch so durchgeführt werden, dass sie bereits ohne den Schienenbonus zurechtkommt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Erst in einem zweiten Schritt müssen wir dann darüber nachdenken, wie hier das Land ins Spiel kommt. Anfang Dezember hat der Landtag einstimmig beschlossen, dass sich das Land mit maximal 50 % an den Mehrkosten der Rheintalbahn beteiligt, die über das gesetzliche Erfordernis hinausgehen. Diese feine Differenzierung, Frau Kollegin, fehlt in Ihrem Antrag. Die Beteiligung des Landes konzentriert sich auf Maßnahmen, die über das gesetzliche Erfordernis hinausgehen.

Jetzt hat der Bundesverkehrsminister aktuell ein Angebot unterbreitet. Ich sage Ihnen ehrlich: Wir begrüßen das. Wir freuen uns, dass der Landesverkehrsminister hier im engen Dialog ist. Wir sehen aber auch, wie schwierig es ist, aus dem Landeshaushalt 100 Millionen € bis 120 Millionen € herauszuquetschen und das in einer so kurzfristigen Aktion, wie Sie sie jetzt beantragen, zu beschließen. Das wird in meinen Augen den Grundsätzen von Transparenz und Haushaltsklarheit, die auch Sie immer wieder ansprechen, nicht gerecht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das haben wir doch schon beschlossen! Es gibt doch schon einen Grundsatzabschluss! Es geht nur noch um die Konkretisierung!)

– Herr Hauk, wenn wir das Angebot des Bundes annehmen, müssen auch die anderen Kernforderungen der Region berücksichtigt werden. Ich nenne zwei Punkte: die autobahnparallele Trasse und den Tunnel Offenburg. Das hat der Bund bislang nicht auf dem Schirm, und das wollen wir ihm natürlich mitgeben.

(Beifall bei den Grünen)

In meinen Augen sind hier noch Details zu verhandeln. Bei der Umfahrung von Buggingen ist die Kostenfrage noch gar nicht geklärt.

(Andreas Schwarz)

Kurzum, ich fasse zusammen: Wir begrüßen das Angebot des Bundes, und wir werden auch vonseiten des Landes unseren Teil dazu beitragen, die Kofinanzierung in der mittelfristigen Finanzplanung unterzubringen. Im Jahr 2012 werden dafür aber keine Mittel notwendig. Daher ist Ihr Antrag heute abzulehnen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was?)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nun die Frage des Kollegen Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Schwarz. Nehmen Sie einmal einen Stift in die Hand; ich habe drei Fragen.

Sie haben vorhin über die E-Mobilität philosophiert. Dazu wollte ich Sie fragen, ob Ihnen die Studie des Öko-Instituts Freiburg bekannt ist, was die Möglichkeiten zur Einsparung von CO₂ durch E-Mobilität angeht.

Zum Zweiten: Sehe ich es richtig, dass Sie auf der einen Seite sagen, dass sich lediglich die Antriebsarten ändern, was die Verkehre angeht, die Verkehre aber nach wie vor in entsprechender Dichte vorhanden sein werden? Wenn dem so ist, wie passt das dann damit zusammen, dass Sie entsprechende Verkehrsprojekte im laufenden Planungsverfahren einfach stoppen?

Der dritte Punkt bezieht sich auf die Rheintalbahn. Ich darf Sie daran erinnern: Im November 2010 hat die komplette Fraktion GRÜNE dagegen gestimmt, als es um die Frage ging, ob sich das Land an den Mehrkosten für den menschen- und umweltgerechten Bau dieser Rheintalbahn beteiligen soll.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Das sollte man der Wahrheit halber wenigstens erwähnen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da war er noch nicht im Parlament! – Gegenruf: Nachlesen!)

– Das kann man auch nachlesen. Genau. – Dazu hätte ich gern auch noch eine Stellungnahme.

Danke.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, das Thema Elektromobilität ist ein großes Thema.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

In diesem Zusammenhang kann man die Fragen, die Sie angesprochen haben, alle klären. Das Thema betrifft neben dem Thema Antriebstechnik, der Frage, woher die Energie kommt, auch die Frage, wie man kollektiven Verkehr mit Elektromobilität abwickeln kann. Da gibt es ganz viele Schnittstellen. Das können wir gern einmal vertieft diskutieren.

Zur Rheintalbahn möchte ich noch einmal deutlich machen, dass die Fraktion GRÜNE selbstverständlich zu dem Be-

schluss steht, den wir hier im Dezember letzten Jahres gefasst haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Des vorletzten Jahres!)

– Des letzten Jahres. Im Dezember 2011 hat der Landtag einstimmig beschlossen, dass sich das Land Baden-Württemberg bereit erklärt, sich mit maximal 50 % der Mehrkosten, die über das gesetzliche Erfordernis hinausgehen, an der Rheintalbahn zu beteiligen. Zu diesem Beschluss stehen wir selbstverständlich. Das Angebot des Bundes begrüßen wir. Wir sind bereit, vonseiten des Landes die Kofinanzierung aufzubringen. Aber es sind noch ganz viele Details zu klären: autobahnparallele Trasse, Tunnel Offenburg, Kosten der Umfahrung Buggingen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Danke!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Razavi, Sie haben vorhin gefragt: Wo ist die SPD? Hier bin ich! Warten Sie, nachher kommt noch mein großer, guter Freund Wolfgang Drexler.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Auch noch? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist der so groß?)

Also, wir sind präsent.

(Unruhe)

– Nur langsam. – Nun zum Thema Verkehr: Die Bedeutung des Verkehrs und die Notwendigkeit der Mobilität in diesem Land sind klar. Das wurde mehrfach herausgestellt; das brauche ich nicht mehr zu wiederholen. Aber noch einmal zu der Situation, wie sie heute besteht – darauf hat auch unser Fraktionsvorsitzender Schmiedel gestern hingewiesen –: Wir haben es beim besten Willen nicht geschafft, das Stauland innerhalb eines Dreivierteljahres so „hinzubekommen“. Das ist nun einmal eine Entwicklung der Vergangenheit, der letzten Jahre.

Wenn die Chinesen als Konkurrenznation, was den Export betrifft, dieses Jahr zum Jahr des Drachens ausgerufen haben, so rufen wir in Baden-Württemberg, dem wichtigsten Exportland dieser Republik,

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt, pass auf!)

das Jahr der Schiene aus. Sie fragen: Was macht die SPD? Sie können den Sekt, den Schampus, kalt stellen; denn demnächst rücken die Bagger in voller Stärke zum Bau von Stuttgart 21 an, auch wenn das die uns jetzt angeheirateten Grünen nicht so gern wollen.

(Abg. Winfried Mack CDU: In diesem Jahr? – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Das ist das Verdienst der SPD,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Durchtragen muss man Sie! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

(Hans-Martin Haller)

weil es der SPD gelungen ist, ihren Vorschlag auf Durchführung einer Volksabstimmung durchzubringen

(Abg. Tanja Gönner CDU: Als Rucksack!)

und dadurch diesem ganz, ganz wichtigen Schienenprojekt eine klare demokratische Basis für die Realisierung zu geben. Ich sage das nur, damit Sie wissen, wo wir stehen.

(Beifall bei der SPD)

Verkehr heißt nicht nur zu bauen, Verkehr heißt auch, mit Menschen zu reden, Verkehr heißt auch, zu kommunizieren, um diese Projekte zu realisieren. Das beherrschen wir im Unterschied zu Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Im Jahr der Schiene – in diesem Jahr – kommen wir hinsichtlich der Rheintalstrecke kräftig voran.

(Abg. Winfried Mack CDU: 2012?)

– 2012. – Auch bei der Südbahn zeichnet sich Gutes ab. Das gibt einen richtigen Durchbruch,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schub! Ein Ruck geht durchs Land!)

fast einen Schub für die Schieneninfrastruktur.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nach Jahrzehnten der Stagnation gibt es endlich wieder Projekte im Eisenbahnbereich,

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

sowohl große Projekte als auch kleinere mit den landeseigenen Bahnen, mit den Privatbahnen. Dafür sorgen wir. Es ist ein klarer Erfolg dieser Koalition, dass wir hier kräftig vorankommen.

Das Thema Radwege streife ich ganz kurz. Ich persönlich habe Zweifel, obwohl ich ein begeisterter Radler bin, dass im Schwarzwald und auf der Alb angesichts der dortigen Topografie und bei minus 15 Grad nun solche Massen kommen werden, wie es sich manche erträumen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Reden Sie doch nicht wider Ihre Einstellung! – Zurufe der Abg. Tanja Gönner und Nicole Razavi CDU)

Nichtsdestotrotz ist doch völlig klar, dass wir für die Radwege jetzt einen eigenen Haushaltstitel haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Man sollte Radwege möglichst dort bauen, wo die Verbindung am kürzesten ist, und sich nicht daran orientieren, ob parallel eine Bundesstraße oder eine Landesstraße verläuft. Das ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nun zur Straße. Ihre Argumentation, Frau Razavi, ist ungefähr so, wie der VfB Fußball spielt.

(Zurufe der Abg. Nicole Razavi und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das taugt also aktuell nichts. Gestern hat Ihnen Kollege Schmiedel einmal mehr nachgewiesen, dass Sie nicht in der Lage sind, den Koalitionsvertrag zu lesen. Wir bauen Straßen. Das ist doch völlig klar.

(Zurufe der Abg. Nicole Razavi CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt ist nur die Frage: Wie ist die Mittelverteilung? Herr Herrmann baut mit Wonne. Das hat er mehrfach gesagt. Sie können eben nicht zuhören. Nun haben wir zwei Dimensionen: Erhalt und Investition sowohl beim Bund wie beim Land. Ich schicke gleich voraus: Die Investitionen müssen wir in den nächsten Jahren erhöhen. Das ist für einen SPDler noch nicht ganz beglückend.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aha! Dann warten wir einmal ab!)

Das ist doch klar. Wir haben nie etwas anderes gesagt.

Was den Erhalt betrifft, sind wir auf einem Niveau, wie Sie es ein einziges Mal erreicht haben, nämlich vor der Wahl.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ansonsten – ich lese es Ihnen vor – hatten Sie für die Erhaltung ausgebracht: 2006 46 Millionen €, 2007 46 Millionen €, 2008 51 Millionen €, 2009 84 Millionen €, dann 65 Millionen € und schließlich die berühmten 105 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir haben sogar zugestimmt. Aber Tatsache ist, dass Sie keine Kontinuität in den Ansätzen hatten und laut mittelfristiger Finanzplanung beabsichtigten, sie herunterzufahren. Das war doch die Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wollen neue Straßen, wenn wir sie finanzieren können. Aber was nützt ein Neubau, wenn nebenan die vorhandene Straße lauter Schlaglöcher aufweist?

Jetzt zitiere ich Ihnen Aussagen Ihres Kollegen Ramsauer zum Infrastrukturbeschleunigungsprogramm:

Der Erhaltungszustand der Bundesfernstraßen macht es erforderlich, in der Finanzplanung bis 2015 die Erhaltungsmittel schrittweise zu erhöhen; dies kann bei gleichbleibendem Gesamtplafond überwiegend nur zulasten der Haushaltsmittel für Bedarfsplaninvestitionen erfolgen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der lernt was, der Ramsauer!)

– Der lernt was von uns, liebe Leute.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsere Politik!)

Baupreissteigerungen (seit 2005 ca. 20 %) vermindern das umsetzbare Investitionsvolumen außerdem.

(Hans-Martin Haller)

Es ist völlig klar: Wir müssen in einer angespannten Situation in den Erhalt der Landesstraßen investieren, müssen dort das Geld einsetzen, wo dies wirksam, sinnvoll, ökologisch und ökonomisch ist. Und der Bund macht es uns nach. Das muss man einfach sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zurufe der Abg. Nicole Razavi CDU und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Natürlich haben wir noch Wünsche offen. Das ist völlig klar. Welcher Verkehrspolitiker hätte das nicht? Wir haben einerseits einen Gesamtrahmen des Haushalts, der zu berücksichtigen ist. Aber bei den wesentlichen Verkehrsträgern in diesem Land – Schiene und Straße – sind wir kräftig dabei, sie zu erhalten, auszubauen und zu vernetzen. Dazu stehen wir in diesem Jahr. Das werden Sie auch in den künftigen Haushalten erleben.

Zu Ihrem Antrag zur Rheintalbahn wird nachher mein Kollege Drexler das Wort ergreifen.

In diesem Sinn wünsche ich noch einen schönen Abend.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Haußmann für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgerechnet der Haushalt des Verkehrsministeriums wird heute als letzter Tagesordnungspunkt behandelt, obwohl er eigentlich noch gar nicht an der Reihe wäre.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, ja!)

Das ist wie in Gemeinderäten oder in Kreistagen. Von dort kennen wir es auch, dass man die unangenehmen Dinge immer auf den letzten Tagesordnungspunkt schiebt. Denn von der numerischen Reihenfolge her hätten wir jetzt einen anderen Einzelplan behandeln müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Insofern ist es gang und gäbe, dass man die schwierigen Haushalte möglichst als letzten Tagesordnungspunkt behandelt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dem haben Sie im Präsidium zugestimmt!)

– Natürlich haben wir zugestimmt.

(Heiterkeit)

Aber die Mehrheitsverhältnisse sind ja klar.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Herr Kollege Drexler, wir wollen Sie durch eine lebendige Diskussion auch um diese Uhrzeit noch ein bisschen am Leben halten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der nächsten Präsidiumssitzung spiele ich meine absolute Mehrheit aus! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Dem neuen Ministerium für Verkehr und Infrastruktur kommt nach der Umorganisation eine herausragende Rolle für Menschen, Mobilität und Lebensqualität zu. Daraus resultiert eine ganz besondere Verantwortung für die Entwicklung der Verkehrsadern in Baden-Württemberg.

Ausgerechnet dieses Ministerium wird von Anfang an mit ideologischen Grundsätzen geführt. Im Jahr 2011 sind zwei besondere Ereignisse hervorzuheben: erstens der unsägliche Kampf gegen Stuttgart 21 und zweitens ein schwindelerregender Stellenaufbau. Allein schon mit dem Vierten Nachtrag gab es 59 Neustellen, davon allein neun für nachhaltige Mobilität. Im Haushalt 2012 sind es vier weitere Stellen – das heißt, 13 Stellen für nachhaltige Mobilität, Personal für zwei Referate. Dabei hat die Vorgängerregierung bereits die wichtigen und richtigen Impulse für die Elektromobilität gesetzt, ohne sich bei Neustellen zu bedienen.

Das Thema Stuttgart 21 wird neben den weiteren Schieneninfrastrukturmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen. Herr Kollege Schwarz, wir begrüßen den Antrag, den Sie zur Planung für weitere Projektkosten bei der Elektrifizierung der Südbahn einbringen. Diesem Antrag werden wir ausdrücklich zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Aber der Erfolg hat immer viele Väter.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber daran war die FDP nun wirklich nicht beteiligt!)

Eines ist doch klar, Herr Kollege Schmiedel: Wenn das Projekt Stuttgart 21 nicht weitergebaut worden wäre, wäre hinsichtlich der Elektrifizierung der Südbahn mit Sicherheit nicht diese Dynamik entstanden.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist doch sonnenklar. Wenn Sie das als Ihren Erfolg präsentieren wollen, gönnen wir Ihnen das. Wir werden also zustimmen. Aber ohne das Engagement in Sachen Stuttgart 21 würden wir jetzt nicht diese Dynamik bekommen. Das gilt sicherlich auch für die anderen Schieneninfrastrukturmaßnahmen, die wir mit Sicherheit gemeinsam mittragen, sei es die Gäubahn oder die Rheintalbahn.

Uns erschließt sich nicht, warum die Polizeieinsätze für Stuttgart 21 aus dem Haushalt des Verkehrsministeriums gezahlt werden. Die Mittel werden zwar ersetzt, aber das ist aus unserer Sicht systemwidrig. Denn nach dieser Logik müssten beispielsweise die Polizeieinsätze bei Fußballspielen vom Kultusministerium finanziert werden.

(Minister Reinhold Gall: Das ist auch keine schlechte Idee!)

Neu im Verkehrsministerium angesiedelt ist die Zuständigkeit für die Raumordnung und die Landesplanung. Die Änderung des Landesplanungsgesetzes wird erste raumordnerische Weichen für die Windkraft stellen. Mehr Akzente erwarten wir auch im Bereich Bauwesen, gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung.

(Jochen Haußmann)

Für den Bereich der Landesstraßen wurde vollmundig eine Mittelerhöhung angekündigt. Angesetzt werden 100 Millionen € für 2012 für Erhaltungsmaßnahmen. Damit bleibt man aber um 5 Millionen € hinter dem Ansatz in der Fassung des Dritten Nachtrags 2011 zurück. Deshalb haben wir im Ausschuss 105 Millionen € beantragt. Diese Initiative wurde abgelehnt.

Es handelt sich zudem – Sie haben es gehört – um einen Bruttowert, der wegen Rückführungen aus dem Landesinfrastrukturprogramm noch um 23,3 Millionen € vermindert wird. Auch sind bereits 50 Millionen € aus der Rücklage für Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen entnommen.

Für Ortsumgehungen, Aus- und Neubau, sind 32 Millionen € veranschlagt. Die Mittel für Grundstückserwerbe werden um 3 Millionen € gekürzt. Der Mittelansatz für den Bau von Ortsumgehungen ist nicht befriedigend. Hier warten die Menschen dringend auf Entlastungen.

In seinem Bericht zum Staatshaushaltsplan führt das Ministerium aus:

Deshalb sind vor allem Maßnahmen zur Verringerung von Emissionen aus dem Verkehr, aber auch Maßnahmen, die zu einer Verlagerung von Emissionen in weniger kritische Bereiche führen, wie der Bau weiterer Umgehungsstraßen, erforderlich.

Dazu kann man sicherlich auch noch das Stichwort Lärmschutz ergänzen.

Wenn das Ministerium in seinem eigenen Bericht von der Notwendigkeit des Baus weiterer Umgehungsstraßen spricht, dann sollte das auch kraftvoll angegangen werden. Aber wir wissen ja: Grün-Rot streitet sich nicht nur bei Stuttgart 21, sondern auch beim Thema Straßenbau.

Trotz unseres Antrags zum Umweltverbund auf höhere Finanzhilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Bau oder Ausbau von Straßen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden erfolgte eine Kürzung von 103,85 Millionen € auf 90 Millionen €. Dies resultiert aus dem Auf-den-Kopf-Stellen des Verhältnisses zwischen Straßenbau und dem sogenannten Umweltverbund. Ab dem Jahr 2014 fehlen hier Jahr für Jahr 35 Millionen €. Nichts ist es mit der Politik des Gehörtwerdens gegenüber den kommunalen Landesverbänden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Nachhaltige Mobilität: Hier werden 9,2 Millionen € in Ansatz gebracht. Allein für das Projekt „Car2go“ sind 1,5 Millionen € veranschlagt. Auffällig ist die fehlende Spezifikation der Ansätze. Bereits Schwarz-Gelb hatte 7 Millionen € für nachhaltige Mobilität und 7,5 Millionen € für Automobilforschung bereitgestellt – wohlgemerkt ohne zusätzliche Personalstellen.

Für den Rad- und Fußgängerverkehr werden 3,45 Millionen € in Ansatz gebracht. Hinzu kommen noch bis zu 198 000 € für Radroutenplaner sowie der Radwegbau aus dem 32 Millionen € umfassenden Gesamttitel für Ortsumgehungen, Aus- und Neubau.

Darüber hinaus sind weitere 600 000 € für die Konzeption und Einrichtung von Fahrradabstellanlagen an Stationen des ÖPNV zur Förderung der Intermodalität vorgesehen.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Nicht schlecht!)

Im Bericht des Ministeriums zum Haushalt steht, dass mit der Liberalisierung des Busfernverkehrs für preissensible Verbraucher eine umweltfreundliche und günstige Beförderungsalternative eröffnet wird. An anderer Stelle wollten sich die Grünen jedoch für die Einführung der Lkw-Maut für Omnibusse einsetzen. Es ist doch ein Widerspruch, wenn man einerseits Existenzgründungen in diesem Bereich fördern möchte und andererseits die Lkw-Maut für Omnibusse fordert. Das passt nicht zusammen. Glücklicherweise hat die SPD noch rechtzeitig die Notbremse gezogen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Fazit: Grüne Verkehrspolitik heißt: viel fürs Rad und den ÖPNV, aber wenig für Straßen; Abarbeiten begonnener Maßnahmen, aber keine Verbesserungen mehr. In der Praxis werden Mittel massiv umgeschichtet, und es wird ein Planungsstopp verhängt. Auch der Koalitionspartner wird an der Nase herumgeführt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ein Quatsch!)

Es gibt nicht die versprochenen 100 Millionen € für den Erhalt der Landesstraßen. Das ist ein reiner Bruttowert. Im Übrigen kann der Verkehrsminister aufgrund der Deckungsfähigkeit der Ansätze mit denen für den Radverkehr umschichten, wie er möchte.

Die im Bau befindlichen Bundesfernstraßen haben noch einen Restfinanzierungsbedarf von 0,9 Milliarden €. Aktuell sind 19 Bundesfernstraßenmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 685 Millionen € planfestgestellt.

Es erscheint dennoch strategisch höchst unklug, dem Bund keine Neubaumaßnahmen nach dem Investitionsrahmenplan zu benennen, weil zu wenig Geld da sei. Völlig unverständlich ist beispielsweise, dass Verkehrsminister Hermann für die Horber Hochbrücke keine Hochstufung im Investitionsrahmenplan beantragt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Horber hätten wohl besser einen Radweg deklariert. Als verkehrspolitischer Sprecher Ihrer Bundestagsfraktion haben Sie, sehr geehrter Herr Verkehrsminister Hermann, sich noch für die Brücke eingesetzt. Jetzt werden Sie zum Blockierer der Horber Brücke.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das wird für ihn peinlich!)

Im Hinblick darauf, dass diese Brücke jährlich 20 Millionen Fahrzeugkilometer einsparen könnte, ist Ihr Verhalten mehr als fahrlässig.

(Jochen Haußmann)

Es erscheint ausgesprochen unwahrscheinlich, dass sich andere Länder gegenüber dem Bund bei Förderungen ähnlich verhalten. Deswegen erwarten wir ein konstruktives und proaktives Verhalten des Verkehrsministers bei dringenden Bundesstraßenproblemen.

Zur nachhaltigen Verkehrspolitik am Beispiel Staumanagement empfehlen wir Ihnen, sich mit Ihrem Verkehrsministerkollegen Dieter Posch aus Hessen auseinanderzusetzen, der das Programm „Staufreies Hessen 2015“ mit 150 Einzelmaßnahmen aufgelegt hat. Die Zahl der Stautunden hat sich dort schon um 80 % reduziert.

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung. Baden-Württemberg braucht leistungsfähige Straßen. Grüne Verkehrspolitik will weniger statt mehr Autos – Rad fahren und zu Fuß gehen als Lösungsansätze in einem Flächenland. Die SPD kämpft offenbar gegen Windmühlen, wie anscheinend die zweite Rheinbrücke eine darstellt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, können Sie zum Ende Ihrer Rede kommen? Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich habe noch einen Satz, dann bin ich fertig.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gut.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: SPD und Grüne sind sich beim Thema Verkehr nicht grün. Nachhaltigkeit sieht anders aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Minister für Verkehr und Infrastruktur Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verkehrspolitik ist offenbar ein beliebtes Thema. Das konnten wir bereits gestern feststellen. Die Hälfte der Redezeit zum allgemeinen Haushalt, zum Haushalt des Ministerpräsidenten sowie zu den Grundsätzen der Politik wurde für das Thema Verkehrspolitik verwendet.

Auch heute stelle ich fest, dass trotz der späten Stunde alle da sind und mitreden wollen. Das ist eine schöne Erfahrung in der Verkehrspolitik: Letztlich sind alle im Landtag Verkehrspolitiker.

Allerdings muss ich sagen:

(Unruhe)

Verkehrspolitik ist mehr als das Fordern von Straßenbaumaßnahmen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Peter Hauk CDU: Da haben Sie recht!)

Ich bin einigermaßen erstaunt, dass Themen wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz usw. immer nur mit einem Satz abgetan werden, um gleich wieder auf die Straßen zu sprechen zu kommen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das habe ich angesprochen!)

Dazu später mehr.

Nur einige Grundsätze: Aus unserer Sicht gehört zur Verkehrspolitik selbstverständlich auch eine umfassende Politik ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich bitte darum, dem Minister zu lauschen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir hören zu, aber „lauschen“ ist übertrieben!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: ... zum Schienenverkehr, zum öffentlichen Verkehr allgemein, zum Radverkehr und Fußgängerverkehr sowie die Entwicklung von Verkehrstechnologien und -konzepten. Das alles zusammen macht Verkehrspolitik aus.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist zu wenig!)

Sie, meine Damen und Herren von der FDP/DVP und der CDU, reduzieren Verkehr regelmäßig auf Straßenverkehr. Das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist viel zu wenig! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Gleichwohl macht es mir große Freude, zum Thema Straßenbau zu reden.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Nein, nein!“)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein. Denn es ist keine Zwischenfrage, sondern der Versuch, meine Rede zu unterbrechen.

(Oh-Rufe von der CDU – Unruhe)

Deswegen darf der Herr Kollege gern am Ende eine Frage stellen, wie auch alle anderen Abgeordneten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Auf die seltsamen Sitten, die Sie aus Berlin mitbringen, kann man verzichten! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Na gut! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Straßenbau und zu Ihrer Kommentierung –

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Ruhe.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wenn er sich so unparlamentarisch verhält! Das ist unmöglich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Minister, ich könnte Sie pädagogisch beraten! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Herr Kollege Hauk, Sie können gern eine Kurzintervention machen.

(Lebhafte Unruhe)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Meine Damen und Herren, heute Morgen hat Landtagspräsident Wolf zu diesem Thema gesagt, es wäre gut, wenn man einen Beitrag zu einer verbesserten parlamentarischen Kultur auch dadurch leisten würde, dass man zuhört

(Abg. Peter Hauk CDU: Das gilt aber auch für Sie! – Zuruf von der CDU: Das gilt aber für beide Seiten!)

und nicht dauernd dazwischenredet.

Das ist tatsächlich eine Besonderheit, und es ist, muss ich sagen, ein großer Unterschied zu den anderen Parlamenten, die ich kenne, dass man pausenlos Zwischenrufe bekommt, pausenlos Zwischenfragen bekommt. So kann keine Debatte entstehen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Ich komme jetzt zum dritten Mal, in einem dritten Anlauf zum Thema Straßenbau. Sie haben offensichtlich Probleme bei diesem Thema.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben ein Problem!)

Denn wenn man sich einmal genau anschaut, was wir vorgefunden haben, dann kann ich nur sagen: Wenn Sie einmal aus den Schlaglöchern herauskämen, die Sie selbst hinterlassen haben, dann würden Sie klarer sehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In keinem anderen Bereich stimmen Wunsch und Wirklichkeit so wenig überein, bei keinem anderen Thema ist die Propaganda Ihrer Regierungspolitik so meilenweit von dem entfernt, was Sie tatsächlich getan haben, was Sie hinterlassen haben: lange Listen von Versprechungen von Straßen auf allen Ebenen – nichts wirklich durchfinanziert! Aber trotzdem wurde immer groß die Klappe aufgerissen und wurden weitere Versprechungen gemacht. Damit machen wir Schluss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Immer der gleiche Unsinn! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie machen einfach gar nichts mehr!)

Sie haben uns einen gewaltigen Sanierungsstau hinterlassen: Allein bei den Landesstraßen, für die ausschließlich das Land zuständig ist, sind 1 600 km Straßen in sehr schlechtem Zustand.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! Das ist doch ein Schmarren!)

Das ist die Bilanz, die in Ihrer Zeit in dem Haus, das ich übernommen habe, gemacht wurde.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP)

– Natürlich! Das ist Ihr Straßenzustandsbericht. Seriöse Politik sieht anders aus.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Wir gehen seriös auch an das Thema Straßen heran

(Zurufe von der CDU)

und schauen: Wo ist etwas zu tun, und was ist zu tun? Wir setzen in den nächsten Jahren sehr auf Sanierung, weil wir dort den größten Nachholbedarf sehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber – um auch das klar zu sagen – es ist ein Märchen – um nicht zu sagen: es ist eigentlich der Versuch einer Lüge –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mein lieber Herr Minister! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

zu behaupten, es würde keine neue Straße mehr gebaut. Wir bauen alle Straßen, die begonnen worden sind, weiter.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Bei den Bundesstraßen, Landesstraßen, Kommunalstraßen, deren Bau eingeleitet worden ist, wird keine Baumaßnahme abgebrochen. Wir bauen sie weiter, auch wenn es eine Neubaumaßnahme ist.

Aber wir setzen nicht noch einen Spatenstich und noch einen weiteren neuen Spatenstich, wenn die laufenden Projekte noch nicht zu Ende finanziert sind. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Wir haben im Haushalt 2012 mit 132 Millionen € für Landesstraßen einen Wert erreicht, der deutlich über dem liegt, was Sie über viele Jahre hinweg vorgelegt haben. Sie müssen nämlich beim Straßenbau den Neubau, die Sanierung und die Unterhaltung zusammenzählen und nicht immer nur das eine betrachten. Denn das eine, den Neubau von Straßen, haben Sie immer zulasten des anderen, der Sanierung, getan. Deswegen war das eine ziemlich unkluge Politik.

Ich werde es Ihnen nicht ersparen, Ihnen einmal zu sagen, was Sie in den vergangenen Jahren für den Straßenbau ausgegeben haben: 2001 insgesamt 97 Millionen €, 2002 113 Millionen €, 2003 116 Millionen €, 2004 93 Millionen €, 2005 86 Millionen €, 2006 89 Millionen €.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Noch immer besser als das, was Sie machen!)

Ich könnte so weitermachen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie einmal die Zahlen für 2009, 2010 und 2011!)

(Minister Winfried Hermann)

In all diesen Jahren waren Sie weit unter dem, was wir heute ausgeben. Sie stellen sich hier hin und tun so, als hätten Sie immer viel für Straßen und deren Erhalt getan und wir gar nichts. Das ist doch völlig daneben.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts haben sie gemacht! – Abg. Peter Hauk CDU: Das erfreut die grüne Seele!)

Es kommt angesichts knapper Mittel gerade auch beim Straßenbau sehr darauf an, dass man das, was man investiert, in die richtigen Projekte investiert und dass man auch genau abwägt: Welche Maßnahmen kann man sich noch leisten? Wo ist der größte verkehrliche Nutzen, und wo sind die größten Belastungen für die Anwohner? Dazu muss man ein Priorisierungsverfahren durchführen. Das machen wir. Daran arbeiten wir. Sie haben das über all die Jahre noch nicht geleistet. Wir machen das jetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Noch etwas dazu, dass Sie immer wieder sagen, wir würden gar keine 100 Millionen € für Sanierungen ausgeben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Stimmt!)

Sie haben ein Programm aufgelegt, bei dem Sie gesetzlich festgelegt haben, dass man es in den kommenden Jahren wieder zurückzahlen muss.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Nachhaltige Haushaltspolitik!)

Das sind also Investitionen auf Pump, die wir jetzt zurückzahlen müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Jetzt ziehen Sie das bei unserem Ansatz ab. Das ist doch lachhaft. Wir zahlen das zurück, was Sie ausgegeben haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So viel Engagement von Ihnen würden wir uns zu Stuttgart 21 wünschen!)

Sie haben uns im Hinblick auf die Landesstraßen ein Paket hinterlassen, das allein im Bau befindliche Maßnahmen im Umfang von 167 Millionen € beinhaltet. Das heißt, wenn wir in den nächsten Jahren den Durchschnitt der Mittel, den Sie eingesetzt haben, investieren, brauchen wir allein zur Realisierung dieser Maßnahmen fünf Jahre. Fünf Jahre! Dazu kommt noch das ganze Paket der Straßenbaumaßnahmen im Umfang von 2,4 Milliarden € – übrigens 750 Einzelmaßnahmen in ganz Baden-Württemberg –, die Sie alle wohlfeil versprochen haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was heißt versprochen? Das war bedarfsorientiert! – Abg. Winfried Mack CDU: Wer hat dem Bundesverkehrswegeplan der rot-grünen Bundesregierung zugestimmt?)

Jetzt rechnen Sie einmal zusammen, wie lange man braucht, bis man das gebaut hat. Selbst wenn man 100 Millionen € pro

Jahr dafür einsetzt, braucht man 24 Jahre für die Umsetzung. Das muss man den Leuten einmal sagen. Man darf nicht immer nur noch mehr Straßen und noch mehr Straßen fordern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch zugestimmt, Herr Hermann! Das waren doch nicht wir!)

Wenn man diese gewaltige Liste mit Versprechungen vor sich hat, dann kann man nicht anders, dann muss man Schwerpunkte setzen, priorisieren. Ich sage ganz klar: Nicht jede Ausbau- und Neubaumaßnahme ist wirklich sinnvoll und bezahlbar. Da muss manches abgespeckt werden und in das Sanierungsprogramm aufgenommen werden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Alles ist sinnvoll!)

Das ist ein Teil. Da muss man bei der einen oder anderen Maßnahme sagen: Das kann man später machen. Da reicht für eine gewisse Zeit eine Sanierung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, ja! Jetzt kommt's!)

Wir werden einen größeren Teil nur auf den bestehenden Trassen sanieren. Aber das ist auch schon etwas wert. Denn es ist eine wichtige Aufgabe, dass wir unser großes Netz insgesamt funktionsfähig erhalten. Deswegen hat für uns Sanierung einen großen Vorrang.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Da liegt der Hase im Pfeffer! Da muss die SPD aufpassen!)

Kommen wir zu den Bundesstraßen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie werden als Chef-sanierer in die Geschichte des Landes eingehen!)

Da war Ihre Politik über all die Jahre: Je länger die Liste ist, je fetter die Forderungen sind, desto mehr Geld bekommen wir.

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es!)

Die Realität ist: Es war gerade andersherum.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Weil Sie nichts gefordert haben!)

Es hat niemand mehr auf Sie gehört, weil Sie niemand mehr ernst genommen hat, und Sie sind stets aufs Neue mit immer längeren Listen unerfüllter Wünsche zurückgekommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Was haben wir gemacht?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Gar nichts!)

– Ich glaube, so viele Aktivitäten, wie ich im letzten Dreivierteljahr entfaltet habe, hat lange niemand mehr hinbekommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nur für ein Gebiet! – Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt! Nur an der falschen Baustelle! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seien Sie in Sachen Stuttgart 21 auch so leidenschaftlich! Das würde uns gut gefallen, Herr Minister! – Weitere Zurufe – Unruhe)

(Minister Winfried Hermann)

Von den zusätzlichen Mitteln des Bundes in Höhe von 1 Milliarde € gehen überhaupt nur 600 Millionen € über zwei Jahre in den Straßenbau. Dazu habe ich gegenüber dem Bundesverkehrsminister eine klare Aussage getroffen. Wenn ich im Jahr 2012 Baustellen laufen habe, die ich von Ihnen übernommen habe, die uns in diesem Jahr 285 Millionen € kosten, und der Bundesverkehrsminister mir die Ansage macht: „Du bekommst aber nur 120 Millionen € und kannst, wenn du Glück hast, durch einen Nachschlag noch auf 250 Millionen € kommen“, dann wäre ich doch mit dem Klammerbeutel gepudert,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vom Hahn betupft wären Sie dann!)

wenn ich noch mehr Straßen nennen würde, obschon ich schon die laufenden Maßnahmen mit diesem Geld nicht finanzieren kann. Durch mehr Forderungen wird also nicht mehr Geld herüberwachsen. Da habe ich dem Minister ganz klar gesagt: „Wenn Sie mehr Geld zur Verfügung stellen, sind wir jederzeit in der Lage, sofort etwas nachzuliefern.“

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Während der Bundesverkehrsminister in Baden-Württemberg weilt und auf CDU-Versammlungen oder -Arbeitskreisen spricht – es ist erstaunlich, wo er überall hingehet –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie werden uns doch nicht diskreditieren!)

Jedenfalls hat er bei diesem Arbeitskreis in Tübingen/Reutlingen erklärt: „Ich würde ja gern mehr Geld investieren, wenn ich von dem Hermann eine größere Liste bekäme.“ Das hat er sozusagen propagandistisch dort gesagt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Er hat gesagt, Sie haben gar keine Liste abgeliefert! Sie haben falsch zitiert!)

Er hat mir aber auf meine Liste zu den Verstärkungsmitteln bei den laufenden Maßnahmen – z. B. zur A 81; ich habe eine ganze Liste von Verstärkungsmaßnahmen aufgezählt –,

(Zurufe von der CDU: Zeigen Sie mal den Brief!)

als Antwort Folgendes geschrieben

(Unruhe)

– jetzt hören Sie gut zu –:

Bei der Verwendung der zusätzlichen Mittel entsprechen Ihre Vorschläge auch meinen Zielvorstellungen, dass mit dem Geld vorrangig im Bau befindliche Neu- und Ausbauabschnitte an Autobahnen verstärkt bzw. abgeschlossen und dringende Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur CDU: Hat er bei euch geschwindelt! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE zur CDU: Was regt ihr euch denn auf?)

Das ist interessant. Hört, hört! Dann geht es weiter:

Die Ergebnisse der Finanzierungsprogrammbesprechung

– wenn Sie nicht wissen, was das ist: es sind die Abteilungsleiter der Länder, die mit dem Bund zusammenkommen und besprechen, wie sie es genau machen –

Ende November 2011 bestätigen Ihre Einschätzung, dass sich derzeit keine Spielräume für Neubeginne von Bedarfsplanmaßnahmen in Baden-Württemberg ergeben.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Aha!)

Das war Bundesverkehrsminister Ramsauer.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ramsauer!)

Meine Damen und Herren, da fällt Ihnen nichts mehr ein.

(Abg. Sascha Binder SPD: Da ist alles in sich zusammengefallen! – Unruhe)

Jetzt ist es einmal gut mit Straßenbaupolitik. Wir müssen auch über andere Felder sprechen, nämlich über den Bahnverkehr und über den öffentlichen Verkehr.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Abg. Hauk darf mir gern am Ende meiner Rede eine Zwischenfrage stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich verzichte! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Zum Bahnverkehr, zum Schienenverkehr, zum öffentlichen Verkehr:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt auch noch Radwege!)

Sie tun da immer so, als wäre da alles irgendwie geritzt. Aber natürlich haben wir auch in diesem Bereich jede Menge kleine und mittlere Projekte von Ihnen übernommen. Wir finden diese Projekte übrigens auch alle gut, aber viele dieser Projekte sind auch da nicht durchfinanziert. Nun liegt das nicht alles an Ihnen, Ihrer Vorarbeit, sondern die Mittel aus Berlin sind natürlich über Jahre hinweg systematisch in zu geringem Maß in diesen Bereich, in den Schienenverkehr, in den ÖPNV geflossen.

Jetzt haben wir einen neuen Anlauf unternommen, beispielsweise bei den GVFG-Mitteln, die Sie sehr herausstellen. Herr Haußmann sagt, was für eine schlimme Maßnahme es sei, wenn man, statt 40 % der Landes-GVFG-Mittel in den ÖPNV zu stecken, jetzt 60 % in den Umweltverbund steckt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jawohl! Sehr gut!)

Aber wenn ich etwas für den Klimaschutz tun möchte, wenn ich Energie einsparen möchte, mit Ressourcen sparsam umgehen möchte, dann muss ich doch irgendetwas tun und in-

(Minister Winfried Hermann)

vestieren. Sie haben gerade, als Kollege Untersteller seine Rede gehalten hat, lauthals gefordert, er solle endlich einmal mehr für das Energiesparen tun, er solle endlich einmal etwas für den Klimaschutz tun; das wäre ja gar nicht ambitioniert. Aber wenn wir über Verkehr reden, dann sagen Sie nur: Straßen, Straßen, Straßen. Aber damit kann man das Klima nun wirklich nicht schützen. Da müssen Sie umsteuern.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt investieren wir in einem Jahr gerade einmal 10 Millionen € weniger in den kommunalen Straßenbau und geben dafür 10 Millionen € mehr in den Umweltverbund – Fußgängerverkehr, Radverkehr und ÖPNV. Das ist beileibe keine Revolution. Wir brauchen da noch ein paar weitere Schritte. Aber es ist wenigstens ein Ansatz, auf klimafreundlichen Verkehr, auf eine andere Zusammensetzung des Verkehrs, auf einen anderen Modal-Split zu setzen. Aber schon das ist Ihnen zu viel. Da muss ich sagen: Sie sind verkehrspolitisch tief in den Siebzigerjahren hängen geblieben. Da ist aber wirklich nichts Neues vorhanden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Und das mit dem besten ÖPNV in Deutschland! Alles, was recht ist!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, was Ihnen wehtut, ist, dass wir in einigen Projekten in den letzten Monaten ein ganz gutes Stück vorangekommen sind, und zwar z. B. bei der Südbahn. Weil wir es geschafft haben, dass wir Geld in den Etat eingestellt haben, war jetzt der Bund in der Zwangslage, dass er endlich springt. Jetzt haben wir die Zusage, dass er es prioritär setzt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt werden wir dafür kämpfen, dass es in den nächsten Jahren begonnen wird und nicht hinausgeschoben wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir stecken übrigens Eigenmittel auch in das landeseigene Schienennetz. Das haben Sie völlig vernachlässigt. Sie haben z. B. Sicherheitsstandards, die inzwischen gang und gäbe sind, nicht realisiert. Da investieren wir; da modernisieren wir. Das sind fast 30 Millionen €. Das ist auch die Aufgabe der nachholenden Sanierung und Modernisierung, die Sie uns hinterlassen haben. Wir investieren in Sicherheitstechnik, und wir glauben, dass wir in diesem Bereich einen guten Schritt vorankommen.

Nun zum Thema Rheintalbahnausbau. Dabei ist in den vergangenen zwei Wochen auch dank unseres Einsatzes einiges in Gang gekommen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oho! Von „Kannibalisierung“ haben Sie gesprochen!)

– Am meisten haben natürlich Sie dazu beigetragen, Frau Razavi. Sie sind die Mutter des Ausbaus der Rheintalbahn.

Wir waren in Berlin und haben dort verhandelt. Der Bund hat uns ein Angebot für die Umfahrung bei Buggingen, für die Durchfahrung des Markgräferlands, die sogenannte Bürgertras-

se, sowie für Lärmschutzmaßnahmen bei Freiburg gemacht. Das ist ein neues und für mich überraschendes Angebot, weil der Bund immer gesagt hat: In diesem Bereich geben wir nichts.

Jetzt kommt ein Angebot, und das prüfen wir genau. Es gibt noch einige Punkte zu prüfen und zu klären.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Geben Sie auch Geld?)

Die SPD-Fraktion und die Fraktion GRÜNE haben in dieser Woche grünes Licht gegeben, dass wir in diesem Sinn weiterverhandeln können. Zudem haben wir hierzu einen Landtagsbeschluss.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zu dem Antrag, den Sie, die CDU, kurzfristig eingebracht haben. Dieser Antrag ist völlig unseriös.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum?)

Sie haben aus den „bis zu 50 %“ einfach 50 % gemacht. Dies ist ein großer Unterschied. Sie haben zudem überhaupt nicht geklärt, worauf genau sich das bezieht. Außerdem haben Sie keine Jahreszahl genannt. Das ist eine Form unseriöser Politik, die ich auch im Bereich der Schiene ablehne. So kann man nicht arbeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich werde, begleitet von einer guten Unterstützung durch die beiden Regierungsfractionen, mit dem Bund weiterverhandeln. Ich hoffe, dass wir letztlich einen Knopf daranmachen und sagen können, dass wir auch dabei ein gutes Stück vorangekommen sind.

Jetzt komme ich auf die Punkte zu sprechen, die weitergehend sind als das, was wir nur bezogen auf das Land besprechen. Ich will Sie nochmals sehr deutlich darauf hinweisen, dass der Bereich Verkehrsinfrastruktur insgesamt – Schiene, Straße, Wasserstraße – gravierend unterfinanziert ist, vor allem was Projekte des Bundes angeht. Die größte Unterfinanzierung zeigt sich im Bereich der Wasserstraßen. Große Lücken zeigen sich auch beim Straßen- und beim Schienenverkehr, und zwar in Milliardenhöhe.

Nach dem Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes haben wir keine Nachfolgeregelung. Wir wissen nicht, wie es ab 2014 weitergeht. Wenn es zu einem Abschmelzen gegen null kommt, dann können alle in ihrer jeweiligen Region einpacken. Dann wird keines der ÖPNV-Projekte mehr abgeschlossen werden können.

Deshalb kann ich nur an Sie appellieren: Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass auf Bundesebene rasch eine Nachfolgeregelung gefunden wird, damit dieses Defizit im Infrastrukturbereich endlich beseitigt wird. Ansonsten können wir auf Landesebene einpacken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben es doch mit beschlossen!)

(Minister Winfried Herrmann)

Noch ein Wort zum Landesplanungsgesetz und zum Ausbau der Windkraft. Herr Hauk, Sie haben uns vorgeworfen, es gehe nichts voran, es gehe nicht schnell genug. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem wir schnell die Voraussetzungen dafür schaffen können, dass die Kommunen, aber auch die Regionalverbände neu planen können. Dazu gibt es auch Fristen. Diese haben wir zunächst knapp bemessen. Wir sind durch die Lande gezogen und haben mit Bürgermeistern und mit Regionalverbandsvertretern darüber diskutiert. Hierzu haben wir vier große Veranstaltungen durchgeführt, die auf große Resonanz gestoßen sind.

Alle haben gesagt: Im Großen und Ganzen ist es eigentlich gut, aber es geht zu schnell. Jetzt korrigieren wir das. Nun sind Sie die Ersten, die schreien, wir würden nichts hinbekommen. Jetzt gehen wir auf die Leute ein; jetzt gehen wir auf die Einwände ein, und Sie sagen, es gehe nicht schnell genug. Dabei hatten Sie jahrzehntelang Zeit, es schneller zu machen. Das haben Sie offensichtlich ganz vergessen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das war gar nicht notwendig!)

Ich habe selten Fraktionen gesehen, die so dramatisch an politischer Amnesie leiden wie Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Ich komme zum Schluss. Wir haben die ersten Schritte in Richtung nachhaltige Mobilität eingeleitet. Das ist ein großes und ambitioniertes Programm. Es sind die ersten kleinen Schritte. Wir haben noch eine Menge Altlasten zu beseitigen. Es wird dauern, bis man in die Zukunft gehen und wirklich Innovatives und Neues machen kann. Wir werden aber beharrlich daran arbeiten. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung und auf die stetige, tatkräftige Kritik der Opposition.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ein Armutszeugnis für die Verkehrspolitik! – Lebhafter Widerspruch)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister Herrmann, es gibt drei Nachfragen. Das Wort hat zunächst Herr Abg. Müller.

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Minister, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass die CDU und die FDP/DVP eine Verkehrspolitik der Siebzigerjahre machten und dass diese sich auf die Forderung nach mehr Straßen beschränkte. Erstens: Wie erklären Sie sich dann unseren Einsatz für ein Schienenprojekt im Jahr 2011 und in all den Jahren zuvor – Sie wissen, welches ich meine –,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Welches? Südbahn?)

gegen die Grünen und gegen diesen Minister?

Zweitens: Wie erklären Sie sich, dass traditionell, schon seit Mitte/Ende der Neunzigerjahre, erheblich mehr Geld, ungefähr das Doppelte bis Zweieinhalbfache, für den ÖPNV statt für den Straßenbau ausgegeben wird?

(Beifall bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Davon hat er nicht gesprochen! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist dann Ministerialamnesie!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Sehr geehrter Herr Müller, wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass Sie sich sehr vehement für ein Großprojekt eingesetzt haben, und dass dieses Großprojekt viel Geld kostet, haben wir auch wahrgenommen.

(Zuruf des Abg. Manfred Hollenbach CDU)

Dass uns dieses Projekt jetzt bei der Finanzierung noch das eine oder andere Problem bereiten wird, haben wir ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Aber wir haben auch gesehen, dass, wenn man sich zu sehr auf wenige Großprojekte konzentriert, die vielen kleineren Projekte im ländlichen Raum auf der Strecke bleiben.

(Zuruf von der CDU: Wo?)

Sie werfen mir ja vor, ich hätte zu wenig für den ländlichen Raum getan. Aber Sie haben sich gerade in der Schienenpolitik in den letzten Jahren unglaublich auf den Großraum Stuttgart und dieses eine Projekt konzentriert, und die anderen Projekte sind nicht vorangekommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch nicht wahr! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! So ein Schwachsinn! Unglaublich!)

– Ja, das ist die Wahrheit. – Herr Müller, ich habe mit Ihnen schon oft genug darüber diskutiert, und ich weiß auch, dass auch Sie nicht nur an Straßen denken.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist der Berliner, der Tübinger Blick! Unglaublich!)

Ich habe vor allem darauf hingewiesen, dass Frau Razavi

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

in ihrer Rede hier, aber auch im Verkehrsausschuss und bei den Haushaltsberatungen immer und immer wieder – für viele ihrer Kollegen gilt dies in gleicher Weise – auf die Straße zurückkommt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, weil das das Defizit bei Ihnen ist!)

Das ist eine Beschränkung der Sichtweise.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, es ist Ihr Defizit!)

Dabei bleibe ich.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt noch eine Nachfrage von Herrn Abg. Dr. Rapp vor.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nach dem ÖPNV war noch gefragt! Dazu sollten Sie auch etwas sagen! – Abg. Nicole Razavi CDU: Es wurde gefragt, ob Sie das wahrgenommen haben!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Auch ich habe wahrgenommen, dass Sie den ÖPNV gefördert haben, aber ich habe auch wahrgenommen, dass wir inzwischen im ÖPNV-Bereich sehr viele Projekte haben, die nicht durchfinanziert sind, weil nicht klar ist, wie viele Mittel wir vom Bund bekommen, weil nicht klar ist, ob die CDU/CSU-FDP-geführte Bundesregierung überhaupt in der Lage ist, dieses Programm fortzuführen. Sie sind in Projekte eingestiegen, ohne zu wissen, wie es später weitergeht. Dieses Problem haben wir heute. Darauf habe ich hingewiesen. Darauf haben Sie nie hingewiesen.

(Beifall bei den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es gibt noch weitere Nachfragen, und zwar von Herrn Abg. Dr. Rapp und von Herrn Abg. Mack.

(Zuruf von der SPD: Ach, nein!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank. – Herr Hermann, Sie haben jetzt genügend beleidigenden Stoff in den Raum „gestoßen“. Sie haben uns unseriöse Politik vorgeworfen –

(Zuruf von den Grünen: Jawohl! – Zuruf von der CDU: Amnesie!)

oder manchem von uns.

(Zuruf von der SPD: Ruhe da drüben! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich möchte um Ruhe bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wenn es jetzt schon spät ist, bitte ich, den Rednerinnen und Rednern Aufmerksamkeit zu schenken.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Danke. – Also, Sie haben uns jetzt unseriöse Politik vorgeworfen. Ich möchte noch geschwind einen Blick auf Südbaden, auf die B 31 werfen. Da haben Sie das Planfeststellungsverfahren gestoppt. Wenn Sie sich so als das Mainzelmännchen der Aktivitäten in Richtung Berlin darstellen, hier also schon der Reinhold Messner unter den Verkehrsministern sind, dann stelle ich mir die Frage, warum das Bundesverkehrsministerium aus der Presse erfahren hat, was Sie da unten gemacht haben, und es nicht von Ihnen offiziell informiert worden ist. Ich hätte gern eine Antwort darauf, wie das zu Ihrer seriösen Politik passt.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber jetzt nicht herausreden!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein, nein, um Gottes willen. Das liegt mir fern. Da freut mich ja die Frage.

Also erstens: Mich muss man nicht belehren, wie man mit einem Bundesministerium kommuniziert. Wenn der Bundesminister den Landesverkehrsminister und die Landesregierung nicht darüber informiert, ob und, wenn ja, wie er welche Projekte, z. B. beim Investitionsrahmenplan, verschiebt, und stattdessen dem Landtagsabgeordneten der CDU aus einem ober-schwäbischen Wahlkreis die Information gibt, mit der die

CDU dann wochenlang herumläuft – sie wüssten, dass die Südbahn oder andere Projekte hochgestuft würden –,

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

dann muss ich sagen: Das ist keine Form der Kommunikation zwischen Regierungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Sensibelchen!)

Das ist völlig daneben. Bei den Einzelmaßnahmen, die wir machen, geht es um Verwaltungshandeln. Bei der B 31 – wenn wir diesen Fall einmal nehmen – handelt es sich um eine Maßnahme, die im weiteren Bedarf steht, die vor Ort hoch umstritten ist, wo es ökologische Probleme gibt. Wir wissen – ich kann es Ihnen auch noch einmal vorrechnen –, dass wir beim Bundesfernstraßenbau Projektmaßnahmen haben, die mindestens vier Jahre lang laufen, dass wir ein Paket haben, das uns mindestens noch zehn oder 20 Jahre im Vordringlichen Bedarf beschäftigen wird – selbst bei optimistischster Annahme bezüglich der Mittelzuführung. In dieser Situation sagen wir: Wir planen nicht weiter an einem Projekt, das hoch umstritten ist und im Weiteren Bedarf steht.

Das ist der Hintergrund. Wenn wir das als Verwaltungshandeln machen – Nicht jedes Verwaltungshandeln wird sofort an den Minister weiterkommuniziert, aber die Verwaltungen kommunizieren untereinander – übrigens ziemlich gut, ziemlich präzise und ziemlich häufig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zum Thema „Beleidigende Vorwürfe“: Wissen Sie, ich habe mir jetzt zwei Tage lang Ihre Zwischenrufe angehört. So viele Beleidigungen persönlicher Art habe ich noch nie gehört. Noch nie! Sie merken schon gar nicht mehr, wie oft Sie beleidigend sind.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach, Sie sind ein Sensibelchen! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ich bin durchaus für scharfe Polemik, gern auch für eine scharfe Argumentation. Aber die persönlichen Unterstellungen und Beleidigungen – Ich habe mir tatsächlich überlegt, ob ich hier mit den Worten beginnen soll: „Hier spricht die Projektionsfläche Ihrer Vorurteile.“

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf.)

Frau Razavi, Sie haben fast pausenlos immer nur gegen etwas geredet, was ich nicht vertrete, was ich so nicht gesagt habe.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Peter Hauk CDU: Also, so viel zum Respekt vor dem Parlament! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Beleidigung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das ist schon heftig, was Sie da machen.

(Vereinzelt Beifall – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und –

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Deswegen meine ich: Parlamentarische Kultur sieht ein bisschen anders aus.

(Vereinzelte Beifall – Abg. Peter Hauk CDU: Ziehen Sie das sofort zurück! Unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU – Lebhaftige Unruhe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal um Ruhe bitten.

Das Wort für die nächste Nachfrage hat Herr Kollege Mack.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Minister, nehmen Sie das zurück! – Abg. Peter Hauk CDU: Er soll das sofort zurücknehmen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Was denn?

(Zuruf: Dass die „Projektionsfläche“ dasteht! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD – Lachen bei den Grünen und der SPD – Lebhaftige Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist spät. Ich weiß das. Sie alle sind ein bisschen aufgeregt, und deshalb bitte ich Sie um Ruhe.

Ich bitte Sie, jetzt der Frage des Herrn Kollegen Mack zuzuhören.

Abg. Winfried Mack CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich glaube, es ist notwendig, dass wir nach den Worten des Herrn Ministers wieder auf eine sachlichere Ebene zurückkehren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Herr Minister, Sie haben gesagt, Sie wollten die Förderung des kommunalen Straßenbaus im Rahmen des GVFG in Baden-Württemberg vorläufig auf null stellen, und haben dies mit dem Klimaschutz begründet. Jetzt frage ich Sie: Im Rahmen des GVFG werden hauptsächlich Maßnahmen im Bereich des Eisenbahnkreuzungsgesetzes gefördert. Es geht also um die Rücknahme der Zahl von Kreuzungspunkten mit der Eisenbahn, sodass der Verkehr auf der Straße besser fließen kann. Es geht auch um den Bau von Kreisverkehren, um den Rückbau von Ampeln zu bewerkstelligen. Das sind die Hauptpunkte im Rahmen des GVFG.

Wenn das jetzt nicht mehr gefördert wird, was soll daran Klimaschutzpolitik sein? Überhaupt nichts. Sie verhindern damit wichtige Investitionen in den Städten und Gemeinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Abg. Mack, danke für diese Frage. Denn sie macht mir deutlich, dass Sie nicht gehört haben, dass wir aus den GVFG-Mitteln weiter Straßen fördern werden. Sie haben gesagt, wir würden null fördern. Das tun wir gar nicht. Wir werden in diesem Jahr von den 60 %, die wir bisher hatten, exakt 10 Millionen € abschmelzen, die wir jetzt im Umweltverbund investieren, und damit den Kommunen helfen.

Zweitens: Eisenbahnkreuzungsgesetz. Selbstverständlich werden wir auch solche Maßnahmen weiter fördern. Nur: Sie sind ziemlich teuer. Sie dienen auf jeden Fall nicht dem Klimaschutz, sondern sind nur der Versuch, den Autoverkehr fließen zu lassen. Als kreuzungsfreie Lösung ist das meist eine sehr teure Lösung. Da müssen die Kommunen ordentlich in ihre Kasse langen, und auch der Bund muss erst einmal finanzieren. Aber an den Maßnahmen als solche gibt es gar nichts zu kriteln; sie werden kommen, aber das sind unglaublich viele.

Halten Sie aber eines fest – Sie können es noch zehnmal wiederholen –: Wir bauen weiterhin Straßen, und wir werden nicht nichts ausgeben. Es ist nicht wenig, was wir weiterhin ausgeben. Übrigens ist Radverkehr auch Straßenverkehr, und ÖPNV ist ebenfalls Straßenverkehr. Auch diese Verkehrsträger brauchen Straßen. Es ist völlig selbstverständlich, dass wir da etwas tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich habe den medizinischen Fachausschuss nicht richtig verstanden!)

– Kollege Röhm, möchten Sie eine Kurzintervention machen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, ich möchte Ihnen keine Schwierigkeiten machen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Guter Schüler!)

Wenn das so ist, dann erteile ich jetzt Frau Abg. Gönner für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Tanja Gönner CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich will mit einem Lob beginnen. Ich freue mich ausdrücklich darüber – das gilt für unsere Fraktion im Gesamten –, dass Sie die Mittel für die Vorfinanzierung bei der Südbahn einstellen. Wir freuen uns, dass die Regierungsfaktionen diese Mittel auch noch erhöhen, nachdem absehbar ist, dass die ursprünglich angenommenen 140 Millionen € und damit 70 Millionen €, die zu erbringen sind, nicht ausreichen. Wir freuen uns, dass Sie den Erhöhungsantrag stellen, weil das ein wichtiges Signal an die Region ist. Deswegen werden wir diesen Antrag auch unterstützen.

Ich will ausdrücklich sagen – Sie werden jetzt sagen: ihr habt da nichts gemacht –: Wir hätten dies genauso gemacht. Das Entscheidende ist, dass das Ende der Verhandlungen erst jetzt erreicht war und wir auch erst jetzt Maßnahmen haben, die umgesetzt werden können. Deswegen konnte es nicht in einem früheren Haushalt untergebracht werden.

Herr Minister, ich will es einmal ehrlich sagen: Die Südbahn und die Frage der Hochstufung war schon etwas, was sehr intensiv von den Bundestagskollegen aus der Region – diese gehören überwiegend der CDU an; das mag Ihnen nicht gefallen – erreicht wurde. Ich verstehe, dass Sie das gern als Ihren Erfolg verkaufen. Aber manchmal ist es vielleicht notwendig und wichtig, einfach zu sagen: Gut, dass wir es für das Land erreicht haben. Sie sind Minister für dieses Land, und dann ist es wichtig zu sagen: Gut, dass wir es für dieses Land erreicht haben.

(Tanja Gönner)

Zweiter Punkt: Sie sprachen von Propaganda. Ich will, gerade nach Ihren Ausführungen eben, nicht leugnen, dass Ihre Erfahrungen mit Propaganda möglicherweise manchmal etwas größer sind als Ihre Faktenkenntnis. Ich komme noch zu zwei, drei Punkten, an denen Sie manche Fakten auch durcheinandergeworfen haben. Ich glaube, dass dies durchaus beachtet werden sollte. Im Übrigen hat sich in der Antwort an den Kollegen Müller, der sehr konkrete Fragen gestellt hat, sehr deutlich herausgestellt, dass Ihnen die Faktenkenntnis in einzelnen Punkten offensichtlich noch fehlt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dritter Punkt: beleidigende Zwischenrufe. Sie waren damals nicht in diesem Haus, aber es würde lohnen, sich manchen Zwischenruf im Rahmen der Debatten zu Stuttgart 21 aus der Fraktion, der Sie selbst einmal angehörten, anzuschauen. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie Ihre Äußerung tatsächlich so aufrechterhalten würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vierter Punkt: Rheintalbahn. Herr Schwarz, entgegen Ihrer Aussage ist der Antrag, den wir einbringen, nichts anderes als eine Unterstützung für den Minister, und zwar an mehreren Punkten:

Erstens ist es eine Unterstützung für die weiteren Verhandlungen mit dem Bund, wenn es bereits einen Vermerk gibt. Es geht nur um die Frage des Einbringens eines Vermerks; dies ist nicht mit Geld zu unterlegen. Für die Verhandlungen mit dem Bund gilt: Wir sind bereit, dies zu machen.

Zweitens unterstützen wir Sie, wenn Sie zukünftig mit dem Finanzminister verhandeln. Als ehemalige Ressortministerin weiß ich, dass das nicht immer einfach ist.

Drittens bezieht sich die Unterstützung auf die mittelfristige Finanzplanung. Das ist nicht unseriös, sondern es geht lediglich darum, dass wir bereits heute in den Haushalt hineinschreiben: Ja, wir sind bereit. Neben den Beschlüssen, die immer wieder gefasst wurden und bei denen die Grünen lange gebraucht haben, bis sie so weit waren, dass sie die Mitfinanzierung unterstützen – um es in aller Deutlichkeit zu sagen –, geht es darum, dies bereits mit aufzunehmen.

Fünfter Punkt: Generalverkehrsplan. Lieber Herr Minister, Sie sagen dort immer, 2,4 Milliarden € seien versprochen. Das ist falsch. Der Generalverkehrsplan hat die Frage beinhaltet: Was ist an Wünschen vorhanden? Wenn Sie die Pressemitteilung zur Fortschreibung des Generalverkehrsplans von Ende des Jahres 2010 herausnehmen, dann stellen Sie dort erstens fest, dass wir gesagt haben: „Die Wünsche müssen den Realitäten angepasst werden.“ Das ist ein Zitat, das durch die gesamte Landespresse ging. Das, was Sie hier machen, haben also wir begonnen.

Zweitens: Wir hatten begonnen, die Prioritätenliste aufzustellen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Kollegin Gönner, würden Sie bitte zum Ende Ihrer Rede kommen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Der Herr Minister hat auch lange geredet! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Sehr lange!)

Abg. Tanja Gönner CDU: Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Die objektiven Kriterien für die Priorisierung wurden diesem Landtag bekannt gegeben. Ich kenne von Ihnen bis heute nicht ein einziges Kriterium, nach dem Sie die Priorisierung vornehmen. An diesem Punkt also bitte Fakten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Allerletzter Punkt: Wer uns Unseriosität vorwirft, sollte überlegen, ob die Polizeikosten für Stuttgart 21 seit Neuestem über die Rücklage für Stuttgart 21 finanziert werden oder aber – dort, wo es die Menschen nachschauen können – über den Haushalt des Innenministeriums.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Glocke der Präsidentin)

Das, was Sie da machen, ist zutiefst unseriös.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Drexler für die SPD-Fraktion das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich habe gedacht, „Beton-Schmiedel“ kommt noch!)

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mich dem Antrag der CDU-Fraktion zur Rheintalbahn widmen, weil ich der Auffassung bin, dass da von der CDU eine Geschichtsklitterung betrieben wird. Dem wollen wir vorbeugen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

– Ja; ich kann das gleich sagen.

Wir haben im Landtag einen Beschluss gefasst, der lautete, dass sich das Land bei der Rheintalbahn mit bis zu 50 % an den Mehrkosten, die über das gesetzliche Erfordernis hinausgehen, zur Sicherstellung – jetzt kommt's – „eines menschen- und umweltgerechten Ausbaus“ beteiligt. Das, was Sie machen, wollen wir nicht. Sie wollen lediglich lärmschutzbedingte Mehrkosten entlang der Rheintalbahn finanzieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Rückschritt!)

Das ist ein Rückschritt. Dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn es geht nicht nur um Lärmschutz. Es geht auch um Landschaftsschutz.

Zweitens: Wir haben nie beschlossen, alles in Höhe von 50 % zu übernehmen, sondern es hieß: „bis zu 50 %“. Diese Erweiterung können wir nicht mittragen. Das war bisher auch nicht

(Wolfgang Drexler)

Ihre Auffassung. Ich weiß nicht, was Sie bewogen hat, so einen etwas unsinnigen Antrag zu stellen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Aber es kommt noch viel schlimmer. Frau Kollegin Gönner ist darauf eingegangen, dass die Grünen lange gebraucht hätten. Sie haben aber auch lange gebraucht, um das einmal zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie schreiben in der schriftlichen Begründung Ihres Antrags Drucksache 15/1213-10:

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich mit den Menschen vor Ort seit Jahren mit hohem persönlichem Einsatz ... für eine menschen- und umweltfreundliche Trassenführung ... eingesetzt.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: 50 Jahre nichts passiert!)

Käsdreck!

(Heiterkeit)

2006 haben wir einen Antrag gestellt – abgelehnt. 2007 haben wir einen Antrag gestellt – abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

2008 haben wir einen Antrag gestellt – abgelehnt. 2009 haben wir einen Antrag gestellt – abgelehnt.

(Glocke der Präsidentin)

Es ging immer um die Beteiligung des Landes. Im Frühjahr 2010 haben wir einen Antrag gestellt – abgelehnt. Im Herbst, kurz vor der Landtagswahl, sind Sie dann rübergekommen. Wir haben das begrüßt. Aber zu sagen, Sie seien die Erfinder, dass die Rheintalbahn auch vom Land bezuschusst werde, was jetzt eintritt – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Wer denn sonst?)

Das waren nicht Sie. Das war die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Drexler – –

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt muss man beachten, worum es geht. Es geht um vier Kernforderungen der Region.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Um sechs, Herr Kollege! – Zuruf: Sie können wohl nur vier mittragen!)

– Ja, wir sprechen einmal über vier: Offenburg, die autobahnnahe Trasse, das Markgräflerland und südlich von Freiburg. Jetzt gibt es das Angebot tatsächlich.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Südlich von Freiburg ist das Markgräflerland!)

– Nein, die Güterbahntrasse ist eine extra Geschichte.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Drexler, Frau Abg. Gönner wollte eine Zwischenfrage stellen. Vielleicht können Sie das gleich klären.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich habe gerade gedacht, sie wolle mit mir diskutieren.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nein. Ich wollte noch einmal darauf hinweisen.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Also eine Zwischenfrage. Bitte.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Dann kann man das in einem machen.

Abg. Tanja Gönner CDU: Herr Kollege Drexler, zum einen: Ich diskutiere mit Ihnen immer gern und sowieso über Großprojekte bei der Bahn.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja.

(Zuruf von der SPD: Ihr könnt auch rausgehen!)

Abg. Tanja Gönner CDU: Würden Sie mir zustimmen, dass Fortschritte im Bereich der Rheintalbahn dadurch erreicht wurden, dass der Projektbeirat eingerichtet wurde und dass es dort auch die Möglichkeit für die Bürgerinitiativen gab, sich einzubringen und Stück für Stück voranzukommen?

Zweitens: Würden Sie mir zustimmen, dass es manchmal auch sinnvoll ist, zunächst in Verhandlungen über Sachlichkeit einzutreten, bevor man schon das Geld in die Hand nimmt?

Würden Sie drittens zugestehen, dass dies möglicherweise der Grund war, warum die Landesregierung erst zu einem späteren Zeitpunkt sagte, wie viel Geld in die Hand zu nehmen sie bereit sei?

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Punkt vier: Würden Sie zugestehen, dass die SPD schon einmal weiter war? Es gab nämlich im Herbst 2010 einen Antrag auf 50 %.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Erstens: ja. Zweitens: nein. – Und jetzt komme ich wieder zu meiner Rede.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Also, Offenburg kommt noch. Da sind wir der Auffassung, das ist eine reine Bundesangelegenheit. So, wie es geplant war, geht es nicht. Jetzt gehen sie immer weiter außen herum. Dadurch wird es teurer. Das ist wirklich eine Frage, die der Bund entscheiden muss. Wenn ich es richtig gesehen habe, hat Finanzminister Schäuble auch schon im Fernsehen erklärt, dass er versuchen wird, zu erreichen, dass der Bund dies macht.

(Wolfgang Drexler)

Zweitens: die autobahnahe Trasse. Da wird man noch sehen, was zwischen Offenburg und Riegel passiert, wie weit es geht. Da sind sie noch frei.

Zur Kernforderung 3, der Forderung nach Optimierung der Güterzugumfahrung Freiburg: Plötzlich kommt der Bund damit rüber. Bisher wollte er nur Lärmschutzwände, jetzt macht er plötzlich einen Vorschlag, bei dem es sich um 84 Millionen € handelt. Die Hälfte müsste im Falle einer Beteiligung von bis zu 50 % das Land zahlen.

Das Letzte ist die Bürgertrasse. Darüber muss im Projektbeirat noch gesprochen werden. Der Bund macht ja nicht ganz die Bürgertrasse. Er macht die Umfahrung von Buggingen nicht, zumindest nicht so, wie die Bürgertrasse es vorsieht. Er macht im Übrigen nicht alle sieben Landschaftsbrücken. Da muss man verhandeln, ob die Landschaftsbrücken für Natur und Landwirtschaft ausreichen.

Insofern sagen wir: Wenn es nur um lärmschutzbedingte Mehrkosten geht, ist uns das zu wenig. Gerade bei der Bürgertrasse sieht man, dass es eindeutig um die Schonung des Landschaftsbilds geht. Das hat mit Lärmschutz nichts zu tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die wollen die Lärmschutzwände ja weghaben!)

Es hat etwas mit weniger Landschaftsverbrauch zu tun, es hat etwas mit der Wahrung der Interessen der Landwirtschaft zu tun – nichts mit Lärm –, und es hat dann natürlich etwas mit Naturbrücken zu tun, wenn man in die Tieflage geht.

Das muss man jetzt in diesem Projektbeirat diskutieren. Wir haben vorgestern in der Fraktion beschlossen, dass wir dieses Geld mit einsetzen werden. Die Grünen haben das auch beschlossen. Es gibt eine gemeinsame Erklärung beider Fraktionsvorsitzenden; also, das steht.

Das wollte ich nur deutlich machen; nicht dass Sie mit Ihrem Antrag herumlaufen und sagen: Die SPD hat dagegen gestimmt.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Was Sie uns zutrauen!)

– Das traue ich Ihnen schon zu.

(Heiterkeit bei der SPD)

Was in diesem Antrag steht, ist weniger als das, was wir bisher wollen. Wir wollen mehr, und insofern lehnen wir ihn ab. Sie können mit Ihrem Antrag herumlaufen. Aber nach meiner Rede sind Sie nicht mehr glaubwürdig, wenn Sie das tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Noch Fragen?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Deshalb kommen wir jetzt in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur. Abstimmungsgrundlage ist zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1113. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 1301

Ministerium

Wer stimmt dem Kapitel 1301 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1301 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1302

Allgemeine Bewilligungen

Wer stimmt dem Kapitel 1302 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1302 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1303

Verkehr

Hierzu liegen vier Änderungsanträge und ein Entschließungsantrag vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1213-1. Sind Sie damit einverstanden, dass Ziffer 1 und Ziffer 2 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Dem ist so.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1213-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1213-5. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/1213-9. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1213-10, der Ihnen vorliegt, abstimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1303 – Verkehr – abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1303 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1303 mit den beschlossenen Änderungen mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

*

Kapitel 1304

Straßenwesen

Zu diesem Kapitel liegen vier Änderungsanträge vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1213-2. Sind Sie damit einverstanden, dass Ziffer 1 und Ziffer 2 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden? – Sie stimmen zu.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Unruhe)

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1213-6. Dieser ist weitergehend als der zum gleichen Titel vorliegende Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1213-3.

Meine Damen und Herren, hierzu ist eine namentliche Abstimmung beantragt. Hat dieser Antrag die nach § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung notwendige Unterstützung durch fünf Abgeordnete? – Das ist der Fall.

(Zuruf von den Grünen: Auch das noch! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Sonst wären Sie längst daheim!)

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 15/1213-6 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, den bitte ich, mit Nein zu antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte die Schriftführerin, Frau Abg. Häffner, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben F.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung hiermit geschlossen. Ich bitte die Schriftführerin und den Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor.

Beteiligt haben sich 132 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 68 Abgeordnete gestimmt.*

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 15/1213-6 mehrheitlich abgelehnt.

Mit Ja haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Elke Brunner, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Tanja Gönner, Manfred Groh, Friedlinda Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Präfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Dr. Wolfgang Reinhart, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Viktoria Schmid, Peter Schneider, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Dr. Monika Stolz, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Leopold Grimm, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit Nein haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Leide Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Dr. Frank Mentrup, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Alfred Winkler, Sabine Wölfl.

*

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/1213-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen schließlich zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1213-7. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1304 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1304 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1304 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe auf

Kapitel 1305

Infrastruktur

Wer stimmt dem Kapitel 1305 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1305 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1306

Lärmschutz, Nachhaltige Mobilität, Luftreinhaltung
und Naturschutz

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1213-8.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist eigentlich der Minister? – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Unglaublich! – Gegenrufe von den Grünen: Da ist er! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1306 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1306 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1306 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II und Abschnitt III der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/1113, abzustimmen. Sie sind damit einverstanden, dass ich Abschnitt II und Abschnitt III gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Das ist der Fall.

Wer Abschnitt II und Abschnitt III zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist Abschnitt II und Abschnitt III einstimmig zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – und auch am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 10. Februar 2012, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 20:11 Uhr